



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

Die kalten 20 Jahre in den deutsch-türkischen
Beziehungen nach dem Zerfall des Ostblocks
(1990–2010)

Verfasser

Mag. phil. Kâşif Kaya

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt

Politikwissenschaft

Betreuer

Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Danksagung

An erster Stelle richtet sich mein größter Dank an Herrn Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer, der meine Dissertation mit Geduld und Verständnis betreut hat. Weiter möchte ich mich bei meiner Ehefrau Sebahat und meinen Söhnen H. Akif und Namık, die mir mit viel Liebe, Vertrauen und Geduld in allen Phasen des Studiums Unterstützung geleistet haben, bedanken und meine Liebe äußern. Auch gilt mein Dank meinen Kommilitonen und Kommilitoninnen, insbesondere Nurgül und Olgan Bekar.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	i
Abkürzungsverzeichnis	vii
1. EINLEITUNG.....	1
1.1. Überblick der deutsch-türkischen Beziehungen.....	1
1.2. Fragestellung, Hypothese und Methode.....	3
1.3. Theoretische Grundlagen der Studie.....	4
1.3.1. Die vier Paradigmen in der Lehre von den Internationalen Beziehungen	4
1.3.2. Die Grundannahmen des Realismus und seine Selektionskriterien.....	7
1.4. Gliederung der Arbeit.....	9
2. DIE HISTORISCHE DIMENSION DER DEUTSCH-TÜRKISCHEN	
BEZIEHUNGEN (1718–1990)	11
2.1. Die deutsch-osmanische Bruderschaft (1718–1918).....	11
2.1.1. Die friedlichen Beziehungen des Osmanischen Reichs mit Preußen	11
2.1.2. Die Freundschaft von Abdülhamid II. und Wilhelm II.	12
2.2. Die erneuerte „Freundschaft“ nach dem Ersten Weltkrieg (1918–	
1933).....	18
2.2.1. Politische Gemeinsamkeiten der Weimarer und der Türkischen Republik	18
2.2.2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten	20
2.2.3. Harmonie in den militärischen und kulturellen Beziehungen	21
2.3. Ohne Krieg mit den Nationalsozialisten (1933–1949).....	23
2.3.1. Die unbekannten Absichten der Nationalsozialisten	23
2.3.2. Der erzwungene Anschluss der Türkei an den anglo-französischen Block.....	24
2.3.3. Die Nationalsozialisten an der türkischen Grenze und der deutsch-türkische	
„Freundschaftsvertrag“	26
2.3.4. Das Drängen der Alliierten und der erzwungene Abbruch der Beziehungen.....	29
2.3.5. Die wirtschaftlichen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs	30
2.4. Die goldenen Zeiten der deutsch-türkischen Beziehungen (1949–	
1990).....	33
2.4.1. Die deutsche Unterstützung im Rahmen der EWG	33

2.4.2.	Der türkische EWG-Prozess und die wirtschaftlichen Vorteile für Deutschland	36
2.4.3.	Die Verdienste türkischer Gastarbeiter für Deutschland	38
2.4.4.	Von der Ölkrise bis zum Antrag Özals auf EWG-Mitgliedschaft	40
2.4.5.	Die wirtschaftlichen Verhältnisse.....	44
3.	<i>DIE KALTEN 20 JAHRE (1990–2010)</i>	47
3.1.	Die Weltweiten Umbrüche nach dem Zerfall des Ostblocks	47
3.2.	Die Vereinigung Deutschlands und ihre politischen Folgen	51
3.2.1.	Die innere Dynamik der Vereinigung.....	51
3.2.2.	Der äußere Rahmen der deutschen Einigung.....	57
3.2.3.	Die politischen Folgen der Wiedervereinigung	59
3.3.	Die ökonomischen Fehler der Vereinigung	64
3.3.1.	Die unterschätzten ökonomischen und finanziellen Probleme	64
3.3.2.	Die wirtschaftlichen Folgen.....	67
3.4.	Soziale Folgen und Ausländerfeindlichkeit	71
3.4.1.	Soziale Folgen der Vereinigung	71
3.4.2.	Die Verschärfung des Rassismus.....	74
3.4.3.	„Gezielte Ausländerfeindlichkeit“	77
3.4.4.	Ursachen der „gezielten Ausländerfeindlichkeit“	78
3.4.5.	Auswirkungen der Ausländerfeindlichkeit auf die deutsch-türkischen Beziehungen.....	81
3.5.	Der türkische Traum vom neuen türkischen Kosmos.....	82
3.5.1.	Eine Führungschance in den Turkrepubliken	83
3.5.2.	Die innertürkischen Ursachen für das Misslingen der Führungsrolle der Türkei	89
3.5.3.	Die äußeren Faktoren des Scheiterns der türkischen Führungsrolle.....	92
3.6.	Die türkische Führungsposition in der Schwarzmeer- Wirtschaftsregion	95
3.6.1.	Schwarzmeer-Wirtschaftsregion: Eine glänzende türkische Idee ohne Grundlagen	95
3.6.2.	Eine Alternative zur EWG/EU?.....	98
3.7.	Die Türkei und Deutschland im Balkankrieg	102
3.7.1.	Das Ende des Friedens und die deutsche Rolle	102
3.7.2.	Die Türkei als Schutzmacht auf dem Balkan.....	106
3.7.3.	Das Verhalten Deutschlands und die Verspätung des Friedens.....	109
3.8.	Deutschlands Kurdenkarte gegen die Türkei	113

3.8.1.	Hintergrund der Kurdenfrage	113
3.8.2.	Die Kurdenfrage und Deutschland	118
3.9.	Kohls Ablehnung der Türkei vom EU-Raum.....	121
3.9.1.	Die Funktion Deutschlands beim Luxemburger EU-Gipfel 1997	121
3.9.2.	Die Gründe der deutschen Ablehnung in der Ära Kohl	125
3.10.	Schröders Spiel ohne Gegner	129
3.10.1.	Kleine Änderungen in der deutschen Türkei-Politik	130
3.10.2.	Schröder und der starke türkische Politiker Erdoğan	133
3.10.3.	Fragezeichen der Ära Schröder	137
3.11.	Merkel sorgt für Spannungen	140
3.11.1.	Merkels Vorschlag einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei.....	140
3.11.2.	Gründe für den Vorschlag einer „privilegierten Partnerschaft“	143
3.11.3.	Merkel und die schwierigen EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei.....	145
4.	<i>DAS ENDE DER SPANNUNGSZEITEN (2010)</i>	<i>147</i>
4.1.	Die Fortschritte auf türkischer Seite	147
4.1.1.	Die attraktive türkische Außenpolitik	147
4.1.2.	Die gewachsene Wirtschaftskraft der Türkei	153
4.1.3.	Die AKP-Regierung und der Erfolg im EU-Reformprozess	156
4.2.	Veränderungen auf deutscher Seite und die Annäherung der deutschen Führung.....	159
4.2.1.	Die globale Finanzkrise von 2008.....	159
4.2.2.	Die Wirtschaftskrise in der Euro-Zone.....	160
4.2.3.	Angela Merkels Friedenstaube und Erdoğan's Entgegnung.....	163
4.2.4.	Ein neuer Standpunkt in der CDU am Beispiel von Ruprecht Polenz.....	166
4.2.5.	Die Akzeptanz von Christian Wulff und Abdullah Güls Lob	168
5.	<i>ZUSAMMENFASSUNG</i>	<i>173</i>
6.	<i>LITERATURVERZEICHNIS.....</i>	<i>185</i>
	Abstract	211
	Lebenslauf	213

Abkürzungsverzeichnis

AKP	: Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)
ANAP	: Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
BIP	: Bruttoinlandsprodukt
BRD	: Bundesrepublik Deutschland
BSEC	: Organisation of the Black Sea Economic Cooperation (Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation)
BTC	: Bakü-Tiflis-Ceyhan-Petrol Boru Hattı (Baku-Tiflis-Ceyhan Ölpipeline)
BTE	: Bakü-Tiflis-Erzurum-Doğalgaz Boru Hattı (Baku-Tiflis-Erzurum Erdgas Pipeline)
CDU	: Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	: Christlich-Soziale Union
DA	: Demokratischer Aufbruch
DDR	: Deutsche Demokratische Republik
DSU	: Deutsche Soziale Union
ECU	: European Currency Unit (Europäische Währungseinheit)
EG	: Europäische Gemeinschaft
EGKS	: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EOKA	: Ethniki Organosis Kyprion Agoniston (Nationale Organisation zypriotischer Kämpfer)
EP	: Europäisches Parlament
ERE	: Europäische Rechnungseinheiten
EU	: Europäische Union
EVG	: Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	: Europäische Volkspartei
EWG	: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	: Freie Demokratische Partei
G-20	: Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer

GAP	: Güneydoğu Anadolu Projesi (Südostanatolien-Projekt)
GUS	: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HDG	: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
ISAF	: International Security Assistance Force
IWF	: Internationaler Währungsfonds
NATO	: North Atlantic Treaty Organization (Organisation des Nordatlantikvertrags)
NGO	: Non-Government Organization (Nichtregierungsorganisation)
NSR	: Nationaler Sicherheitsrat
OSZE	: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDS	: Partei des Demokratischen Sozialismus
PKK	: Partiya Karkeren Kurdistan (Kurdische Arbeiterpartei)
RGW	: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RM	: Reichsmark
SED	: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STASI	: Die Bezeichnung für das Amt für Nationale Sicherheit der DDR
THA	: Treuhandanstalt
TİKA	: Türk İşbirliği ve Kalkınma İdaresi Başkanlığı (Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Aufschwung)
UdSSR	: Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	: United Nations (Vereinte Nationen)
UNO	: United Nations Organization
US	: United States (Vereinigte Staaten)
USA	: United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
WEU	: Westeuropäische Union
JVA	: Jugoslawische Volksarmee
ZdK	: Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1.	Das Deutsche Reich 1871	13
Abbildung 2.2.	Das Osmanische Reich 1878	14
Abbildung 3.1.	Die NATO und der Warschauer Pakt	47
Abbildung 3.2.	Das Vereinte Deutschland.....	60
Abbildung 3.3.	Die Anschläge von Solingen.....	76
Abbildung 3.4.	Die Turkstaaten	83
Abbildung 3.5.	Die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion und Beobachter.....	97
Abbildung 3.6.	Die Europäische Union 1992-93.....	99
Abbildung 3.7.	Jugoslawien 1991.....	102
Abbildung 4.1.	Merkels Friedentaube.....	163
Abbildung 4.2.	Bundespräsident Christian Wulff Seite an Seite mit dem Türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül.....	169

1. EINLEITUNG

1.1. Überblick der deutsch-türkischen Beziehungen

“Unter den neuen weltpolitischen Gegebenheiten liegt die Türkei an der Schnittstelle dreier geopolitischer Großräume mit jeweils eigener politischer und kultureller Dynamik: Europas, der mediterran-nahöstlichen Region und Zentralasiens. [...] Da wir aber, als Europäer wie als Deutsche, an dieser ‚Schnittstelle‘, also auf dem Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien sowie im Raum Mittelmeer/Naher Osten, enorme politische und wirtschaftliche Interessen haben, kann es uns nicht gleichgültig sein, ob und wie die Türkei mit ihrer neuen Rolle zurechtkommt bzw. nicht zurechtkommt.“ (Steinbach 1996: 8)

Dieses Zitat steht stellvertretend für die wichtigsten Entwicklungen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und ist für die Studie wegweisend. Friedlich begannen die deutsch-türkischen Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen im Jahre 1718 und freundlich wurden sie mit dem Verhältnis von Sultan Abdülhamid II. und Kaiser Wilhelm II. weitergeführt. Im Ersten Weltkrieg kam es sogar zu einer Waffenbruderschaft. Mit der Gründung der Weimarer und der Türkischen Republik erneuerten sich die freundlichen Beziehungen. Selbst die nationalsozialistische Periode überstand die Türkei ohne kriegsrische Aktionen. Nach der Gründung der BRD (Bundesrepublik Deutschland) erholten sich die Beziehungen mit Deutschland rasch. Deutschland unterstützte die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Türkei unterstützte die deutsche Wirtschaft mit Arbeitskräften.

Erst mit dem Wandel im Ostblock und dem Fall der Berliner Mauer veränderten sich die deutsch-türkischen Beziehungen. Nach der Vereinigung hoffte Deutschland neue weltpolitische Möglichkeiten ausnutzen zu können. Unerwartete sozio-ökonomische Folgen der Vereinigung führten allerdings zur Verschärfung rassistischer Anschläge,

wovon besonders die türkische Bevölkerung in Deutschland betroffen war. Die zum Anfang der Vereinigung nominell gestiegene ökonomische Kraft und Bevölkerungszahl führten dazu, dass Deutschland sich als eine Supermacht wahrnahm. Das Land wurde zur unumstrittenen Führungskraft Europas und hatte im Rest des Ostblocks, nämlich in Osteuropa, dem Balkan und sogar im Kaukasus und in Zentralasien zukunftsweisende Vorstellungen.

Der Zerfall des Ostblocks eröffnete auch der Türkei neue Chancen. Nach jahrelangen Unruhen musste Moskau die Turkrepubliken in Zentralasien und im Kaukasus 1991 in die formale Unabhängigkeit entlassen. Die Türkei realisierte bald, dass die neuen Turkvölker ihre Hilfe brauchen würden und ihr eine führende Rolle zustand. Im Gegensatz zur Passivität während des Kalten Krieges schlug die Türkei den Weg einer aktiven Politik ein. So positionierte sie sich zunehmend in eine Rolle als regionaler Akteur mit einem weiten Horizont.

Diese neuen Perspektiven der beiden Länder führten dazu, dass sie in manchen Punkten unterschiedliche Strategien entwickelten. Im Jugoslawienkrieg beispielsweise schlugen Deutschland und die Türkei unterschiedliche Wege ein. Außerdem lehnte der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl einen EU-Beitritt der Türkei ab und benutzte die Kurdenfrage als eine Karte in den Beziehungen. Kohls ablehnende Türkeipolitik belastete die deutsch-türkischen Beziehungen und empörte die türkische Gesellschaft und Regierung. Sein Nachfolger, Gerhard Schröder, milderte diesen Kurs etwas ab und auch die neue türkische Regierung unter der Führung von Recep Tayyip Erdoğan (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, türkisch: Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) leistete ihren Beitrag zur Verständigung. Doch mit Angela Merkel und ihrer „privilegierten Partnerschaft“ distanzierten sich die beiden Staaten wieder voneinander.

2008 kam es zu einer weltweiten Finanzkrise. Neben den andauernden finanziellen Lasten der deutschen Vereinigung hatten auch die globalen und europäischen Finanz- und Wirtschaftskrisen Deutschland stark getroffen. Dadurch geriet die deutsche Wirtschaft in eine schwierige Lage. Direkt nachdem sich die Weltwirtschaft 2009 erholt hatte, zeigten sich erste Anzeichen einer Wirtschaftskrise in den Euro-Ländern Griechenland, Irland, Spanien und Portugal. Die Türkei wurde von diesen Krisen nicht

sonderlich stark getroffen, Deutschland hingegen hatte mit den Krisen sehr zu kämpfen. Inzwischen hatte die Türkei unter der Regierung von R. Tayyip Erdoğan im wirtschaftlichen, außenpolitischen und sozialen Bereich viele Fortschritte erreicht.

Diese neuen Rahmenbedingungen führten zu einem Tauwetter in den Beziehungen. Bei ihrem Türkei-besuch 2010 hatte Frau Merkel eine symbolträchtige Friedenstaube dabei. Der neue Bundespräsident Christian Wulff erklärte zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit den Islam als einen Teil von Deutschland. Diese Entwicklungen wurden von Seiten der Türkei begrüßt.

1.2. Fragestellung, Hypothese und Methode

Nach der Sichtung der Forschungsliteratur bot sich für diese Studie die Diskussion der folgenden Fragestellungen an:

Forschungsfrage 1 Welche Folgen hatte der Zerfall des Ostblocks für Deutschland?

Forschungsfrage 2 Welche Folgen hatte der Zerfall des Ostblocks für die Türkei?

Forschungsfrage 3 Wie wurden speziell die deutsch-türkischen Beziehungen vom Niedergang des Ostblocks beeinflusst?

Des Weiteren soll **die Hypothese** überprüft werden, dass nach dem Zerfall des Ostblocks Deutschland und die Türkei als zwei regionale Mächte, mit teilweise entgegengesetzten Interessen hervortraten, was zu einer 20-jährigen Spannungsphase in den Beziehungen führte. So ist diese Hypothese mit zwei weiteren Fragen verknüpft:

Forschungsfrage 4 Waren die deutsch-türkischen Beziehungen vor dem Zerfall des Ostblocks freundlich?

Forschungsfrage 5 Wurden die deutsch-türkischen Spannungen 2010 beendet?

Die Zielsetzung der Arbeit lautet, die Fragestellungen und die Hypothese anhand der in der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse zu überprüfen und sie einer

politikwissenschaftlichen Analyse zu unterziehen.

Bei der Beantwortung der Forschungsfragen und der Überprüfung der Hypothese wurden als Methoden sowohl die qualitative Inhaltsanalyse von Primär- und Sekundärquellen in deutscher und türkischer Sprache gewählt, als auch Interviews mit Experten geführt. Obwohl die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei eine lange Tradition haben, gibt es keine ausreichende Forschungsliteratur zu diesem Thema. Es ist daher besonders schwierig die positive oder negative Natur der Beziehungen festzustellen. Es konnte keine spezielle Quelle überprüft werden, in denen die Qualität der Beziehungen dargestellt wird. So mussten Eindrücke über die Entwicklung der Beziehungen mit Äußerungen und Kommentaren unterstützt werden. Bezüglich der EWG/EG/EU-Beziehungen waren die offiziellen Webseiten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des deutschen Bundeskanzleramts von zentraler Bedeutung.

Die Recherche bewegt sich hauptsächlich im Zeitraum vom Untergang des Ostblocks 1990 bis zum Jahr 2010. Um das Thema in seiner historischen Dimension zu betrachten, wurden auch die deutsch-türkischen Beziehungen in den Zeiten des Osmanischen Reiches und Preußens, also ab 1718 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990 behandelt. Die Arbeit basiert auf der Theorie des politischen Realismus. Die Theorien der Internationalen Beziehungen, der Realismus und die Selektionskriterien werden im Folgenden erläutert.

1.3. Theoretische Grundlagen der Studie

1.3.1. Die vier Paradigmen in der Lehre von den Internationalen Beziehungen

Im Jahre 1795 verfasste Immanuel Kant den klassischen Text der europäischen Aufklärung mit dem Titel „Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“, der bis heute für die Lehre von den Internationalen Beziehungen paradigmatische Bedeutung hat. Kant nimmt Stellung zu einem zentralen Problem der internationalen Politik,

nämlich der Frage, wie der Krieg zu vermeiden und der Friede zu gewinnen ist. Er gibt eine idealistische Antwort: Die demokratische Verfassung eines Staates sei der Garant gegen den Krieg, weil die Entscheidungsprozeduren in demokratischen Staaten einen wesentlichen Mechanismus zur Vermeidung von Kriegen bilden, während autoritäre Systeme diese Bremse gegen leichtfertiges Kriegführen nicht besitzen. Daher würden Demokratien zumindest untereinander keine Kriege führen, weil sie eine Wertegemeinschaft bilden, die den Krieg als Mittel zur zwischenstaatlichen Konfliktaustragung ausschließt. Etwa 150 Jahre später, im Jahre 1950, verfasste der aus Düsseldorf stammende Emigrant Hans Hermann Herz (John H. Herz) anlässlich des ersten Höhepunkts des Ost-West-Konflikts und des atomaren Wettrüstens zwischen den USA (United States of America) und der Sowjetunion den Aufsatz „Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma“, der als klassische Gegenposition zu Kant steht und dazu beigetragen hat, das mit dem Idealismus konkurrierende Paradigma des Realismus wiederzubeleben (vgl. Menzel, Varga 1999: 11 f.).

Während Kant als Fortschrittstheoretiker auf das Vernunftprinzip setzt, gehen die Realisten von einer unveränderlichen, prinzipiell anarchisch strukturierten Welt aus, die kein internationales Gewaltmonopol oder eine andere ordnende Instanz kennt, die den souveränen Staaten übergeordnet ist. So kann die Sicherheit eines Staates nur durch das Selbsthilfeprinzip garantiert werden. Die eigene Aufrüstung soll potentielle Angreifer abschrecken (vgl. Menzel, Varga 1999: 13). Weitere Hauptvertreter dieser Realistischen Schule sind Edward H. Carr, Georg Schwarzenberger, Hans J. Morgenthau, Robert E. Osgood (vgl. Lehmkuhl 2001: 71) und Thomas Hobbes (vgl. Schwaabe 2010: 104).

Die Schwierigkeit, bzw. das Dilemma realistischer Politik liegt aber darin, dass alle Staaten sich so verhalten und aus dem individuellen Streben nach Sicherheit wachsende Unsicherheit für alle erwächst. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Sicherheitsdilemma einzugrenzen, das heißt, institutionelle Maßnahmen zu treffen, die den Rüstungswettkampf begrenzen. Damit ist ein drittes Paradigma in der Lehre von den Internationalen Beziehungen definiert, der Institutionalismus. Anders als beim Idealismus, der auf dem Friedensbund der Republiken aus Einsicht in das

Vernunftprinzip baut, argumentiert der Institutionalismus, dass zwischenstaatliche Kooperation nur dann zustande kommt, wenn der Nutzen der Kooperation für den einzelnen Staat erkennbar und messbar ist und gegenüber dem Vertrauen auf das Selbsthilfeprinzip von Vorteil ist. Das Sicherheitsdilemma lässt allerdings auch noch eine andere Sichtweise zu, der zufolge Rüstung und Vertrauen auf das Selbsthilfeprinzip nicht zu mehr Sicherheit, sondern am Ende zum Krieg führen kann. Bei dieser Argumentation werden die materiellen Interessen, die dem Rüstungswettlauf zugrunde liegen, genauso berücksichtigt, wie die ungleiche politische und ökonomische Machtverteilung im internationalen System und ebenso der mögliche Vorteil, der aus einem gewonnenen Krieg zu ziehen ist. Hinzu kommen ökonomische Aspekte der internationalen Beziehungen, wie z.B. Handel, Kapitalverkehr, internationale Arbeitsteilung, Preisentwicklungen und deren Konsequenzen für die Verteilung von Macht und Motiven außenpolitischen Handelns. Da es die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen zum Ausgangspunkt nimmt, wird dieses Paradigma Strukturalismus genannt (vgl. Menzel, Varga 1999: 14 f.).

Insgesamt ergeben sich vier Paradigmen oder Idealtypen, in die sich die gesamte Theorie der Internationalen Beziehungen gliedern lässt: Der Idealismus, der Realismus, der Institutionalismus und der Strukturalismus. Anstelle des gebräuchlichen disziplinkundlichen Begriffs „internationale Beziehungen“ werden aber auch, dem jeweiligen paradigmatischen Ansatz entsprechend, andere Begriffe verwendet. So reden Realisten von „internationaler Politik“¹, Idealisten von „Weltpolitik“, Institutionalisten von „Weltordnungspolitik“ und Strukturalisten von „internationaler politischer Ökonomie“, bzw. „International Political Economy“ (vgl. Menzel, Varga 1999: 14). Aber grundsätzlich stellt die „Realistische Schule“ die Macht und das Gleichgewicht der Mächte in den Mittelpunkt ihrer Theorie (vgl. Lehmkuhl 2001: 71).

¹ Allerdings benutzt diese Studie diese Terminologie nicht.

1.3.2. Die Grundannahmen des Realismus und seine Selektionskriterien

Der Realismus hat Vorgänger in der politischen Philosophie, wie beispielsweise Niccolo Machiavelli (1469–1527). Seine Betrachtung der politischen Welt wird von einem unwiderleglichen Realismus getragen, der alle Stützen des Guten, Gerechten und Wünschbaren konsequent verabschiedet. Machiavelli gilt zwar als einer der Begründer des politischen Denkens in der Neuzeit, aber er ist kein Philosoph und versucht, seine politische Theorie auf Erfahrung zu gründen. Aus diesem Grund sehen manche erst in Thomas Hobbes den wahren Begründer der politischen Philosophie der Neuzeit, denn hier stößt man auf eine Staatsphilosophie, die zumindest dem eigenen Anspruch nach exakte Wissenschaft sein will (vgl. Schwaabe 2010: 103 f.).

Außer den Hauptvertretern der Realistischen Schule Herz, Carr, Schwarzenberger, Morgenthau, Osgood und Hobbes sind nach den 1970er Jahren als Antwort auf Veränderungen im internationalen System und Kritik am Realismus verschiedene Varianten des Neo-Realismus entstanden. Vorrangig ist dabei die von George Modelski vertretene Theorie der Hegemonie-Zyklen, die aus der Beobachtung hervorgeht, dass seit 1.500 ca. alle paar Jahre ein neuer Hegemon im internationalen System auftritt. Erklärungen hierfür werden in gesellschaftlichen Verkrustungen in den Hegemonialstaaten, aber auch in Verbindung mit den ökonomischen Kondratieff-Zyklen gesucht (vgl. Nohlen, Schultze 2005: 882 f.).

Die Grundannahmen des Realismus

- 1) Der Mensch steht frei zwischen einer schöpferischen und einer zerstörerischen Verwirklichungsmöglichkeit.
- 2) Der Mensch versucht, Macht über seine Mitmenschen zu gewinnen und sie zu beherrschen. So ist das unmittelbare Ziel der Politik, entweder Macht zu erhalten, Macht zu demonstrieren oder Macht zu vermehren.
- 3) Aller politischen Machtausübung wohnt ein Element des Bösen inne, des Missbrauchs von Menschen als bloßes Mittel des Machtstrebens der Herrschenden. Daher ist das internationale System durch Anarchie gekennzeichnet und zwingt die

Akteure zur Selbsthilfe.

4) Alleiniger Träger der internationalen Politik ist der souveräne Nationalstaat, der keiner übergeordneten rechtssetzenden Macht unterworfen ist.

5) Das Machtpotential ergibt sich aus Summe der Legitimität der Regierung, der Bevölkerungsgröße, des Militärpotentials, der natürlichen Ressourcen, der industriellen Kapazität, der geographischen Lage, der nationalen Moral, des Nationalcharakters und der Qualität der Diplomatie.

6) Im realistischen Verständnis erscheint die internationale Politik als Nullsummenspiel: Was der eine Staat an Ressourcen, Territorien, Einfluss und Macht gewinnt, geht stets zulasten anderer. So beschreibt das eigene Nationalinteresse den gesamten Ziel- und Wertekomplex der Außenpolitik und ist zugleich letzter bestimmender Faktor für die Formulierung außenpolitischer Entscheidungen (vgl. Lehmkuhl 2001: 73 ff.).

Die Arbeit basiert auf der Theorie des politischen Realismus, weil die deutsch-türkischen Beziehungen, in denen es nach dem Zerfall des Ostblocks zu Spannungen kam, am besten mit den Prinzipien der realistischen Schule zu verstehen sind. Das Prinzip, dass die internationale Politik als Nullsummenspiel erscheint und damit der Gewinn der einen Staaten an Ressourcen, Territorien, Einfluss und Macht stets zulasten anderer geht, zeigt sich bezüglich der entgegengesetzten Interessen Deutschlands und der Türkei im Rest des Ostblocks. So sollte man auch die deutsche Vereinigung und den Versuch der Türkei, eine regionale Führungsrolle zu spielen nach dem politischen Prinzip bewerten, dass das Machtpotential sich aus der Summe der Bevölkerungsgröße, des Militärpotentials, der natürlichen Ressourcen und der geographischen Lage ergibt. Die deutsche Ablehnung der Türkei durch die EU ist mit dem Ziel der internationalen Politik „Macht zu erhalten“ identisch, denn das vereinte Deutschland befürchtete eine Veränderung der Machtbalance im Falle eines EU-Beitritts der Türkei. Daher erscheint es am sinnvollsten die deutsch-türkischen Beziehungen im Lichte der Grundannahmen des politischen Realismus zu analysieren.

1.4. Gliederung der Arbeit

Nach der Einleitung im ersten Kapitel, in der die Fragestellungen, Hypothese, methodisches Vorgehen und theoretische Basis der Studie behandelt wurden, beschäftigt sich das zweite Kapitel der Arbeit mit der historischen Dimension der deutsch-türkischen Beziehungen in Bezug auf die Beantwortung der Forschungsfrage, ob die deutsch-türkischen Beziehungen vor dem Zerfall des Ostblocks „freundlich“ waren. So werden zuerst die deutsch-türkischen Beziehungen ab 1718 zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen behandelt. Die Behandlung der Beziehungen wird mit der Reichsgründung 1871 bzw. dem Ersten Deutschen Reich weitergeführt. Diese Periode endet mit dem Ende des Ersten Weltkriegs (1918), nämlich mit der erzwungenen Unterbrechung der deutsch-türkischen Beziehungen. Nach dem Ersten Weltkrieg beginnt eine neue Periode (1918–1933) in denen die Beziehungen von den beiden Nachfolgestaaten, der Türkischen Republik und der Weimarer Republik, weitergeführt werden. Darauffolgend werden die Beziehungen während der Nationalsozialistische Zeit bis zur Gründung der BRD behandelt (1933–1949). Das Kapitel endet mit der Analyse der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Türkischen Republik von 1949 bis zur Wiedervereinigung der BRD und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1990.

Das dritte Kapitel mit dem Titel „Die kalten 20 Jahre (1990–2010)“ bildet den Kern der Arbeit. In diesem Kapitel werden zuerst die Forschungsfragen, welche Folgen der Zerfall des Ostblocks für Deutschland hatte und wie die deutsch-türkischen Verhältnisse davon beeinflusst wurden, behandelt. Dieses Kapitel unterscheidet sich von den sonstigen Kapiteln insofern, als dass es das deutsch-türkische Ringen hervorhebt. Zuerst werden die Vorgeschichte des Wandels im Ostblock und die daraus resultierenden ersten Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen nach der Vereinigung dargestellt. Danach werden die sozio-ökonomischen Probleme der Vereinigung analysiert und besonders, als eines der wichtigsten Folgen der Vereinigung für die deutsch-türkischen Beziehungen, die „gezielte Ausländerfeindlichkeit“ behandelt.

Darauffolgend wird die Forschungsfrage, welche Folgen der Zerfall des Ostblocks für die Türkei verursacht hat, beantwortet und der neue türkische Kosmos, der nach dem

Untergang des Ostblocks der Türkei zukunftsweisende neue Horizonte geboten hatte, dargestellt. In diesem Teil der Arbeit wird auf den Versuch der Türkei, eine Führungsrolle in den neuen Regionen des restlichen Ostblocks zu spielen, hingewiesen und die Stärken- und Schwächen dieses Versuchs analysiert. Danach wird die von der Türkei entworfene Schwarzmeer-Wirtschaftsregion und die Region des Balkan, insbesondere Anhand des Jugoslawienkriegs der 90er Jahre behandelt. Anschließend wird ein anderer wichtiger Teil der Spannungen, Deutschlands Kurdenkarte gegen die Türkei und die Rolle dieses Faktors in den Beziehungen betrachtet. Weiter wird versucht darzustellen, wie die Ablehnung Deutschlands der Türkei vom EU-Raum die Beziehungen beeinflusst hat. Besonders wird hier auf die Hintergründe der deutschen Ablehnung unter der Kohl-Regierung eingegangen. Das nächste Unterkapitel beschäftigt sich mit der Ära Schröder, in der sich die Beziehungen ein wenig „aufwärmten“. Das dritte Kapitel endet mit den Bestrebungen der deutschen Regierung unter der Führung von Angela Merkel die Türkei von ihrer EU-Vision abzulenken. Hier wird besonders Merkels „privilegierte Partnerschaft“ behandelt und auf die Hintergründe für diese Idee eingegangen.

Im vierten Kapitel der Arbeit wird die Forschungsfrage beantwortet, ob die deutsch-türkischen „Spannungen“ im Jahre 2010 beendet worden sind. Dieses Kapitel beleuchtet die neuen Ereignisse bis 2010 und versucht die außenpolitischen, wirtschaftlichen und reformbezogenen Fortschritte auf türkischer Seite und die Änderungen auf deutscher Seite darzustellen. Auf deutscher Seite wird auf den negativen Einfluss der globalen Finanzkrise und der Krise in der Eurozone eingegangen. Als letztes werden Merkels Friedentaube, sowie Christian Wulffs Äußerungen und die daraus resultierenden positiven Wandlungen in den deutsch-türkischen Beziehungen dargestellt. Es wird argumentiert, dass sich mit diesen Entwicklungen die Beziehungen wieder auf ihre historische Freundschaft zurückbewegen.

Im fünften Kapitel der Arbeit werden die gewonnenen theoretischen und empirischen Erkenntnisse zusammengefasst. Die Arbeit endet mit dem Literaturverzeichnis im sechsten Kapitel.

2. DIE HISTORISCHE DIMENSION DER DEUTSCH-TÜRKISCHEN BEZIEHUNGEN (1718–1990)

Das zweite Kapitel dieser Arbeit befasst sich mit der historischen Dimension der deutsch-türkischen Beziehungen. Untersucht wird, inwiefern die Beziehungen im Zeitraum von 1718 bis 1990 positiver oder negativer Natur waren. Das erste der fünf Unterkapitel behandelt den Anfang der deutsch-türkischen Beziehungen zur Zeit des Osmanischen Reiches und Preußens von 1718 bis 1918. Anschließend werden die Beziehungen zwischen der Weimarer und der Türkischen Republik von 1918 bis 1933 untersucht. Wichtig ist auch die Phase der deutsch-türkischen Beziehungen nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 bis zur Gründung der BRD 1949. Die zwei darauf folgenden Unterkapitel beschäftigen sich mit den Beziehungen der neu gegründeten BRD und der Türkischen Republik und umfassen den Zeitraum von 1949 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990.

2.1. Die deutsch-osmanische Bruderschaft (1718–1918)

2.1.1. Die friedlichen Beziehungen des Osmanischen Reichs mit Preußen

Der erste diplomatische Kontakt zwischen Preußen und dem Osmanischen Reich wird allgemein auf das Jahr 1718 datiert. In diesem Jahr schickte Großwesir Mehmet Pascha einen Brief an den preußischen König Friedrich Wilhelm I., um freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen. Am 22. März 1761 kam zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen ein Freundschafts- und Handelsvertrag zustande. Mit dem Allianzvertrag vom 31. Januar 1790 wurde die Freundschaft bekräftigt und behielt noch weitere 50 Jahre Gültigkeit. Infolge dieses Vertrages sicherte das Osmanische Reich den preußischen Kaufleuten die gleichen Rechte zu, die es den französischen Kaufleuten

nach der Kapitulation im 16. Jhd. zugesichert hatte, nämlich den ungehinderten Warenimport- und- Export in die Levante gegen eine Zollabgabe von nur 3% des Warenumsatzes (vgl. Önsoy 1972: 116). Bis zur Gründung des Deutschen Reiches entwickelten sich die deutsch-osmanischen Beziehungen politisch mit Preußen und ab 1834 wirtschaftlich über den Deutschen Zollverein (vgl. Alkan 2003: 23). Im Oktober 1840 wurde ein neuer Handelsvertrag zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen unterschrieben, dem im Wesentlichen die englisch-türkische Vereinbarung aus dem Jahre 1838 zugrunde gelegt wurde. Preußen unterzeichnete diesen Vertrag als Anführer des Deutschen Zollvereins im Namen der Mitgliedsstaaten (vgl. Önsoy 1972: 21). Als Beispiel für den Umfang der wirtschaftlichen Beziehungen lässt sich die Handelsbilanz vom Jahre 1856 angeben. In diesem Jahr belief sich der Export aus dem Zollverein über Österreich in die Türkei auf 101.953.904 Florin, die Einfuhr aus der Türkei dagegen auf 432.707 Florin (vgl. Önsoy 1972: 163). Zudem unterschrieb das Osmanische Reich mit den Staaten des Zollvereins am 20. März 1862 ein neues Handelsabkommen (vgl. Ortaylı 1998: 57).

Zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen waren schon Ende des 18. Jhd. intensive militärische Kontakte geknüpft worden. Die militärischen Beziehungen bestanden zunächst in der Entsendung preußischer Militärberater und im Weiteren in der Ausbildung osmanischer Offiziere in preußischen Militäreinrichtungen. So überprüfte zum Beispiel 1798 der preußische Oberst von Goetze die osmanische Armee im Auftrage des Sultans und unterbreitete ihm seine Empfehlungen (Akkaya, Özbek, Şen 1998: 98 f.). Als später Sultan Mahmud II. den preußischen Hof darum ersuchte, führte 1836 Hauptmann von Moltke die erste offizielle Mission zur Reform im osmanischen Militär an (vgl. Alkan 2003: 45).

2.1.2. Die Freundschaft von Abdülhamid II. und Wilhelm II.

Nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 hatte der Neuling wegen der kolonialen Vormachtstellung Englands und Frankreichs nur wenige Chancen neue Kolonien für sich zu finden. So bot das Osmanische Reich dem Deutschen Reich eine Ausdehnungsmöglichkeit an, die im Sinne einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zu verstehen ist (vgl. Ortaylı 1998: 11). Der

diplomatische Verkehr des Deutschen Reiches mit der Hohen Pforte entwickelte sich positiv, so sprach man im amtlichen Umgang von der Türkei als einer „befreundeten Macht“ (vgl. Holborn 1926: 7).



Abbildung 2.1. Das Deutsche Reich 1871

(Quelle:[http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutsches Reich1.png&filetimestamp=20100517163548](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutsches_Reich1.png&filetimestamp=20100517163548))

Die deutsch-osmanischen Beziehungen erweiterten sich besonders zur Zeit des osmanischen Sultans Abdülhamid II. in bemerkenswerter Weise. Als Abdülhamid II. 1876 den Thron bestieg, sah er sich an der Spitze eines bankrotten und desorganisierten Staatswesens. Durch die Niederlage im russischen Krieg (1877–1878) verschlechterte sich seine Position noch weiter. Der Sultan betrachtete die eilige Ordnung des Finanzwesens und die Reformierung des türkischen Heeres als seine erste Aufgabe, zumal sich die Türkei von 1854 bis 1875 eine ausländische Schuldenlast von über 5

Mrd. Franken aufgeladen hatte. Während des russischen Krieges hatte das Osmanische Reich nur unter erschwerten Bedingungen Kredite erhalten können und sich auf die Verpfändung von Steuern und Verzicht auf deren staatliche Einziehung einlassen müssen. Im Januar 1876 musste die osmanische Staatskasse die Zahlungen sogar vollständig einstellen (vgl. Holborn 1926: 8 ff.).



Abbildung 2.2. Das Osmanische Reich 1878

(Quelle:http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9f/Rise_and_Fall_of_the_Ottoman_Empire_1300-1923.gif).

Mit dem Berliner Kongress (1878) verlor das Osmanische Reich (außer Mazedonien) seine letzten nicht-muslimischen Gebiete und befand sich an einem historischen Wendepunkt (vgl. Ortaylı 1998: 45). Alle Großmächte Europas, außer dem Deutschen Reich, beabsichtigten mit ihrer Außenpolitik, die Beendung des Osmanischen Reiches herbeizuführen (vgl. Ortaylı 1998: 50), deswegen wendete sich Abdülhamid II. für die Reorganisation des Heerwesens und die Finanzreform an das Deutsche Reich, womit

die osmanisch-deutschen Beziehungen eine neue Dimension erreichten. Die deutsch-osmanischen Beziehungen entwickelten sich freundschaftlich, aber natürlich waren in erster Linie die eigenen Interessen berücksichtigt. Bismarck hoffte, zuverlässige Berichterstatter in der Türkei zu haben, denn je besser das deutsche Kabinett über die Vorgänge im Orient informiert war, umso leichter konnte es auch das dortige Geschehen beeinflussen. Für den Fall, dass es zu einem Krieg mit Russland kommen sollte, plante Bismarck, auch die Pforte als Bundesgenossen einzubeziehen (vgl. Holborn 1926: 11 ff.). Die Grenze, die seinem Handeln in dieser Richtung gezogen war, bezeichnete er selbst mit den Worten: „Soweit es unser Vorteil gestattet.“ (zit. n. Holborn 1926: 13)

Die deutsche Unterstützung erstreckte sich von der Hilfe bei Reformen in der osmanischen Armee über große Eisenbahntätigkeiten bis hin zur Unterstützung der Musikkapelle des Sultans. Viele deutsche Fachberater, darunter Lehrer, Buchmacher, Ofensetzer, Tischler usw., arbeiteten im Dienste des Osmanischen Sultans. Doch die wichtigste Rolle bei der Entwicklung der deutsch-osmanischen Beziehungen spielte das Wirken der deutschen Militärreformer und Militärmissionen. In gleicher Funktion, aber diesmal im Namen des deutschen Kaisers wurden 1882 Oberst Kähler und 1885 Generalmajor von der Goltz zum Chef der deutschen Militärmission in Istanbul ernannt (vgl. Alkan 2003: 44 f.).

Auch auf der türkischen Seite wurde die Situation realistisch bewertet. Trotz freundschaftlicher Beziehungen war sich Abdülhamid II. bewusst, dass Deutschland nur eine erzwungene Wahl war. Er brauchte die deutsche Partnerschaft, um die europäischen Mächte gegeneinander auszuspielen, ihre Politik zu benutzen, und seine eigene zu verwirklichen (vgl. Kleinert 1995: 105).

„Man konnte sich sogar vorstellen, daß Abdülhamid es vorzog, die Religion nicht weiter in die Angelegenheit einzubeziehen, denn er wollte nicht zusammen mit den Europäern gegen die Muslime in Erscheinung treten. Diesbezüglich muß die Tatsache, daß eine Einigkeit mit den Deutschen, [...]“

als eine wohlfeile Haltung des kleineren Übels angesehen werden.“

(Koloğlu 1987: 222, zit. n. Kleinert 1995: 103)

Unter diesen Voraussetzungen hatte 1889 der junge Kaiser Wilhelm II. nach der Hochzeit seiner Schwester in Athen, zum ersten Mal die Gelegenheit, den Sultan in Konstantinopel zu besuchen (vgl. Kampen 1968: 20 f.). Zum Zeitpunkt des zweiten Besuchs im Oktober 1898 waren die bilateralen Beziehungen schon weit fortgeschritten, der Kaiser hatte die Osmanen politisch wie militärisch unterstützt und im Gegenzug ökonomische Zugeständnisse erhalten (vgl. Kleinert 1995: 105). Anders als bei den Franzosen sprach Sultan Abdülhamid II. dem deutschen Kaiser Wilhelm II. auch das Schutzrecht der Katholiken in Palästina zu (vgl. Ortaylı 1998: 81). Auf seiner zweiten Orientreise im Jahre 1898 äußerte Wilhelm II. in Damaskus die berühmten Worte, dass sich die Moslems allezeit seines Schutzes gewiss sein könnten (vgl. Kampen 1968: 22). Auch besuchte Wilhelm II. Jerusalem und unterstützte die in Palästina tätigen deutschen Missionen (vgl. Ortaylı 1998: 100). So wollte sich der Kaiser als Beschützer aller Christen im Heiligen Land und gleichzeitig als Freund aller Muslime präsentieren. Deutschland hatte die Idee des Panislamismus deshalb ergriffen, weil es im Machtbereich des Islams, im Gegensatz zu England und Frankreich, kaum etwas zu verlieren hatte und über diesen Umweg hoffte, speziell England etwas von seiner Kolonialbeute abzunehmen (vgl. Kleinert 1995: 105 f.).

Im Laufe der Zeit verbesserte das Osmanische Reich die Wirtschaftsverhältnisse zu Deutschland. Auch im deutschen Auswärtigen Amt war die Notwendigkeit der Förderung deutscher wirtschaftlicher Interessen in der Türkei kaum bestritten. Gleich vor dem ersten Besuch von Kaiser Wilhelm II. in Istanbul (1889) wurden Waffen im Umfang von 500.000 Gewehren und 50.000 Karabinern von den Firmen Mauser und Loewe geliefert, nach dem Besuch des Kaisers wuchsen die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in der Türkei noch schneller (vgl. Kampen 1968: 21 ff.). Seitens der Deutschen wurden für den osmanischen Markt viele deutsche Gesellschaften gegründet. Der am 26. August 1890 zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich unterschriebene Handelsvertrag erweiterte die Begünstigungen Deutschlands (vgl. Ortaylı 1998: 57). Am Ende des 19. Jhd. nahm der deutsch-türkische Warenaustausch

sprunghaft zu. Soweit messbar betrug die deutsche Ausfuhr in die Türkei 1880 6,7 Mrd. Mark, 1888 stieg sie auf 11,7 Mrd. Mark. Dagegen betrug die türkische Ausfuhr im Jahre 1880 1,9 Mrd. Mark und stieg 1888 auf 2,3 Mrd. Mark (vgl. Kampen 1968: 24).

Im Mittelpunkt aller amtlichen Förderungen standen die deutschen Bahnbauten, denn Kleinasien war das wichtigste Bindeglied zur Herstellung eines Überlandweges von Europa nach Indien (vgl. Alkan 2003: 53). Das Deutsche Reich verfolgte schon lange den Plan, den Indischen Ozean über Anatolien und vom Persischen Golf heraus zu erreichen (vgl. Ortaylı 1998: 127 f.). Das Bagdad-Bahnprojekt ermöglichte dem Osmanischen Reich den Ausbau seiner Infrastruktur, insbesondere in die östlichen Provinzen, aber gleichzeitig öffnete es auch Deutschland den Weg zu weiterer wirtschaftlicher Expansion in den Nahen und Mittleren Osten (vgl. Akkaya, Özbek, Şen 1998: 98).

Nach der vorübergehenden Krise der deutsch-türkischen Beziehungen zur Zeit der jungtürkischen Revolution von 1908, in der Abdülhamid II. gewaltsam abgesetzt wurde, festigte sich das Verhältnis des Deutschen Reiches zu der nun „Jung“ genannten Türkei aufs Neue (vgl. Kampen 1968: 22). Die Führer der Jungtürken wurden in ihrem Staatsverständnis wesentlich vom wilhelminischen Deutschland beeinflusst. Die Jungtürkische Regierung, die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die Staatsgewalt innehatte, galt sogar als mehrheitlich pro-deutsch eingestellt (vgl. Akkaya, Özbek, Şen 1998: 99).

Der deutsch-freundliche Enver Pascha stieg 1914 gegen den Widerstand der england-freundlichen Kreise in Istanbul zum Kriegsminister auf. Er handelte mit dem Deutschen Reich einen geheim gehaltenen Bündnisvertrag aus und am 20. Oktober 1914 ordnete er an, die russische Flotte auch ohne Kriegserklärung anzugreifen. Von nun an befand sich das Osmanische Reich an der Seite der Deutschen im Ersten Weltkrieg. Nach dem Ausbruch des Krieges schickte der deutsche Kaiser Wilhelm II. seinen Generalfeldmarschall von der Goltz nochmals in die Türkei. Von der Goltz übernahm die Funktion des stellvertretenden Generalstabschefs im Osmanischen Reich. Als im April 1916 seine Division in Mesopotamien die Briten bei Kut al-Amara besiegte, war das der letzte gemeinsame Sieg vom Osmanischen und vom Deutschen Reich im Ersten

Weltkrieg, wonach die Niederlagen kamen (vgl. Hermann 2008: 257).

So gingen im Ersten Weltkrieg das Deutsche und das Osmanische Reich als Bündnispartner gemeinsam unter. Zwar waren die Zerstörungen des Ersten Weltkriegs auf deutscher und türkischer Seite enorm, aber das Verhältnis der beiden Staaten und Völker wurde nicht im gleichen Maße belastet. Beide Parteien waren sich bewusst, die Bundespflichten bis zum letzten Zeitpunkt, bis zur letzten Möglichkeit erfüllt zu haben und ehrenvoll unterlegen zu sein (vgl. Ziemke 1930: 353). Obwohl ihnen der Erste Weltkrieg das gemeinsame Ende bereitete, blieben daher die deutsch-osmanischen Beziehungen dennoch im Bereich einer „brüderlichen Wärme“.

2.2. Die erneuerte „Freundschaft“ nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1933)

2.2.1. Politische Gemeinsamkeiten der Weimarer und der Türkischen Republik

Als Nachfolgestaaten des Deutschen und des Osmanischen Reiches wurden 1919 die Weimarer Republik und 1923 die Türkische Republik gegründet, aber unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg blieben die Staaten in ihren Beziehungen ungewollt voneinander isoliert. Diese Isolierung war eine Folge des Waffenstillstandes von Mudros (1918), der die Beziehungen zwischen Konstantinopel (Istanbul) und Berlin vorerst unterbrochen hatte (vgl. Ziemke 1930: 349 f.). Ein weiterer Faktor war der 22. Artikel des Versailler Vertrags, der vorsah, dass Deutschland alle Verbindungen mit der Türkei zu lösen hatte. So stand in den ersten fünf Jahren nach 1918 die Abwehr der Siegermächte im Vordergrund beider Staaten, sie suchten nach Möglichkeiten, die unter Zwang unterschriebenen Friedensverträge, Versailles und Mudros loszuwerden (vgl. Krecker 1964: 11 f.).

Die eigene Ohnmacht hinderte sie daran, in irgendwelche Verbindungen zu treten (vgl. Ziemke 1930: 349). Daher begannen die offiziellen Gespräche zwischen Deutschland und der Türkei erst Ende Februar 1924. Am 3. März 1924 wurde in Ankara ein

Freundschaftsvertrag zwischen der Weimarer und der Türkischen Republik unterschrieben (vgl. Ökçün, Ökçün 1974: 9), womit die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgte. Anschließend wurden Handels- und Niederlassungsverträge abgeschlossen. Mit diesen Verträgen erkannte Deutschland die Türkei als gleichberechtigt an und verzichtete auf sämtliche Vorrechte und Privilegien der Vergangenheit (vgl. Ziemke 1930: 353).

Die Weimarer und die Türkische Republik wiesen auch Ähnlichkeiten im internationalen Bereich auf. Wie die Weimarer Republik schloss auch die Türkische Republik einen ersten Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, die ebenfalls nach dem Ersten Weltkrieg von Großbritannien und Frankreich international isoliert wurde (vgl. Kreckler 1964: 11). Obwohl das Deutsche und das Osmanische Reich gegen Russland im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten, mussten sie ihre Beziehungen zu Russland verbessern, weil ihre eigene Existenz gefährdet war (vgl. Ziemke 1930: 355).

Deutschland hatte sich mit dem Abschluss der Verträge von Locarno bereit erklärt als Mitglied des Völkerbunds am friedlichen Ausgleich mitzuarbeiten. Die deutsche Politik strebte nach der Erhaltung des allgemeinen Friedens, der zur eigenen Gesundung benötigte wurde. Da auch die türkische Regierung den Friedenskurs mittrug verliefen die beiderseitigen Bestrebungen in einer gewissen Parallelität (vgl. Ziemke 1930: 353 ff.). Deutschland wünschte weiter, dass die Türkei Mitglied des Völkerbunds werde, um die deutschen Interessen gegen Frankreich und Großbritannien gemeinsam zu verfolgen (vgl. Koçak 1991: 19). Zwar trat die Türkei erst 1932 dem Völkerbund bei, aber wichtig erscheint, dass Deutschland trotz der sowjetischen Opposition, die Türkei unterstützte.

Wirksam für die deutsch-türkischen Beziehungen waren auch die türkisch-italienischen und die deutsch-italienischen Beziehungen. Die imperialen Absichten Italiens unter der Regierung von Mussolini wurden zur Hauptsorge der jungen Türkischen Republik, denn die italienische Position im Dodekanes machte sie zum Nachbar der Türkei. Trotz des Neutralitätsvertrags vom 30. Mai 1928 blieben die türkisch-italienischen Beziehungen nicht frei von Spannungen (vgl. Kreckler 1964: 17). Daher richtete sich die defensive Balkanpolitik der Türkei grundsätzlich gegen Italien (vgl. Kreckler 1964: 24). Da sich auch Griechenland von Italien erpresst sah, wurde am 30. Oktober 1930 ein griechisch-

türkischer Freundschafts- und Neutralitätsvertrag mit Protokoll über den Status Quo zur See unterschrieben (vgl. Jäschke 1931: 159). Für die Sicherung der gemeinsamen Grenzen und die politische Zusammenarbeit schloss Ankara auch mit den anderen europäischen Ländern Jugoslawien und Rumänien vergleichbare Freundschaftsverträge, die nachher im gemeinsamen „Balkan-Pakt“ zusammengefasst wurden (vgl. Jäschke 1941: 28). Auch anlässlich der türkisch-italienischen Spannungen bemühte sich die Weimarer Republik, eine Vertiefung der Krise zu verhindern (vgl. Koçak 1991: 26) und verfolgte eine Gleichgewichtspolitik ohne Stellung gegen die Türkei, Italien oder Großbritannien zu nehmen, was die Freundschaft der deutsch-türkischen Beziehungen befestigte.

2.2.2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten

In Folge der Reparationslasten war Deutschland gezwungen Absatzmärkte für seine Erzeugnisse zu gewinnen (vgl. Ziemke 1930: 357), daher vertieften sich die Beziehungen zwischen der Weimarer und der Türkischen Republik hauptsächlich im wirtschaftlichen Bereich (vgl. Kreckler 1964: 22). Zwischen Deutschland und der Türkei wurde am 13. Dezember 1925 in Ankara ein gegenseitiger Meistbegünstigungsvertrag unterzeichnet (vgl. Koçak 1991: 85). Ein Handelsvertrag war aber immer noch nötig und so wurde der deutsch-türkische Handelsvertrag am 12. Januar 1927 in Ankara unterschrieben (vgl. Jäschke, Pritsch 1929: 109) und blieb bis zum 3. Februar 1930 gültig. Am 27. Mai 1930 wurde ein neues Handelsabkommen unterschrieben (vgl. Koçak 1991: 85 f.).

Deutsche Unternehmen nutzten die günstige Situation in der Türkei und gründeten oder investierten in zahlreiche türkische Unternehmen, die besonders in den Sektoren Rohstoff, Elektrizität, Bau, Zement, Maschinen, Tabak und Eisenbahn tätig waren (vgl. Koçak 1991: 56 f.). Wie in früheren Zeiten hatten die Eisenbahninvestitionen einen besonderen Wert in den deutsch-türkischen Beziehungen. Für die Errichtung einer Eisenbahnstrecke erhielt die Türkische Republik ihren ersten ausländischen Kredit von Deutschland (vgl. Nadolny 1955: 105). Anschließend wurde zwischen dem türkischen Verkehrsministerium und der deutschen Gruppe Bamberger ein Abkommen über die Lieferung von Material für Eisenbahnen abgeschlossen (vgl. Jäschke 1931: 153).

„Hierdurch gelang es der deutschen Industrie einen großen Vorsprung gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu gewinnen und auch für die Zukunft ihre wirtschaftliche Vorzugsstellungen in der Türkei zu festigen.“ (Nadolny 1955: 106) Das Abkommen zwischen der Lufthansa und dem türkischen Innenministerium am 9. Januar 1930 (vgl. Jäschke 1931: 139) war ein weiteres Projekt in der deutsch-türkischen Zusammenarbeit. In diesem Fall bekam die Lufthansa eine Genehmigung zur Errichtung einer Luftpost zwischen Berlin und Istanbul, wodurch sich die beiden Staaten einander zusätzlich näherten. Der Außenhandel zwischen der Weimarer und der Türkischen Republik basierte auf dem Verkauf industrieller Produkte von Deutschland in die Türkei und dem Kauf von Agrarprodukten und Rohmaterial aus der Türkei (vgl. Koçak 1991: 86). Gemäß den deutschen Statistiken² erreichte der türkische Export nach Deutschland im Jahr 1929 mit 75,6 Mio. RM (Reichsmark) seinen Höhepunkt, auch der Export Deutschlands in die Türkei erreichte im selben Jahr seinen Höhepunkt mit 72,5 Mio. RM. Der Anteil Deutschlands am Gesamtimport der Türkei war im Jahr 1932 mit 23.3% auf dem Höhepunkt. Im gleichen Jahr war der Anteil der Türkei am Gesamtexport Deutschlands nur 0,9%. So ist es wichtig zu betonen, dass der Anteil der Türkei im Handel mit Deutschland nicht von großem Wert, aber Deutschland ein sehr wichtiger Handelspartner für die Türkei gewesen war (vgl. Koçak 1991: 90 f.).

2.2.3. Harmonie in den militärischen und kulturellen Beziehungen

Nach dem Beginn der diplomatischen Beziehungen zwischen der Weimarer und der Türkischen Republik begann auch eine rasche Annäherung in den kulturellen Beziehungen, allerdings eher im Bildungsbereich. Die deutsche Schule in Istanbul, die seit dem Mudros Vertrag von 1918 geschlossen war, wurde am 16. November 1924 wieder geöffnet (vgl. Jäschke, Pritsch 1929: 89). Darüber hinaus wurde die deutsche Tageszeitung „Türkische Post“ basierend auf der Initiative des deutschen Botschafters

² Deutsche und türkische Statistiken im Außenhandel weisen besonders vor 1934 große Unterschiede auf. Der Grund dafür ist, dass in den türkischen Statistiken Transit-Übergangsländer wie Italien, Großbritannien und Holland als Exportländer gezählt wurden (vgl. Koçak 1991: 88). Daher sind die Quellen einbezogen, die sich auf die deutschen Statistiken stützen.

Rudolf Nadolny im Jahre 1926 in Istanbul gegründet (vgl. Nadolny 1955: 103).

Die Türkische Republik legte auch besonderen Wert auf die Ausbildung von türkischen Beamten in Deutschland. 1924 wurden zwölf angehende Ingenieure zum Studium und 1928 vier Offiziere der türkischen Armee zur Ausbildung im topographischen Bereich nach Deutschland geschickt. Zur Fortbildung wurden weitere fünf türkische Offiziere in den Kommandostab der deutschen Armee aufgenommen (vgl. Koçak 1991: 47 f.). Damit verbunden studierten türkische Schüler im Polizeiinstitut in Berlin und absolvierten ein Praktikum im Berliner Polizeidirektorium. Im Sommer 1932 studierten insgesamt 132 türkische Schüler in unterschiedlichen Hochschulen in Deutschland (vgl. Koçak 1991: 42 f.).

Die Entwaffnung Deutschlands zwang viele deutsche Offiziere – wenn auch privat – ihre Dienste anderen Staaten zur Verfügung zu stellen. So unterrichteten deutsche Offiziere an der türkischen Kriegsschule Yıldız in Istanbul (vgl. Nadolny 1955: 104). Gleichzeitig gab es auch französische Offiziere in der türkischen Armee, aber deutsche Offiziere waren in der Mehrzahl (vgl. Koçak 1991: 46), was auf das Vertrauen der Türken in deutsche Offiziere verweist, mit denen sie im Ersten Weltkrieg eine Waffenbruderschaft unterhalten hatten.

Wichtig für die militärischen Beziehungen waren der Waffenhandel und der deutsche Investitionswunsch in die türkische Militärindustrie. Die junge Türkische Republik wollte ihre eigene Militärindustrie aufbauen und dieses Unterfangen mit den Investitionen der deutschen Waffenindustrie angehen. Weil der Versailler Vertrag die Ausfuhr von Waffen, Munitionen und Kriegsgerät untersagte, befürchtete Deutschland, die Beziehungen mit Großbritannien und Frankreich zu schaden. So liefen in der militärischen Rüstung die deutsch-türkischen Beziehungen über private Unternehmen weiter (vgl. Koçak 1991: 53 f.).

Am 15. August 1925 hatte die türkische Regierung ein Abkommen mit der deutschen Firma Junkers über den Bau einer Flugzeug- und Motorfabrik in Kayseri beschlossen (vgl. Jäschke, Pritsch 1929: 96), die Fabrik wurde am 6. Oktober 1926 in Kayseri eröffnet (vgl. Jäschke, Pritsch 1929: 108). Aufgrund von Verzögerungen konnte erst im

Mai 1934 die erste selbstgebaute Maschine abgeliefert werden (vgl. Jäschke, Pritsch 1929: 61). Das türkische Verteidigungsministerium hatte auch bei anderen deutschen Firmen Bestellungen gemacht, so wurden zum Beispiel 1930 von der Firma Büssing 29 motorisierte Fahrzeuge -wenn auch offiziell zu zivilen Zwecken- bestellt (vgl. Koçak 1991: 55).

Die Türkei lud weiter deutsche Spezialisten als Berater für die Gründung der Personalabteilung des türkischen Innenministeriums, zur Unterstützung des Landeswirtschaftsamtes, der Staatsfabriken, des Gesundheitsministeriums, der Forstwirtschaft, der Waffenreparatur und der militärischen Werkstätten ein. Im Frühling 1928 wurde eine deutsche Mission unter Geheimrat Oldenburg in die Türkei gesandt und beteiligte sich am Bau einer landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara (vgl. Koçak 1991: 39 f.). Der deutsche Professor Herman Jansen machte den Bebauungsplan der Stadt Ankara (vgl. Nadolny 1955: 95), der Architekt Holzmeister entwarf die wichtigsten Staatsgebäude der neuen Hauptstadt. Deutsche Architekten waren auch bei den wichtigen Projekten von Istanbul beteiligt (vgl. Koçak 1991: 44). Somit zeichneten sich die deutsch-türkischen Beziehungen zurzeit der Weimarer und Türkischen Republik durch eine produktive Freundschaft und eine intensive Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich aus.

2.3. Ohne Krieg mit den Nationalsozialisten (1933–1949)

2.3.1. Die unbekannten Absichten der Nationalsozialisten

Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten unter der Führung von Adolf Hitler 1933 pflegte die Türkei ein sehr gutes Verhältnis zur Weimarer Republik, es bestanden keine konkreten Divergenzen zwischen den beiden Ländern (vgl. Kreckler 1964: 24). Am Anfang der Nationalsozialistischen Regierung hatten der türkische Präsident Atatürk und der Premierminister İnönü sogar ihre Sympathie für das neue Deutschland und seinen Führer geäußert (vgl. Koçak 1991: 105). Diese Sympathie war jedoch nicht gegenseitig. Die Nationalsozialisten spekulierten vielmehr darauf, die Türkei wirtschaftlich an sich zu binden, sie zu einer wehrwirtschaftlichen Rohstoffbasis und zu

einem wirtschaftlichen Ausbeutungsterritorium umzuwandeln (vgl. Moser, Weithmann 2002: 128).

Die Tradition, deutsche Offiziere als Berater in der türkischen Armee zu beschäftigen, setzte sich auch zur Zeit des nationalsozialistischen Regimes fort, zumal diese Offiziere den türkischen Behörden ungefährlich erschienen. Auch versuchte die Türkei, ihren Rüstungsbedarf über Deutschland abzudecken. Die Lieferung von Kriegsmaterial deutscher Herkunft benötigte ebenfalls deutsche Ausbildung (vgl. Kreckler 1964: 23). Damit suchten die Nationalsozialisten sicherzustellen, dass die Türkei nicht eines Tages auf der Seite einer gegnerischen Koalition vorzufinden sei. Mit Befriedigung stellten 1942 die Deutschen fest, dass die türkische Armee nach deutschen Vorschriften ausgebildet, deutsche Militärliteratur mit regem Interesse verfolgt und die Kriegsakademie sich völlig den deutschen Grundsätzen und Erfahrungen angepasst hatte (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 28 f.).

Die Anzahl der im August 1939 in amtlichen und halbamtlichen Stellen in der Türkei tätigen deutschen Spezialisten wird auf 2.000 geschätzt (vgl. Kreckler 1964: 23). Sie wurden mit dem Bau von Bahnstrecken, Brücken, Kraftwerken, mit der Montage von Spezialmaschinen und der Errichtung ganzer Industriezweige beauftragt. Neben der Wirtschaft und dem Militär konzentrierte sich der deutsche Einfluss besonders stark auf Wissenschaft und Kultur. Rund 80% aller türkischen Auslandsstudenten studierten in Deutschland. Daneben waren zahlreiche deutsche Professoren an türkischen Universitäten tätig (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 27 ff.).

2.3.2. Der erzwungene Anschluss der Türkei an den anglo-französischen Block

Nachdem am 3. Oktober 1935 Italien Abessinien angegriffen hatte, wirkte sich die deutsche Annäherung an Italien (vgl. Jäschke 1943: 15) negativ auf die deutsch-türkischen Beziehungen aus. Hitlers außenpolitisches Bündnis mit Mussolini im Jahre 1936 warf ein erstes Fragezeichen auf (vgl. Kreckler 1964: 20). Das faschistische Italien Mussolinis war die einzige Macht, die sich seit 1922 den türkischen Grenzen in expansiver Absicht näherte und das gesamte östliche Mittelmeer und die Ägäis als

italienisches Einflussgebiet verlangte (vgl. Moser, Weithmann 2002: 128). Mit der Besetzung Prags am 15. März 1939 hatte das nationalsozialistische Deutschland seine eigene These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt und die Bahn der aggressiven Expansion betreten (vgl. Kreckler 1964: 24). So hatte Hitler zu erkennen gegeben, dass er weitreichende Pläne verfolgte, die sich auch in Richtung Balkan erstreckten, was auch für die Türkei eine potentielle Bedrohung darstellte. Die deutsche Unterstützung für Italien beim Überfall auf Albanien am 7. April 1939 beschädigte die deutsch-türkischen Beziehungen weiter (vgl. Koçak 1991: 138) und führte zur Ansicht, dass sich Deutschland in den Augen Ankaras auf Italiens Seite stellte.

So rechnete man in der Türkei mit einem baldigen Weltkrieg und als Alternative zu den aggressiven Achsenmächten bot sich nur die Anlehnung an England an (vgl. Moser, Weithmann 2002: 130). Insgesamt galt die Hauptsorge der Türkei allerdings eher dem faschistischen Italien als Deutschland (vgl. Kreckler 1964: 36). Am 12. Mai 1939 wurde die britisch-türkische Beistandserklärung angekündigt (vgl. Jäschke 1943: 74), in der sich die beiden Staaten zur gegenseitigen Hilfe im Falle eines Angriffs und einem Krieg im Mittelmeer verpflichteten. Auch der Balkan war, wenn auch in abgeschwächter Form, einbezogen (vgl. Kreckler 1964: 39). Besonders nach dem Abschluss des Militärbündnisses (Stahlpakt) vom 22. Mai 1939 zwischen Italien und Deutschland wuchs die Bedrohung durch die Achse ständig weiter (vgl. Önder: 1977: 23).

Unter diesen Umständen wurden die vorläufigen Beistandsversprechen vom 12. Mai 1939 und 23. Juni 1939 mit dem britisch-französisch-türkischen Beistandspakt für 15 Jahre vom 19. Oktober 1939 ersetzt (vgl. Jäschke 1943: 85). Die Türkei bekam die Zusage, bei einem Angriff einer europäischen Macht und einer kriegesischen Auseinandersetzung im Mittelmeergebiet, Anspruch auf Beistand von Großbritannien und Frankreich zu erhalten. Die türkischen Verpflichtungen waren dagegen begrenzter (vgl. Kreckler 1964: 62 f.). Die Türkei wollte auch potentiell gefährliche Folgen des Vertrags vermeiden und deswegen wurde im „Protokoll 2“ betont, dass die Anwendung des Paktes ausgesetzt würde, falls die Türkei in eine kriegesischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion verwickelt werden würde (vgl. Jäschke 1941: 29). Der Pakt bezog sich aus defensiver Sicht grundsätzlich gegen Italien, aber die Türkei war entschlossen,

sich von keiner Seite, auch nicht von Großbritannien und Frankreich, in einen Konflikt ziehen zu lassen (vgl. Kreckler 1964: 66).

2.3.3. Die Nationalsozialisten an der türkischen Grenze und der deutsch-türkische „Freundschaftsvertrag“

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und der Kriegserklärung Italiens gegen Frankreich und Großbritannien am 10. Juni 1940 (vgl. Jäschke 1943: 29) geriet die türkische Regierung in eine heikle Situation. Die Türkei wollte nicht an einem Krieg gegen Deutschland teilnehmen. Aber gemäß Art. 2, Abs. 1 des britisch-französisch-türkischen Beistandspaktes vom 19. Oktober 1939 war die Türkei verpflichtet, den Westmächten militärische Unterstützung zu gewährleisten (vgl. Kreckler 1964: 82). So suchte die Türkei nach Auswegen, sich aus dieser Auseinandersetzung herauszuhalten. Ankara behauptete, dass eine türkische Unterstützung für Frankreich und Großbritannien zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion führen könnte und beschloss gemäß Protokoll 2 des Beistandsvertrages, nichtkriegführend zu bleiben (vgl. Kreckler 1964: 87).

Der Sieg Deutschlands über Frankreich und die italienische Teilnahme am Krieg erlaubte es der deutschen Führung eine aktive Mittelmeer- und Nahostpolitik zu betreiben (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 58), und bald waren Istanbul und die Meerengen im Interessengebiet der Nationalsozialisten. Im Rausch des Erfolges betrachtete die nationalsozialistische Führung die Beziehungen zu anderen Staaten, darunter auch zur Türkei, stets unter dem Gesichtspunkt möglicher Gewaltanwendungen. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Halder vermerkte darüber in seinem Tagebuch: *„Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Möglichkeiten gegenüber Rußland schwinden, wenn wir uns gegen die Türkei festlegen. In der letzten Unterredung wurde mir vom Führer gesagt: ‚An die Meerengen können wir erst gehen, wenn Rußland geschlagen ist‘.“* (Halder 1962: B2, 191, zit. n. Glasneck, Kircheisen 1968: 59) Hitlers eigentliche Einstellung zur Türkei kam in den Gesprächen mit dem bulgarischen Gesandten Draganoff zum Ausdruck, Draganoff sagte später, dass Hitler folgende Aussagen getätigt hätte: *„Sie seien sich klar darüber, daß, wenn sie in einen Konflikt kämen, dies das Ende ihrer Beherrschung der Meerengen bedeute.“* (zit.

n. Kreckler 1964: 116)

Nachdem deutsche Truppen am 2. März 1941 in Bulgarien einmarschierten (vgl. Jäschke 1943: 113) und sich an der türkischen Grenze stationierten bekam İnönü am 4. März 1941 einen Brief von Hitler (vgl. Kreckler 1964: 138). In seinem Brief an İnönü äußerte Hitler zwar seine Freundschaft, aber trotz aller deutschen Friedenszusagen erwarteten die türkischen Staatsmänner jederzeit einen deutschen Angriff (vgl. Önder 1977: 102). Sie trafen eine Reihe von Maßnahmen, wie die Konzentration von Truppen in Thrakien und die Verstärkung der Kräfte an den Meerengen (vgl. Kreckler 1964: 148). Am 27. April 1941 gerieten Athen und die griechischen Inseln in deutsche Hand, folglich beherrschte Deutschland praktisch auch den Zugang zu den Meerengen und gleichzeitig war von Großbritannien keine Hilfe zu erwarten (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 70). Dennoch wurde in der türkischen Presse betont, dass die Türkei den Frieden aufrecht erhalten werde, solange sie nicht angegriffen würde (vgl. Jäschke 1943: 116).

Im Allgemeinen hatte die Türkei keine feindlichen Absichten gegen Deutschland und bemühte sich immer, die freundlichen Beziehungen zu bewahren. In diesem Fall aber fühlte sie sich von den Nationalsozialisten bedroht, die kurz zuvor Frankreich besiegt hatten und in ihrer stärksten Zeit an der türkischen Grenze stationiert waren. So war die Türkei erleichtert, als mit Deutschland ein Freundschafts-, bzw. Nichtangriffsvertrag unterschrieben wurde. Der am 18. Juni 1941 von Papen und Saraçoğlu unterzeichnete, deutsch-türkische Freundschaftsvertrag (vgl. Jäschke 1943: 121) besagte, dass beide Partner sich gegenseitig die Integrität und Unverletzlichkeit ihres Territoriums garantierten, dass sie keine Maßnahmen ergreifen wollten, die sich direkt oder indirekt gegen den Anderen richteten und dass sie einander bei allen gemeinsame Interessen berührenden Fragen gegenseitig informieren sollten. Die deutschen Imperialisten hatten zwar mit dem Vertrag nicht erreicht, dass die Türkei endgültig an die Seite der Achsenmächte trat, aber am Vorabend des Russlandfeldzuges brauchten sie keine Truppen zur Sicherung gegen die Türkei abzustellen (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 74 f.). Darüber hinaus stellte Deutschland durch diesen Vertrag sicher, dass Großbritannien der Sowjetunion über das türkische Territorium oder die Meerengen keine Hilfe leisten könnte (vgl. Kreckler 1964: 171):

„Der deutsch-türkische Vertrag stellte in der Tat ein diplomatisches Unikum dar. Die Türkei blieb mit Großbritannien verbündet, obwohl sie mit dem Staat, der gegen Großbritannien einen Krieg auf Tod und Leben führte, einen Nichtangriffs- und Konsultativpakt schloß.“ (Krecker 1964: 169).

Die Türkei war zwar gewissermaßen mit dem deutsch-türkischen Freundschaftsvertrag vom 18. Juni 1941 erleichtert, aber auf die Vertragstreue der Hitlerclique zu hoffen war nicht realistisch. So waren genug Gründe vorhanden, die Nachricht vom deutsch-russischen Krieg in Ankara mit unverhohlener Freude aufzunehmen, als am 22. Juni 1941 die deutschen Truppen in der Sowjetunion einfielen (vgl. Jäschke 1943: 121). Die Meldungen über erste Erfolge der deutschen Armeen veranlassten das deutsche Oberkommando, weitere Operationen zu erwägen, die auch die Türkei betrafen. Anfang Juli befürwortete das Oberkommando eine Operation durch Anatolien gegen Syrien. Ein oder zwei Divisionen sollten möglichst bald an die bulgarisch-türkische Grenze verlegt werden, um die Türkei unter Kontrolle zu halten. Noch Ende Juli glaubten die deutschen Generäle, im Herbst das Kaukasusgebiet zu erreichen, womit auch an der Nordostgrenze der Türkei deutsche Truppen stehen würden (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 76). Da aufgrund der deutschen Erfolge -am 27. Oktober war die gesamte Krim mit Ausnahme der Festung Sewastopol in deutscher Hand, am 21. November wurde Rostow besetzt- mit einer raschen Entscheidung zu rechnen war, drohte der Türkei die Gefahr, im wahrsten Sinne des Wortes zwischen die Fronten zu geraten, daher war die türkische Regierung seit dem Beginn des Ostfeldzuges bemüht, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern, aber gleichzeitig die Fäden zu Großbritannien nicht abzureißen (vgl. Krecker 1964: 201).

„Das Dilemma der türkischen Politik bestand nur darin, daß dieses Deutschland, dessen nationalsozialistische Lebensraumtheorie und dessen Prinzipien der Machtausübung abgelehnt wurden, das einzige Hindernis war, das dem sowjetischen Vormarsch nach Mittel- und Südosteuropa entgegenstand. Die Türkei konnte daher weder den Sieg noch die Niederlage Deutschlands wünschen.“ (Krecker 1964: 229)

2.3.4. Das Drängen der Alliierten und der erzwungene Abbruch der Beziehungen

Der deutsche Angriff auf Russland verlief nicht so, wie es sich Hitler vorgestellt hatte. Mit der Vernichtung der 6. deutschen Armee im Kessel von Stalingrad Anfang 1943 begann die grundlegende Wende des Krieges, womit die strategische Initiative an die Streitkräfte der Antihitlerkoalition überging. Damit erhielt die antifaschistische Befreiungsbewegung in den besetzten Ländern Europas, sowie in Deutschland großen Auftrieb (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 126). So verfolgte Hitlers Deutschland nur noch das Ziel, die neutrale Haltung der Türkei zu sichern und zu verhindern, dass Ankara auf Drängen der Alliierten in einen Krieg gegen Deutschland einträte (vgl. Kreckler 1964: 229). Auf der anderen Seite versuchte der englische Premierminister Winston Churchill, die türkische Regierung spätestens bis Herbst 1943 zum Kriegseintritt zu überreden. Die türkische Regierung dachte nicht daran, etwas zu tun, das auch der Antihitlerkoalition, somit auch der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen das faschistische Deutschland helfen konnte (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 128).

Die Alliierten aber forderten von der Türkei, gegen Deutschland in den Krieg einzutreten und machten ihre Drohung wahr. Die britisch-amerikanischen Kriegsmateriallieferungen wurden am 1. März 1944 offiziell eingestellt. Die meisten britischen Ingenieure, Techniker und Berater verließen die Türkei. Auch wurden die türkischen Piloten, die in Kairo zur Übernahme amerikanischer Maschinen ausgebildet wurden, in die Türkei zurückgeschickt. Dennoch weigerte sich die Türkei weiterhin, gegen Deutschland zu kämpfen. Die türkische Politik wurde jedoch durch die erneuten Niederlagen der Deutschen an der Ostfront tangiert. Die militärische Lage der Deutschen hatte sich inzwischen weiter verschlechtert. Besonders bedrückend war für Ankara das schnelle Vorrücken der Roten Armee im Süden der Ostfront. Nun konnte nicht mehr bezweifelt werden, dass die deutsche Ostfront nicht mehr zu halten war. Hitler entschärfte die von Ribbentrop entworfene Protestnote an die Türkei, da er die militärischen Folgen eines Kriegseintritts der Türkei gegen Deutschland fürchtete (vgl. Kreckler 1964: 247 ff.).

Ende Juni 1944 verlangten der britische und der amerikanische Gesandte Knatchbull-

Hugessen und Steinhardt im Auftrag ihrer Regierungen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Türkei zu Deutschland (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 156). Die türkische Regierung, die sich weiterhin vor der Sowjetunion fürchtete und daher auf die Unterstützung durch die Alliierten nicht verzichten wollte, sah sich gezwungen, der britischen und amerikanischen Forderung zu entsprechen und verkündete am 2. August 1944 den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland (vgl. Jäschke 1955: 31). Das war alles andere als ein feindseliger Akt gegenüber Deutschland, der deutsche Gesandte Papen erhielt in Ankara sogar einen freundschaftlichen Abschied von Staatspräsident Ismet İnönü (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 156 f.).

Am 20. Februar 1945 übermittelten der amerikanische und der britische Botschafter dem türkischen Außenministerium den Beschluss der Krim-Konferenz vom 9. Februar 1945, dass nur die Staaten zu den Vereinten Nationen rechnen könnten, die an der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen (englisch: United Nations, UN) in San Francisco teilnehmen und bis zum 1. März 1945 den Achsenmächten den Krieg erklärt hätten. So erklärte die Türkei unfreiwillig aus taktischen Gründen am 23. Februar 1945 Deutschland und Japan den Krieg und äußerte gleichzeitig den Beitrittswunsch der Türkei zur UN. Dieser Akt hatte allerdings angesichts des zusammenbrechenden deutschen Imperialismus de facto keine Bedeutung. Durch das erfolgreiche Hinauszögern der letzten Entscheidung war es der türkischen Regierung trotz formaler Kriegserklärung gelungen, sich aus dem Konflikt herauszuhalten (vgl. Kreckler 1964: 254). Grundsätzlich hatte die Türkei keine feindlichen Absichten gegenüber Deutschland. Für die Regierung war es wichtig eine eventuelle Gefahr abzuwehren, und zwar im Bewusstsein, dass die Nationalsozialistische Regierung ein zeitlich begrenzter Extremfall war und sich alles normalisieren würde.

2.3.5. Die wirtschaftlichen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs

Als sich das Nationalsozialistische Deutschland nach 1933 erneut auf eine kriegsrische Auseinandersetzung um die Weltherrschaft vorbereitete, wurde ganz Südosteuropa als ideales ökonomisches Reservoir betrachtet. In diesem Zusammenhang war auch die

Türkei von zentraler Bedeutung. Sie besaß zunächst für die deutsche Aufrüstung wichtige Rohmaterialien, in erster Linie Chromerz und Baumwolle. Die Türkei regelte als schwach entwickeltes und devisenarmes Land 90% ihres Außenhandels über den Clearingweg und versuchte nach dem Grundsatz vorzugehen, nur dort einzukaufen, wo man türkische Produkte abnahm. So war Deutschland ein wichtiger Wirtschafts- und Ausrüstungspartner der Türkei (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 20 f.). Während der türkische Anteil an der Ein- und Ausfuhr Deutschlands nur 2,6% ausmachte, kletterte das Deutsche Reich im türkischen Import und Export bis 1938 mit einem Anteil von 39.7% an erste Stelle (vgl. Kreckler 1964: 23). Innerhalb der deutschen Exportoffensive in den Südosten und den Vorderen Orient nahm die Türkei bald die erste Stelle ein. So hatte der Handelsumfang 1938/39 in beiden Richtungen die Dimension von 150 Mrd. RM erreicht. Der neue Plan forcierte den Kauf von Agrarprodukten und industriellen Rohstoffen derart, dass sich die deutschen Monopole in der Türkei das Aufkaufmonopol sicherten, wodurch wiederum Deutschland die Preise diktierte (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 20 f.).

Nach der britisch-türkischen Deklaration vom 12. Mai 1939 war es der türkischen Regierung gelungen, von ihren Bündnispartnern bedeutende Zusagen auf wirtschaftlichem und rüstungsintensivem Gebiet zu erhalten (vgl. Kreckler 1964: 75). In der türkischen Ein- und Ausfuhr hatte Ende 1939 Großbritannien mit 16,3% seinen Gegner Deutschland mit 10,4% vom ersten Platz verdrängt (vgl. Jäschke 1943: 88). Aber nach der Niederlage Frankreichs und der Veröffentlichung der politischen Geheimakten des französischen Generalstabs 1940 übte Deutschland wirksamen Druck auf die Türkei aus. Auch aus Respekt vor den deutschen Siegen bemühte sich die Türkei, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen. Daraus resultierte das Sonder- und Zahlungsabkommen über den deutsch-türkischen Warenverkehr vom 25. Juli 1940, was einen Warenaustausch in Höhe von 21,4 Mrd. Türkischen Pfund hervor sah (vgl. Jäschke 1943: 100).

Aus der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags vom 18. Juni 1941 resultierte ein Notenwechsel über die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Jäschke 1943: 121). Vier Tage später begann der deutsch-russische Krieg und damit setzte auch eine neue

Phase der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei ein. Erstens war die Türkei erleichtert, dass sie nicht selbst angegriffen wurde, zweitens war sie glücklich, dass ihr größter Gegner das nächste Opfer der Nationalsozialisten wurde. Dies veranlasste sie zur freiwilligen Unterstützung Deutschlands. Die Türkei wünschte ein großes Handelsvolumen und die Sicherung deutscher Kriegsmateriallieferungen. Für Deutschland hatten die türkischen Rohstoffe, vor allem Chromerz, besonders nach dem Wegfall der sowjetischen Lieferungen an Dringlichkeit gewonnen. Nur hatte die Türkei ein Jahr vorher, als die Bedrohung durch die Achsenmächte aktiv war, in den Verträgen vom 8. Januar 1940 Großbritannien und Frankreich die gesamte Chromproduktion für drei Jahre zugestanden. Die Türkei war aber bereit, für die Zeit nach dem 8. Januar 1943 gegen Waffen, vor allem gegen schwere Geschütze zur Verteidigung der Meerengen, Chrom an Deutschland zu liefern. Die am 9. Oktober 1941 in Ankara unterzeichneten Abkommen regelten den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und der Türkei bis zum 31. März 1943. Deutschland lieferte vor allem Kriegsmaterial, Maschinen, Eisen und Stahl, Transportmittel, Erzeugnisse aus Kupfer, Pharmazeutika, Papier und Zellulose, während unter den türkischen Lieferungen besonders Mineralien und Metalle, Olivenöl, Baumwolle, Ölsaaten, Fische, Tabak, Rosinen, Feigen und Haselnüsse bedeutsam waren (vgl. Krecker 1964: 176–179).

Am 31. Dezember 1942 wurde in Berlin ein Kreditabkommen unterschrieben (vgl. Jäschke 1955: 11). Der Art. I des Kreditabkommens verpflichtete bis August 1943 die Reichsregierung zur Lieferung listenmäßig festgelegten Kriegsgeräts im Gesamtwert von rund 100 Mio. RM. Die Lieferung wurde im vorgesehenen Umfang durchgeführt und so erhielt die Türkei modernste Waffen: 60 Jagdflugzeuge vom Typ Focke Wulf 190, 32 Panzerkampfwagen III, 35 Panzerkampfwagen IV, 50 Panzerabwehrkanonen 38 und 265 schwere Maschinengewehre (vgl. Krecker 1964: 187 f.). *„Während die Ostfront nach Waffen schrie, rollten Züge voll wertvollsten deutschen Rüstungsmaterials auf die Türkei zu.“* (Krecker 1964: 183) Die vertragliche Grundlage dafür bildete zwar das Kreditabkommen vom 31. Dezember 1942, aber damit beabsichtigten die Nationalsozialisten, das mit den deutschen Waffen ausgerüstete türkische Heer den südlichen Flankenschutz der zurückprallenden deutschen Armeen leisten zu lassen. Deutschland, das Flugzeuge und Panzer an die Türkei verkaufte, war

sich auch sicher, dass diese sich niemals gegen das Reich wenden würde³ (vgl. Glasneck, Kircheisen 1968: 99).

Für die Abdeckung des hohen Materialbedarfs der deutschen Rüstungsindustrie wurde am 18. April 1943 das Waren- und Zahlungsverkehrsabkommen zwischen Deutschland und der Türkei unterschrieben. Es sah für die Zeit bis zum 31. Mai 1944 einen Warenaustausch im Wert von 125 Mio. RM vor (vgl. Jäschke 1955). Das Abkommen war unbefristet. Falls nicht gekündigt wurde, sollte der Vertrag jeweils automatisch um ein Jahr verlängert werden. Durch diese Regelung war es im Jahr 1944 möglich, den Warenverkehr weiterlaufen zu lassen (vgl. Kreckler 1964: 182). Als sich die türkische Regierung unter dem Druck der Alliierten am 21. April 1944 gezwungen sah, die Chromlieferungen an das Reich einzustellen wurde die türkische Staatsbahn dennoch angewiesen alle verfügbaren Waggons zusammenzuziehen und sie mit Chromerz zu beladen. Noch am Abend des 21. April 1944 fuhren 218 Waggons in Richtung Deutschland über die türkische Grenze (vgl. Kreckler 1964: 189). Wegen der russischen Gefahr unterstützte die Türkei den Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion gerne und trotz Hitler war es nicht zu einem Krieg mit Deutschland gekommen. Damit hatte die historische deutsch-türkische Freundschaft in der Zeit des Nationalsozialismus keinen wichtigen Einbruch erlitten.

2.4. Die goldenen Zeiten der deutsch-türkischen Beziehungen (1949–1990)

2.4.1. Die deutsche Unterstützung im Rahmen der EWG

Wie nach dem Ersten Weltkrieg kam es auch nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer vorläufigen Unterbrechung der deutsch-türkischen Beziehungen. Deutschland wurde als BRD und DDR in zwei Staaten geteilt. Es dauerte noch eine Weile bis die Beziehungen

³ Die Jahre 1943–45 sollten zeigen, dass es tatsächlich so war.

mit der BRD wieder aufgenommen wurden, aber schon am 15. Januar 1949 begannen die wirtschaftlichen Beziehungen. Die Türkei beschloss ein Handelsabkommen mit der westdeutschen Trizone (vgl. Jäschke 1955: 93) und am 5. März 1949 hatte Deutschland von der Türkei Tabak im Wert von 11 Mio. Dollar gekauft (vgl. Jäschke 1955: 97).

Mit dem Beschluss der Türkischen Nationalversammlung vom 25. Juli 1951 wurde die Kriegserklärung gegen Deutschland aufgehoben und im selben Monat mit einer Note der deutschen Seite bekannt gegeben. Somit wurden die diplomatischen Beziehungen praktisch wieder aufgenommen (vgl. Jäschke 1955: 151). Eine intensive Zusammenarbeit gab es zu diesem Zeitpunkt aber nicht, Deutschland war beschäftigt, den Zweiten Weltkrieg aufzuarbeiten. Bei der Analyse der deutsch-türkischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg sollte man beachten, dass sich beide Staaten im Westblock befanden (vgl. Canbolat 2003: 234). So trat die Türkei 1949 dem Europarat und 1952 der NATO (North Atlantic Treaty Organization) bei. 1959 stellte die Türkei einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) (vgl. Ramoğlu 1994: 2).

Die Partizipation Deutschlands begann mit der Unterzeichnung des Pariser Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zwischen Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951. Diese sechs Staaten sind die Gründungsmitglieder der heutigen Europäischen Union. Deutschland beteiligte sich auch an der Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am 27. Mai 1952, bei der Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Eisenerz am 10. Februar 1953, bei den "Römischen Verträgen" zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft am 25. März 1957 (vgl. EU/History).

Als ersten Schritt in Richtung Westeuropa stellte die Türkei unter der Regierung von Adnan Menderes am 31. Juli 1959 einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG (vgl. EU Website/History/1964). Daher gilt: „*Das Thema des EU-Beitritts der Türkei ist fast so alt wie die EU bzw. EWG selbst.*“ (Raddatz 2004: 9) Tatsache ist, dass zwischen Ankara und Brüssel von 1959 bis 1963 neun schwierige Verhandlungen geführt werden

mussten. Diese Verhandlungen zeigten aber, dass die damaligen sechs EWG-Staaten, mit einer Ausnahme, nicht für eine türkische Vollmitgliedschaft in der EWG plädierten. Der einzige Staat, der den türkischen Antrag unterstützte, war die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Ramoğlu 1994: 70).

In der Zwischenzeit kam es in der Türkei zu einem Militärputsch. Der Staatsstreich vom 27. Mai 1960 brachte in der Türkei alles durcheinander, die EWG brach alle Beziehungen mit der Türkei ab. Die Militärregierung, von den USA finanziell unterstützt, wurde von zahlreichen europäischen Staaten mit Besorgnis betrachtet, denn jetzt herrschte keine Demokratie mehr in der Türkei. Regierungsmitglieder wurden verhaftet und trotz allem in- und ausländischen Druck vollstreckte die Militärjunta am 17. September 1961 die Hinrichtungen des türkischen Ministerpräsidenten Adnan Menderes, des Außenministers Fatin Rüştü Zorlu und des Finanzministers Hasan Polatkan. Nur eine Woche später, am 25. September 1961, wurde in der EWG-Ratsversammlung über die Türkei bezüglich der Hinrichtungen heftig debattiert. Frankreich wiederholte den Wunsch von Staatspräsident De Gaulle die Verhandlungen mit Ankara nicht wieder aufzunehmen, ähnlich äußerten sich auch die anderen EWG-Länder. Deutschland aber war strikt gegen diese Haltung. Aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung wollte Deutschland sofort mit den Gesprächen mit der Türkei beginnen (vgl. Ramoğlu 1994: 76–79).

Die deutsche Unterstützung für die Türkei in diesem Prozess war entscheidend von wirtschaftlichen Interessen geprägt, die Reaktion der anderen Mitgliedsstaaten wurde eher von politischen Gründen bestimmt, denn es waren gerade nur zwei Jahre seit dem Abschluss der „Römischen Verträge“ vergangen. Außerdem stand für den „freien Westen“ zwei Jahre nach der Kuba-Krise und drei Jahre nach dem Mauerbau in Berlin keineswegs fest, dass der „Kalte Krieg“ gegen den Ostblock zu gewinnen war. So war jeder neue Verbündete in der EWG willkommen (vgl. Moser, Weithmann 2002: 182 f.).

Nach langen Debatten der EWG-Mitglieder wurden am 12. September 1963 ein Assoziierungsabkommen, das Abkommen von Ankara und das erste Finanzprotokoll zwischen der EWG und der Türkei unterzeichnet. Dieses Abkommen trat am 1. Dezember 1964 in Kraft (vgl. EU/History). Gemäß dem damaligen deutschen

Außenminister Schröder, einem Politiker der CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands), waren Ziel und Inhalt des Assoziationsabkommens, die Türkei nach einer gewissen Übergangszeit zum Vollmitglied der EWG zu machen. Sogar der deutsche Präsident der Europäischen Kommission Walter Hallstein (CDU), hob anlässlich der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens am 12. September 1963 in Ankara hervor:

„Wir sind heute Zeugen eines Ereignisses von großer politischer Bedeutung. Die Türkei gehört zu Europa. Das ist der tiefste Sinn dieses Vorgangs: Er ist, in der denkbar zeitgemähesten Form, die Bestätigung einer Wahrheit, die mehr ist als ein abgekürzter Ausdruck einer geographischen Aussage oder einer geschichtlichen Feststellung, die für einige Jahrhunderte Gültigkeit hat. Die Türkei gehört zu Europa [...] Und eines Tages soll der letzte Schritt vollzogen werden: Die Türkei soll vollberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft sein.“ (zit. n. Polenz 2010: 45)

2.4.2. Der türkische EWG-Prozess und die wirtschaftlichen Vorteile für Deutschland

Für die Konzerne der EWG dürfte die Bedeutung der Türkei als großer Absatz-, Rohstoff- und Investitionsmarkt an der Peripherie Europas eine wichtige Rolle gespielt haben, was besonders Deutschland zugutekam (vgl. Keskin 1981: 200). Sogar die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer in Europa und somit der ungehinderte Zugang zu dem europäischen Arbeitsmarkt war damals erwünscht, ja geradezu gefordert. Besonders die Bundesrepublik Deutschland hatte sich 1963 als Anwalt für die Aufnahme der Türkei in den exklusiven Klub der reichsten europäischen Länder stark gemacht (vgl. Moser, Weithmann 2002: 183).

Der Vollzug der Türkei-EWG-Assoziation beinhaltete drei Phasen, eine Vorbereitungs-, eine Übergangs- und eine Endphase. Die im Assoziierungsabkommen vorgesehene Vorbereitungsphase war auf fünf Jahre angesetzt. Diese Phase sollte bis zum 2. November 1969 dauern und es der Türkei ermöglichen, mit wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe der Gemeinschaft den wirtschaftlichen Aufbau fortzusetzen (vgl.

Ramoğlu 1994: 82 f.). Während der Vorbereitungsphase sollte die Europäische Investitionsbank der Türkei für fünf Jahre einen Kredit gewähren, dafür war, im Protokoll Nr. 2 des Ankara Abkommens das erste Finanzprotokoll vorgesehen. Das Darlehen sollte einen Umfang von 175 Mio. ERE (Europäische Rechnungseinheiten) haben und in den Jahren 1964–1969 verwirklicht werden (vgl. Ramoğlu 1994: 92). Gemäß der Vorbereitungsphase stellten die EWG-Mitgliedstaaten ein Tarifikontingent für bestimmte türkische Erzeugnisse, wie Tabak, getrocknete Feigen, Weintrauben und Haselnüsse, fest. Das bedeutete, dass der gemeinsame Zolltarif, der auf außerhalb der EWG stehenden Ländern angewendet werden sollte, auch für die Türkei Gültigkeit hatte. Das war nahezu alles, was die Gemeinschaft der Türkei in der Vorbereitungsphase an Unterstützung gewährte. Daraus muss der Schluss gezogen werden, dass die Erhöhung des für die Türkei vorgesehenen Tarifikontingents und dessen Anwendungsmaß nur den Risikoanteil bei den Ausfuhrgewinnen des Landes vergrößert hatte, denn drei Hauptexportprodukte der Türkei, getrocknete Nüsse, Baumwolle und Tabak, machten bei der türkischen Ausfuhr in die EWG den größten Anteil aus (vgl. Ramoğlu 1994: 83 f.).

Da die Türkei mehr als die Hälfte ihres Exports in der EWG mit Deutschland abwickelte, war die Bundesrepublik der wichtigste Wirtschaftspartner der Türkei. Die türkische Ausfuhr in die EWG wurde aber durch das Zollkontingent beschränkt. Im Gegensatz dazu existierten für die EWG-Staaten, die in die Türkei exportierten, keinerlei Beschränkungen seitens der Türkei. Der Import der Türkei aus der Europäischen Gemeinschaft wuchs enorm, während der türkische Export in die Gemeinschaft einen unwesentlichen Teil darstellte. So wurde das Außenhandelsdefizit der Türkei immer größer. Die türkischen Wirtschaftsexperten waren der Meinung, dass die vom Westen für die Türkei gebilligte Finanzhilfe nicht einmal dafür ausreiche, die türkischen Außenzahlungsdefizite gegenüber der EWG zu decken. Andererseits erfolgte statt eines freien, marktwirtschaftlichen Wettbewerbs eine Monopolisierung (vgl. Ramoğlu 1994: 85–88), wobei allein Deutschland mit nahezu 50% beteiligt war.

Die türkische Regierung war mit den eingeräumten Präferenzen in der Vorbereitungsphase unzufrieden. Nach Verhandlungen wurde am 23. November 1970

in Brüssel das Zusatzprotokoll zum Abkommen von 1963 unterschrieben. Darin wurden die Einzelheiten der Übergangsphase festgelegt, wodurch die Vorbereitung zu einer Zollunion begonnen hatte (vgl. Bozkurt 1995: 15). Gemäß diesem Zusatzprotokoll sollte Ankara seine Einfuhrzölle für die Gemeinschaftsausfuhren in einem Zeitraum von zwölf Jahren schrittweise senken. Außerdem wurde ein Plan für einen 22-jährigen Zeitraum für die türkische Importliberalisierung festgelegt. Damit wurden Zeitpläne für die schrittweise zu erfolgende Verwirklichung der Freizügigkeit für türkische Bürger (von 1976 bis 1986), für den Abbau der Mengenbeschränkungen und den Zollabbau ab 1973 bestimmt. Die Tarife des türkischen Zolls sollten an den gemeinsamen Zolltarif der Europäischen Gemeinschaft (EG) angepasst werden (vgl. Ramoğlu 1994: 88 f.). 1973 wurde auch das zweite Finanzprotokoll unterzeichnet, das die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei beschleunigen sollte. Ein Sonderdarlehen von 223 Mio. ERE war vorgesehen. Dieses Protokoll trat am 2. Januar 1973 in Kraft und sollte bis 1976 laufen (vgl. Ramoğlu 1994: 92 f.). In all diesen Phasen äußerte Deutschland seine Unterstützung für die Türkei, denn Deutschland war der „Meistbegünstigter“ dieser Vereinbarungen.

2.4.3. Die Verdienste türkischer Gastarbeiter für Deutschland

Die bundesdeutsche Wirtschaft boomte in den frühen 60er Jahren. Das deutsche Wirtschaftswunder ging in eine heiße Phase über, die Auftragsbücher waren voll, aber es herrschte ein Mangel an Arbeitskräften im Lande (vgl. Moser, Weithmann 2002: 183). Hinzu kam 1961 der Bau der Berliner Mauer, was den Zugang der Ostdeutschen zum Westen verhinderte. So suchten viele westdeutsche Unternehmer besonders aus dem Metallbereich und dem Baugewerbe zusätzliche Arbeitskräfte (vgl. Ramoğlu 1994: 148).

Ohnehin war die demographische Basis für eine aufsteigende Industrienation wie die Bundesrepublik kriegsbedingt nicht sehr günstig. Die Zahl der gemeldeten offenen Arbeitsstellen bewegte sich 1961 um 500.000. Arbeitslos gemeldet waren Ende 1961 nur ca. 180.000 Deutsche (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 3). Das führte bekanntlich dazu, dass die Bundesrepublik mit einer Reihe von Staaten Vereinbarungen über die staatlich organisierte Anwerbung von Arbeitskräften abschloss: 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit

Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit Jugoslawien (vgl. Jamin 1999: 146). Im historischen Rückblick der bisherigen deutsch-türkischen Geschichte kann der 31. Oktober 1961 somit als einer der wichtigsten Meilensteine gesehen werden, weil an diesem Tag das Abkommen zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde. Die Deutsche Verbindungsstelle in Istanbul nahm bereits am 15. Juli 1961 ihre Tätigkeit auf (vgl. Jamin 1999: 147). Von 1961 bis 1973 beantragten die deutschen Unternehmen rund 740.000 Arbeitskräfte aus der Türkei (vgl. Sommer 1999: 3).

Dank der Einwanderer wurde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt. Gerade diese Mio. von jungen, hochmobilen Arbeitern aus dem Ausland, von denen die türkischen Gastarbeiter einen großen Teil ausmachten, trugen maßgeblich zu einer kostengünstigen Produktion in der Bundesrepublik bei. Außerdem muss unbedingt angemerkt werden, dass die angeworbenen ausländischen Arbeiter in einem hundertprozentig gesunden Zustand und im besten arbeitsfähigen Alter zwischen 20 und 35 Jahren selektiert wurden (vgl. Keskin 2005: 179). Seitdem bilden die türkischen Gastarbeiter den wichtigsten Bestandteil der deutsch-türkischen Beziehungen sowohl im sozialen, als auch im ökonomischen Bereich.

Auf türkischer Seite bildeten wirtschaftliche, soziale und politische Faktoren den Hintergrund der Migration. Kurz nach dem Militärputsch von 1960 spielte neben politischen Unruhen die Arbeitslosigkeit in der Türkei die größte Rolle (vgl. Ramoğlu 1994: 149). Die türkischen Gastarbeiter in Deutschland repräsentierten aber nicht den allgemeinen Durchschnitt der türkischen Gesellschaft. Türken mit guter Ausbildung und Erfolg im türkischen Wirtschaftsleben hatten kein Interesse als Arbeiter ins Ausland zu reisen. Arbeitslose in den Großstädten der Türkei waren betroffen, die meisten aber stammten ursprünglich aus den südlichen und östlichen Regionen der Türkei und waren ländlicher Herkunft. Weil beide Seiten den Aufenthalt nur als kurzfristig annahmen, war die Unterschiedlichkeit der Kulturen damals weder für die Anwerber noch für die Angeworbenen ein bedeutsames Thema. Kaum einer der deutschen Verantwortlichen interessierte sich ernsthaft für Kultur und Lebensweise der Gastarbeiter (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 6 f.). Auch die türkische Regierung kümmerte sich nicht um die

kulturellen Probleme ihrer Bürger in Deutschland, obwohl schon 1973 fast eine Mio. Türken in der Bundesrepublik Deutschland lebten (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 14).

2.4.4. Von der Ölkrise bis zum Antrag Özals auf EWG-Mitgliedschaft

Die Ölkrise von 1973 verursachte einen enormen Anstieg sämtlicher Rohstoffpreise, womit die Inflationsrate in den EWG-Ländern auf zweistellige Zahlen anstieg. Die Folgen waren über sechs Mio. Arbeitslose und eine vorher nie vorhandene Wirtschaftskrise in der EWG (vgl. Bozkurt 1995: 51). Wirtschaftliche Aspekte zwangen Deutschland, Maßnahmen zu treffen, um mit den ökonomischen Herausforderungen umgehen zu können. Einige davon betrafen neben anderen Ländern auch die Türkei.

Bonn verhängte am 23. November 1973 einen Anwerbestopp. Dieser galt für Ausländer, die nicht aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft kamen. Beabsichtigt war langfristig die Zahl der Ausländer in Deutschland zu verringern, was aber nicht erreicht wurde. Anders als in den Jahren zuvor, als z.B. den Türken die Möglichkeit offen gestanden hatte, nach einer Rückkehr in die Türkei wieder nach Deutschland zurückzukommen, gab es nun nur noch die Möglichkeit, entweder für immer zurückzukehren oder auf längere Sicht zu bleiben (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 14). Hohe Arbeitslosigkeit, sehr niedrige Arbeitslöhne, ungenügende soziale Sicherheit und die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei der 70er Jahre zwangen die türkischen Arbeitnehmer in ihren Aufnahmeländern, besonders in Deutschland, zu bleiben und im Rahmen der Familienzusammenführung ihre Familien einreisen zu lassen (vgl. Ramoğlu 1994: 154).

Die Familienzusammenführung der türkischen Arbeitnehmer stützte sich auf zahlreiche internationale Abkommen. Auch betonte das Zusatzprotokoll vom 23. November 1970:

„Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Türkei wird nach den Grundsätzen des Art. 12 des Assoziierungsabkommens zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des genannten Abkommens schrittweise hergestellt.“ (zit. n. Goldberg, Halm, Şen 2004: 15)

Mit der Einreise von Familien wurden die Türken in Deutschland immer mehr ansässig. Darüber hinaus eröffneten sie in Deutschland Lokale, Gemüseläden, gründeten Betriebe, Werkstätten und schlossen -typisch deutsch- Bausparverträge ab (vgl. Moser, Weithmann 2002: 185). Als Resultat nahm der Anteil der türkischen Bevölkerung in Deutschland in den 70er Jahren zu. Erst ab 1981 lässt sich ein Rückgang bei den Zuzügen türkischer Familien feststellen. In den achtziger Jahren pendelte sich die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken mit leichten Schwankungen bei ca. 1,5 Mio. ein (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 14 ff.).

Als in den 70er Jahren auch die Türkei wegen der Ölkrise und ihren eigenen Wirtschaftsproblemen in eine tiefe Krise geriet, wurde sie beinahe zahlungsunfähig. Aber Deutschland stand im Vordergrund des Konsortiums, das von den europäischen Ländern errichtet war, um der Türkei finanzielle Hilfe zu leisten. So half Deutschland der Türkei in ihrer Notsituation (vgl. Aksu, Bahadır 2000: 202).

Das militärische Eingreifen der Türkei in Zypern am 20. Juli 1974 hatte besonders in den Beziehungen zur EWG, bzw. zu Deutschland beträchtliche Spannungen verursacht, aber die sowjetische Invasion in Afghanistan vom Dezember 1979 und die islamische Revolution in Iran 1979 brachten beide Seiten wieder zusammen. Wegen eigener sicherheitspolitische Interessen beobachteten auch die EWG-Länder die Ereignisse in dieser Region recht besorgt. Für beide Partner stellte das einen Instabilitätsfaktor dar, aber zugleich bedeutete dies eine Aufwertung der sicherheitspolitischen Bedeutung der Türkei für die EG. Unmittelbar nach ihrem Regierungsantritt versuchte die türkische Regierung von Süleyman Demirel, den Kurs der türkischen EG-Politik zu revidieren. Sie zog die Forderung von Bülent Ecevit, die Beziehungen einzufrieren, zurück und versuchte gleichzeitig die Assoziationsbeziehung wiederzubeleben (vgl. Bozkurt 1995: 47).

In diesem Sinne beschloss der Assoziationsrat am 30. Juni 1980 finanzielle und soziale Maßnahmen, mit denen die Gemeinschaft schrittweise ihre Zölle für Agrarimporte aus der Türkei ab 1. Januar 1981 bis zum 1. Januar 1987 beseitigte und die Realisierung der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer festlegte. Der Assoziationsrat einigte sich auch über Höhe und Struktur des Vierten Finanzprotokolls. Die Gemeinschaft sollte für die

Türkei im Zeitraum vom 1. Oktober 1981 bis zum 30. September 1986 einen Beitrag in Höhe von 600 Mio. ERE (Europäische Rechnungseinheit) zur Verfügung stellen. Mit dem Beschluss vom 30. Juni 1980 wurde die Assoziationsbeziehung zwischen der Türkei und der EWG, bzw. auch zwischen Deutschland und der Türkei de facto reaktiviert (vgl. Bozkurt 1995: 48 ff.) was einen positiven Beitrag in den Beziehungen leistete.

Nur der Militärputsch vom 12. September 1980 brachte die deutsch-türkischen Beziehungen durcheinander. Die Regierung wurde abgesetzt, das Parlament aufgelöst und Politiker verhaftet. Eine neue Verfassung wurde entworfen, die unter anderem eine Reihe von Grundrechten, wie die Meinungsäußerung und Pressefreiheit, das Recht zur Gründung von Gewerkschaften, die Aussperrung und Streikrechte, sowie Rechte zur politischen Betätigung einschränkte oder aufhob (vgl. Ramoğlu 1994: 28).

Die EG-Kommission leitete das fertig ausgehandelte Vierte Finanzprotokoll gemäß der Empfehlung des Europa-Parlaments nicht an den Ministerrat weiter. So wurde nach der Ausschöpfung der Möglichkeiten des Dritten Finanzprotokolls die Finanzhilfe storniert. Andere Bereiche, wie die Visumsfrage, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Entwicklung des Agrar- und Textilhandels, sowie die Aktivitäten des gemischten parlamentarischen Ausschusses, wurden auch blockiert (vgl. Bozkurt 1995: 64 f.)

Nach dem Militärputsch in der Türkei gab es Anfang der 80er Jahre in Deutschland einen enormen Anstieg politischer Flüchtlinge aus der Türkei, die ihre Asylanträge bei den deutschen Behörden einreichten. Eigentlich waren die meisten arbeitssuchende Immigranten. Die Bundesregierung fühlte sich verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen und führte im Oktober 1980 eine Visumpflicht für türkische Staatsbürger ein. Andere EG-Staaten wie England, Italien, Frankreich und die Niederlande folgten dem deutschen Beispiel (vgl. Ramoğlu 1994: 152 f.).

Die bundesdeutsche Regierung verabschiedete am 28. November 1983 das „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“, das sogenannte Rückkehrförderungsgesetz (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 19). Es legte fest, dass die zwischen dem 31. Oktober 1983 und dem 30. September 1984 in ihre Herkunftsländer

zurückkehrenden Jugoslawen, Türken, Spanier, Portugiesen, Marokkaner, Tunesier und Koreaner unter gewissen Umständen eine Rückkehrhilfe von 10.500 DM zuzüglich 1.500 DM für jedes Kind erhalten konnten. Außerdem beinhaltete das Gesetz die Möglichkeit, die selbst eingezahlten Rentenversicherungsbeiträge aus der gesetzlichen Rentenversicherung zurück erstattet zu bekommen, ohne die vorgesehene Wartezeit von zwei Jahren einhalten zu müssen. Die Arbeitgeberanteile wurden aber einbehalten. Rund 250.000 Ausländer, darunter auch viele Türken, nahmen diese Maßnahme in Anspruch und kehrten in ihre Heimat zurück (vgl. Şen 1994: 511).

Nachdem die Militärregierung in der Türkei aufgegeben hatte wollte sie die Demokratie in der Türkei wiederbeleben! Oder anders gesagt, ihre eigene zivile Regierung, mit einer demokratisch aussehenden Prozedur an die Macht bringen. Bei den ersten Wahlen nach dem Militärputsch gewann aber die von den Generälen als „Quasi-Opposition“ konstruierte Mutterlandspartei (Anavatan Partisi/ANAP) von Turgut Özal mit 45% die Mehrheit der Stimmen. Natürlich war das eine Protestwahl gegen die Militärdiktatur und bedeutete nach dem kompliziertem Wahlsystem 212 von insgesamt 450 Sitzen im Parlament. Mit seinem Programm geprägt von dem Ziel einer liberalen Marktwirtschaft erfreute sich Özal auch der Sympathien des Westens. Özals Hauptziele waren die Zurückdrängung des Staates aus dem ökonomischen Sektor, die Aufhebung der Monopole und die Privatisierung der Staatsbetriebe von Post, Bahn und Telekommunikation. Somit erhielt er nun seine große Chance, die Beziehungen der Türkei zur EWG und gleichzeitig zu Deutschland zu normalisieren (vgl. Moser, Weithmann 2002: 197–201).

Wegen eines möglichen Anziehungseffektes der in Deutschland lebenden Türken nahm man an, dass neue potentielle Arbeitnehmer aus der Türkei in Millionenhöhe einreisen würden. Deshalb wünschte insbesondere Deutschland, von den im Assoziationsvertrag übernommenen Verpflichtungen freigestellt zu werden. Sechs Tage vor dem geplanten Beginn der Freizügigkeit am 1. Dezember 1986 legte der EG-Ministerrat am 24. November 1986 ein Angebot vor, in dem eine rechtliche Verbesserung des Status der bereits in der Gemeinschaft lebenden türkischen Arbeitnehmer und ihrer Familien vorgesehen wurde. Die türkische Regierung lehnte aber dieses Angebot ab und erklärte

das die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Rahmen des türkischen Beitritts geregelt wird (vgl. Bozkurt 1995: 93 f.), was aber bis heute nicht realisiert wurde.

Im April 1987 stellte die türkische Regierung unter Turgut Özal einen Antrag auf EWG-Mitgliedschaft (vgl. EU/History). Nach einer zweieinhalbjährigen Bearbeitungszeit lehnte das Europäische Parlament den Antrag der Türkei am 3. Februar 1990 ab. Es begründete ihre Entscheidung damit, dass die Türkei die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Aufnahme in die EG in absehbarer Zeit nicht erfüllen würde (vgl. Aksoy 2007: 42).

2.4.5. Die wirtschaftlichen Verhältnisse

Die türkischen Gastarbeiter in Deutschland leisteten auch für die Türkei einen sehr wichtigen wirtschaftlichen Beitrag. Ab Mitte der 60er Jahre entdeckte die türkische Regierung eine weitere Geldquelle zur Deckung des Außenhandelsdefizits: Die immer mehr an Bedeutung gewinnenden Devisenüberweisungen türkischer Auslandsarbeiter (vgl. Dartan 2002: 179 f.). Die Summe der Überweisungen der „Auslandstürken“ erreichte in manchen Jahren sogar fast die Exporteinnahmen des türkischen Staates (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 11), deswegen förderte die türkische Regierung den „Arbeitskraftexport“ nach Europa und aufgrund beiderseitiger Förderungen machten die Türken seit Anfang 1972 den höchsten Anteil der Ausländer in Deutschland aus (vgl. Jamin 1999: 151). Seitdem bilden die türkischen Gastarbeiter den wichtigsten Bestandteil in den sozio-ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei.

Während der 60er und 70er Jahre diente die Arbeitermigration ins Ausland auch zur Reduzierung von Problemen im Arbeitsmarkt der Türkei, denn ohne die Migration hätte die türkische Wirtschaft jedes Jahr 400.000 bis 600.000 neue Arbeitsplätze schaffen müssen (vgl. Dartan 2002: 178 f.). Auch die Anzahl türkischer Gewerbetreibender in Deutschland, was als "Niche-Economics-Model" bezeichnet wurde, wies im Laufe der 70er Jahre eine steigende Tendenz auf. Insbesondere seit den 80er Jahren erlebte die selbständige Wirtschaftstätigkeit der Türken in Deutschland einen Aufschwung. Gründe dafür waren, dass sich immer mehr Türken entschieden, auf Dauer in Deutschland zu

leben (vgl. Dartan 2002: 192 f.).

Im Hinblick auf die deutschen Investitionen in der Türkei ist aber festzustellen, dass in den 70er Jahren die Anzahl neuer Investitionen deutlich zurückfiel, weil die türkische Wirtschaft sich in einer krisengeschüttelten Periode befand. Demzufolge wurde die Türkei 1977 sogar zahlungsunfähig (vgl. Landau 2002: 200). Ab Anfang 1980 erlebte die Türkei aber maßgebliche strukturelle Veränderungen, die sich in einer Verschiebung von einer import-substituierenden Industrialisierungsstrategie hin zu einem export-orientierten Wachstumsmodell ausdrückte. Dieses wurde durch ein orthodoxes Strukturanpassungsprogramm implementiert, das üblicherweise der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank verordneten. Seit dem 24. Januar 1980 ist die wirtschaftspolitische Entwicklungsstrategie durch einen Abbau von staatlichen Regulierungen im Finanz-, Waren- und Arbeitsmarkt, sowie einer internationalen Öffnung von Handel, ausländischen Direktinvestitionen und Kapitalflüssen geprägt (vgl. Onaran 2002: 146 f.).

Mit den Beschlüssen vom 24. Januar 1980 begann eine neue wirtschaftliche Periode. Diese Periode entsprach von Anfang an der Grundorientierung der Türkischen Republik, innerhalb derer eine Ankopplung an die Weltwirtschaft unter den Bedingungen eines relativ freien Handels und Markts versucht wurde (vgl. Boratav 1987: 113 f.). Von den niedrigen Lohnkosten, günstigen Zollbedingungen und sonstigen Vorteilen für ausländische Investoren in der Türkei profitierten ab 1980 viele ausländische Firmen, darunter besonders große deutsche Unternehmen (vgl. Gün 2006: 57). Auch war die Türkei ein Brückenland für deutsche Produktions- und Wirtschaftsunternehmen.

3. DIE KALTEN 20 JAHRE (1990–2010)

3.1. Die Weltweiten Umbrüche nach dem Zerfall des Ostblocks

Die Veränderungen in der Sowjetunion seit Mitte der 80er Jahre führten letztendlich zu weltweiten Umbrüchen. Im kommunistischen Osten gab es keine Demokratie, dafür aber Wirtschaftskrisen, Reisebeschränkungen und Menschenrechtsverletzungen. Um die anhäufenden Probleme zu überwinden suchte die politische Führung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) nach neuen Wegen. Ab 1985 wirkte Michail Gorbatschow entscheidend als Wegbereiter für Reformen im Ostblock. Mit seinen Forderungen nach Glasnost und Perestroika (Transparenz und Umgestaltung) leitete er eine neue Ära in der Sowjetunion bzw. im Ostblock ein. Im Juni 1989 kam Gorbatschow zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik und in einer Erklärung bekräftigte er erstmals das Recht eines jeden Staates, das eigene politische und soziale System frei wählen zu dürfen. Damit sicherte Gorbatschow den Ostblock-Staaten zu, deren Eigenständigkeit zu achten und keineswegs militärisch einzugreifen. Faktisch öffnete dies den Weg zur Demokratisierung dieser Staaten. Zuerst führten Polen und Ungarn politische Reformen durch (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit), andere Länder folgten.

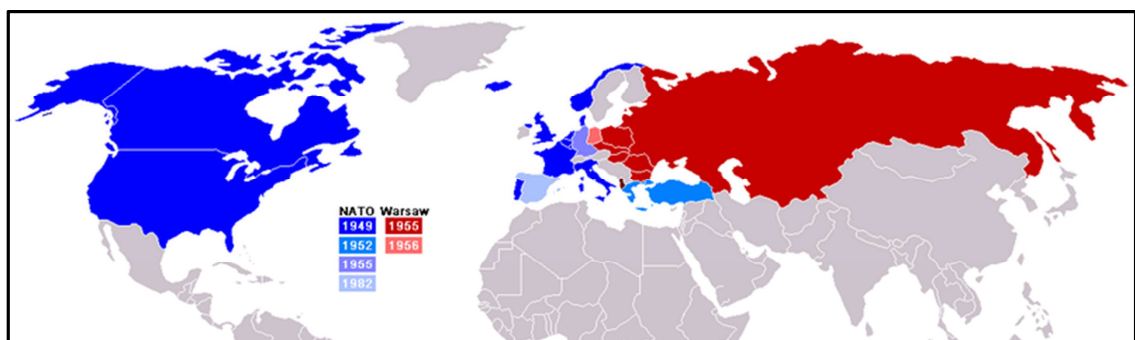


Abbildung 3.1. Die NATO (blau) und der Warschauer Pakt (rot)

(Quelle: [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:NATO_vs_Warsaw_\(1949-1990\)edit.png&filetimestamp=20090217020033](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:NATO_vs_Warsaw_(1949-1990)edit.png&filetimestamp=20090217020033))

Als die UdSSR/Russland einen Großteil ihrer Macht verlor und nach dem Kalten Krieg die bipolar strukturierte Hierarchie der internationalen Beziehungen zusammenbrach, bekamen Wirtschaftsmächte wie Deutschland und Japan neue Spielräume (vgl. Davutoğlu 2000: 164). Eines der wichtigsten Ereignisse im Rahmen des Niedergangs des Ostblocks war die Vereinigung beider deutschen Staaten. In diesem Kontext veränderte sich die deutsche sicherheits- und außenpolitische Strategie und Deutschland fing an, sogar im Mittleren Osten und in Zentralasien eine aktivere Politik zu verfolgen. So waren auch die Handlungen Deutschlands in Osteuropa und auf dem Balkan dynamischer als zuvor (vgl. Davutoğlu 2000: 172).

Die Produktionskapazität der EU und die innere Marktkapazität der Gemeinschaft, sowie der große Rohstoffbedarf hatten Deutschland gezwungen, unter dem Dach der EU oder als eigene Strategie nach neuen Märkten und Rohstoffquellen zu suchen (vgl. Davutoğlu 2000: 192). Dennoch gab es einen Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen Stärke und dem internationalen Status Deutschlands. Deutschland, das in den letzten Jahren des Kalten Krieges eines der bedeutendsten Wirtschaftsmächte der Welt war, leidet immer noch in seinen politischen Beziehungen an den Embargos des Zweiten Weltkriegs. Dies ist auch ein Grund dafür, dass Deutschland kein Vetorecht im Sicherheitsrat der UN hat. Auch in manchen internationalen Plattformen hatte es einige psychologische, gesetzliche und institutionelle Hindernisse gegeben (vgl. Davutoğlu 2000: 164). Als mit dem Untergang der UdSSR eine Gefahr für Deutschland wegfiel, wurde es in Europa zur führenden Macht. So hatte Deutschland sich zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg in der internationalen Politik spürbar gemacht. Deutschland beanspruchte sogar ein Vetorecht in den Vereinten Nationen (vgl. Çulcu 1993: 181).

Das Ende des Ost-West-Konflikts und der Wegfall der Systemgrenze hatte nicht nur für Deutschland und seine unmittelbaren Nachbarn die Welt und ihre künftige Perspektiven grundlegend geändert, sondern auch der Türkei eine neue Rolle als Kreuzungspunkt der Region gegeben (vgl. Voswinckel 1997: 7). Die grundlegenden Veränderungen im globalen und regionalen Machtgleichgewicht, die neuen politischen Orientierungen in Europa, das Entstehen neuer Staaten in Eurasien, der Rückgang der politischen und

militärischen Macht Russlands, sowie die Entwicklung im Nahen Osten seit dem Golfkrieg hatten sich erheblich auf das geopolitische Umfeld der Türkei ausgewirkt. Dadurch wurde die Situation der Türkei auf dem Balkan, am Schwarzen Meer, im Kaukasus, in Mittelasien und im Nahen Osten zu ihren Gunsten beeinflusst (vgl. Türkmen 1997: 9). Es war leicht festzustellen, dass die Dynamik der Türkei nur fünf Jahre nach 1990 einen neuen Schub erfahren hatte. Damit war das Land dabei wieder zu dem Kreuzpunkt der Region zu werden, den sie viele Jahrhunderte dargestellt hatte. Der Russe Raschid Chamidulin (1997: 28) äußerte sich daher folgendermaßen:

“Wenn ich hier auf die jetzige Rolle eingehe, die die Türkei in dieser Region spielt, dann beziehe ich mich auf ein relativ großes Umfeld, mit dem die Türkei nicht nur geographisch, sondern auch durch vielfältige, sich kreuzende historische, ethnische, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und andere Bande verknüpft ist. Diese Region umfaßt neben der Türkei den Balkan, das Gebiet um das Schwarze Meer, das östliche Mittelmeer, den Kaukasus und den Nahen Osten.”

Auch der damalige Vizepräsident des Deutschen Bundestags Hans-Ulrich Klose (1997: 22) war der Meinung: *“Und da komme ich aus deutscher und europäischer Sicht zu einem eindeutigen Ergebnis: Die strategische Bedeutung der Türkei hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eher noch zugenommen.”*

Die Türkei war im Mittleren Osten, im Kaukasus, in Zentralasien, auf dem Balkan in neue internationale Beziehungen, die außerhalb ihrer Initiative entstanden, gefallen oder eingeschleppt worden waren. Auf den ersten Blick schien es zwar erfreulich, dass die Türkei ihren Wert in der Region erhöht hatte, aber in einigen Bereichen vermehrte dies nur die Probleme der Türkei. Andere Staaten, die ebenfalls Interessen in den gleichen Gebieten hatten, wurden von diesen Veränderungen erschreckt und sahen die Türkei als eine potentielle Gefahr für ihre eigenen Interessen. In dieser Phase war die Türkei sich nicht bewusst, dass sie als eine Gefahr angesehen wurde. Dies führte dazu, dass sie Besorgnisse anderer Länder zu spät erkannte (vgl. Başçeri 1996: 87 f.).

Im Rahmen dieser Perspektive müsste man Deutschland und die Türkei wegen ihrer

Bedeutung nach dem Zerfall des Ostblocks als die “führenden Länder” Eurasiens annehmen. Unter dem Schirm der EU kann man Deutschland als das Admiralsschiff von Mittel-, Nord- und auch Ost-Europa bezeichnen. Dem gleich ist die Türkei zwischen dem Balkan, Kaukasus und Mittleren Osten nicht nur im wirtschaftlichen und politischen, sondern auch im militärischen Sinne das wichtigste und bestimmende Land seiner Region geworden (Çulcu 2000: 37).

Der Niedergang der bipolaren Struktur hat in den globalen Machtverhältnissen die Prioritäten in der deutschen Außenpolitik verändert. Nach dem Wegfall der Sowjet-Gefahr sank auch das strategische Gewicht der Türkei in der deutschen Außenpolitik. Während des Kalten Krieges hatte die NATO aufgrund der Sowjet-Gefahr gegen Mittel- und Osteuropa eine regulierende Funktion, weswegen die Türkei für Deutschland ein unverzichtbarer strategischer Partner war (vgl. Davutoğlu 2000: 193). So hat die Konjunktur, die nach dem Ende des Kalten Krieges hervorgekommen ist, die Grundparameter der deutsch-türkischen Beziehungen ernsthaft beeinflusst. Deswegen haben die deutsch-türkischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Kriegs eine der wichtigsten Übergangsphasen ihrer Geschichte erlebt. Nachdem in der modernen Zeit Preußen in Europa als eine neue Macht hervorgekommen war und beide Länder zwei natürliche Bündnispartner wurden, ist vielleicht zum ersten Mal eine von gegenseitiger Vorsicht und Misstrauen geprägte diplomatische Atmosphäre entstanden (vgl. Davutoğlu 2000: 193).

Der amerikanische Politikwissenschaftler Graham E. Fuller (1997: 34) meinte dazu:

“Die Türkei, die uns vertraut war, gibt es nicht mehr. Es entsteht jetzt eine neue Türkei, und zwar sowohl Geopolitisch wie im Inneren. In vieler Hinsicht wird es schwieriger sein, damit umzugehen. Die Türkei verfolgt heute weit stärker ihre eigenen Interessen als je zuvor, was dazu führt, daß es auf bestimmten Gebieten sowohl mit Europa als auch mit den Vereinigten Staaten zu Meinungsverschiedenheiten kommen wird.”

Dass in den bilateralen Beziehungen die gegenseitige Zusammenarbeit und das Vertrauen nicht in dem gleichen Maße wie zuvor hergestellt werden kann, dass die

unterschiedliche Sichtweise zuallererst auf dem Balkan, Mittleren Osten und den sonstigen konfliktreichen Regionen vorherrschen, dass es Probleme in den Türkei-EU Beziehungen gibt, dass die Beziehungen zwischen Deutschland, den USA und Russland mit neuen Argumenten sich von den stabilen Elementen des Kalten Kriegs entfernt haben sind Ereignisse, die die bilateralen deutsch-türkischen Beziehungen direkt beeinflusst haben (vgl. Davutoğlu 2000: 193). So sind zwar Deutschland und die Türkei als aufsteigende Mächte am Ende des 20. Jahrhunderts hervorgekommen, aber als sie ihre historisch tiefen Beziehungen ins 21. Jahrhundert tragen und ihre Interessen definieren mussten, hat das gewichtige Spannungen in den Beziehungen erzeugt (vgl. Yasar 2000: Einleitung).

3.2. Die Vereinigung Deutschlands und ihre politischen Folgen

Die Vereinigung der BRD und der DDR war mit dem Zerfall des Ostblocks möglich geworden und wurde durch den Fall der Berliner Mauer symbolisiert. Da die Folgen der Vereinigung für die deutsch-türkischen Beziehungen von besonderer Bedeutung sind, soll im folgenden Kapitel der Vereinigungsprozess und seine Folgen analysiert werden.

3.2.1. Die innere Dynamik der Vereinigung

Nachdem Ungarn am 2. Mai 1989 mit dem Abbau des „eisernen Vorhangs“ begann, stürmten tausende DDR-Bürger in dieses Land um über Ungarn und Österreich zur BRD zu gelangen (vgl. Fritsch-Bournazel 1991: 325). Im Juli und August 1989 versuchten darüber hinaus Hunderte vor allem die westdeutschen diplomatischen Vertretungen in Budapest, Warschau, Ost-Berlin und Prag zu erzwingen. Der Flüchtlingsstrom, über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik boomte besonders ab August 1989. Nun trafen täglich zwischen 100 und 200 Ostdeutsche in Aufnahmelagern in Bayern ein. Bis die DDR-Regierung am 5. September von der Ungarischen Regierung informiert wurde, dass es vom 11. September an DDR-Bürgern erlaubt sein werde, die Grenze nach Österreich legal zu überschreiten, flohen schon Tausende täglich und bis Ende September 1989 waren es bereits 32.500 (vgl. Görtemaker 2009: 21).

Nach Verhandlungen mit der UdSSR und der DDR verkündete der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September 1989 in Prag die Ausreiseerlaubnis für etwa 6.000 Flüchtlinge über das DDR-Territorium in die Bundesrepublik. Als die Mauer am 9. November 1989 fiel waren schon mehr als 200.000 DDR Übersiedler in der Bundesrepublik angekommen (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit). Ein deutsches Paket von Sozialmaßnahmen für diese Flüchtlinge sollte den Schock der Ankunft im Westen mildern. Jede Person bekam ein Begrüßungsgeld in Höhe von 100 DM und ihnen wurde eine dauerhafte Wohnung und Arbeitsstelle gefunden (vgl. Jarausch 1995: 46).

Als 1989 eine Ausreisewelle in die BRD schwappte gab es bereits eine gesellschaftliche Opposition in der DDR. Es kam zu Protestdemonstrationen auf den Straßen gegen die DDR bzw. SED (Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands)-Regierung, aber sie betrachteten eine Flucht nicht als Lösung, die DDR sollte von innen reformiert werden. Die Mehrheit der DDR-Bürger allerdings war für eine Vereinigung mit der BRD. Unterstützung kam aus kirchlichen Kreisen, am 4. September 1989 fand in Leipzig die erste Montagsdemonstration nach einem der traditionellen Friedensgebete statt. Sie war der Auftakt zur Herbstrevolution, die nach der Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November am 9. November schließlich zum Fall der Berliner Mauer führte. Am 7. Oktober 1989 wurden die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung zum Fiasko, in vielen Städten fanden Demonstrationen gegen das SED-Regime statt. Immer deutlicher zeigte sich, dass die SED nicht mehr Herr der Lage war. Der Rücktritt Erich Honeckers als Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender am 18. Oktober 1989 leitete den Zusammenbruch des Regimes ein. Dem Nachfolger Egon Krenz gelang es nicht mehr, die Lage zu stabilisieren und am 8. November 1989 trat das Politbüro der SED geschlossen zurück (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit).

Die Nacht vom 9. –10. November 1989 ging als jene Nacht in die deutsche Geschichte ein, in der die Grenzen zwischen den Staaten und politischen Systemen aufgehoben wurden. Am Ende einer Pressekonferenz im Internationalen Pressezentrum in Ost-Berlin antwortete das Politbüromitglied Günter Schabowski auf die Frage eines Journalisten nach den künftigen Reisemodalitäten für DDR-Bürger, dass Privatreisen

ins Ausland ohne Vorliegen von Voraussetzungen, Reiseanlässen und Verwandtschaftsverhältnissen beantragt werden und ständige Ausreisen über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen könnten (vgl. Hinze, Kahiweit, Schmid 1999: 42). Wilhelm Schmid schilderte die nächsten Stunden:

„Bald stauten sich die Autos kilometerweit. Kurz vor Mitternacht gingen dann die Schlagbäume hoch, die Gittertüren schwangen auf, die Grenzposten traten wort- und ratlos zurück: Die Schleusen für die Flut in den Westen waren geöffnet.“ (Hinze, Kahiweit, Schmid 1999:43)

Der Fall der Berliner Mauer hatte den Weg zur Vereinigung beider deutschen Staaten geöffnet und überraschte die Weltöffentlichkeit.

Der „Runde Tisch“

Nach der Maueröffnung am 9. November 1989 überschlugen sich die Ereignisse, die alten Machtstrukturen zerfielen rasch, Demonstranten forderten die deutsche Einheit, Mitglieder der Bürgerrechtsbewegungen bemühten sich um eine demokratische Umgestaltung der DDR. Am 13. November 1989 kam es zu einer Wende in der Volkskammer. Diese wählte Günther Maleuda zum Vorsitzenden der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Ministerpräsident wurde Hans Modrow. Gleichzeitig legte im Bundestag Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November 1989 überraschend ein 10-Punkte-Programm vor, das als konkrete Zwischenstufe auf dem Weg zur Einheit eine Konföderation vorsah. Die erneuerte Führungsspitze der DDR unter Ministerpräsident Hans Modrow sah sich nach der Streichung des SED-Führungsanspruchs aus der Verfassung am 1. Dezember 1989 mit einem schnellen Zerfall der politischen Stoßkraft konfrontiert. Zunehmende Parteiaustritte, die Entstehung neuer politischer Parteien und Organisationen, der Zerfall der Blockparteien und die Einrichtung eines „Runden Tisches“ entwerteten die SED zu einer politischen Kraft unter vielen. Der „Runde Tisch“ wurde am 7. Dezember 1989 mit Vertretern der Oppositionsgruppen, der fünf Blockparteien und des zerfallenden Regimes eingerichtet. Er konnte einige politische Erfolge wie die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, also die „STASI“, durchsetzen. Die letzte Sitzung des „Runden Tisches“ fand am 12. März 1990 statt. Bei dieser wurde die Übernahme des bundesdeutschen

Grundgesetzes für die DDR abgelehnt. Zuvor wurde empfohlen, am 6. Mai 1990 die ersten Kommunal- und Volkskammerwahlen abzuhalten (vgl. Korger 1999: 82 f.).

Die Gegensätze zwischen Befürwortern und Gegnern der Deutschen Einheit wurde an den Demonstrationen immer deutlicher. Viele Anhänger der oppositionellen Bürgerbewegungen und Intellektuelle, die die Eigenständigkeit der DDR forderten, warnten vor einem wirtschaftlichen Ausverkauf der DDR. Die Mehrheit der Bevölkerung aber forderte eine rasche Vereinigung mit der BRD. Am 19. Dezember 1989 trafen sich Bundeskanzler Helmut Kohl und DDR Ministerpräsident Hans Modrow zu Gesprächen in Dresden. Beide erklärten sich bereit, einen gemeinsamen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft abzuschließen. Bei einer Großkundgebung vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche dankte Helmut Kohl für die friedliche Revolution in der DDR und nannte die deutsche Einheit als Ziel seiner Politik (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit).

Die Volkskammerwahl am 18. März 1990

Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 entschied das Schicksal der DDR. Zum ersten Mal in 58 Jahren konnten ostdeutsche Bürger ihre politische Meinung mit ihrer eigenen Stimme ausdrücken (vgl. Jarausch 1995: 178). So begann ein demokratischer Wahlprozess in der DDR. Nur wenige Intellektuelle aus beiden Teilen Deutschlands, die Grünen und zahlreiche Anhänger und Parteimitglieder der SED-PDS (Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - Die Partei des Demokratischen Sozialismus), setzten sich für einen eigenen und unabhängigen Weg der DDR ein. Die Annäherung der bislang getrennten deutschen Parteien verdeutlichte ebenfalls, dass der Wille zur Einheit eine Dynamik entwickelt hatte, die ein rasches Verlöschen des Staatsgebildes DDR absehbar machte. Nur die Parteien aber waren sich uneinig über die Frage nach welchem Modus die deutsche Einheit vollendet werden sollte. Das bundesdeutsche Grundgesetz bot zwei Wege an: Erstens nach Art. 146 GG und zweitens nach Art. 23 GG. Art. 146 GG, der von der SPD (Sozial Demokratische Partei/West) bevorzugt wurde, hätte die deutsche Einigung verzögert, weil in diesem Falle zunächst eine gesamtdeutsche Verfassung hätte erarbeitet und parlamentarisch verabschiedet werden müssen. Aufgrund des Passus, dass „anderen Teilen

Deutschlands“ die Übernahme der bundesdeutschen Verfassungsordnung freisteht, griff der zweite Weg nach Art. 23 GG schneller weil in diesem Fall die DDR einfach dem Grundgesetz beitrug. Darüber hinaus hatte diese Option auch den Vorteil, dass das geeinte Deutschland keine Neuverhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft führen musste (vgl. Korger 1999: 83 ff.).

Bei den ersten freien Wahlen in Ostdeutschland nach 58 Jahren feierte die „Allianz für Deutschland“ einen überwältigenden Erfolg (vgl. Jarausch 1995: 178). Sie bestand aus Christlich Demokratischer Union (CDU der DDR), Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA) und erhielt 48,1% der Stimmen. Vermutlich aufgrund der zögerlichen Haltung der Sozialdemokraten in der Frage der Wiedervereinigung bekam die SPD nur 21,8% der Stimmen. Die PDS erreichte einen Stimmenanteil von 16,3%, während das Bündnis 90, dessen Mitglieder zu den Anstiftern der friedlichen Revolution in der DDR gehörten, mit 2,9% hinter den eigenen Erwartungen zurückblieb. Das Ergebnis der Volkskammerwahl zeigte allerdings deutlich, dass eine klare Mehrheit der Bürger der DDR für den Beitritt zum Grundgesetz nach Art. 23 GG war. Die „Allianz“ bildete zusammen mit der SPD und dem Bund Freier Demokraten, auf den 5,3% der Stimmen entfallen waren, eine große Koalition, deren Ziel die rasche Vollstreckung der Vereinigung beider deutschen Staaten war (vgl. Korger 1999: 85).

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Die am 1. Juli 1990 in Kraft tretende Währungsunion bildete den Kern der Wirtschafts- und Sozialunion und führte unmittelbar zur Vereinigung. Der Musterfall des Zollvereins im 19. Jhd. zeigte, dass die ökonomische Zusammenarbeit zu einer politischen Vereinigung führen konnte. Sie war das zentrale Ereignis hinsichtlich der Bildung der Deutschen Einheit (vgl. Bahrmann, Links 2005: 90).

Bei dem drohenden Haushaltsbankrott der DDR schien nur ein rascher Übergang zur Marktwirtschaft eine Wiederbelebung zu versprechen. Aus westlicher Sicht aber bot sich der Transfer westlichen Wohlstands in den Osten als das radikalste Mittel an, um die andauernde Ausreise von 4.000 Menschen pro Woche zu stoppen. Die Botschaft auf den Spruchbändern der Demonstranten in der DDR war eindeutig: „*Kommt die D-Mark,*

bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“ (Jarausch 1995: 211) Am 18. Mai unterzeichneten die Finanzminister der beiden deutschen Staaten den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, den „Staatsvertrag“ (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit). Die Ankunft der DM brachte aber auch zahllose westliche Gesetze und Vorschriften mit sich. Die neuen Spielregeln wandelten öffentliches Verhalten und private Beziehungen um. So hatten z. B. Ostdeutsche nun höhere Steuern zu zahlen, oder ungewohnte Versicherungen abzuschließen, denn jetzt mussten sie den Schutz ihres Kollektivs verlassen und auf ihren eigenen Vorteil schauen (vgl. Jarausch 1995: 213).

Der Einigungsvertrag

Am 6. Juli begannen in Ost-Berlin die Verhandlungen über den Einigungsvertrag zum Beitritt der DDR nach Artikel 23 im Grundgesetz. Nach langen Diskussionen über den Beitrittstermin beschloss die Volkskammer der DDR in einer Sondersitzung in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 mit 294 von 400 Stimmen den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes per 3. Oktober 1990. Der Vorsitzende der PDS Gregor Gysi trat ans Rednerpult und äußerte, dass das Parlament den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik auf den 3. Oktober beschlossen habe. Damit löste sich ein Staat friedlich und demokratisch auf. Am 20. September 1990 stimmten beide Parlamente dem rund 900 Seiten starken Einigungsvertrag zu: die Abgeordneten der Volkskammer mit 299 von 380 Stimmen, die des Bundestags mit 442 von 492 Stimmen. Der Bundesrat verabschiedete den Vereinigungsvertrag einstimmig. Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 wurde dieser Tag anstelle des 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag Deutschlands erklärt. Das Grundgesetz trat mit diesem Datum in den fünf neuen Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sowie in Ost-Berlin in Kraft. In der Nacht vom 2. – 3. Oktober 1990 feierten die Deutschen mit Glockengeläut und Feuerwerk die Vereinigung ihres Landes (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit).

3.2.2. Der äußere Rahmen der deutschen Einigung

Die Reaktion der sonstigen Staaten

Die deutsche Meinung war allgemein davon überzeugt, dass das vereinte Deutschland in eine neue weltpolitische Landschaft eintritt und neue Chancen bieten würde (vgl. Grewe 1993: 22). Andererseits aber wuchsen auch die Sorgen und Zweifel bezüglich eines vereinigten Deutschlands:

„Internationale Kommentatoren warnten vor dem weiteren Erstarken der wirtschaftlichen und politischen Macht Deutschlands. Bei den früheren Opfern des NS-Regimes löste das Trauma des Holocaust tiefe Bedenken über einen neuen Rassismus aus. Fast reflexartig kollidierten daher alte Ängste mit neuen Hoffnungen.“ (Jarausch 1995: 24 f.)

Obwohl Gorbatschow wegen seines symbolträchtigen Bildes vom „europäischen Haus“ die Selbstbestimmung nicht ganz negieren konnte, warnten russische Sprecher vor der „Destabilisierung der Situation in Europa“, durch eine Expansion der NATO in den Osten. Die Franzosen agierten ähnlich ambivalent: Obschon sie dem Prinzip der Vereinigung zustimmten, versuchten sie seine Durchführung zu vermeiden. Präsident Mitterrand sagte zu, dass eine Wiedervereinigung ein „berechtigtes Anliegen“ sei, riet aber von einer voreiligen „Zangengeburt“ ab. Auch die Briten waren wenig begeistert darüber, die deutsche Macht erstarkt zu sehen und ihren Siegerstatus aus dem Zweiten Weltkrieg aufzugeben. Andere Länder aber zeigten mehr Verständnis. Trotz mancher Bedenken bezüglich des Alleingangs Deutschlands, unterstützte die USA die deutsche Vereinigung von Anfang an. Wiederholt drückte US-Botschafter Vernon Walters seine Sympathie klar aus. Der frühere Außenminister Henry Kissinger hielt die Vereinigung sogar für unvermeidlich. Bei einigen Nachbarn mischten sich allerdings Ängste mit Sympathien. Für die polnische Gewerkschaft Solidarność sagte Bronisław Geremek, dass Deutschland nur vereinigt werden solle, wenn es keine Gefahr für ein anderes Land darstellen würde. Der Präsident der EG-Kommission Jacques Delors hatte ebenfalls nichts dagegen, solange eine nationale Vereinigung die internationale Integration fördern würde (vgl. Jarausch 1995: 52). Die Türkei unterstützte die deutsche

Vereinigung von Anfang an. Der Türkei nach war es das Recht beider deutschen Staaten und Völker sich zu vereinigen, so wurde die Vereinigung Deutschlands begrüßt. Der damalige türkische Gesandte in Bonn Reşat Arım betonte, dass die Türkei einer NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands volle Unterstützung leisten würde (vgl. Üstündağ 2006).

Die „Zwei-plus-Vier-Verträge“

Aufgrund der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs für die beiden deutschen Staaten, war eine Wiedervereinigung jedoch ohne deren Zustimmung nicht möglich. Als schließlich auch die Sowjetunion erkannte, dass die Wiedervereinigung nicht aufzuhalten war einigten sich die Siegermächte im Februar 1990 auf gemeinsame Verhandlungen mit den beiden deutschen Staaten. Eine rasche Folge diplomatischer Verhandlungen zog sich in den „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“ durch das Jahr 1990 (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit).

Am 14. Februar 1990 kamen in Ottawa die Außenminister der BRD Hans-Dietrich Genscher und der DDR Lothar de Maizière mit den Außenministern der Vier Mächte zusammen, für Frankreich war Roland Dumas, für die USA James Baker, für das Vereinigte Königreich Douglas Hurd und für die Sowjetunion Eduard Schewardnadse anwesend. Dabei vereinbarten sie die Abhaltung von Konferenzen nach der Formel „Zwei-plus-Vier“, um die äußeren Aspekte der Bildung der deutschen Einheit zu besprechen. Schon beim ersten „Zwei-plus-Vier-Treffen“ am 5. Mai 1990 verständigten sich die Konferenzteilnehmer, den deutschen Einigungsprozess zügig und ohne Zeitverlust voranzutreiben. Erstaunlicherweise herrschte Übereinstimmung bezüglich des Rechts der Deutschen, eigenständig über ihre Vereinigung zu entscheiden und darüber, dass die polnische Westgrenze völkerrechtlich endgültig anerkannt sei (vgl. Brauburger 1999: 94).

Die Bundesrepublik Deutschland garantierte die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, stimmte einer Reduzierung ihrer Streitkräfte zu und unterschrieb den Verzicht auf ABC-Waffen. Die Volkskammer und der Bundestag bestätigten am 21. Juni 1990 die Endgültigkeit der deutsch-polnischen Grenze in ihrem bestehenden Verlauf an der Oder-Neiße-Linie (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit).

Am 14. Juli 1990 reiste Helmut Kohl zu geheimen Gesprächen mit Michail Gorbatschow in den Kaukasus. Der entscheidende Erfolg wurde bei dem Besuch Helmut Kohls in der Sowjetunion am 16. Juli 1990 erzielt. Deutschland sollte nach seiner Vereinigung volle Souveränität erhalten mit dem Recht, frei über seine Bündniszugehörigkeit zu bestimmen. Dies war sehr wichtig, weil die Sowjetunion mit dieser Vereinbarung ihren bisherigen Widerstand gegen die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten neuen Deutschlands aufgab, womit die außenpolitischen Probleme der Vereinigung gelöst wurden (vgl. Brauburger 1999: 94 f.). Den Weg zu dieser Einverständniserklärung erleichterte auch die strikt geheime Finanzhilfe der deutschen Regierung für Moskau (vgl. Wagner/Weidenfeld 1999: 97).

Am 12. September 1990 unterzeichneten die sechs Außenminister in Moskau den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“, der die äußeren Punkte der deutschen Einigung verbindlich regelte. Damit war die staatliche Einheit nach 45 Jahren wieder hergestellt und Deutschland erhielt seine volle Souveränität zurück. Am 4. Oktober 1990 traten im Reichstagsgebäude 663 Abgeordnete des Bundestages und der Volkskammer zur ersten Sitzung des ersten gesamtdeutschen Bundestages zusammen. Die Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 war die erste freie, gesamtdeutsche Parlamentswahl seit 1932. Eindeutiger Wahlsieger war die christlich-liberale Regierungskoalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl, der am 17. Januar 1991 zum ersten gesamtdeutschen Kanzler gewählt wurde (vgl. HDG/Die Deutsche Einheit).

3.2.3. Die politischen Folgen der Wiedervereinigung

Die neue deutsche Macht

Mit seiner Ostpolitik erreichte Deutschland am Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre seine erfolgreichsten Zeiten und profitierte am besten vom Untergang des Ostblocks (vgl. Bilici 1997). Trotz innerer und äußerer Bremsversuche beschleunigte sich der Prozess unglaublich schnell. Zwei Staaten mit unterschiedlichen Regierungssystemen, feindlichen Armeen, gegensätzlichen Wirtschaftsordnungen, unvereinbaren Sozialstrukturen und widerstreitenden Ideologien wandelten sich innerhalb nur eines Jahres zu einem gemeinsamen Land (vgl. Jarausch 1995: 10).



Als sich die Einheit Deutschlands als Möglichkeit abzeichnete, begann eine internationale Debatte über den Machtstatus des neuen Staates, der entstehen würde. Ein vereintes Deutschland wurde als neue Supermacht oder als ein neues Deutsches Reich gesehen. Tatsächlich schaffte die Einigung Deutschlands ein Land, das gemessen an den üblichen Indikatoren nicht länger Mitglied der Gruppe von Ländern mittlerer Größe wie Großbritannien, Frankreich und Italien war, zu der die Bundesrepublik bisher gehört hatte. Das vereinigte Deutschland hatte 1990 etwa 79 Mio. Einwohner, seine größeren Nachbarn 56–58 Mio. Gleich nach der Vereinigung wollte Deutschland seine Position als erste Handelsmacht der Welt sichern. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des vereinigten Deutschlands lag bei etwa 2.520 Mrd. DM, betrug also mehr als die diejenigen Frankreichs (1.726 Mrd. DM) und Großbritanniens (1.466 Mrd. DM). Die Deutsche Mark wurde zur führenden Währung Europas. Wirtschaftlich gesehen war Deutschland nach der Einigung zusammen mit den Vereinigten Staaten und Japan unter den drei führenden Mächten in der Weltwirtschaft. Für Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion, war Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner (vgl. Kaiser 1993: 122 f.). Außenpolitisch stand jedoch fest, dass sich das neue Deutschland, befreit von der Ost-West-Konfrontation, als eine der ressourcenreichsten Demokratien, neuen und schwierigen Aufgaben stellen müssen würde (vgl. Kaiser 1993: 128).

Die europäische Integration des neuen Deutschlands

Das Ausmaß des Wandels ließ sich jedoch erst nach 1990/91 absehen und bezog nun auch das wiedervereinigte Deutschland ein, das angesichts der offenen Grenzen in der Mitte Europas nicht abseits bleiben konnte, als die Revision der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Architektur Europas eine aktive Mitwirkung verlangte (vgl. Görtemaker 2009: 58 f.). „Europäische Integration“ bezeichnet die Gesamtheit der Strukturen, Prozesse und Politikfelder im Rahmen der Europäischen Union (EU) bzw. der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der sie ergänzenden Verträge. Die Erklärung des Straßburger Gipfels vom 8. Dezember 1989 zur deutschen Einheit sicherte in ihrem ersten Teil den nachdrücklich vorgetragenen Wunsch der Bundesregierung. Damit hatte Bundeskanzler Helmut Kohl im Konsens mit der Gemeinschaft die europäische Qualität des Vereinigungsprozesses zwar nicht dem Prinzip nach, aber in der Schrittfolge verändert. Zuvor lag die Präferenz des Kanzlers

wie des Außenministers, in Übereinstimmung mit der EG-Kommission auf einem raschen Beitritt der DDR zur Europäischen Gemeinschaft. Schlüsselstaaten der Gemeinschaft wie Frankreich, Großbritannien, Italien oder Spanien waren verdeckt oder offen gegen eine schnelle Vereinigung der deutschen Staaten. Aus der Sicht des französischen Staatspräsident Mitterrand könnten die alten Risiken für Frankreich und Europa wiederentstehen (vgl. Hanning 1996: 275–278). Der wahre Grund des Widerstands der größeren Länder der EG, besonders aber dem führenden Staat Frankreich, bestand in der Furcht, das Machtgewicht innerhalb der Gemeinschaft zu Gunsten des vereinigten Deutschlands zu verlieren, was später auch geschah.

Nach den Wahlen zur Volkskammer der DDR, der Ankündigung einer deutsch-deutschen Währungsunion und dem Moskau-Besuch Helmut Kohls ging es auf europäischer Ebene praktisch nur noch um die Mitgliedschaft mittels Beitritt zum Grundgesetz. Auf dem EG-Gipfel vom 28. April 1990 in Dublin legten die Mitgliedstaaten drei Stufen der Eingliederung der DDR fest. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch den Beitritt wurde das Gebiet der ehemaligen DDR zugleich auch Teil der Europäischen Gemeinschaft. Die Interimsphase fiel kürzer aus als geplant, nahezu 80% des Gemeinschaftsrechts galten jedoch in unmittelbarer Folge auf den Beitritt seit dem 3. Oktober 1990 in den neuen Bundesländern. Die übrigen Vorschriften wurden schrittweise bis 1995 übernommen. Zur Angleichung des EG-Rechts an die neuen Gegebenheiten und zum Erlass von Übergangs- und Ausnahmestimmungen lagen parallel zum Beitritt bereits Maßnahmenkataloge der Gemeinschaftsorgane vor (vgl. Hanning 1996: 280).

Allerdings bemühte sich die Bundesregierung von Anfang an um eine Erhöhung der Anzahl der deutschen Parlamentarier durch die die Bevölkerung der neuen Bundesländer im Europäischen Parlament vertreten werden sollte (vgl. Kaiser 1993: 97). 18 Beobachter aus den ostdeutschen Ländern wurden durch das Europäische Parlament akzeptiert und in diesem Sinne wurde seit der Europawahl 1994 das vereinigte Deutschland von 99 Abgeordneten vertreten. So bezieht das vereinigte Deutschland seine internationale Schlüsselposition aus zwei Quellen: einmal aus seiner Größe und Lage in der Mitte des Kontinents und zum anderen aus der Mitgliedschaft in

der Europäischen Union. So wurden nationale Interessen außenpolitisch über den europäischen Weg einfacher umsetzbar. Weiter waren die Modernisierung der wirtschaftlichen Basis im Binnenmarkt, die Stabilisierung von Demokratie und Marktwirtschaft, die Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft und die Bewahrung von Sicherheit und Frieden durch Konfliktkontrolle Ziele der Politik, zu deren Realisierung Deutschland allein nicht in der Lage wäre. So ist Deutschland aus dem Ende der doppelten Teilung als „Zentralmacht Europas“ hervorgegangen, doch bleibt diese Position an der Mitwirkung Deutschlands in der europäischen Integration gebunden. Die Erweiterung der EU nach Osten bot der deutschen Außenpolitik die Chance, der historisch belasteten und komplizierten Mittellage zu entgehen und gehörte deshalb zu den Prioritäten der deutschen Europapolitik (vgl. Hanning 1996: 281 f.). Zunächst aber wurde der Beitritt von Finnland, Schweden und Norwegen, sowie Österreich favorisiert. Diese ließen aufgrund ihrer EG-adäquaten Wirtschaftsstruktur eine unkomplizierte Integration erwarten (vgl. Görtemaker 2009: 61).

Als das Ende der Sowjet-Gefahr auch den Druck über die mittel und osteuropäischen Länder verringerte, trug das dazu bei, dass in diesen Regionen eine wichtige Lücke zugunsten Deutschlands auftrat und das Land nach seiner Wiedervereinigung diese Region als sein natürliches Hinterland ansah (vgl. Davutoğlu 2000: 193). So hat nach dem Ende des Kalten Krieges Deutschland den Vorrang seiner Europapolitik den osteuropäischen Staaten gegeben und eine Führungsrolle im Beitritt dieser Länder in die EU übernommen (vgl. Aksu, Bahadır 2000: 212). Bereits 1989/90 wurde die Osterweiterung der EG erwogen, um den Transformationsprozess in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu unterstützen, dessen ökonomische Angleichung zu beschleunigen und Grundlagen für eine neue europäische Architektur zu schaffen. Als ein Land im Herzen Europas hatte Deutschland ein großes Interesse daran, dass das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle in Europa überwunden werde. Daher konzentrierte sich die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung auf die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses durch die Erweiterung der EG nach Osten. Somit kehrte Deutschland aus einer Randlage im Ost-West-Konflikt in seine traditionelle Mittellage in Europa zurück und schickte sich an, dessen Neuordnung wesentlich zu beeinflussen (vgl. Görtemaker 2009: 61).

Dies waren Anzeichen dafür, dass Deutschland die Rolle eines “global Player” übernehmen wollte, was die Beziehungen zu seinen traditionellen Partnern, wie der Türkei, in den zweiten Rang drängte (vgl. Aksu, Bahadır 2000: 212). So hatte sich nach dem Wegfallen der Sowjet-Gefahr und dem Zerfall des Warschauer Paktes die Bedeutung der Türkei, besonders für die BRD, verringert (vgl. Davutoğlu 2000: 193), was das Tor für neue Spannungen öffnete und eine Kälte in den deutsch-türkischen Beziehungen erzeugte.

3.3. Die ökonomischen Fehler der Vereinigung

3.3.1. Die unterschätzten ökonomischen und finanziellen Probleme

Der historische Glücksfall der deutschen Vereinigung war, im Hinblick auf den Zeitpunkt der Vereinigung, dass sich die westdeutsche Wirtschaft, insbesondere was die öffentlichen Finanzen betraf, im internationalen Vergleich in einem hervorragenden Zustand befand. So mag diese günstige Ausgangslage zu der anfänglich vorherrschenden überoptimistischen Einschätzung beigetragen haben, dass die Finanzierung der Einheit keine besondere Herausforderung darstellen würde. Diese Einschätzung beruhte auf der Annahme, dass die Finanzierung der Einheit bei Übernahme des insgesamt bewährten wirtschaftlichen Ordnungsrahmens der Bundesrepublik, gleichzeitig zügiger Privatisierung der DDR-Wirtschaft und einer zeitlich und in der Größenordnung eng begrenzten Anschubfinanzierung aus öffentlichen Mitteln des Westens gewährleistet werden könne. Schon bald erwies sich dieser Optimismus als illusorisch. Angesichts der Schnelligkeit der Vereinigung, lag der „Schleier der Unwissenheit“ anfangs auch über dem Finanzbedarf, wobei dieser bestimmt politisch-taktisch eingesetzt werden konnte (vgl. Andersen 1996: 294 ff.).

In einer anderen Sichtweise hatte sich Bundeskanzler Helmut Kohl nie für Geld interessiert, den sich aufhäufenden Schuldenberg hoffte er so lange vor sich herschieben zu können, bis er selbst aus dem Amt war. Dann mochten sich andere, Kinder und Kindeskindern, mit den Folgen abmühen (vgl. Augstein 1994). So bestand der grundsätzliche Fehler des Vereinigungsprozess darin, dass Bundeskanzler Helmut Kohl

statt einer langsamen, organischen, leichter finanzierbaren Vereinigung eine rasche, aber teure Vereinigung bevorzugte (vgl. Lenz, Hettlage 1995: 70 f.).

Da aber die deutsche Einigung unglücklicherweise in den Bundestagswahlkampf fiel, geriet die Diskussion der Einigungsprobleme zunehmend in die Schwarzweißmalerei der Wahlkampfpolemik. Die Chance einer ehrlichen Bestandsaufnahme und einer klaren Benennung der nunmehr hinreichend bekannten Schwierigkeiten und Konfliktpunkte der deutschen Einigung wurde vertan (vgl. Glaser 1999: 222).

Desolater Zustand der ostdeutschen Betriebe und der öffentlichen Infrastruktur

In der Folge der Währungsunion zeigte sich, dass die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern viel problematischer war als im Westen angenommen wurde (vgl. Lenz, Hettlage 1995: 1995: 71). Zur Zeit der Wende bot der Osten westlichen Beobachtern das Bild einer stehengebliebenen Industriegesellschaft (vgl. Rink 1999: 168). Die Wirtschaft im Osten wies eine wesentlich geringere Wirkkraft, Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit auf. Es gab enorme Mängel in der Produktion und Bereitstellung von Konsumgütern und Dienstleistungen, von Investitionsgütern und Materialien in der erforderlichen Qualität und in bedarfsgerechter Struktur (vgl. Busch, Kühn, Steinitz 2009: 22 f.).

Auf der anderen Seite begrenzte die Einbindung der Landwirtschaft Ostdeutschlands in die gemeinsame Agrarpolitik die Handlungsmöglichkeiten der nationalen Akteure auf Maßnahmen in der Agrarstruktur, der Sozialpolitik, sowie auf die Initiierung von Sonderregelungen durch die EU in Abstimmung mit anderen Mitgliedsländern (vgl. Wiesenthal 1996: 195 f.).

Das Ende des dynamischen Wachstums und die Dogmen der Marktwirtschaft

Bereits Anfang 1990 verlor die deutsche Wirtschaft ihren Schwung, der Abstieg hatte begonnen. „Die Integration der ostdeutschen Wirtschaft in das gesamtdeutsche und westeuropäische Wirtschaftsgefüge konnte sich nicht mehr auf ein dynamisches Wachstum wie in den Nachkriegsjahrzehnten stützen.“ (Busch, Kühn, Steinitz 2009: 24) Die Wirtschaftspolitik, die von den Dogmen marktwirtschaftlicher Regulierung und des Wettbewerbs bestimmt wurde, befand sich in einem extremen Missverhältnis zur

Lösung der Probleme Ostdeutschlands. Mit dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, also die Altschuldenregelung und die Umwandlung der größtenteils fiktiven Kredite der ehemals staatlichen Betriebe in reale Schulden mit marktüblichen Zinsen, wurde die Belastung der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Wohnungsgesellschaften und der Kommunen verschärft (vgl. Busch, Kühn, Steinitz 2009: 24). Die ostdeutsche Wirtschaft war nicht in der Lage, sich der neuen marktorientierten, liberalen Wirtschaft anzupassen. Auch war niemandem bewusst, was Marktwirtschaft war und welche Resultate zu erwarten wären. Dazu erklärte Dieter Segert (2008: 231), ein ehemaliger ostdeutscher Akademiker:

„Selbst das abgepackte Brot kam aus dem Westen, so wie die Milch und das Mineralwasser. Da begriff ich, dass wir in den nächsten Wochen wohl viele unserer Arbeitsplätze selbst aufessen würden. Wenn die DDR-Konsumenten nur noch Westwaren kauften, dann nahmen sie damit an der Vernichtung ihrer eigenen Arbeitsplätze aktiv teil. Und sie taten das ‚reinen Herzens‘, also ohne zu wissen, was sie taten.“

Die Fehler der Währungsunion und der Verlust des osteuropäischen Marktes

Das Ziel der Währungsunion bestand eigentlich darin, über die Ausbreitung des Währungsgebietes der DM, westdeutschen Betrieben den Markt der DDR zu öffnen. Desgleichen war die Währungsunion Kernstück der finanziellen Umwandlung und in diesem Sinn „Teil der Schocktherapie“, der die Wirtschaft im Beitrittsgebiet in den Folgejahren mittels des Aufwertungseffekts der Währungsumstellung unterzogen wurde. Für die meisten ostdeutschen Betriebe bedeutete die Währungsunion und deren Folgen ein schweres Hemmnis beim Start in die Marktwirtschaft (vgl. Busch, Kühn, Steinitz 2009: 23). Die Währungsumstellung vom 1. Juli 1990 wirkte wie die Aufwertung einer maroden Währung um gut 400% und machte DDR-Produkte in Osteuropa weitgehend unverkäuflich (vgl. Lenz, Hettlage 1995: 71).

Die Währungsunion wurde damals von den Politikern als alternativlos und als spektakulärer Erfolg betrachtet. Beides war falsch. Aber sie war natürlich ein großer

Wurf, zumindest politisch. Dagegen stand sie wirtschaftlich eher für einen Unglücksfall mit katastrophalen Resultaten für die ostdeutsche Industrie (vgl. Bahrmann, Links 2005: 90).

3.3.2. Die wirtschaftlichen Folgen

Misserfolge in der Treuhandpolitik

Ein erheblicher Teil der Transferzahlungen wurde über Neben- oder Sonderhaushalte abgewickelt und trat deshalb im Bundeshaushalt nicht in Erscheinung. Hier handelte es sich insbesondere um den 1990 gegründeten Fonds „Deutsche Einheit“, den Kreditabwicklungsfonds und die Treuhandanstalt (THA) (vgl. Fürstenberg 1995: 111).

Bestimmend für die Tätigkeit der THA war das Prinzip „Sanieren durch Privatisieren“, das meist rigoros umgesetzt wurde. Hoher Zeitdruck, der vorrangige Verkauf der Unternehmen und Betriebe an westdeutsche Investoren unter weitgehendem Ausschluss ausländischer Interessenten und der Verzicht auf die Gewährung günstiger Verkaufs- und Kreditbedingungen an ostdeutsche Interessenten, insbesondere im Rahmen von „Management-Buy-Out“; diese Politik bewirkte unter Berücksichtigung der geringeren Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen zusammen mit den Folgen der Währungsunion nachhaltig ungünstige Resultate für die ostdeutsche Wirtschaft (vgl. Busch, Kühn, Steinitz 2009: 23 f.).

„Von den bis Ende 1994 durch die Treuhand privatisierten Unternehmen gingen 65,5 Prozent an westdeutsche, 5,5, Prozent an ausländische und 38,5 Prozent an ostdeutsche Käufer. Wenn man allerdings noch das wirtschaftliche Gewicht (Beschäftigtenzahl und zugesagte Investitionen) der Unternehmen berücksichtigt, dann stellen sich die Verhältnisse wie folgt dar: 85 Prozent an Westdeutsche, 10 Prozent an Ausländer, 5 Prozent an Ostdeutsche.“ (Roesler 2004: 492)

Der ungeheuerliche Privatisierungsdruck machte die Treuhand zum gewinnbringenden Ziel für Schieber, Spekulanten und Kriminelle. Allein der Schaden durch Betrugsfälle war viele hundert Mio. Mark. In knapp fünf Jahren entflechtete die Treuhand rund

8.000 DDR-Betriebe. Beinahe 14.000 privatisierte Unternehmen und mehr als 3.000 Stilllegungen waren die Folge, außerdem legten die Investoren 200 Mrd. Mark an Investitionen und den befristeten Erhalt von 1,5 Mio. Arbeitsplätzen an. Diesen Erfolg ließ sich die Treuhand allerdings sehr viel Steuergeld kosten, im Extremfall fast eine Million pro Werft-Arbeitsplatz, der erhalten blieb (vgl. Wopper 1999: 180 f.). Als die Treuhandanstalt Ende 1994 ihr Tore schloss, waren rund 250 Mrd. Euro Vermögen in einen Verlust von 150 Mrd. Euro umgewandelt worden (vgl. Bahrmann, Links 2005: 105).

Transfers für Ostdeutschland

Genaue statistische Daten über den Umfang der Finanzierung der Vereinigung stehen nicht zur Verfügung, auch dann nicht, wenn nur die direkte Finanzierung berücksichtigt wird. Die vorliegenden Erkenntnisse deuten aber eindeutig darauf hin, dass den größten Teil der Finanzierung Haushalte, Sondervermögen, Nebenhaushalte und Förderbanken des öffentlichen Sektors übernommen haben (vgl. Hartwig, Pies 1994: 161).

Für die Gesamtkosten der deutschen Vereinigung waren besonders die Leistungen des Bundeshaushalts sehr wichtig: Zahlungen an die Länder, Leistungen an die Bevölkerung, sonstige Ausgaben, Einnahmenminderung, Steuerverzicht und Finanzausgleich. 1991 betrugen sie insgesamt 74,6 Mrd. DM. Ihren höchsten Stand erreichten sie 1995 mit 145,5 Mrd. DM. An zweiter Stelle standen der Fonds „Deutsche Einheit“, gemeinsam mit den anderen Leistungen der EU, Rentenversicherung, Bundesanstalt für Arbeit, Länder und Gemeinden West. Aufgerechnet betrugen sie 1991 58,1 Mrd. DM und erreichten ihren Höhepunkt 1992 mit 69,1 Mrd. DM. An dritter Stelle lagen die Ausgaben der Treuhandanstalt, 1991 wurden 19,9 Mrd. DM ausgegeben. Die Ausgaben der Treuhandanstalt erreichten ihren Höhepunkt 1993 mit 38,1 Mrd. DM, 1994 waren es 34,4 Mrd. DM. Auch die Steuermindereinnahmen durch steuerliche Fördermaßnahmen oder Sonderabschreibungen bildeten einen wichtigen Teil der Finanzierung. 1991 wurden 3,2 Mrd. DM ausgegeben, der höchste Betrag erfolgte 1995 mit 14,0 Mrd. DM. Um die wirkliche Summe des West-Ost-Transfers herauszufinden, sollten aber auch die Rückflüsse wie Steuer- und Verwaltungsmehreinnahmen angemerkt werden, die 1991 33,0 Mrd. DM betrugen und

sich 1995 auf 46,0 Mrd. DM erhöhten. Insgesamt beliefen sich die Transfers für Ostdeutschland 1991 auf 122,8 Mrd. DM. 1993 war der Höhepunkt mit 175,9 Mrd. DM erreicht. 1995 stellten sie mit 161,5 Mrd. DM weiterhin eine sehr hohe Belastung dar. Zusammen mit den 22,0 Mrd. DM aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ aus dem Jahr 1990 resultiert ein Gesamtbetrag von 808,4 Mrd. DM aus dem West-Ost-Transfer nur bis 1995 (vgl. Schultz 1996: 791).

Arten der Finanzierung

Im Vergleich zu den anderen westlichen Industriestaaten besaß die Bundesrepublik, bezogen auf die Verschuldung bis 1989 eine komfortable Spitzenposition. Aber insbesondere in den ersten Jahren der Einigung war die Verschuldung eindeutig das dominierende Finanzierungsinstrument der Bundesrepublik. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte war von 929 Mrd. DM Ende 1989, auf 1994 Mrd. DM Ende 1995 angewachsen und hatte sich damit mehr als verdoppelt.⁴ Seitdem hat Deutschland von den in Maastricht für die Teilnahme an der Währungsunion vereinbarten zwei Verschuldungskriterien die auf maximal 3% des BIP einer Neuverschuldung und maximal 60% des BIP einer Gesamtverschuldung angesetzt sind, das erste mehrfach verfehlt und ist an das zweite bedrohlich herangerückt (vgl. Andersen 1996: 299).

Eine weitere Art der Finanzierung war die Erhöhung von Gebühren und Beiträgen. Bei diesem Finanzierungsinstrument standen insbesondere die Arbeitslosen- und Rentenversicherung im Mittelpunkt des Interesses. Der Finanztransfer nach Ostdeutschland war in beachtlichem Maße über Beitragserhöhungen und insofern „verdeckt“ gelaufen. Mit Verzögerung musste auch das Instrument Steuererhöhung eingesetzt werden, und zwar mittels „Solidaritätszuschlag“ bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer. Neben diesem zweimal genutzten Rückgriff auf eine direkte Steuer wurden in einem Steuermix auch indirekte Steuern, insbesondere die Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer und Tabaksteuer angehoben, was einen gewaltigen Teil der

⁴ Zu berücksichtigen ist, dass die zusätzliche Verschuldung der BRD auch eine „normale“ Komponente enthält und darüber hinaus nicht nur auf der Finanzierung der Einheit basiert (vgl. Andersen 1996: 299).

Finanzierung ausmachte. Ausgabenkürzungen waren ein natürliches Resultat der finanziellen Lasten der Vereinigung (vgl. Andersen 1996: 299 ff.).

Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungspolitik stand angesichts anhaltend hoher Arbeitslosenzahlen nach der Vereinigung vor großen Herausforderungen. Im Osten war der Beschäftigungsabbau seit 1989 enorm. Waren im Umbruchjahr 1990 rund 9,7 Mio. Erwerbstätige zu verzeichnen, erreichte die Zahl der Erwerbstätigen 1993 mit knapp 6,2 Mio. ihren absoluten Tiefpunkt. Seitdem stieg sie zwar wieder an, dennoch waren zur Jahreswende 1995/96 in den neuen Bundesländern noch immer 1,11 Mio. Menschen arbeitslos, dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 14,9%. Von der Kurzarbeit waren 1990 64.300 Personen betroffen. 1995 befanden sich zudem 268.000 Menschen in Fortbildungsmaßnahmen. Die Zahl der Erwerbstätigen pendelte sich 1995 auf rund 6,4 Mio. ein. Im Westen hatte sich seit den 70er Jahren deutlich gezeigt, dass auch in Phasen der Hochkonjunktur die Unterbeschäftigung nur noch in geringem Maße abnimmt. Nach jeder Rezession war eine zunehmende Sockelarbeitslosigkeit als Konsequenz zu verzeichnen. In den alten Bundesländern waren zum Jahreswechsel 1995/96 2,68 Mio. Menschen ohne Arbeit, was einer Arbeitslosenquote von 8,7% entsprach. In Kurzarbeit befanden sich 166.500 Personen und der Beschäftigungsbestand lag bei rund 28,4 Mio. Erwerbstätigen (vgl. Gros 1996: 751).

Obwohl für die ostdeutsche Bevölkerung hinsichtlich der Modernisierung und Erneuerung der Produktionsanlagen und der Unternehmensstruktur, der Infrastruktur, beim Erhalt und der Erneuerung der Wohnungssubstanz, beim Umweltschutz und in der Qualität und Vielfalt des Angebots von Konsumgütern und Dienstleistungen wichtige Verbesserungen erreicht wurden, ist der ökonomische Ost-West-Angleichungsprozess widersprüchlich und im Ganzen unbefriedigend abgelaufen (vgl. Busch, Kühn, Steinitz 2009: 15). Vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungsdynamiken muss das Resümee eindeutig dahingehend ausfallen, dass die Einheit ökonomisch misslungen war, zumal der Osten am Tropf des Westens hing und weit entfernt von einem autonomen Wachstum war (vgl. Kollmorgen 2005: 209). So war der ununterbrochene West-Ost-Transfer und die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Vereinigung zu etwa zwei

Dritteln an den direkten oder indirekten Ursachen für die Wachstumsschwäche Deutschlands zu Beginn des 21. Jhd. Verantwortlich (vgl. Betz 2005: 107).

3.4. Soziale Folgen und Ausländerfeindlichkeit

3.4.1. Soziale Folgen der Vereinigung

Für die Ostdeutschen war der Westen immer ein Traumland gewesen. Obwohl viele beim Versuch starben, wurde immer wieder versucht, die Mauer zu überwinden, um in das Reichtums- und Wohlstandsland zu gelangen. Aber wenige Jahre nach der Vereinigung sahen viele Bürger im Osten ihre Erwartungen vom Herbst 1989 enttäuscht, denn unerwartet hoch war die Arbeitslosigkeit und als Folge der Übernahme der westlichen Gesellschaftsordnung waren die Umstellungen in allen Lebensbereichen gewaltig. Die Angst vor unbezahlbaren Mieten, westlichen Rückgabeansprüchen, das Gefühl, den westlichen Mitbürgern unterlegen zu sein, all dies minderte und trübte die Freude an der deutschen Einheit (vgl. Glaser 1999: 221).

In der Tat gingen viele Ostdeutsche nicht zuletzt aufgrund unrealistischer Versprechungen mit zu hohen und teilweise falschen Erwartungen in die deutsche Vereinigung. Manche Politiker machten sich einer unzulässigen Prophetie schuldig (vgl. Fritze 1997: 123). Vier Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung herrschte mitunter Verwunderung darüber, dass diese Vereinigung noch immer andauerte und ein Ende nicht in Sicht war. Gleichzeitig wurden die sozialen Karten neu gemischt. Viele, die früher zu den Gewinnern gehörten, wurden zu Verlierern und umgekehrt. Tiefgreifende soziale Umwälzungen versetzen die Menschen in Aufbruchsstimmung und eröffneten neue Lebenshorizonte; naturgemäß führten sie aber auch zu Leid und enttäuschten Erwartungen. Die mit Umwälzungsprozessen verbundene Zukunftsungewissheit beförderte Ängste und zog entsprechend missmutige Reaktionen nach sich (vgl. Fritze 1997: 69).

Das Volk war sich im Herbst 1989 einig, gegen die Repressionen der SED und den gewaltigen Sicherheitsapparat Widerstand zu leisten (vgl. Glaser 1999: 221). Ebenso

ging die Mehrheit der Bevölkerung von der demokratischen Forderung „*Wir sind das Volk!*“ nach deren absehbarer Erfüllung rasch zum nationalen Anliegen „*Wir sind ein Volk!*“ über (vgl. Lenz, Hettlage 1995: 69). Die deutsche Vereinigung brachte aber Menschen in einem Staat zusammen, die in ganz unterschiedlicher Weise sozialisiert wurden und dementsprechend unterschiedliche Wahrnehmungsperspektiven und Wertvorstellungen herausgebildet hatten (vgl. Fritze 1997: 69). „*Die Berliner Mauer ist zwar gefallen, aber nun ist eine Mauer in den Köpfen entstanden.*“ (Schröder 1999: 218). Nach dem Fall der Mauer wurde klar, dass es sehr schwierig sein würde, eine 40-jährige Trennung zu überwinden. Fünf Jahre nach der Vereinigung hatten sich die beiden deutschen Völker noch nicht einmal genug kennengelernt (vgl. Schröder 1999: 219).

Die negativen Auswirkungen der Vereinigung waren nicht nur finanzieller Art, sondern betrafen auch die Psyche der Menschen. So entstand nach den anfänglichen großen Hoffnungen und Erwartungen, eine „Vereinigungskrise“ in der es zu einer Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschen kam. Zwar war Deutschland jetzt wieder vereint, doch es existierten noch immer zwei Gesellschaften (vgl. Görtemaker 2009: 85).

In kurzer Zeit hatte die „Ostalgie“ selbstbewusstere Züge angenommen, was das Ganze für viele Westdeutsche noch unangenehmer macht, denn nur 5 Jahre nach der Vereinigung wurde der ostdeutsche Blick kritisch-realtätsbewusster und seitdem wächst das Selbstbewusstsein anders zu sein (vgl. Brie 2005: 119 f.). Die Rückwirkung bestand nicht nur in einer Verschlechterung des Investitionsklimas, sondern auch in einer allgemeinen Verschlechterung der Stimmungslage in weiten Teilen der Bevölkerung (vgl. Hartwig, Pies 1994: 160). Und doch hatte auch die Bevölkerung die Öffnung der Mauer begrüßt. Viele hatten ein Wiedersehen mit Freunden und Verwandten gefeiert und neue Bekanntschaften geschlossen. Jetzt aber regte sich im Westen Unmut über die befürchteten Belastungen aus der Einheit. Für viele Westdeutsche war Ostdeutschland immer noch fern und die Einigung ein Medienereignis geblieben (vgl. Glaser 1999: 221).

Damit war die Verwestlichung der DDR an ihre Grenzen gestoßen, finanziell wie psychologisch, und war doch nicht mehr zu korrigieren. Die Belastungen wuchsen

zunehmend und die erhofften positiven ökonomischen Resultate ließen auf sich warten. Das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre, welches in der alten Bundesrepublik maßgeblich zur Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie, der sozialen Marktwirtschaft und der Westintegration beigetragen hatte, blieb diesmal aus. Außerdem gab es keine gemeinsame ideologische Brücke oder ein in Ost und West gleichermaßen favorisiertes Zukunftsmodell der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, an dem man sich hätte orientieren können (vgl. Görtemaker 2009: 97 f.).

Das schwerwiegendste Problem war die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt vor der Vereinigung im Westen 7,9% und in Osten faktisch 0,0% (vgl. Fürstenberg 1995: 226). Zwar entsprach die sozialistische Wirtschaft nicht den realen Bedürfnissen, aber dennoch hatte man sich Jahrelang an diese Situation gewöhnt. Fünf Jahre nach der Vereinigung und beim Übergang zur marktorientierten Wirtschaft stieg die Arbeitslosenquote in den alten Bundesländern auf 9,2%, im ehemaligen Osten sogar auf 16,0% (vgl. Fürstenberg 1995: 247). So verursachte der eilige Vereinigungsprozess in der Tat den Zusammenbruch von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern wo vorher wegen des sozialistischen Systems die Arbeitslosigkeit nicht bekannt war.

Die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland stellte eine der gravierendsten Veränderungen des sozialen Lebens dar, denn in der DDR war traditionell der Stellenwert der Erwerbstätigkeit besonders hoch, soziale Kontakte und Aktivitäten gehörten auch zum betrieblichen Alltag. Nach der Vereinigung kam es zu Massenentlassungen, die in keiner Weise von den Ostdeutschen vorhergesehen und erwartet wurden. Für viele stellte das einen schweren persönlichen Schicksalsschlag dar, denn mit der Arbeitslosigkeit umzugehen, musste zuerst gelernt werden. Durch die Arbeitslosigkeit verringerte sich nicht nur das Einkommen, sondern auch die Lebensqualität und führte häufig zu einer gesellschaftlichen Ausgrenzung der Betroffenen von sozialen Kontakten (vgl. Reinowski, Schultz 2005: 179 f.).

3.4.2. Die Verschärfung des Rassismus

Für die Betrachtung des Themas Ausländerfeindlichkeit in Deutschland sind besonders die Jahre ab 1990 wichtig. Zwar gehörten rassistische, ausländerfeindliche und antisemitische Äußerungen, Handlungen und Straftaten vor allem seit den 1980er Jahren zum Alltag Deutschlands, aber festzustellen ist, dass sich das Klima für Ausländer nach der Vereinigung unübersehbar verschlechtert hat. Dies gilt vor allem für die Türken, die mit zwei Mio. Menschen die größte Ausländergruppe im Lande bilden (Bednarz, Pörtner 1997). Den Hintergrund der Verschärfung des Rassismus bildete die Verschlechterung der sozio-ökonomischen Bedingungen mit der Vereinigung. Der Rausch der Vereinigung förderte neue Erwartungen in der deutschen Gesellschaft, besonders aber auf ostdeutscher Seite. Übertriebene sozio-ökonomische Erwartungen stimmten nicht mit der Realität überein. Schon bald zeigten sich Arbeitslosigkeit und enttäuschte Erwartungen, die aber nicht leicht zu akzeptieren waren. Dies erzeugte eine Reaktion in einer anderen Richtung und gegen eine andere Gesellschaft, in Form von Ausländerfeindlichkeit.

Nach Çulcu (vgl. 1993: 182) hatten auch die ehemals zur STASI gehörenden Polizisten und Geheimagenten bei der Radikalisierung der Ostdeutschen eine große Rolle gespielt. Die arbeitslos gewordenen Agenten, Polizisten und sogar Bürokraten, benutzten ihre Erfahrungen, die sie im Dienst der DDR erworben hatten, nun für die Vernichtung der errichteten neuen gesellschaftlichen Ordnung im vereinten Deutschland. Rassismus erweiterte sich nicht nur in den neuen sondern auch in den alten Bundesländern.

Nach der Wende änderte sich die Position der Rechtsextremisten grundsätzlich. Die rechtsextremen Organisationen befanden sich im Vereinigungsjahr in einer schwierigen Situation, denn mit der deutschen Vereinigung hatte die extreme Rechte ein wichtiges Thema verloren, das im Vereinigungsprozess von den etablierten Parteien besetzt wurde. Also präsentierte sich der Rechtsextremismus in der Zeit nach der Wende in neuen Formen, die ältere Generation wurde zunehmend von einer aggressiven und in erhöhtem Maß gewaltbereiten Jugendszene abgelöst. Für die steil ansteigende Zahl von rechtsextrem motivierten Gewalttaten waren vor allem neonationalsozialistische Gruppen und insbesondere gewaltbereite „Skinheads“ verantwortlich (vgl. Lillig 1996: 289–292).

Im Jahre 1991 wurden vom Bundesamt für Verfassungsschutz 1.483 rechtsextrem motivierte Gewalttaten registriert. In nur einem Jahr (1992) verdoppelte sich die Zahl der ausländerfeindlichen Übergriffe fast auf 2.584. Besonders deutlich aber stieg die Zahl der Todesopfer, 3 waren es 1991, 15 wurden es im Jahr 1992 (vgl. Şen 1994: 78). Darunter waren vollendete und versuchte Tötungsdelikte, Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen, Körperverletzungen und Landfriedensbrüche (vgl. Keskin 2005: 113). Die fremdenfeindlichen Übergriffe, die zu Beginn der 90er Jahre in erschreckendem Maße zugenommen hatten, stabilisierten sich in den folgenden Jahren auf einem hohen Niveau (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 5).

1991 wurden bundesweit dutzende Brandanschläge und Überfälle auf Ausländer und Flüchtlinge in ca. 70 Städten Deutschlands verübt. Im März 1991 wurde ein Vietnameser in Ost-Berlin schwer verletzt. Nach einem Überfall auf eine Flüchtlingsunterkunft in Leising starb ein Afghane, viele andere wurden verletzt. In Eisenhüttenstadt wurde eine Wagenkolonne französischer Roma von rund 100 deutschen Jugendlichen überfallen. Im April 1991 wurde der junge Mosambikaner Jorge Gomandai von Skinheads aus einer fahrenden Straßenbahn gestoßen und starb. Im Mai 1991 erfolgte ein Übergriff durch Skinheads auf die Wohnung von Namibiern in Wittenberge, vier Menschen wurden aus dem vierten Stock geworfen und erlitten bleibende Schäden. Im August 1991 wurden ein Vietnameser und eine Mosambikanerin in Dresden von Skinheads verletzt. Am 23. November 1992 kam es zu einem Brandanschlag mit Molotowcocktails in Mölln auf das Haus der türkischen Familie Aslan. Bahide Aslan, ihre kleine Enkelin Yeliz und deren Cousine Ayşe starben in den Flammen. Am 29. Mai 1993 passierte der wohl folgenschwerste Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen. Fünf Mitglieder der Familie Genç, zwei Töchter, zwei Enkelinnen und die Nichte von Mevlüde Genç wurden getötet. Der Sohn Bekir Genç musste aufgrund schwerster Verletzungen 30 Mal operiert werden, auch die damals dreijährige Ayşe erlitt schwere Verbrennungen. Aus der Gruppe der ehemaligen „Gastarbeiter“ sind die Türkinnen und Türken mit Abstand die häufigsten Opfer rechtsextremer Übergriffe geblieben. Da die Statistiken des Bundeskriminalamtes und des Bundesverfassungsschutzes nur Auskunft über polizeilich erfasste Straftaten geben, können sie nicht die vollständige Bilanz der rassistisch-ausländerfeindlichen Gewalt ausweisen und meist nimmt die Presse nur von

den schwerwiegendsten Angriffen Notiz (vgl. Keskin 2005: 123–129).



Abbildung 3.3 Die Anschläge von Solingen

(Quelle: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Brandanschlag_solingen_1993.jpg&filetimestamp=20090227025323)

Diese dramatische Entwicklung von Gewalttattacken gegen Ausländer kommentierte Bundestagspräsident Thierse am 8. Juni 1993 mit folgenden Worten:

„Schließlich verhalfen die Morde von Mölln, diesem bis dato eher beschaulich unauffälligen Städtchen zu trauriger Berühmtheit und bildeten zugleich den vorletzten Höhepunkt einer besinnungslosen Raserei. Und jetzt in Solingen: fünf verbrannte türkische Mitbürgerinnen. Und es geht weiter, jede Nacht. Als wäre Gewalt gegen ausländische Mitbürger eine ansteckende Krankheit.“ (zit. n. Keskin 2005: 129 f.)

3.4.3. „Gezielte Ausländerfeindlichkeit“

Die ausländerfeindlich motivierten Übergriffe in Deutschland Anfang der 90er Jahre wiesen eine Eigendynamik auf. An dieser Stelle erscheint es angebracht sich mit dem Begriff „Rassismus“ genauer auseinanderzusetzen. Rassismen stehen für eine Ideologie die darauf abzielt in einer aggressiven Form Macht und Herrschaft über andere, als minderwertig betrachtete Menschen auszuüben. Menschengruppen werden mit negativen Eigenschaften assoziiert, angeblich naturbedingt vererbliche äußere Merkmale, „Rassemerkmale“, werden ihnen beigemessen. Menschen, die zu dieser scheinbar „untergeordneten Rasse“ gehören, sehen sich mit Vorurteilen, Ablehnung und Feindseligkeit konfrontiert. Deutschland hat in der Hitler-Zeit die blutrünstigste Form des Rassismus in einer unvorstellbaren Dimension erlebt, was in der planmäßigen Vernichtung der europäischen Juden gipfelte. Unter Ausländerhass oder Fremdenfeindlichkeit wird die Ablehnung und Ausgrenzung des Unbekannten, des Fremden und des Anderen verstanden, was sich in diffuser Aggressivität verselbständigen kann (vgl. Keskin 2005: 116). In der Antwort der Bundesregierung vom 22. Juli 1992 auf eine Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema Rechtsextremismus wurde eine klare Definition dieses Begriffes vorgenommen:

„Die Bundesregierung geht von dem Verständnis aus, dass Rassismus durch eine mit dem Schutz der Menschenwürde (Artikel 1 Grundgesetz) und dem Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 Grundgesetz) unvereinbare Form der Fremdenfeindlichkeit gegenüber all denjenigen gekennzeichnet ist, die einer fremden ethnischen Gruppe zugeordnet werden. Die rassistisch motivierte und damit rechtsextremistische Fremdenfeindlichkeit wird durch den Begriff ‚Ausländerfeindlichkeit‘ nur unzureichend beschrieben. Denn ein Rassist bekämpft auch die inzwischen naturalisierten, d.h. zu deutschen Staatsangehörigen gewordenen Ausländer, nicht jedoch diejenigen Ausländer, die er der ‚nordischen Rasse‘ zuordnet.“ (zit. n. Keskin 2005: 116)

Die Anwendung des Begriffes Ausländerfeindlichkeit ist in diesem Kontext allerdings nicht unproblematisch. Gegen bestimmte Ausländer kam es zwar zu Feindseligkeiten,

aber in der jüngsten Zeit waren keine Aggressionen und Angriffe gegenüber Amerikanern, Engländern, Franzosen, Dänen oder Japanern zu verzeichnen. Ein Franzose mit heller Hautfarbe hat in den seltensten Fällen Probleme bei der Wohnungs- oder Arbeitsplatzsuche, aber wie ist die Situation für einen dunkelhäutigen Franzosen? So richten sich die ausländerfeindlichen Aktivitäten hauptsächlich gegen Menschen, die aufgrund einer anderen Hautfarbe oder unterschiedlicher kultureller und religiöser Eigenheiten auffallen. Daher stehen Feindseligkeit und Ausländerhass in der Tat mit Abstammung, Kulturkreis und religiöser Angehörigkeit in enger Beziehung (vgl. Şen 2004: 149 f.).

Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass zwischen Tätern und Opfern oft keinerlei Auseinandersetzungen stattgefunden hatten. Die Täter begangen ihre Straftaten ausschließlich aus rassistischen und somit niederen Motiven (vgl. Keskin 2005: 129), bei den Anschlägen von Mölln (1992) und Solingen (1993) bestand das Ziel darin, Ablehnung gegen die Türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland auszudrücken. Weil zwischen den Tätern und Opfern keinerlei Auseinandersetzungen stattgefunden hatten, waren die Opfer nicht einmal Einzelziel mörderischer Gewalt, sondern als Stellvertreter und Stellvertreterinnen einer ganzen Bevölkerungsgruppe gemeint (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 5). Die Ausländerfeindlichkeit richtet sich also gezielt gegen bestimmte Nichtdeutsche und nicht gegen alle. Gerade deshalb hat diese Form der Ausländerfeindlichkeit rassistische Züge und gerade das macht sie wesentlich gefährlicher. Ausgehend von diesen Ausführungen ist auf eine besondere Art der Fremdfeindlichkeit zu schließen, die mit dem Terminus „gezielte Ausländerfeindlichkeit“ auf den Punkt gebracht werden kann (vgl. Keskin 2005: 117).

3.4.4. Ursachen der „gezielten Ausländerfeindlichkeit“

Historisch-gesellschaftliche Ursachen

Im Gegensatz zu Engländern, Franzosen oder Holländern haben die Deutschen keine lange Kolonialgeschichte, in der sie mit fremden Kulturen, Religionen und Wertorientierungen konfrontiert waren und sich dadurch an ein Zusammenleben mit „Fremden“ gewöhnen mussten. Ein breiter Teil der deutschen Bevölkerung steht den

fremden Äußerlichkeiten, Verhaltensweisen und religiös-ethischen Werteorientierungen der Eingewanderten kritisch bis ablehnend gegenüber⁵. Außerdem ist die von Teilen der Politik seit Jahrzehnten vehement vertretene und verbreitete Position des Gesellschaftsbildes in Deutschland von einer homogenen und monokulturellen Gesellschaft zwar nicht mehr real vorhanden, findet aber bei weiteren Teilen der Bevölkerung durchaus noch Anklang (vgl. Keskin 2005: 114). Verschärfend wirkt sich aus, dass sich beide Seiten nicht genügend kennen und sich nicht für die andere Seite interessieren. Der Jurist Köksal, Vertrauensanwalt der deutschen Botschaft und der katholischen Kirche in der Türkei, bringt diese Situation gut auf den Punkt:

„Die Deutschen kennen Türken nur unter den Namen Ali, Ahmet und Hassan von nebenan, und wir kennen die Deutschen unter den Namen Goethe, Kant und Schiller. Beides stimmt nicht. Obwohl beide Nationen historisch oft miteinander verbunden waren, haben die Deutschen kein Interesse, Grundsätzliches über die Türkei zu erfahren. Ich treffe immer wieder deutsche Juristen, die tatsächlich glauben, in der Türkei herrschte islamisches Recht. Die Türkei bleibt für viele ein Urlaubsland.“ (Köksal 2004)

Wirtschaftliche Ursachen

Der Politologe Prof. Dr. Hakkı Keskin erklärt die Ursachen der „gezielten Ausländerfeindlichkeit“, die Anfang der 80er Jahre deutlich wurde und besonders nach der Vereinigung einen fruchtbaren Boden zum Ausbreiten fand, folgendermaßen:

„Als ich Anfang der achtziger Jahre viele Gespräche mit Ausländern über ihre Verbleibabsichten in der Bundesrepublik Deutschland führte, erfuhr ich nicht selten von ihren Ängsten darüber, wie sich die Stimmung bei der deutschen Bevölkerung entwickeln würde, wenn es zu einer ökonomischen und sozialen Krise käme.“ (Keskin 2005: 124)

⁵ In der Zwischenzeit hat sich die Situation positiv verändert.

Ebenso deutete Prof. Dr. Faruk Şen die Situation: *„Immer wieder im Laufe der Migrationsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland tauchte zu Zeiten verschiedener Rezessionsphasen eine ausländerablehnende Haltung innerhalb der deutschen Gesellschaft auf.“* (Şen 2004: 149)

Wegen dem „Wohlstandschauvinismus“, will man nichts abgeben an Personen, die den Gewinn nicht mit erwirtschaftet haben sollten und so verkörpert der Rechtsextremismus auch die Unsicherheit aufgrund von Veränderungen und die Suche nach Sündenböcken (vgl. Şen 2004: 83). Daher hat die Zunahme der „gezielten Ausländerfeindlichkeit“ und der rassistischen Äußerungen seit den 80er Jahren unter anderem mit der Arbeitslosigkeit und den ökonomischen und sozialen Problemen in Deutschland zu tun, die sich nach der Vereinigung Deutschlands verschärft haben. Die Sündenböcke sollen mit Ablehnung, Hass und gegebenenfalls mit Gewalt konfrontiert werden, damit sie verstehen, dass sie unerwünscht sind und vielleicht das Land verlassen. So bezweckt die Gewaltanwendung die „gezielten Ausländer“ in Furcht zu versetzen, zu vertreiben oder im Extremfall zu vernichten (vgl. Keskin 2005: 113 f.).

Politische Ursachen

Betont werden muss, dass es die deutsche Politik versäumt hat, die Eingewanderten und seit Jahrzehnten dauerhaft in Deutschland lebenden, kulturellen Minderheiten als festen Bestandteil der deutschen Gesellschaft zu begreifen und sie auch rechtlich so zu behandeln. So bleibt das türkische Leben in der Bundesrepublik gewissermaßen eine Misserfolgsstory, wie Köksal (2004) betont:

„Das Zusammenleben hat nicht geklappt, und beide Staaten sind daran schuld. Deutsche sahen in den Türken anfangs nur vorübergehende ‚Gastarbeiter‘, und der türkische Staat sah in ihnen lediglich ‚Geld Esel‘, die ihre Ersparnisse ins Heimatland transferieren. Und später, als die Türken in Deutschland eine Heimat sahen, wurden sie von beiden Staaten nicht als ein Teil von Deutschland betrachtet, sondern als Mittel für eigene Zwecke.“

Mit ihrer Hetzerei aber haben rechtsextreme Parteien und Gruppen einen direkten

Einfluss auf diesen Prozess:

„Die rechtsextreme[n] Parteien und Gruppen sind Vertreter des Nationalismus in aggressiver und militanter Form, indem sie mit Feindschaft gegen Ausländer, Minderheiten, fremde Völker und Staaten agitieren und manche von ihnen auch die Anwendung der Gewalt für ihre Ziele rechtfertigen.“ (Keskin 2005: 118)

Bis 1993 führten die Politiker in Deutschland eine von Jahr zu Jahr heftiger werdende Asyldiskussion. Nicht die Asyldiskussion selbst und die Änderung des Asylrechts, sondern eher die Art und Weise, in der die Asyldiskussion geführt wurde trug entscheidend zur Eskalation der rassistisch-ausländerfeindlichen Gewalt bei. Mit steigenden Asylbewerberzahlen wurde diese Diskussion zunehmend polemisch, unsachlich und aggressiv geführt. Vor allem die rechtsradikalen Parteien, aber auch CDU und CSU (Christlich-Soziale Union) zeigten mit erhobenem Zeigefinger zunächst auf Asylsuchende und dann auf die Ausländer insgesamt (vgl. Keskin 2005: 126).

3.4.5. Auswirkungen der Ausländerfeindlichkeit auf die deutsch-türkischen Beziehungen

Als nach der Vereinigung rassistische Übergriffe in Deutschland zunahmen, begann die Weltöffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit und zunehmend mit Sorge und starker Kritik die Entwicklung in Deutschland zu verfolgen. Dank des Einflusses der Weltöffentlichkeit, aber auch durch die kritische Berichterstattung in Deutschland selbst kamen die Regierenden zu der Feststellung, dass sie über das Ziel hinausgeschossen waren. Das Ansehen Deutschlands hatte weltweit gelitten, auch die Wirtschaft spürte erste negative Auswirkungen. Mio. von Deutsche und Einwanderer nahmen an Lichterketten und anderen Protestaktionen in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland teil. Bundesweit gab es eine breite Protestwelle gegen die Gewalt der rechtsextremen Kräfte. Gewisse Maßnahmen wurden zwar getroffen, um eine weitere Eskalation einzudämmen, aber erst viel zu spät bemerkte Bundeskanzler Kohl, wie sehr die Gewalt dieser Gruppierungen Deutschland geschadet hatte (vgl. Keskin 2005: 130).

Das alles verursachte einen tiefen Riss zwischen der türkischen und der deutschen Bevölkerung in Deutschland. Besonders die Anschläge von Mölln und Solingen wurden zum Synonym für den Rückzug in die eigene Ethnie und die Abwendung von der deutschen Gesellschaft. Die besondere Belastung rechtsradikaler Gewalt ergab sich aus ihrer Signalwirkung, denn nicht nur Leben und körperliche Unversehrtheit der unmittelbaren Opfer wurden angegriffen, sondern eine ganze Bevölkerungsgruppe war in ihrer gegebenen Identität als Zuwanderer betroffen (vgl. Goldberg, Halm, Şen 2004: 2).

Die von rechtsradikalen Ausschreitungen geprägte „gezielte Ausländerfeindlichkeit“ in der ersten Hälfte der 90er Jahre, die ihren Höhepunkt mit Mölln und Solingen erreichte, führte natürlich zu Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen, auch auf Regierungsebene. Die türkischen Politiker kommentierten scharf und verglichen die Situation mit den Zuständen während des nationalsozialistischen Regimes. Das türkische Parlament nahm sogar die Morde in Mölln zum Anlass, eine aus 25 Abgeordneten bestehende Menschenrechtsuntersuchungskommission nach Deutschland zu entsenden. Das war eine Premiere, denn bis dahin waren nur Kommissionen aus Deutschland in die Türkei gereist, um die Menschenrechtssituation vor Ort zu untersuchen. So drehte die Türkei den Spieß um und warf der Bundesrepublik vor, die Menschenrechte der Türken nicht ausreichend zu schützen. Angesichts der rassistischen und ausländerfeindlichen Entwicklungen Anfang der 90er Jahre wurde es immer schwieriger, von der viel zitierten „deutsch-türkischen Freundschaft“ zu sprechen (vgl. Akkaya, Özbek, Şen 1998: 107 f.).

3.5. Der türkische Traum vom neuen türkischen Kosmos

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts wandelte sich die Welt grundlegend. Ein Beben zerriss die politische Tektonik zwischen dem Balkan und der chinesischen Grenze, die Systeme der Staaten, die in Folge des Ersten Weltkriegs geschaffen worden waren (Sowjetunion, Jugoslawien), brachen zusammen (vgl. Steinbach 1996: 285). Es entstand ein unabhängiger türkischer Kosmos.

Gleichzeitig aber tauchten auch neue Probleme, Risiken und Herausforderungen auf (vgl. Bal 2010: 46). In diesem Unterkapitel werden die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Ostblocks auf die türkische Außenpolitik analysiert. Neue Möglichkeiten und Horizonte für die Türkei und die Turkrepubliken, aber auch Hindernisse und Herausforderungen sollen in der Folge aufgezeigt werden.



Abbildung 3.4 Die Turkstaaten

(Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/69/Independent_Turkic_States_2010.png)

3.5.1. Eine Führungschance in den Turkrepubliken

Turkestan, auch Turkistan oder Türkistan genannt, ist eine Gebirgsregion in Zentralasien, die sich vom Kaspischen Meer im Westen bis zur Wüste Gobi im Osten erstreckt und bedeutet im Persischen „Land der Türken“. Der Kaukasus ist ein etwa von West-Nordwest nach Ost-Südost verlaufendes Hochgebirge in Eurasien zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer. Als „Turkstaaten“ oder „Turkrepubliken“ werden im Allgemeinen vor allem die turksprachigen, zentralasiatischen und postsowjetischen Republiken Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan bezeichnet. Gelegentlich werden auch Aserbaidshan und die Türkei zu Turkstaaten gezählt. In dieser Arbeit sind unter „Turkstaaten“ und „Turkrepubliken“ sowie auch „Turkestan“, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidshan gemeint, die Türkei ist nicht eingeschlossen.

Nach jahrelangen Unruhen musste Moskau in der zweiten Jahreshälfte 1991 erst die

Republiken Aserbaidshans, nachher Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan und Turkmenistan in die formale Unabhängigkeit entlassen (vgl. Moser, Weithmann 2002: 244). Geopolitisch kann, das Ausmaß der großräumigen Umgestaltung wie folgt verdeutlicht werden:

„Die geopolitische Phantasie entdeckt vielmehr die Entstehung eines neuen Großraumes, der sich – cum grano salis – als Dreieck charakterisieren läßt. Sein westlicher Punkt wäre der Bosphorus, der östliche das Indus-Tal (das heißt die Grenzregion zwischen dem Mittleren Osten und Südasien); und den nördlichen Punkt des Dreiecks bildete Tatarstan mit der Hauptstadt Kazan – also der tatarisch-türkische Teil der Russischen Föderation.“
(Steinbach 1996: 286 f.)

Dieser neue Großraum war geprägt durch ethnische und sprachliche Verwandtschaft, nämlich durch das Türkische. Auch spielte die gemeinsame Geschichte, Kultur und Religion eine Rolle. In diesem riesigen, euroasiatischen Großraum ging es um nichts Elementareres, als dass ethnische oder religiöse Gruppen zu einer Identität fanden, sich zugleich aber politisch organisieren und wirtschaftlich entwickeln mussten. Die Suche nach einer eigenen Identität, verbunden mit der Neuzeichnung der politischen Landkarte setzte ein, noch bevor sich die Sowjetunion am Ende 1991 staatsrechtlich aus der Geschichte abmeldete. Ein neuer politischer und kultureller Großraum zwischen dem Bosphorus im Westen und dem Hindukusch im Osten zeigte seine erste Silhouette. Mit dem Entstehen der Staaten zwischen dem Aserbaidshans und Kirgisistan (die christlichen Staaten Georgien und Armenien nehmen eine Sonderstellung ein) war zugleich die Frage nach den Beziehungen dieser neuen Staaten aufgekommen. Die geographische Nachbarschaft, ethnische und sprachliche Verwandtschaft sowie religiöse und kulturelle Bindeglieder wurden bestimmende Züge (vgl. Steinbach 1996: 285 ff.).

Zuerst war die türkische Außenpolitik sehr überrascht von den neuen Ereignissen im Kaukasus und Zentralasien, aber auf Wunsch der türkischen Bevölkerung und mit der Unterstützung der USA reagierte die türkische Außenpolitik rasch auf die

weltpolitischen Veränderungen. So sah die türkische Politik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion neue Aussichten für eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Durchdringung der turkophonen Staaten mit insgesamt 50 Mio. Menschen und einer Fläche von über 3 Mio. Quadratkilometern. Man erhoffte sich neben einem großen Absatzmarkt auch den Transit von Erdöl und Erdgas von Ost nach West über die Türkei und das Schwarze Meer. Dies war besonders wichtig weil es in den neuen Turkstaaten gigantische Energiequellen gab (vgl. Plattner 1999: 97).

In türkischer Lesart bedeutete der Aufbruch der Turkvölker im Süden der ehemaligen Sowjetunion das Abschütteln eines über 140 Jahre währenden Kolonialismus; dieser setzte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein und wurde unter den Bolschewiken seit den beginnenden 1920er Jahren unter anderem Vorzeichen fortgesetzt. Ein Aufbruch in eine neue nationale Identität fand also nun statt. Die Türkei, der erste und einzige selbständige nationale Staat der turksprachigen Völker, sah sich in der Rolle diesen Selbsterkennungsprozess zu unterstützen (vgl. Steinbach 1996: 290 f.). Die Situation gab der Türkei eine andere, bedeutsame Führungsrolle in Zentralasien. Sie stellte sich sowohl als Stabilitätsfaktor, als auch als politisches und wirtschaftliches Modell für diese Region in den Vordergrund (vgl. Ramoğlu 1994: 161). Die neuen Turkrepubliken nahmen die Türkei als ihren Sachverwalter wahr, was die Türkei ebenso betrachtete (vgl. Bozkurt 1995: 175). Die Verpflichtung der Türkei lag grundsätzlich in den ethnischen, kulturellen, geschichtlichen, sprachlichen und religiösen Gemeinsamkeiten mit den Turkvölkern Zentralasiens begründet (vgl. Steinbach 1996: 291).

All das hatte in der Türkei eine spannende und eilige Erwartung hervorgebracht, so dass geglaubt wurde, dass „das Jahrhundert der Türken“ gekommen sei. Der türkische Ministerpräsident Süleyman Demirel deklarierte sogar, dass die Türkei der Führer eines neuen türkischen Kosmos vom Adriatischen Meer bis zur Chinesischen Grenze sein werde. Nur sollte auch betont werden, dass die türkische Asienpolitik nicht unabhängig von den USA und der NATO Strategie entwickelt und gelaufen ist. Im Gegenteil hat die USA, in enger Zusammenarbeit mit der NATO und sogar mit Israel, versucht Asien neu zu gestalten (vgl. Gözen 2010: 26). Daher konnte sich die Türkei für ihre aktive Politik

im Kaukasus und in Zentralasien der Unterstützung durch die USA sicher sein, denn die Interessen der USA und der Türkei stimmten überein, das gemeinsame Feindbild, die UdSSR, war untergegangen. Jetzt sollte sich die USA mit der Unterstützung der Türkei in Zentralasien etablieren und auch umgekehrt die Türkei mit der Unterstützung der USA eine wichtige Rolle in Zentralasien spielen. Die türkische Präsenz bezweckte dem iranischen Einfluss entgegenzuwirken. Diese Brückenfunktion der Türkei, die in Teheran als Instrumentalisierung des pantürkischen Traumes eines „Groß-Turkestan“ gegen die islamische Revolution zurückgewiesen wird, wurde nach 1991 zu einer Strategie in der amerikanischen Türkeipolitik (vgl. Steinbach 1996: 292). So bekam die Türkei eine unverzichtbare Rolle in Turkestan bei der Durchsetzung des Laizismus bzw. bei der Verhinderung der Ausbreitung des Fundamentalismus und der Islamisierung (vgl. Bozkurt 1995: 175 f.).

Allerdings gab es auch Sorgen auf westlicher Seite. Die Entwicklung der Länder des Kaukasus und Zentralasiens war eine große Herausforderung für die Welt. Bei diesem Prozess hatte die Türkei, die Möglichkeit eine Schlüsselrolle zu spielen (vgl. Gavanaugh 1997: 123). Auch Russland war davon besorgt. Der Russe Utkin (1997: 39) sagte dazu: *“So hat die Türkei mit den jungen Staaten Zentralasiens und den Kaukasus ganz überraschend fünf neue 'Brüder' bekommen, während wir 25 Millionen Russen an diese neuen Nachbarstaaten verloren haben.”*

Die Türkei hatte noch vor den USA und den EG-Staaten am 9. Oktober 1991 Aserbaidshan und am 16. Dezember 1991 die mittelasiatischen Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), sowie die übrigen aus dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen neuen Turkrepubliken anerkannt und in kurzer Zeit in allen Nachfolgestaaten türkische Botschaften eingerichtet (vgl. Bozkurt 1995: 186). Eine fortschrittliche Besuchsdiplomatie setzte ein. Staatspräsident Turgut Özal, Ministerpräsident Süleyman Demirel und der Außenminister Hikmet Çetin besuchten im Verlauf der Jahre 1992 und 1993 alle Turkrepubliken und stießen dort auf großes Entgegenkommen. Der kirgisische Staatschef Askar Akajev fasste die Erwartungen in poetische Worte: *„Die Türkei ist der Morgenstern, der den türkischen Republiken den Weg weist.“* (zit. n. Moser, Weithmann 2002: 245)

Tatsächlich waren Aserbaidshan, Kirgisistan, Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan in erster Linie aufgrund der ethnisch-kulturellen Verwandtschaft und der Vermittlerposition zum Westen an der Türkei interessiert. Mit ihrer aktiven Rolle bei der Aufnahme dieser Staaten in den Europarat verbuchten Özal und Demirel ihren ersten Erfolg. Im Gefolge einer neuen großen Staatsvisite Demirels im Mai 1992 besuchten türkische Geschäftsleute, Ingenieure, Wirtschafts- und Ölexperten die Region. Fluglinien wurden eingerichtet, technische Hilfen angeboten und 12.000 Stipendiaten zum Studium in die Türkei eingeladen (vgl. Moser, Weithmann 2002: 246). Außerdem hatte die Türkei mit den turksprachigen GUS-Staaten Kreditverträge über 1,2 Mrd. US-Dollar abgeschlossen, die den Investitionen und Importen aus der Türkei dienen sollten. Von besonderer politischer Bedeutung aber war der Grundsatzbeschluss der turksprachigen GUS-Staaten und der Türkei darüber, dass sie mindestens einmal im Jahr regelmäßige Konsultationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs über gemeinsame regionale und internationale Fragen abhalten wollten. Erste Konsultationen fanden am 30./ 31. Oktober 1992 in Ankara statt und weitere folgten (vgl. Bozkurt 1995: 192).

Ankara war bemüht, die Turkstaaten beim Übergang von der sozialistischen Wirtschaft in die Marktwirtschaft zu unterstützen (vgl. Steinbach 1996: 291). Im Bereich Wirtschaft und Politik hatte West-Turkestan einen besonderen Stellenwert in Eurasien. Diese Staaten zogen die Aufmerksamkeit der umliegenden Staaten und anderer Mächte auf sich, da sie wichtige Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas, Gold und Uran besaßen (vgl. Bozkurt 1995: 189 f.).

Die Türkei beabsichtigte auch den kulturellen Wandel der Turkrepubliken zu unterstützen und zu lenken. Dabei ging es der Türkei in erster Linie um die Verbreitung der türkischen Sprache und des lateinischen Alphabets. Das lateinische Alphabet sollte die Verbreitung von turksprachigem Lehrmaterial, die Lieferung von Schreibmaschinen mit lateinischen Buchstaben, die Ausbildung von Studenten aus den Republiken an türkischen Universitäten und die Ausbildung von Lehrern erleichtern. Nachdem sich die Turkstaaten endgültig für die lateinische Schriftart (anstatt der kyrillischen und gegen die arabische) entschieden hatten, strömte türkisches Lehr- und Schulmaterial in die

Turkrepubliken. Unterstützt wurde dieser kulturelle Export auch durch das Satellitenprogramm „Eurasia“ vom staatlichen türkischen Fernsehen TRT (Türkiye Radyo Televizyon Kurumu), das in einem lockeren Unterhaltungs- und Informationsprogramm die moderne türkische Sprache und das idealisierte Bild einer europäisierten türkischen Lebensart verbreiten sollte (vgl. Moser, Weithmann 2002: 247).

Darüber hinaus versuchte Ankara, neben den Turkrepubliken auch seine guten Kontakte zu Moskau unter der Führung von Boris Jelzin nicht zu verlieren. Der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel in Russland zeigte, dass Moskau und Ankara gegenseitig sehr bemüht waren, weiterhin freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Ankara und Moskau schlossen im Mai 1992 sogar einen Freundschaftsvertrag, der ein neues Kapitel in der Geschichte Russlands und der Türkei öffnen sollte (vgl. Ramoğlu 1994: 161 f.). Die Türkei beanspruchte de facto die Rolle als Ordnungsfaktor für die Krisengebiete des Kaukasus und Zentralasien.

Dabei spielte Aserbaidshan eine besondere Rolle. *“Das Land befindet sich an einem geopolitischen Angelpunkt; wer ihn beherrscht, hat Zugang zu den zentralasiatischen Staaten und ihren ungeheuren Energiequellen und kann im kaspischen Raum entscheidend mitbestimmen.”* (Plattner 1999: 126) Die türkischen Interessen lagen weiter in der Erschließung des ökonomischen Potentials von Aserbaidshan, vornehmlich der Ölreserven, in der Schaffung einer Landbrücke nach Zentralasien und im Ausbau des Kaukasus zu einem Sicherheitsgürtel, zumal der Ausbruch von politisch und ethnisch bedingten Feindseligkeiten nach dem Wegfall der UdSSR quasi vorprogrammiert schien (vgl. Moser, Weithmann 2002: 241). Das beste Beispiel dafür war Bergkarabach in der Mitte von Aserbaidshan. Um Bergkarabach kämpften Armenien und Aserbaidshan jahrelang gegeneinander (vgl. Bozkurt 1995: 187 f.). Als 1991/92 ein regelrechter Krieg ausbrach erregte das die Aufmerksamkeit der türkischen Öffentlichkeit, denn die muslimischen Azeri sind turkstämmig.

Als Russland nach der Unabhängigkeit Aserbaidshans im Jahre 1991 immer offener die Partei Armeniens im Konflikt mit Aserbaidshan um die armenische Enklave Bergkarabach ergriff und zu dessen Schutzmacht wurde, rückte die Türkei näher an die

Seite des Aserbajdschans, der sich zunächst weigerte, der GUS beizutreten. Mit der Machtübernahme durch die Volksfront in Baku im Mai 1992 schien Aserbajdschan eindeutig in die türkische Einflussosphäre gefallen zu sein. Offen steuerte der damalige Präsident Ebülfeyz Elçibey einen einseitig protürkischen, gleichzeitig antiiranischen und antirussischen Kurs an. Im Kampf gegen Armenien waren zuerst die Azeris im Vorteil. Mit der gewaltsamen Ablösung Elçibey im Sommer 1993, bei dem hinter den Kulissen Russland mitwirkte, wurde eine allzu enge Annäherung Aserbajdschans an die Türkei zunächst gestoppt. Später erreichten die Armenier bis 1994 ihre Ziele. Dass Russland aufgrund des türkischen Einflusses in Aserbajdschan nicht stillhalten würde, liegt mit Blick auf die besondere geopolitische Lage des Landes an der Nahtstelle zwischen der Türkei und Zentralasien, sowie als Durchgangsland zum Persischen Golf auf der Hand. Außerdem hatte Russland wirtschaftliche Interesse: die russisch-türkische Rivalität um die Frage, auf wessen Gebiet die Ölpipelines verlaufen sollten, schuf ein weiteres Spannungsfeld (vgl. Steinbach 1996: 296 f.).

3.5.2. Die innertürkischen Ursachen für das Misslingen der Führungsrolle der Türkei

Trotz der politischen militärischen, kulturellen, wirtschaftlichen und handelsbezüglichen Bestrebungen konnte die Türkei nicht den erwarteten Einfluss über die Turkrepubliken erreichen (vgl. Ayata 2010: 642). Die laut betonte pantürkische Vision konnte wegen einer Reihe von Ursachen nicht erfolgreich werden (vgl. Fuller 2011: 246). So blieben die türkischen Beziehungen mit allen Turkrepubliken ab 1996 ohne Ausnahme eine große Enttäuschung (vgl. Fuller 2011: 248).

Dies hatte viele Ursachen. Die Zahl der türkisch sprechenden Bevölkerung in West-Turkestan betrug über 50 Mio. Die beiden ethnisch homogensten Republiken waren Aserbajdschan und Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan waren dagegen heterogen. Während die Titularnation in Aserbajdschan 83% der Gesamtbevölkerung ausmachte, betrug diese in Kasachstan knapp über 40%. Daher konnte Zentralasien trotz des überwiegend gemeinsamen ethnischen, kulturellen und historischen Erbes nicht als eine regionale Einheit betrachtet werden (vgl. Bozkurt 1995: 187), zumal auf die russischen Interessen und den hohen russischen Bevölkerungsanteil in den Ländern

Rücksicht genommen werden musste (vgl. Steinbach 1996: 294).

Die sprachliche Einheit der turkstämmigen Völker war auch nicht so bedeutend wie erwartet. Einerseits legten die Sowjets größten Wert darauf, die Sprachgruppen in ihrem Herrschaftsbereich in kleinste Einheiten zu zersplittern um nur keinen Gedanken an eine Gemeinsamkeit aufkommen zu lassen. Andererseits hatte sich infolge verschiedener Sprachreformen in der Türkei das Türkische am meisten von den ursprünglichen Turksprachen Asiens entfernt. Trotz gemeinsamer Sprachwurzel könnten sich Türken aus der Türkei mit Kirgisen oder Kasachen keineswegs problemlos unterhalten (vgl. Moser, Weithmann 2002: 244).

Eine andere bedeutende Gemeinsamkeit der Turkvölker war der Islam, aber nach dem 70 Jahre dauernden sowjetisch-atheistischen Unterdrückungsapparat war die Religion in eine untergeordnete Position gerückt. Im öffentlichen Bereich der neuen Republiken hatte der Islam keinen besonderen Einfluss und spielte nur eine deklamatorische Rolle (vgl. Moser, Weithmann 2002: 244 f.). Außerdem lebten in den Turkrepubliken zwar Muslime, aber nicht alle waren Sunniten, es gab viele Schiiten, besonders in Aserbaidschan (vgl. Bozkurt 1995: 191).

Die Wirtschaft der turksprachigen GUS-Republiken, sowie vieler anderer Republiken der ehemaligen UdSSR war durch 70 Jahre sowjetische, zentralistische Planwirtschaft und die davor liegenden Jahrzehnte russischer Kolonialherrschaft geprägt. West-Turkestan wurde zwar zum Lieferanten von Bodenschätzen wie Gold, Kohle und Erdgas für die Sowjetunion, aber es fehlten die verarbeitende Industrie und die wirtschaftliche Kooperation mit den Nachbarländern (vgl. Bozkurt 1995: 189).

Den Kooperationsabkommen der Türkei mit den Turkrepubliken schlossen sich etwa 100 türkische Unternehmer an. Die wirtschaftliche und soziale Lage war jedoch schlimmer als erwartet. Was nutzten reiche Rohstoffreserven, wenn sie völlig mangelhaft erschlossen waren, in total veralteten Raffinerien aufgearbeitet wurden und der größte Teil der unter miserablen Bedingungen geförderten Öl- und Gasmengen auf dem Transport verloren ging? Die kommerzielle Ausbeutung der riesigen Erdölschichten, Gasblasen und Minerallagerstätten unter dem Kaspischen Meer und

dem Turan-Becken erforderte zunächst hohes Kapital und technisches Wissen. Auch die Baumwollfelder waren auf Grund des hohen Pestizid- und Kunstdüngereinsatzes weitgehend verwüstet. Die 70-jährige sowjetische Herrschaft hatte schwerste ökologische Schäden und eine Bevölkerung unter der Armutsgrenze hinterlassen, so ergab sich für Konsumgüter aus der Türkei kein leichter Absatzmarkt (vgl. Moser, Weithmann 2002: 246).

Die Türkei war auch weit davon entfernt eine ausreichende Wirtschaftskraft zu haben, um sich die Förderung und Finanzierung eines Aufschwunges der Turkrepubliken zu leisten (vgl. Fuller 2011: 246). So war die unzureichende Wirtschaftskraft der Türkei eines der größten Handikaps des Landes für eine Führungsrolle in Zentralasien und im Kaukasus, womit ohne westliche Kapitalhilfe und Investitionsgüter die Regierung in Ankara ihre Modellrolle nur ungenügend wahrnehmen konnte (vgl. Ramoğlu 1994: 61).

Außerdem war die Ökonomie der Turkrepubliken immer noch in die Wirtschaftsstrukturen der Russischen Föderation eingebunden und Russland versuchte, mit der Etablierung einer Rubelzone in den GUS-Staaten die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Staaten neu zu beleben. Wenngleich Russland wirtschaftlich bankrott war, waren diese Länder auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der ehemaligen Sowjetunion dennoch strengstens angewiesen (vgl. Bozkurt 1995: 187–190). Der Rat Süleyman Demirels an die Turkstaaten, die Rubel-Zone zu verlassen, stieß deswegen auf taube Ohren (vgl. Moser, Weithmann 2002: 246).

Darüber hinaus aber waren die Staaten Zentralasiens eindeutig darauf bedacht, nicht von der Türkei politisch oder wirtschaftlich ins Schlepptau genommen zu werden (vgl. Steinbach 1996: 293). Im politischen Sinne kam es auch zu keiner eindeutigen Übereinkunft. Auf dem Gipfeltreffen aller Turkstaaten, dem Turk-Gipfel im November 1992 wurde von türkischer Seite noch einmal die Vision einer Freihandelszone mit enger Zusammenarbeit bei Projekten zur Ausbeutung und dem Transport von Öl und Gas beschworen, aber im Endeffekt blieb es bei sehr allgemein gehaltenen, eher symbolischen Erklärungen (vgl. Moser, Weithmann 2002: 247 f.). Vor allem der kasachische Präsident Nursultan Nasarbayew wollte weder politische Aussagen zu Bosnien-Herzegowina, zum armenisch-aserbaidchanischen Konflikt oder zu Zypern

äußern, noch Vereinbarungen unterschreiben, die sich allein auf die türkische Welt beziehen würden. Auch die anderen erdölproduzierenden Länder Zentralasiens wollten keine politisch oder ökonomisch verpflichtenden Bindungen eingehen, sondern sich alle Optionen offenhalten. Neben Nasarbayew schloss auch der usbekische Präsident Islam Karimow eine zukünftige politische und ökonomische Union der türkischen Welt zwar nicht grundsätzlich aus, wandte sich aber zum damaligen Zeitpunkt gegen alle supranationalen, politischen Einrichtungen im Rahmen einer ethnisch-kulturell definierten Gruppierung, besonders wenn diese mit der Mitgliedschaft zur GUS nicht in Einklang stehen würde. Und besonders nach dem unerwarteten und frühen Tod des türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal (1927–1993), der eine Antriebskraft in diesen Angelegenheiten war, hatte die türkische Außenpolitik an Kraft verloren. So blieb das Ergebnis des dritten Turk-Gipfels zwei Jahre nach dem Tod von Özal in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek freilich blass (vgl. Steinbach 1996: 294 f.).

3.5.3. Die äußeren Faktoren des Scheiterns der türkischen Führungsrolle

Die weitreichenden Visionen und Planungen einer regionalen Vernetzung zwischen der Türkei und der chinesischen Grenze seit Beginn der 90er Jahre hatten auch andere Schwachpunkte (vgl. Steinbach 1996: 293). Moskau war während der Wendejahre 1989 bis 1991 nur für einen kurzen Augenblick aus der Weltgeschichte verschwunden. Verhältnismäßig rasch hatte sich die Militärmacht wieder erholt und eroberte ihre Positionen zurück, und zwar mit Machtdemonstrationen, Blockaden und direktem Waffeneinsatz. So trat die von Moskau dominierte GUS unvermindert in die Fußstapfen der untergegangenen Sowjetunion, wie dieses in die Fußstapfen des Zarenreiches getreten war (vgl. Moser, Weithmann 2002: 240).

Um das Territorium der ehemaligen Sowjetrepubliken zu beanspruchen, argumentierte Moskau auf der Grundlage seiner neuen Doktrin, im Bereich des „nahen Auslands“ privilegierte Interessen zu besitzen und eine besondere politische Rolle zu spielen. Daher hatte Moskau die amerikanische Strategie einer türkisch-amerikanischen Kooperation zur Einflussnahme in Zentralasien, die vor allem auch gegen den Einfluss Irans gerichtet und in der Aserbaidshan der Hauptpart zugeordnet war, unverhohlen

herausgefordert. Unübersehbar fiel Zentralasien nach einer kurzen Zeit der Hoffnung auf größere Selbständigkeit wieder in die Realität der russischen Einflussosphäre zurück. Ein weiteres Hindernis stellten die Überlebenden der alten Nomenklatur dar, die nahezu überall in Zentralasien noch an der Macht, oder zumindest in einflussreichen Positionen saßen und sich die politische Unterstützung Russlands sichern wollten (vgl. Steinbach 1996: 297 ff.). Russland förderte die Zusammenarbeit mit der alten kommunistischen Herrschaftselite im Kaukasus und in Zentralasien und versuchte, in diesen GUS-Republiken seinen Einfluss beizubehalten (vgl. Bozkurt 1995: 188). Von der angestrebten Schutzmachtfunktion der Türkei für die muslimischen Kaukasusvölker war angesichts der russischen Feuerwalze offiziell nur noch wenig zu hören. Im Gegenteil sah sich Ankara sogar genötigt, diplomatisch nachzugeben, und die Realität des wiederhergestellten russischen Einflussraumes in der Region anzuerkennen (vgl. Moser, Weithmann 2002: 243 f.).

Weiter konkurrierte die Türkei in der Region mit Saudi-Arabien, dem Iran, China und Pakistan. Der Iran versuchte mit großzügigen Spenden, darunter Stipendien für islamische Studenten, die Revolution Ayatollah Khomeinis in die Turkstaaten zu exportieren. Auch warb er für den Wechsel vom kyrillischen zum arabischen Alphabet, mietete Buchläden und spendete Geld für Moscheen. Saudi-Arabien zog mit Koran-Lieferungen, Pakistan mit außenpolitischer und China mit wirtschaftlicher Beratung nach (vgl. Bozkurt 1995: 190).

Die amerikanische Haltung änderte sich ebenfalls relativ schnell:

„Bei der anfänglichen Zusicherung, der Türkei in ihrer neuen Rolle als Regionalmacht unter die Arme zu greifen, war in erster Linie das Pentagon, das US-Verteidigungsministerium, federführend. Nicht zuletzt Aufforderungen aus diesem Bereich spornten Ankara zu immer weiteren Versprechungen und Verträgen mit den Turkstaaten an. [...] Doch als sich die fundamentalistisch-iranische Gefahr für diese Region als nicht so gravierend herausstellte, schien Washington das Interesse zu verlieren und legte die Finanzhilfen auf Eis. Im US-Außenministerium, wo man von

vornherein erheblich vorsichtiger geurteilt hatte, näherte man sich sodann der europäischen Haltung an, erneut Russland in das zentralasiatische Machtvakuum vorstoßen zu lassen.“ (Moser, Weithmann 2002: 250)

Nur in der Frage des Erdöltransports erfolgte eine Art Übereinkunft zwischen der Türkei und den USA: Auf Druck der Amerikaner und internationaler Ölmultis einigte man sich im Oktober 1995 auf zwei Wege für das Erdöl. Erstens die russisch kontrollierte Ölpipeline über Tschetschenien nach Noworossijsk, zweitens eine Leitung durch Georgien an einen türkischen Schwarzmeerhafen, ergänzt durch die anatolische Überlandleitung von Georgien bis Ceyhan am Mittelmeer, was auch in den folgenden Jahren realisiert wurde. So unterstützte Washington nur die von Ankara projektierten Öl- und Gasleitungen vom Kaspischen Meer über türkisches Gebiet zum Mittelmeerhafen und das nur um den russischen Griff ums schwarze Gold zu lockern (vgl. Moser, Weithmann 2002: 247–250). Das war die einzige Unterstützung der USA nach den Änderungen der Kaukasus- und Zentralasien-Politik, gegen Mitte der 90er Jahren.

Wie verhielten sich die EU und Deutschland angesichts der spannenden Entwicklung im Kaukasus und in Zentralasien? Die EU und die europäischen NATO-Staaten hielten sich erstaunlich bedeckt:

„Zwar wies man in zahlreichen Expertisen und in Pressekommentaren immer wieder auf den grundsätzlichen Wert des türkischen Engagements hin, besonders auf deren Vorbildfunktion eines laizistischen, nach Europa ausgerichteten Staates inmitten einer islamischen Umwelt. Doch andererseits stieß Ankara beim Ersuchen um die dazu notwendigen Finanzhilfen regelmäßig auf verschlossene Türen der EU. [...] Der Grund liegt darin, dass gerade zum selben Zeitpunkt Milliarden Ecu an Zuschüssen, Beihilfen und Krediten aus der EU und aus der Bundesrepublik an Moskau flossen. Nicht zuletzt mit dieser westlichen Finanzhilfe wurde Russland in die Lage versetzt, erneut seine Machtsphäre über den Kaukasus und Zentralasien auszudehnen.[...] Dem politischen Beobachter drängt sich

deshalb die These auf, dass dem westlichen Kalkül die russische Ordnungsmacht über diese unruhigen Gebiete erheblich näher liegt als eine wackelige türkische oder gar eine islamistisch geprägte iranische Hegemonie.“ (Moser, Weithmann 2002: 249 f.)

So sind zwischen der Türkei und Deutschland nach dem Kalten Krieg unterschiedliche Wahrnehmungen der Region entstanden. Als Beispiel kann man die unterschiedliche Betrachtung für den Weg der natürlichen Energieressourcen von Zentralasien nennen. Die Türkei sah seine strategischen Vorteile bei dem Transport der Energieressourcen von Süden von dem Schwarzen Meer und über Anatolien. Deutschland hingegen näherte sich den Russischen Überlegungen, nach denen die Energieressourcen vom Norden des Schwarzen Meeres oder über die Donau nach Europa transportiert werden sollte, was eine weitere strategische Uneinigkeit in den Beziehungen bildete (vgl. Davutoğlu 2000: 197).

Grundsätzlich aber waren Deutschland und die EU beunruhigt über ein mögliches Abdriften der Türkei in Richtung Asien. Deutschland, dessen Interessen sich auf dem Balkan, im Mittleren Osten und in Zentralasien mit denen der Türkei berührten (vgl. Steinbach 1996: 10 f.), fürchtete die Ausbreitung und Verwirklichung einer pantürkischen oder panislamischen Politik in Asien.

3.6. Die türkische Führungsposition in der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion

3.6.1. Schwarzmeer-Wirtschaftsregion: Eine glänzende türkische Idee ohne Grundlagen

Nach der faktischen Ablehnung ihres Antrages auf die EU-Vollmitgliedschaft im Jahre 1990 suchte die Türkei nach Alternativen. Die Idee der Gründung der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (englisch: Black Sea Economic Cooperation, BSEC) wurde Ende 1990 vom türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal entworfen (vgl. Bozkurt 1995: 194). Özal hatte richtig erkannt, dass sich nach dem Zusammenbruch des

Ostblocks eine völlig neue Lage ergeben hatte, die für die Türkei wirtschaftliche Möglichkeiten mit sich bringen würde. Bis zur politischen Wende in den Staaten des Ostblocks war die Türkei der einzige Anrainerstaat mit einem demokratischen System. Die türkische Regierung hatte gesehen, dass die potentiellen Chancen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bedeutend waren und dass Mitgliedstaaten, wie Russland oder Aserbaidshan, für die Türkei vor allem im Bereich des Energiesektors wichtige Handelspartner werden könnten. Auch hoffte die Türkei als Nebenprodukt einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Art politische Führungsrolle in der Schwarzmeerregion zu spielen (vgl. Plattner 1999: 94).

Als die ehemaligen Ostblockstaaten Sowjetunion, Rumänien und Bulgarien aufgrund der ökonomischen Umformung großes Interesse an der Gründung einer Schwarzmeer-Wirtschaftsregion bekundeten, begann das Projekt realistische Züge anzunehmen. Schon im Dezember 1990 ergriff die türkische Regierung die Initiative, eine „Schwarzmeer-Kooperationszone“ zu gründen (vgl. Ramoğlu 1994: 62). Dieses Unterfangen wurde aber erst nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Folgestaaten realisierbar (N. Bekar 2011). Russland, die Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidshan beteiligten sich daran und am 3. Februar 1992 wurde die erste Vereinbarung über die Gründung einer Wirtschaftskooperation im Schwarzmeerraum von den Außenministern in Istanbul paraphiert (vgl. Bozkurt 1995: 195). Der geographische Radius war weit, auch Länder wie Griechenland, Albanien, Armenien und Moldawien, die keine Küste am Schwarzen Meer hatten, wurden einbezogen (vgl. Steinbach 1996: 292). Auch einige Balkan-Staaten waren interessiert. Bereits im Juni 1992 wurde unter Özals Vorsitz der Rat der Mitgliedsstaaten der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion mit Sitz in Istanbul zeremoniell eröffnet. Schließlich unterzeichneten am 25. Juni 1992 die elf Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, Ukraine und Türkei das Gründungsdokument (vgl. Bozkurt 1995: 195).

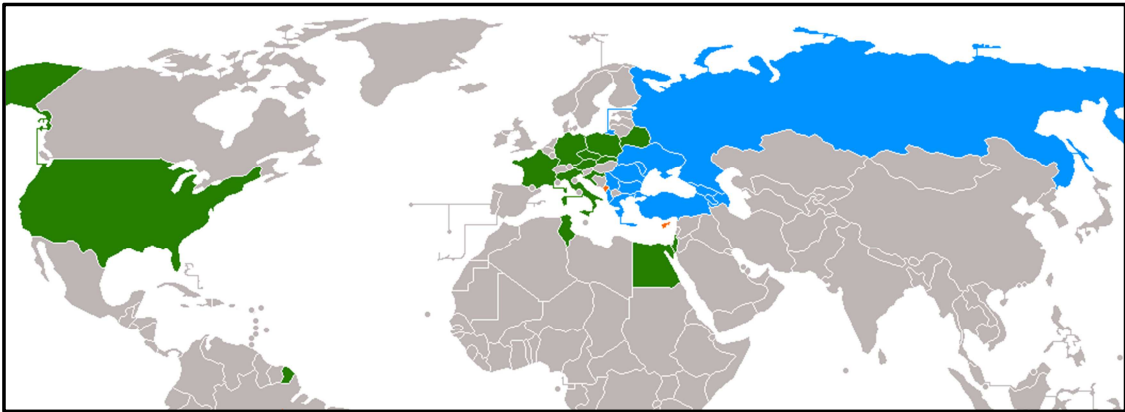


Abbildung 3.5. Die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion (blau) und Beobachter (grün)

(Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0c/BSEC_Map.png)

Die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion umfasste eine Fläche, die größer als das Territorium der EU war. In dieser Region lebten zu dieser Zeit rund 324 Mio. Menschen, was etwa der Bevölkerung der EWG/EG entsprach. Die bevölkerungsreichsten Staaten der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion waren Russland mit 148,8 Mio., die Türkei mit 56,5 Mio. und die Ukraine mit 52,5 Mio. Einwohnern (vgl. Bozkurt 1995: 198). In der sogenannten „Bosporus-Erklärung“ vom 25. Juni 1992 bekannten sich die Unterzeichner zur Achtung der Demokratie und Grundrechte. Da innerhalb der Mitgliedstaaten die Türkei nach Griechenland, welches ohnehin nur halbherziges Interesse zeigte, die ökonomisch und sozial am weitesten fortgeschrittene Gesellschaft darstellte, kam ihr die unbestrittene Führungsfunktion zu. Im Vergleich zu den durch die kommunistische Mangelwirtschaft pauperisierten Staaten des europäischen Ostens und Südostens repräsentierte die Türkische Republik ein leuchtendes Exempel der Modernisierung (vgl. Moser, Weithmann 2002: 239).

Auch in Russland war das Vorhaben Ankaras begrüßt worden, wie aus den Worten des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow beim Besuch des türkischen Präsidenten Özal am 12. März 1991 in Moskau hervorging:

„Die Wogen desselben Meeres rollen an unsere Küsten. Früher einmal hat es uns geteilt. Immer waren wir feindlich und führten Kriege. Aber jetzt können wir vertrauensvoll behaupten, dass das Schwarze Meer ein Meer der Freundschaft und der guten Nachbarschaft wird. Auf Präsident Özals

Initiative, die wir freudig unterstützt haben, wird es eine Zone der Prosperität und der Kooperation für alle Küstenstaaten werden.“ (zit. n. Moser, Weithmann 2002: 239)

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Sowjetunion befand sich Russland an einem Scheidepunkt. Eine Integration in Richtung Europa war nicht möglich. Daher würde es auch Russland zugutekommen, an einer neuen, aber doch schon bekannten Wirtschaftsregion teilzunehmen. Die Türkei war zwar ein paar Schritte weiter vorne, aber dennoch stand Russland mit seiner großen Bevölkerungszahl und militärischen Kraft unumstritten als stärkste Macht in der Region da, dessen Einfluss nicht einmal ansatzweise in Frage gestellt werden konnte.

3.6.2. Eine Alternative zur EWG/EU?

In gewisser Weise war der Schwarzmeer-Kooperationsrat auch als türkischer Gegenentwurf zur EWG/EU gedacht. Nachdem die EWG/EG 1990 die Tore geschlossen hatte, war der Gedanke, eine eigene Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen, in der türkischen politischen Diskussion durchaus präsent. Ohne Zweifel wirkte auch die Aussicht anziehend, die erste Geige zu spielen, während man in der EU, nach Griechenland und Portugal, den letzten Platz zugewiesen bekommen hätte (vgl. Moser, Weithmann 2002: 238 f.). Sogar im Aufbau orientierte sich die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion weitgehend an der Struktur der EWG/EU. Das oberste Gremium der Organisation war die Konferenz der Außenminister, die regelmäßig und mindestens einmal im Jahr tagen sollte, wobei der Vorsitz turnusgemäß wechselte. Die Türkei präsidierte als erstes Land für sechs Monate, der Vorsitz wurde anschließend für weitere sechs Monate verlängert (vgl. Bozkurt 1995: 196).

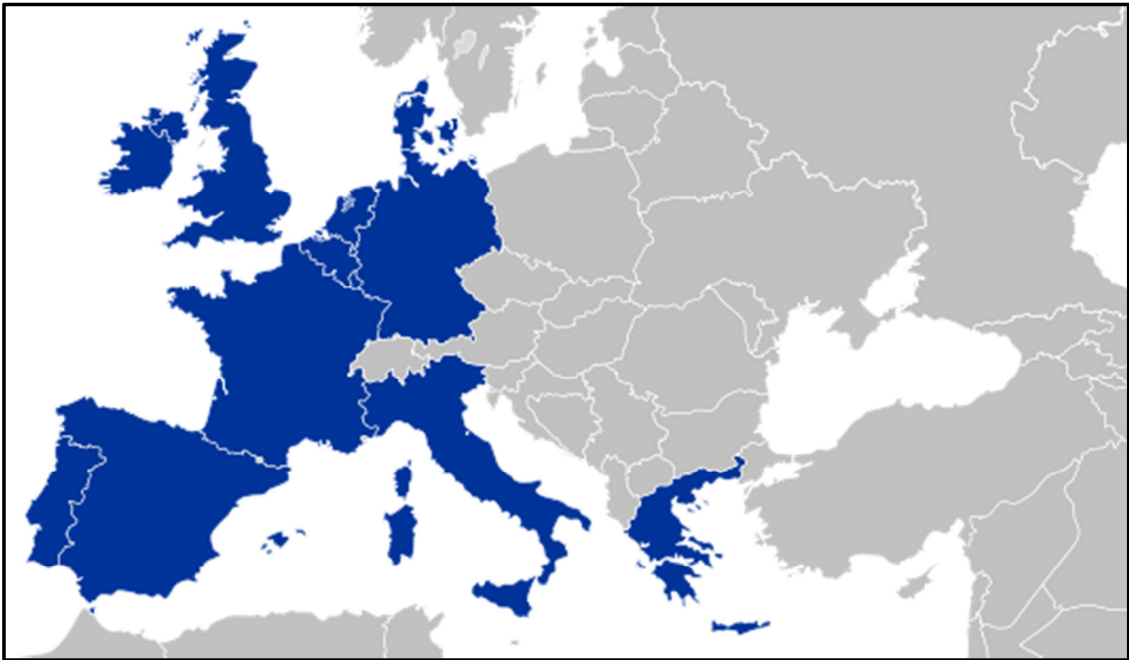


Abbildung 3.6. Die Europäische Union 1992-93

(Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c1/EU12-1992-93_European_Union_map.svg)

Die bi- und multilaterale Zusammenarbeit der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion sollte folgende Bereiche umfassen: Transport, Kommunikation, Informatik, Austausch wirtschaftlicher und kommerzieller Informationen und Statistiken, Standardisierung von Produkten, Erzbau und Rohmaterialverarbeitung, Energie, Landwirtschaft und Agrarindustrie, veterinärmedizinische Prophylaxe, Gesundheitswesen und Pharmazeutika, Wissenschaft, Technologie und Fremdenverkehr. Für den Aufbau der Kooperation sollten die Teilnehmerstaaten Beziehungen zur Geschäftswelt ausbauen. Sie sollten die individuellen und gemeinsamen Initiativen von Unternehmen fördern, und zwar hauptsächlich in der Erleichterung der Freizügigkeit von Personen und Unternehmen, Unterstützung von kleinen und mittelständischen Betrieben, Reduzierung oder stufenweise angestrebte Beseitigung der Hindernisse für die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Kapital, Schaffung günstiger Bedingungen für Investitionen, sowie die Gewährleistung deren Schutzes und Förderung der Zusammenarbeit in freien Wirtschaftszonen (vgl. Bozkurt 1995: 197).

Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation war zwar ökonomisch orientiert, hatte jedoch auch einen politischen Aspekt, nämlich die Gewährleistung des Friedens in der Region. Ein wichtiges Ziel der Kooperation war, das Schwarze Meer durch Entfaltung wirtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen zum Meer des Friedens, der Stabilität und der Prosperität zu verwandeln. Die Schwarzmeer-Wirtschaftszone sollte sich nicht nur auf den Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen untereinander konzentrieren, sondern auch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und internationalen Organisationen, insbesondere mit der EWG/EG, vorantreiben. Dadurch wollte man die rasche Integration der Mitgliedsstaaten in die Weltwirtschaft erreichen (vgl. Bozkurt 1995: 197). Hierbei sollten besonders die Türkei und Griechenland mit ihrem Erfahrungsschatz die ehemaligen Ostblockstaaten beim Übergang zur freien Marktwirtschaft unterstützen.

Bei ihrer Sitzung vom 10. Dezember 1992 vereinbarten die Vize- und Außenminister weitere Schritte: Die Schriftsprache der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion sollte englisch und die Arbeitssprachen russisch und englisch sein. Die Bedingungen für Mitglieder und Beobachter wurden festgelegt und Polen bekam den Status eines Beobachters zugesprochen. In Istanbul wurde ein Sekretariat für die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion eingerichtet, die nach dem Muster der EG-Kommission arbeiten sollte. Sieben Bereiche waren von Interesse, darunter besonders Investitionen, Tourismus, Technologietransfer und Umweltschutz. Beim türkischen statistischen Amt sollte eine neue Abteilung für die Statistiken der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion eingerichtet werden. Die Gründung einer Schwarzmeer-Bank für den Außenhandel und Investitionen war auch geplant (vgl. Bozkurt 1995: 196 f.).

Der Status der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion

Im Laufe der Zeit wurde deutlich, dass die Länder der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion untereinander nicht auf Vertrauensbasis kooperierten, die wirtschaftlichen und politischen Strukturen waren zu unterschiedlich. Ein großer Unsicherheitsfaktor stellte auch die Orientierung an drei verschiedenen Kulturkreisen dar: Islam (Türkei, Aserbaidshan, z.T. Albanien), orientalisches Christentum (Georgien, Armenien) und byzantinische Orthodoxie (Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Moldawien, Ukraine

und Russland) (vgl. Moser, Weithmann 2002: 239 f.). Der Raum um die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation war eine Zone voll politischer und ethnischer Spannungen. Die Kaukasusstaaten Georgien und Aserbeidschan standen unter dem Expansionsdruck Russlands. Zwischen Russland und der Ukraine bestanden Spannungen, und die Türkei sah die Militärbasen in Georgien und Armenien mit großer Besorgnis. Zwischen Aserbeidschan und Armenien bestand der ungelöste Berg-Karabach-Konflikt. Die Republik Moldawien verdächtigte Russland der Unterstützung der separatistischen Bewegung in Transnistrien und drängte auf den völligen Abzug der russischen Truppen aus dem Land. Außerdem überschattete der türkisch-griechische Konflikt die Schwarzmeerkzusammenarbeit (vgl. Plattner 1999: 96). Darüber hinaus stand die Mitgliedschaft Russlands im Schwarzmeer-Kooperationsrat für politische Risiken besonders für die Türkei. Wirtschaftlich zeigte sich die neue russische Präsidentialrepublik unter Boris Jelzin zwar an der Türkei interessiert, militärisch aber spielte sich Russland nach wie vor als Supermacht mit globalen Ansprüchen auf (vgl. Moser, Weithmann 2002: 239 f.).

Wichtig war des Weiteren, dass in diesem Gebilde weder die türkische noch die griechische Wirtschaft leistungsfähig genug waren, um als Entwicklungsmotor dienen zu können. Daher war eine Kooperation zwischen der Schwarzmeer-Wirtschaftsregion und der EWG/EG/EU notwendig (vgl. Bozkurt 1995: 202). Deutschland und die EU zeigten kein Interesse eine Wirtschaftsregion politisch oder sogar finanziell zu unterstützen, die als alternative Organisation zur Konkurrenz werden könnte⁶. Hier waren die strategischen Interessen zwischen Deutschland und der Türkei im euroasiatischen Raum gegensätzlich. Deutschland, die zentrale Macht Europas, beabsichtigte eine unumstrittene wirtschaftliche Führungsrolle in Osteuropa, im Balkan und in Russland, was sich aber mit den Interessen der Türkei kreuzte, die ebenfalls nach einer wirtschaftlichen Führungsrolle im Schwarzmeerraum strebte (vgl. Davutoğlu 2000: 197).

⁶ Die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion existiert heute noch, aber große Fortschritte wurden nicht erzielt.

3.7. Die Türkei und Deutschland im Balkankrieg

3.7.1. Das Ende des Friedens und die deutsche Rolle

Beinahe zeitgleich mit dem Golfkrieg entstand ein zweiter Konfliktherd, der die deutsche und türkische Außenpolitik ebenfalls vor neue Probleme stellte, nämlich der Bürgerkrieg in Jugoslawien (vgl. Görtemaker 2009: 71). Der großserbische Nationalismus war während der Diktatur Titos in den Untergrund gedrängt worden und brach nach dessen Tod am 4. Mai 1980 wieder hervor und der im 19. Jahrhundert in der europäischen Presse verbreitete Begriff vom „Pulverfass Balkan“ kehrte im 20. Jahrhundert wieder in die Schlagzeilen zurück. In Jugoslawien selbst und in den Jugoslawischen Landesteilen Kroatien und Bosnien machte sich besonders unter den Serben ab 1989 ein nationalreligiöser Fanatismus breit, der sich gegen die katholischen Kroaten, besonders gehässig aber gegen die Muslime in Bosnien richtete (vgl. Moser, Weithmann 2002: 252).

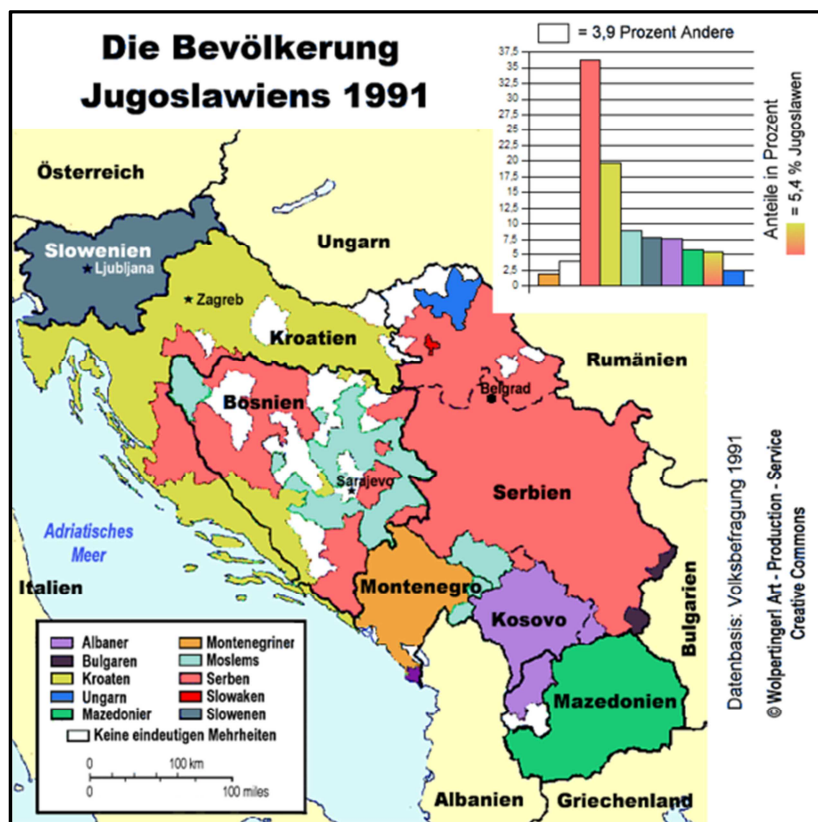


Abbildung 3.7. Jugoslawien 1991

(Quelle: <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/fb/Bevoelkerungsgruppen-Jugoslawien.png>)

Das Präsidium der Republik, das nach dem Tod Titos die Regierungsgeschäfte übernahm und sich aus je einem Vertreter der sechs Teilrepubliken und der zwei autonomen serbischen Provinzen Kosovo und Wojwodina zusammensetzte, verfügte nicht über die verbindlichen Fähigkeiten des verstorbenen Staatsoberhauptes. So zeichnete sich mit den Unabhängigkeitsbestrebungen die Spaltung Jugoslawiens ab. Als am 25. Juni 1991 die Parlamente von Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit ihrer Republiken verkündeten, wurde die Jugoslawische Volksarmee (JVA) angewiesen die slowenischen Grenzen zu sichern. Damit begann ein Krieg zwischen der JVA und der slowenischen Territorialverteidigung, der aber schon nach zehn Tagen durch eine europäische Vermittlungsinitiative beendet wurde. Gleichzeitig kam es allerdings in Kroatien zu blutigen Kämpfen. Anders als in Slowenien, wo es keine nennenswerte serbische Minderheit gab und es dem Präsidenten von Serbien, Slobodan Milošević, dementsprechend leicht viel, der Unabhängigkeit zuzustimmen, verlief der Krieg in Kroatien sehr blutig (vgl. Görtemaker 2009: 71 ff.).

Noch am 23. Juni 1991, zwei Tage vor der Abspaltung Sloweniens und Kroatiens, hatte die EG unmissverständlich festgestellt, dass sie einseitige Unabhängigkeitserklärungen jugoslawischer Teilrepubliken nicht anerkennen werde, und hatte nach Beginn der Kampfhandlungen beide Staaten danach ersucht, ihre Erklärungen für drei Monate auszusetzen. Inzwischen aber setzten die Serben ihre Ziele ungeachtet aller diplomatischen Bemühungen um und führten den Krieg so lange fort bis sie die Eroberung der beanspruchten Siedlungen in Kroatien und die Vertreibung der dortigen nicht-serbischen Bevölkerung erreicht hatten. Erst danach stimmte Milošević einem Waffenstillstand zu, der am 2. Januar 1992 unterzeichnet wurde und die Entsendung einer UN-Schutztruppe in die Umstrittenen Gebiete vorsah. Danach aber wandte sich die Jugoslawische Volksarmee dem nächsten Kriegsschauplatz in Bosnien zu (vgl. Görtemaker 2009: 73 f.).

Vor dem Hintergrund der serbischen Offensive sprach Bundesaußenminister Genscher am 7. Juli 1991 – also noch vor Beginn der Kämpfe in Kroatien – trotz der EG erstmals von einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Er kündigte sogar am 6. August 1991 offen an, dass er der EG vorschlagen werde die Anerkennung zu prüfen, wenn

Serbien die Friedensverhandlungen verweigern sollte. Bemerkenswert war auch das andere deutsche Politiker, wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, sein Fraktionskollege Karsten Voigt und sogar der SPD-Vorsitzende Björn Engholm, sich ebenfalls für eine Anerkennung aussprachen (vgl. Görtemaker 2009: 74).

Unter den eiligen Anerkennungsbestrebungen für Slowenien und Kroatien lag ein anderes strategisches Kalkül Deutschlands. Zuerst bildet die geographische Lage Deutschlands zwischen West- und Osteuropa von Norden nach Süden einen breiten und langen Korridor. Wenn die Schweiz, Lichtenstein und besonders Österreich noch beigefügt werden bildet das germanische Europa ein Korridor zwischen West- und Ost Europa. Dieser germanische Korridor hat über Italien und Jugoslawien einen Zugang zum Adriatischen Meer bzw. zum Mittelmeer. Das kann man am leichtesten mit den adriatischen Küsten von Slowenien und Kroatien realisieren (vgl. Yasar 2000: 62).

Nach dem Tod von Tito rechnete Deutschland mit der Möglichkeit des Zerfalls von Jugoslawien. Ab den 80er Jahren hatte sich Deutschland darauf vorbereitet und besonders die kroatischen und slowenischen Asylanten organisiert. Nachdem die Sowjetunion zerfallen war, hatte auch der Zerfallsprozess in Jugoslawien begonnen (vgl. Çulcu 1993: 177).

Wegen dem Unterschied zwischen seinen Absichten und seinen Begründungen erwies sich die deutsche Haltung als widersprüchlich. Einerseits regte die Bundesregierung die Einberufung einer internationalen Jugoslawien-Konferenz an, die schließlich unter Vorsitz des ehemaligen britischen Außenministers Lord Carrington am 7. September 1991 in Den Haag ihre Arbeit aufnahm, aber andererseits verließ Genscher den Boden der zwischen den Mitgliedern der EG vereinbarten Position, als er dem jugoslawischen Botschafter am 24. August 1991 offen mit der einseitigen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens drohte, wenn die Gewaltanwendung weitergehen sollte. Als danach die Haager Verhandlungen schleppend verliefen, sprach Genscher am 14. September vor der Presse von einem "Automatismus der Anerkennung" sobald die Konferenz scheitern sollte (vgl. Görtemaker 2009: 74 f.)

In den USA und Großbritannien fand der deutsche Außenminister wenig Verständnis.

Man könne nicht Tudjman (den kroatischen Präsidenten) anerkennen und danach Druck auf Milošević ausüben erklärte ein hoher Beamter des britischen Außenministeriums. Ähnlich äußerten sich die Jugoslawien-Unterhändler Cyrus Vance und Lord Carrington, wie kann man auf Tudjman noch Druck ausüben, nachdem man ihm seinen Lieblingswunsch erfüllt hat? Ebenfalls dieser Auffassung war der von US Präsident Bill Clinton eingesetzte amerikanische Sondergesandte für Jugoslawien, Richard Holbrooke, der Genscher unmissverständlich davon gewarnt hatte mit der Anerkennung eine Kettenreaktion auszulösen, an deren Ende ein Krieg in Bosnien stünde (vgl. Görtemaker 2009: 75).

Als die jugoslawische Zentralregierung einen Friedensplan der EG bei der Haager Konferenz ablehnte fühlte sich Genscher durch die Entwicklung betätigt und forderte daher auf einem Treffen der EG-Außenminister am Rande einer NATO-Gipfelkonferenz in Rom am 8. November sofort über die Anerkennung zu entscheiden und wusste sich dabei von einem breiten Konsens in der deutschen Öffentlichkeit getragen: Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Intellektuelle, Künstler, Wissenschaftler und nicht zuletzt die Medien plädierten nahezu einstimmig für die Anerkennung der beiden Staaten. Am 16. Dezember einigten sich die EG-Außenminister in Brüssel auf gemeinsame "Richtlinien für die Anerkennung der neuen Staaten in Osteuropa und in der Sowjetunion" wonach diejenigen Teilrepubliken Jugoslawiens, die dies wünschten und bestimmte Auflagen erfüllten, am 15. Januar 1992 als Rechtsnachfolger Jugoslawiens anerkannt werden sollten. Die Bundesregierung konnte indessen nicht einmal diesen Termin abwarten, sondern beschloss bereits am 19. Dezember die Völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens mit Wirkung vom 23. Dezember 1991 (vgl. Görtemaker 2009: 75 f.).

Der italienische Außenminister Gianni de Michelis behauptete, dass Deutschland seine Partner zur Anerkennung gezwungen habe und gedroht hatte die Grenzfrage mit Polen neu aufzurollen, falls sie der Anerkennung ihre Zustimmung verweigern sollten. Dem gleich äußerte auch der französische Außenminister Roland Dumas, er sprach nach Beendigung seiner Laufbahn im Zusammenhang mit der Anerkennung sogar von einem "germano-papstischen Komplott" (vgl. Görtemaker 2009: 76). Der britische

Außenminister, behauptete, dass die Anerkennung von Slowenien und Kroatien der neuen Errichtung eines geopolitischen Einflusses Deutschlands auf dem Balkan diene und dass Bonn mit dieser Absicht eine Zusammenarbeit mit den in Deutschland lebenden fünfhunderttausend Kroaten gemacht habe (vgl. Yasar 2000: 59).

Vor allem aber die angelsächsischen und französischen Medien behaupteten, Deutschland habe durch die “verfrühte” und “eilige” Anerkennung Sloweniens und Kroatiens die späteren Katastrophen im jugoslawischen Raum verschuldet (vgl. Görtemaker 2009: 76). Denn als sich die Serben zuerst mit den Slowenen und Kroaten auseinandersetzten bekamen diese eine große deutsche Unterstützung, sowohl politisch als auch logistisch. Besonders die Kroaten waren mit deutschen Militärausrüstungen ausgerüstet und konnten den Serben widerstehen. Als die Serben die Kroaten nicht überwältigen konnten wandten sie sich nun Bosnien zu, welches keine internationale Unterstützung hatte, und begannen dort mit ethnischer Säuberung. Nach der Anerkennung schloss Deutschland mit diesen Staaten bilaterale Vereinbarungen und so erstreckte sich die deutsche Hand über Österreich, Slowenien und Kroatien zum Adriatischen Meer bzw. zum Mittelmeer. Das war auch die endgültige Absicht der Balkan-Politik Deutschlands (vgl. Çulcu 1993: 177), womit die “eilige” Anerkennung Deutschlands trotz der Europäischen Gemeinschaft verständlich wurde.

3.7.2. Die Türkei als Schutzmacht auf dem Balkan

Das nächste Opfer der Serben war Bosnien-Herzegowina. Die christlich-orthodoxen Länder Serbien und Bulgarien standen bis in die Mitte des 19. Jhd. im osmanisch-türkischen Reichsverband. Das teilweise islamische Bosnien geriet 1878 unter österreichische Besatzung. Erst in den Balkankriegen 1912/13 endete die türkische Macht in Nordgriechenland, Mazedonien, Albanien und im Kosovo (vgl. Moser, Weithmann 2002: 252). Die türkischen Minderheiten gehören zum Erbe des Osmanischen Reiches und machen heute 44% der Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina (ca. 2 Mio.) und 34% in Mazedonien (700.000) aus. 70% der Albaner (2.300.000) waren vor der Machtübernahme des kommunistischen Regimes Muslime gewesen, dazu kommen mehr als eine Mio. Muslime, Türken und Pomaken (muslimische Bulgaren) in Bulgarien und weitere 120.000 Muslime, in

Nordgriechenland. Rest-Jugoslawien hatte mit 30% der Bevölkerung die größte muslimische Minderheit (3.100.000) (vgl. Steinbach 1996: 307 f.).

Außerdem ist die Türkei zu den dortigen Völkern durch starke historische und kulturelle Bande verbunden. Millionen von türkischen Bürgern kommen ursprünglich aus dem Balkan und verleihen dem sehr deutlich Ausdruck, weshalb die Politik gegenüber den Problemen auf dem Balkan eine delikate Angelegenheit für die Türkei ist. So kann die Türkei nicht umhin, am Balkan nachhaltig interessiert zu sein, denn die Stabilität dieser Region betrifft die Türkei direkt (vgl. Türkmen 1997: 11).

Das kulturelle Zentrum Bosniens war die Hauptstadt Sarajevo, die von den Osmanen im 15. Jhd. gegründet wurde. Über dieses Land brach 1992 die Hölle aus. Die Republik Bosnien hatte mit der Stimmenmehrheit der Muslime und Kroaten im Frühjahr 1992 ihre Unabhängigkeit erklärt und war von der EU und der Türkei anerkannt worden. Die bosnischen Serben jedoch strebten den Anschluss an Serbien an und griffen zu den Waffen gegen die von ihnen als Türken benannten Bosniaken (vgl. Moser, Weithmann 2002: 252 f.).

„Nach Massakern und Vertreibung der nicht-serbischen Bevölkerung waren drei Viertel Bosniens im serbischen Sinne ‚ethnisch gesäubert‘ worden! Sarajevo wurde von den serbischen Truppen vom April 1992 bis September 1995 mit Kanonen und Mörsern unter Feuer genommen. Auch die Kroaten, obwohl selbst Opfer der serbischen Aggression, vertrieben 1993 ihre muslimischen Nachbarn aus Mostar und zerstörten die berühmte ‚Alte Brücke‘.“ (Moser, Weithmann 2002: 253)

Aufgrund dieser Entwicklungen waren trotz aller Zurückhaltung der türkischen Regierung in Proklamationen von Politikern, Kommentaren der Presse und auf Druck der türkischen Öffentlichkeit wiederholt Worte wie „Schutzmacht und Mitspracherecht“ gefallen (vgl. Steinbach 1996: 308). Auch die balkanischen Muslime haben mit historisch-religiösem Hintergrund im Kampf gegen die christlich-orthodoxen Balkankräfte lange Zeit die Türkei als eine Schutzmacht angesehen. Obwohl das mit der säkularen Eigenschaft der türkischen Republik nicht vereinbar war spiegelte es das

religiöse Erbe der türkischen Geschichte wider (vgl. Fuller: 2011: 363 f.). Die Regierung in Ankara betonte ihre besondere Verantwortung für den neuen Staat, zu dem sie sofort diplomatische Beziehungen aufnahm (vgl. Moser, Weithmann 2002: 255).

Seitdem die Krise in Bosnien Mitte 1992 ausgebrochen war, hatte die türkische Regierung gehofft, dass die internationalen Organisationen und Institutionen, genauer die Vereinten Nationen, die Europäische Union (EU), die Westeuropäische Union (WEU) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Kämpfe in Bosnien-Herzegowina beenden und eine Regelung auf der Grundlage internationalen Rechts durchsetzen könnte (vgl. Steinbach 1996: 302). *„Ihre harschen offiziellen Protestnoten verhallten jedoch ungehört in Brüssel, und auch die wiederholten Angebote Ankaras, Eingreiftruppen zur Verfügung zu stellen, fanden kein Gehör im NATO-Rat.“* (Moser, Weithmann 2002: 255) Dies führte dazu, dass die Türkei sich von den westlichen Organisationen und Ländern und ihren politischen Lösungen enttäuscht fühlte (vgl. Fuller 2011: 263).

Seitdem der Nationalitätenkonflikt in Jugoslawien offen ausgebrochen war, bemühte sich die Türkei um kulturelle, und religiöse Bindungen zu den Muslimen auf dem Balkan. Um ihre Politik besser koordinieren zu können, gründete die türkische Regierung Anfang 1992 ein für die Balkanländer, den Kaukasus und Zentralasien zuständiges Generaldirektorat im Außenministerium (vgl. Steinbach 1996: 307 f.).

Bei der islamischen Konferenz in Istanbul vom Mai 1992 stellte die türkische Regierung das Thema Öffnung der islamischen Länder gegenüber den sowohl auf dem Balkan, als auch in Zentralasien neu entstandenen, unabhängigen Staaten auf die Tagesordnung, viel kam dabei aber nicht heraus (vgl. Ramoğlu 1994: 184). Auf Initiative Özals fand später 1992 in Istanbul eine Balkankonferenz über die Gefahr der Ausdehnung des Bosnien-Krieges statt (vgl. Bozkurt 1995: 177). So trafen sich im November 1992 Delegierte und Außenminister aus den Balkan-Ländern Türkei, Albanien, Mazedonien, Kroatien, Slowenien, Bulgarien und Rumänien, sowie aus Österreich, Ungarn und Italien zu einer Konferenz in Istanbul (vgl. Steinbach 1996: 305 f.). Obwohl die ständige Konferenz über Ex-Jugoslawien in Genf stattfand, konnte in Istanbul ein zweites Forum für das Balkantheema geschaffen werden. Der Istanbul

Balkan-Gipfel von 1992 lenkte so die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Türkei. Obwohl keine konkreten Ergebnisse zustande kamen, bezeichneten sowohl die Freunde als auch die Gegner der Türkei dieses Gipfeltreffen als einen großen diplomatischen Erfolg. Dabei wurde die große Bedeutung und die entscheidende Rolle der Türkei in der Balkan-Region sichtbar. Die neue Rolle der Türkei auf dem Balkan schien die griechische Führung und einige weitere Europäische Länder gestört zu haben. Manche Diplomaten und politische Beobachter des Westens äußerten sich skeptisch über die Istanbul Konferenz. Sie behaupteten, dass der Istanbul Balkan-Gipfel die Bemühungen der Genfer Konferenz in Bezug auf die Lösung der Jugoslawienkrise beeinträchtigt hätte (vgl. Ramoğlu 1994: 184 f).

Die Konturen einer auf den ganzen Balkan gerichteten Politik der Türkei waren nach und nach sichtbar geworden. Da sich die Türkei als Schutzmacht verantwortlich fühlte hatte sie de facto die muslimische Minderheit im Balkan unterstützt (vgl. Fuller 2011: 263). Humanitäre und finanzielle Hilfe waren besonders bedeutend in den türkischen Bestrebungen, Frieden in der Region zu stiften. Ihre Elemente waren wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Abmachungen, die sich auf friedliche und gutnachbarliche Beziehungen erstreckten. Der deutlichste Ausdruck dieses neuen Interesses auf dem Balkan war die Reise des türkischen Präsidenten Turgut Özal nach Bulgarien, Mazedonien, Albanien und Kroatien im Februar 1993, zwei Monate vor seinem Tod (vgl. Steinbach 1996: 305). Die Reise war gleichzeitig als Signal an Griechenland und Serbien gedacht, dass auch die Türkei auf dem Balkan mitzureden gedenke. Anzuführen sind weiter die Besuche 1993 des kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman, des bosnischen Präsidenten Alija Izetbegovic, und des rumänischen Präsidenten Ion Iliescu in der Türkei, die den türkischen Mitspracheanspruch verdeutlichten (vgl. Steinbach 1996: 310).

3.7.3. Das Verhalten Deutschlands und die Verspätung des Friedens

Wegen den Bestrebungen Deutschlands sich mit dem als Hinterland angesehenen Balkan zu integrieren hat Bosnien-Herzegowina den größten Schaden in Form von ethnischen Säuberungen und Vertreibungen erlitten. Deutschland war in erster Linie am Zerfallen von Jugoslawien verantwortlich und nachdem es die territoriale Sicherheit

Sloweniens und Kroatiens, welche es als einen Teil seiner geokulturellen Linie ansah, sichergestellt hatte versuchte es sich nun von den Problemen im Balkan fernzuhalten! (Davutoğlu 2000: 191). So ist auch Plattner (vgl. 1999: 77) der Meinung, dass die Kritik, die vor allem an dem deutschen Außenminister Genscher geübt wurde, deshalb verständlich ist, weil er eine politische Rolle beanspruchte, die er militärisch nicht untermauern konnte. Als sich die Bundesregierung in den kommenden Jahren in ihrer Balkan-Politik zurückhielt trug das nur dazu bei den Bürgerkrieg zu verlängern, weil ein Ende nur von außen erzwungen werden konnte. Dagegen konzentrierte sich die türkische Balkan-Politik auf den Kernpunkt, dass dem serbischen Imperialismus mit Gewalt durch Eingreifen der NATO begegnet werden müsse. Die Türkei äußerte sich zu jeder Art von militärischer Beteiligung im Balkan bereit (vgl. Plattner 1999: 151). Deutschland aber war gegen einen NATO-Einsatz im bosnischen Konflikt und sah die endgültige Lösung der Probleme in den Mechanismen der EG/EU. Es sollte allerdings hier nochmals betont werden, dass im Falle von Slowenien und Kroatien Deutschland eine andere Politik als die EG/EU verfolgt hatte. Deswegen herrschte ein Meinungsunterschied zwischen Deutschland und der Türkei in der Balkan-Politik, was weiterhin Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen verursachte (vgl. Davutoğlu 2000: 197 f.).

Im Februar 1994 flog die türkische Ministerpräsidentin Tansu Çiller zusammen mit ihrer pakistanischen Amtskollegin Benazir Bhutto zu einem Besuch in die bosnische Hauptstadt Sarajevo. Unter serbischem Granatfeuer richtete sich die Regierungschefin der Türkei mit Schutzweste und Blauhelm mit kritischen Worten an die EU. Çiller betonte, dass es schockierend sei, dass diese menschliche Tragödie im Herzen eines Kontinents stattfindet, der sich selbst auf sein Engagement für die Grundrechte und die Menschenwürde so viel zugutehält. Deutlich wurde vor Augen geführt, wie wenig die EU bereit war, auf türkische Vorstellungen Rücksicht zu nehmen, und wie begrenzt die Möglichkeiten der türkischen Außenpolitik aussahen (vgl. Moser, Weithmann 2002: 255).

Zustimmung erfuhr auch die Entsendung von über 1.000 türkischen Blauhelmen auf der Grundlage eines Beschlusses der Vereinten Nationen (UN). Das Vorauskommando traf

Mitte Mai 1994 in der Nähe von Zenica ein. Anfang 1994 wurden außerdem russische UNO-Truppen nach Sarajevo entsandt. In Ankara wurden damals Zweifel über den Sinn der überraschenden russischen Intervention geäußert, denn Moskau vertrat in der Region eine klar proserbische Haltung (vgl. Steinbach 1996: 306 ff.).

Wie verhielt sich der Westen im Hinblick auf dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien? Die westliche Staatengemeinschaft reagierte ungehalten und unwillig auf dieses Problem:

„Man hatte 1992 Wichtigeres zu tun: Der Vertrag von Maastricht stand schließlich vor der Ratifizierung, der Schritt von der Europäischen Gemeinschaft (EG) zur Europäischen Union (EU), eine entscheidende Phase in der Geschichte der europäischen Einigung. Das anachronistische Desaster auf dem Balkan passte gerade in diesem Kontext überhaupt nicht in das optimistische Bild Europas, wie es von den führenden Staatsmännern in Maastricht gezeichnet wurde. Schwerfällig und umständlich setzte sich die EU-„Friedensmission“ in Gang und scheiterte bereits bei ihrer ersten ernsteren außenpolitischen Herausforderung.“ (Moser, Weithmann 2002: 254)

Erst nach dem, wenn auch verspäteten, Einsatzbefehl des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton an die 6. US-Flotte in der Adria und das militärische Eingreifen der NATO endeten die Kampfhandlungen in Bosnien. Auf Druck Präsident Clintons einigten sich die Seiten in Dayton im Dezember 1995 auf die Teilung Bosnien-Herzegowinas (vgl. Moser, Weithmann 2002: 254). Nur nahm das Abkommen von Dayton den Bosniaken einen beträchtlichen Teil ihrer Gebiete. Das Land wurde als Bosnisch-Kroatische Föderation und Serbische Republik in zwei wichtige ethnische Teile geteilt, 49% der Gebiete wurden den Serben überlassen die nur 30% der Bevölkerung ausmachten. Außerdem wurden viele Paragraphen des Abkommens von Dayton, die einen Vorteil für die Bosniaken bildeten, nicht vollzogen. So konnten, zum Beispiel, die serbischen und kroatischen Kriegsflüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren, während dies den ca. 400.000 Bosniaken nicht möglich war (vgl. Zengin 2010: 434 f.).

Der Abschluss des Abkommens von Dayton zwischen den Kriegsparteien in Bosnien-Herzegowina löste in Ankara Erleichterung und Zustimmung aus. Zugleich bemühte sich die türkische Regierung darum, künftig an weiteren Beratungen über das frühere Jugoslawien teilzunehmen. Die besondere Rolle und Verantwortung der Türkei wurde auch dadurch bekräftigt, dass die Organisation der Islamischen Konferenz die Türkei beauftragte, die Hilfe der islamischen Welt für Bosnien-Herzegowina zu koordinieren. Die Türkei sandte weitere Truppenkontingente zur Durchführung der NATO-Mission in die Region. Das Profil der Türkei auf dem Balkan wurde künftig noch deutlicher sichtbar. Türkische Militärberater wurden nach Sarajevo entsandt. Mit dem Besuch, der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Çiller am 28. November 1995 in Sarajevo hatte die Türkei keinen Zweifel offen gelassen, dass sie entschlossen war, rasch zu handeln. Sie war nicht nur die erste Premierministerin überhaupt, die Bosnien-Herzegowina nach dem Abkommen von Dayton besuchte, sondern wurde auch von einer Gruppe türkischer Geschäftsleute begleitet (vgl. Steinbach 1996: 307).

In der Türkei bewirkte die erfolglose Balkan-Politik des Westens einen gewaltigen Vertrauensverlust und förderte das Wachstum einer antiwestlichen Grundströmung. Wohl kaum ein Ereignis in der jüngsten Geschichte hat die türkische Öffentlichkeit emotional so aufgewühlt wie der Krieg in Bosnien-Herzegowina von 1992 bis 1995. Ab 1992 versammelten sich in den türkischen Großstädten zehntausende zu riesigen Demonstrationen. Gründe waren nicht nur die mit den Bosniaken gemeinsame Religion, sondern zugleich die Tatsache, dass ein großer Teil der im 19. Jhd. in die Türkei eingewanderten „Muhacir“ (Flüchtlinge) aus Bosnien gekommen war. Der von Europa nicht verhinderte Völkermord bedeutete natürlich auch Wasser auf den Mühlen der antiwestlichen Ideen und islamistischen Parteien in der Türkei. Das Ansehen der Europäer sank in allen Gesellschaftsschichten, auch bei den westlich Eingestellten, wie zum Beispiel bei dem bekannten türkischen Zeitungskorrespondenten Mehmet Ali Birand. Widerstandslos stellte er fest, dass die Ereignisse in Bosnien-Herzegowina zeigten, dass der Westen kein muslimisches Land in Europa haben wolle und durch das Nichteingreifen die Serben unterstützte (Moser, Weithmann 2002: 254 f.).

Darüber hinaus war es unübersehbar, dass die Karten in der ganzen Region vom Balkan

über den Mittleren Osten bis nach Zentralasien neu gemischt wurden. Ohne Zweifel war die Türkei ein wichtiger Akteur in diesem Spiel (vgl. Steinbach 1996: 311). Deutschland hatte zweierlei Probleme mit der Rolle der Türkei als „Schutzmacht“ auf dem Balkan: Erstens verfolgte Deutschland eigene Interessen auf dem Balkan, die sich nach der Vereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch des Ostblocks verstärkt hatten, zweitens beunruhigte die spürbare türkische Konkurrenz. Denn nachdem die Sowjetunion untergegangen war, wurde es für Deutschland unakzeptabel eine neue Macht in den Nachfolgestaaten zu sehen. So sollte aus deutscher Sicht alles getan werden, um diesen neuen Akteur „Türkei“ aus der regionalen Politik auszugrenzen.

3.8. Deutschlands Kurdenkarte gegen die Türkei

3.8.1. Hintergrund der Kurdenfrage

Das größte Problem, das in den letzten 30–40 Jahren in der Türkei hervorgekommen und die Öffentlichkeit beunruhigt, die Wirtschaft und im allgemeinen dem Türkischen Image geschadet hat, waren die ethnisch orientierten und separatistischen Terroranschläge, was mal als PKK-Terror und mal als Kurdenproblem oder ostanatolisches Problem benannt wird. Die Kurdenfrage, die die Verhältnisse zwischen der Türkei und Westeuropa belastete, ist im Grunde seit 1916 internationalisiert. Damals hatten Großbritannien und Frankreich in einem Abkommen zunächst die Errichtung eines unabhängigen Kurdistan zu Lasten des Osmanischen Reiches vorgesehen, die Briten gaben dann dem Irak wegen des Erdöls den Vorzug (vgl. Rühl 1997-a: 66).

In den Fokus der westlichen Welt trat der Kurdenkonflikt erst ab 1990, als kurdische Flüchtlinge in Westeuropa und vorwiegend in Deutschland politisches Asyl suchten. Sie bildeten einen belastenden Faktor in den deutsch-türkischen Beziehungen. Die Türkei warf Deutschland unter der Regierung von Helmut Kohl vor, Terroristen Zuflucht zu gewähren, Deutschland konterte, dass bei der Bekämpfung des Terrors, Menschenrechte verletzt würden (vgl. Akkaya, Özbek, Şen 1998: 104). Die Konsequenzen für die Türkei waren einschneidend:

„Özals Regierung wurde wegen der Menschenrechtsverletzungen im Südosten vom Beginn seiner Amtszeit an mit schweren Vorwürfen aus dem Westen konfrontiert. Soweit die hartnäckigen Proteste von Amnesty International und NGOs (Non-Government-Organizations) erfolgt waren, ließen sie sich noch ignorieren oder als kommunistische Propaganda diffamieren. Doch mittlerweile protestierten gar die europäischen Regierungen selbst und nahmen den ‚schmutzigen Krieg‘ in Kurdistan zum willkommenen Vorwand, die EWG-Aufnahme der Türkei immer wieder aufzuschieben.“ (Moser, Weithmann 2002: 232)

Außerdem hemmte die türkische Außenpolitik besonders die Tätigkeit einer internationalisierten PKK (Partiya Karkren Kurdistan/Kurdische Arbeiterpartei) gegen die Türkei. Nach Yenigün stellte die PKK-Karte das wichtigste Handlungsthema in den türkischen Beziehungen mit Russland, Griechenland, China, Syrien, Frankreich, mit den USA und auch mit Deutschland dar (vgl. Yenigün 2010: 78). Doch die Haltung Deutschlands war noch seltsamer *„Die gesamte EG, die USA dazu, wußten die Türken auf ihrer Seite, allein Deutschland, ausgerechnet, pochte auf Moral und Menschenrechte.“* (Der Spiegel 1992) So wurde das Kurdenproblem von der Kohl-Regierung als eine „schmutzige Karte“ ausgespielt, um die Türkei aus seinem Machtgebiet, aus der EU, fernzuhalten.

Die kurdisch-stämmige Bevölkerung Anatoliens ist eine von den vielen Ethnien in der Türkei. Unter anderem leben in der Türkei Kurden, Araber, Lasen, Georgier, Bosniaken, Tscherkessen, Tschetschenen, Abasinen, Armenier, Juden, und Griechen (vgl. Sancak 2010: 195 f.). Was aber die Kurden von anderen Ethnien unterscheidet ist die Tatsache, dass es sich um die zweitgrößte Ethnie in der Türkei handelt und dass diese unter feudalen Agas, in Clans und Sippenverbänden organisiert sind. Grundsätzlich sind die Kurden in der Türkei gleichberechtigt mit den Türken und besitzen gleiche Rechte. Daher gilt Beobachtern zufolge: *„In der Türkei arrangierten sich viele Aufsteiger kurdischer Herkunft mit der türkischen Staatsmacht, darunter Abgeordnete und höhere Offiziere.“* (Moser, Weithmann 2002: 227)

Aber eine gewisse Sorglosigkeit der türkischen Regierungen hatte für Land und Bevölkerung zur Folge, dass sich überall alles verschlechterte. Darüber hinaus erschwerte die siedlungsfeindliche Natur der durch Hochgebirge und Trockensteppe geprägten Ländereien die Landwirtschaft oder die Ansiedlung von Industrie. Daher trieb die Landflucht ganze Clans und Sippenverbände der Kurden nach Mittel- und Westanatolien. Schätzungsweise über die Hälfte der ungefähr 12–15 Mio. Kurden lebten fortan nicht mehr in ihrer ursprünglichen Heimat. Auch unter den Arbeitsemigranten in Westeuropa und besonders in Deutschland war der Anteil der kurdisch-stämmigen Migranten recht hoch (vgl. Moser, Weithmann 2002: 227).

So lag das Problem primär in der Rückständigkeit des ländlichen Teils der Türkei, wo auch Kurden lebten, die sich dem Einfluss in- und ausländischer Mächte öffneten. Ihre Unzufriedenheit war allerdings gegen den türkischen Staat gerichtet, das türkische Volk hatte allgemein kein Problem mit der kurdischen Bevölkerung, ebenso wie die Kurden kein Problem mit der türkischen Bevölkerung hatten. Weiter wollten die Agas nicht mit dem Staat kooperieren und da der Osten der Türkei auf der Route liegt, auf der Drogen aus Afghanistan und dem Iran nach Europa gelangen, kam es ihnen auch gelegen, eine für den Staat unkontrollierbare Region zu schaffen (vgl. Şahingöz 2011).

In der Folge etablierten sich illegale Organisationen wie die PKK, die unakzeptable Forderungen stellte. Die Terrororganisation PKK wurde 1978 in der Türkei von Abdullah Öcalan gegründet und verstand sich als eine den Grundsätzen des Marxismus und Leninismus verpflichtete Kaderpartei. Ihr Ziel war die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates im östlichen Gebiet der Türkei. Der bewaffnete Kampf galt der PKK als wirksames Mittel, um ihr Ziel zu erreichen. Mittels Propaganda und Versprechen fand sie viele Sympathisanten und Anhänger. Mitte der 1990er Jahre sollen 10.000 aktive Kämpfer, weitere 50.000 militante Anhänger und mehr als 315.000 Sympathisanten dazu gehört haben. Die militärischen Auseinandersetzungen in Ost- und Südostanatolien forderten nach Angaben des türkischen Innenministeriums von 1984 bis zum 1. September 1997 23.190 Menschenleben, darunter befanden sich 4.389 Angehörige der Sicherheitskräfte, Militär, Gendarmerie, Polizei und Dorfwächter, 3.965 Zivilisten und 14.839 Angehörige der PKK (vgl. Moser, Weithmann 2002: 477). Die

Mehrheit der kurdisch-stämmigen Bevölkerung befürwortete zwar diesen Separatismus nicht, wurde dennoch in den Kampf mit hineingezogen.

Die Rolle des Militärs in der Verschärfung der Kurdenfrage

Die Kurdenfrage sollte an dieser Stelle eingehender diskutiert werden, weil die Art und Weise, wie das türkische Militär mit diesem Problem umging, nicht mit der Haltung der türkischen Regierung übereinstimmte. Zum einen versuchte die türkische Regierung das Kurdenproblem stets mit friedlichen Mitteln zu lösen, zum anderen aber propagierte das Militär Waffengewalt, was sich verschärfend auswirkte. Das Militär sollte zwar im Dienste der Regierung stehen, aber strebte selber die Herrschaft im Staat an. Das Problem, welches im Kern der zivil-militärischen Beziehungen steht, lag darin, dass eine Einrichtung, die in der Gründungsphase der Republik als Hüter des Systems gedacht worden war, nach seiner Verstärkung selbst zur Gefahr für das System werden konnte (vgl. Aknur 2010: 128).

Das türkische Militär übernahm 1960 mit Gewalt die Macht, setzte das Parlament ab, verhaftete Politiker und es wurden sogar der Premier- der Außen- und Finanzminister hingerichtet. 1971 fand ein weiterer Militärputsch statt. Wieder wurde die Regierung abgesetzt, die Verfassung wurde überarbeitet. Knapp 10 Jahre später am 12. September 1980 schlug das Militär wieder zu, die Regierungsmitglieder wurden verhaftet oder ins Exil gezwungen. Mit der Verfassung von 1982, die von der Militärregierung vorbereitet worden war, wurden alle Gewerkschaften, Vereine, Lokale, politische Parteien, sowie alle Sprachen außer türkisch Verboten. Das betraf auch die kurdischen Parteien, Gewerkschaften, Vereine und die kurdische Sprache. Jahrelang hob die Militärregierung den Ausnahmezustand über die Ostprovinzen der Türkei nicht auf. Mit der ständigen Militärpräsenz und den bewaffneten Dorfwächter-Milizen wurde die Situation noch problematischer. Die Kurden gerieten zwischen die Fronten des Terrors und des Militärs (vgl. Moser, Weithmann 2002: 231).

Eine mögliche Folgerung wäre also, dass die von der Militärjunta drei Mal abgesetzte

Regierung und die Kurden im Kreuzfeuer gemeinsam Opfer der Militärdiktatur waren⁷. Dafür lassen sich auch konkrete und tragische Beispiele geben. Şerafettin Elçi, der Bauminister der Ecevit-Regierung von 1978, wurde nach dem Militärputsch von 1980 nur wegen der Äußerung, dass es in der Türkei Kurden gäbe und auch er selbst ein Kurde sei, verhaftet (vgl. Zengin 2010: 332). Letztlich wurde die türkische Regierung auch für die Menschenrechtsverletzungen des Militärs verantwortlich gemacht.

Lösungsbestrebungen der türkischen Regierung

Zweifellos wünschte die türkische Regierung eine dauerhafte Lösung im Kurdenkonflikt. Was aber Ankara ausschloss, war und ist die Gewährung einer Autonomie für die Kurden oder irgendeine andere Ethnie auf türkischem Territorium (vgl. Ramoğlu 1994: 69). An anderer Stelle gab es weitere Bestrebungen:

„Es war Staatspräsident Özal hoch anzurechnen, dass er 1991 zum ersten Mal als höchster Repräsentant des Staates den Versuch wagte, das Verhältnis zu den Kurden zu entspannen. Seiner Initiative war es zu verdanken, dass das Sprach- und Schriftverbot für das Kurdische aufgehoben wurde.“ (Moser, Weithmann 2002: 232)

Außerdem unternahm die türkische Regierung enorme Investitionen, um die wirtschaftliche Rückständigkeit der östlichen Regionen Anatoliens zu beseitigen. Mit dem Südostanatolien-Projekt (Güneydoğu Anadolu Projesi, GAP), dem weitaus größten Investitionsprogramm in der Türkei, verwandelten sich große Teile im Osten und Südosten Mitte der 80er Jahre in Großbaustellen, womit das Kurdenproblem wirtschaftlich angepackt werden sollte (vgl. Moser, Weithmann 2002: 228). Die Verhaftung von Abdullah Öcalan und das Ende des bewaffneten Kampfes der PKK brachten gleichzeitig eine Lockerung der Repressionspolitik und die Gewährung

⁷ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Militärputsche und darauf folgenden Menschenrechtsverletzung auf das Konto einer Junta von Offizieren ging, die gut organisiert agierte und mitunter auf Zugeständnisse der NATO zählen konnte.

kultureller Minderheitenrechte an die Kurden im Zuge der EU-Annäherung mit sich und so konnte eine weitgehende Befriedung der kurdischen Gebiete erreicht werden (vgl. Şen 2004: 131).

3.8.2. Die Kurdenfrage und Deutschland

Im Rahmen des deutsch-türkischen Anwerbevertrages von 1961 trafen in den 60er und 70er Jahren auch Kurden mit türkischer Nationalität in Deutschland ein. Mit der Familienzusammenführung in den 70er Jahren erhöhte sich deren Zahl, etwa auf 500.000. Dazu kommen Kurdinnen und Kurden aus dem Irak, Syrien und dem Iran. Die problematische Politik in der Türkei und im Irak veranlasste immer mehr türkische und irakische Kurden, ihre Länder zu verlassen, um in der Folge Asyl in Deutschland zu ersuchen, so dass im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten und gemessen an der ausländischen Bevölkerung relativ viele Kurden in Deutschland lebten (vgl. Şen 2004:129). So wurden in Deutschland kurdische Organisationen gegründet oder vertreten und die PKK baute eine straff geführte Sektion auf (vgl. Moser, Weithmann 2002: 230).

Die PKK bekam die wichtigste politische Unterstützung von der Bundesrepublik Deutschland. Sobald die kurdisch-stämmigen Asylbewerber in Deutschland eintrafen, behaupteten sie, dass sie in der Türkei unterdrückt und strafrechtlich verfolgt wurden. Sie wendeten sich sofort an die separatistischen kurdischen Vereine in Deutschland und wurden Mitglieder. Als die Asylbewerber soziale Hilfe von den deutschen Behörden bekamen, gaben sie einen Teil davon den kurdischen Vereinen. In dieser Weise geriet das Geld an die PKK und so wurde die Brücke zwischen Deutschland und der PKK hergestellt (vgl. Çulcu 2000: 34 f.). Auch nutzten die kurdischen Vereine das politische System, um Einfluss auf die deutsche Außenpolitik zu nehmen. Dies geschah in dem Maße, dass die deutschen Beziehungen zur Türkei schwer verletzt wurden (vgl. Robins 1997: 77).

Von den 90er Jahren an, in denen die Attacken der PKK anstiegen, tangierte die Kurdenproblematik auch die deutsch-türkischen Beziehungen erheblich. In Deutschland galt die folgende Meinung: „*Die Kurden haben ein völkerrechtlich zu respektierendes*

Recht auf Autonomie, das ihnen von den Türken mit brutaler Gewalt bestritten wird.“ (Augstein 1994) Daher musste die Türkei annehmen, dass Deutschland der PKK Rückhalt gewährte. Auch in der türkischen Presse und in der türkischen Öffentlichkeit war die Meinung, dass der Westen, darunter auch Deutschland, im Kontakt mit der PKK sei und sie unterstütze, (vgl. Zengin 2010: 335). Dies war eines der wichtigsten Probleme in den deutsch-türkischen Beziehungen in Bezug auf die Kurdenfrage.

Das deutsche Waffenembargo gegen die Türkei

Das deutsche Waffenembargo gegen die Türkei von 1992 war eine Folge des Terrorproblems. Nachdem Berichte darüber laut wurden, dass die türkischen Streitkräfte im Kampf gegen PKK vom deutschen Bundesverteidigungsministerium gelieferte Waffen einsetzten, beschloss die Bundesregierung einzugreifen, im März 1992 sperrte Deutschland unter der Regierung von Helmut Kohl (CDU) die Waffenlieferungen an den NATO-Verbündeten. Ankara wollte daraufhin wissen, inwieweit die Türkei NATO-Rüstungen einsetzen dürfe und berief sich auf Paragraf 13 des Kommuniqués über das neue strategische Konzept der NATO, das im November 1991 in Rom vereinbart worden war. In diesem Artikel wurde darauf hingewiesen, dass die Sicherheit der NATO auch durch Terrorismus gefährdet werden könnte. Wenn die Bundesregierung zu verstehen gäbe, dass Deutschland für die Verteidigung der territorialen Integrität der Türkei Verständnis hat, so müsse die deutsche Führung eine gemeinsame Haltung mit Ankara verfolgen (vgl. Ramoğlu 1994: 178 ff.).

In diesem Fall fühlte sich die Türkei von Deutschland in Stich gelassen. Ankara warf der Bundesregierung Heuchelei vor und überlegte, den Waffenbedarf via Russland, der Ukraine oder der Tschechoslowakei zu decken. Staatspräsident Turgut Özal äußerte, dass Deutschland ständig Drohungen aussprechen und sich seit seiner Vereinigung als Großmacht betrachten würde. An die ca. 2 Mio. Türken in Deutschland appellierte er, ihre 28 Mrd. Mark Einlagen aus deutschen Banken abzuziehen. Weiter forderten die türkischen Handelskammern und Händler zum Boykott deutscher Waren auf (vgl. Der Spiegel 1992), was in der Bevölkerung breite Unterstützung fand.

So erschwerte das Waffenembargo die Handelsbeziehungen Deutschlands mit der Türkei. Deutschland war immer einer der wichtigsten Handelspartner der Türkei, das

Außenhandelsaldo war aus deutscher Sicht immer positiv. Aufgrund des Waffenembargos und des Boykotts bröckelten die Handelsbeziehungen, 1994 betrugen die Ausfuhren nach Deutschland 3.934 Mio. Dollar die Einfuhren nur 3.646 Mio. Dollar, was zu einem negativen Außenhandelsaldo aus deutscher Sicht führte (vgl. Gün 2006: 56). Eine Abkühlung der deutsch-türkischen Beziehungen nach der Vereinigung war also die Folge des deutschen Waffenembargos, das bewirkt hatte, dass in der Türkei antideutsche und in Deutschland antitürkische Ressentiments erzeugt wurde (vgl. Ramoğlu 1994: 181).

Deutschland zögert gegen die PKK

Anfang der 90er Jahre verübte die PKK auch Anschläge in Deutschland, beispielsweise Mordanschläge auf ehemalige Mitglieder, Angriffe auf Medienanstalten und die Geiselnahme im türkischen Generalkonsulat in München. Autobahnblockaden und zahlreiche Demonstrationen folgten. Das Ganze gipfelte in täglichen Anschlägen auf türkische Einrichtungen, Moscheen und Geschäfte. Die türkische Regierung überreichte Bonn diplomatische Noten und forderte einen besseren Schutz türkischer Personen und Einrichtungen und effiziente polizeiliche Ermittlungen gegen die PKK, was wiederum die deutsch-türkischen Beziehungen negativ beeinträchtigte. Die Eskalation der Aktivitäten der PKK in Deutschland veranlasste die Bundesregierung, wenn auch notgedrungen und unwillig, im November 1993 nach langem Zögern die PKK zu verbieten (vgl. Akkaya, Özbek, Şen 1998: 102 f.). Dennoch setzte die PKK, wie in einem Bericht nordrhein-westfälischer Verfassungsschützer dargelegt, ihre Aktivitäten fort. In Athen erklärte ein PKK-Sprecher, dass die Organisation in Deutschland weitgehend ungestört arbeiten könne (vgl. Der Spiegel 1994).

Zum Jahreswechsel 1998 kündigte Abdullah Öcalan im Fernsehen an, dass die PKK keine Gewaltaktionen mehr in Deutschland durchführen werde. Diese Zusage fand in Deutschland Zustimmung. Der Generalbundesanwalt erklärte Mitte Januar 1998 in einer Pressekonferenz, dass die PKK ab sofort nicht mehr als terroristische, sondern nur noch als kriminelle Vereinigung eingestuft werde. Diese Erklärung wurde im Verfahren gegen den ehemaligen Europasprecher der PKK, Kani Yılmaz, dem die Anordnung von zwei Anschlagserien auf türkische Einrichtungen in Deutschland vorgeworfen wurde,

umgesetzt und er wurde freigelassen. Dieses Urteil wurde als Absprache zwischen Deutschland und der PKK bezüglich einer Aufhebung des PKK-Verbotes interpretiert und löste bei der türkischen Regierung Empörung aus (Akkaya, Özbek, Şen 1998: 103 f.).

3.9. Kohls Ablehnung der Türkei vom EU-Raum

3.9.1. Die Funktion Deutschlands beim Luxemburger EU-Gipfel 1997

Im Verhältnis der Türkei zur Europäischen Union darf die Sonderbeziehung zu Deutschland nicht übersehen werden, denn sie überschattet das Verhältnis zu Europa insgesamt. Zumindest entsteht der Eindruck, als würden die bilateralen deutsch-türkischen Probleme schlicht nach Europa hin verlängert und dies sei ausschlaggebend für die gesamte Entwicklung der Beziehungen (vgl. Kramer 1997: 63). Gleich nach dem Beitritt zur Zollunion am 1. Januar 1996 (vgl. EU/History 1990–1996) wurden erste Signale einer „kalten Gegenstellung“ Deutschlands im EU-Beitrittsprozess der Türkei sichtbar.

Normalerweise wird ein Land in die EU aufgenommen und danach mit finanzieller Unterstützung stufenweise in die Zollunion integriert, aber im Falle der Türkei wurde die Reihenfolge auf den Kopf gestellt. Seit 1996 gilt in der Türkei das europäische Zollrecht, an das die Türkei seine Handelsbeziehungen mit Drittländern anpassen muss. Eine Ausnahme gilt für landwirtschaftliche Erzeugnisse, so sollte die Türkei in der Zollunion teilnehmen, aber den Europäischen Markt nicht stören. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, mit bestehendem Aufenthaltstitel wurde teilweise anerkannt. Neben einigen Vorteilen hatte die Türkei einen großen Nachteil, da sie kein Mitglied der EU war hatte sie auch kein Mitbestimmungsrecht (vgl. Zuleeg 2002: 106) in der EU Zollunion. Außerdem ist anzumerken, dass seit 1995 in der Türkei ein Handelsüberschuss von 52 Mrd. Euro zugunsten der EU zu verzeichnen war (vgl. Yakış 2002). Es war klar, dass eine Zollunion zugunsten der EWG-Länder, aber besonders zum Vorteil Deutschlands sein würde, daher bemühte sich besonders Deutschland unter Bundeskanzler Helmut Kohl um den Beitritt der Türkei in die Zollunion (vgl. Zaman 1995). Auch Christian Schmidt (vgl. 1997: 98) ist der Meinung, dass es im

Wesentlichen der Bundesrepublik Deutschland zu verdanken war, wenn die Aufnahme der Türkei in die Zollunion zustande kam. Hier war es insbesondere Bundeskanzler Kohl gewesen, der vor dem Europäischen Parlament sich dafür mit Nachdruck einsetzte.

Der türkische Ministerpräsident Mesut Yılmaz hoffte besonders auf die deutsche Unterstützung, denn er dachte, dass man nicht einem Land bezüglich einer Zollunion unterstützen und wenige Monate später die Fürsprache zurückziehen würde. In einem Interview sagte der türkische Ministerpräsident Mesut Yılmaz (1996), dass der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl sein Vorbild sei, äußerte sich aber kritisch: *„Die Zollunion, die Anfang dieses Jahres in Kraft trat, ist nur eine Zwischentappe, keine Endstation. Doch leider hören wir immer wieder, daß gerade Deutschland – mehr noch als Griechenland – Widerstand gegen unsere Vollmitgliedschaft leistet.“* Yılmaz (1997) war sich des deutschen Einflusses bewusst und sagte vor seiner Abreise zu einem zweitägigen Besuch in Deutschland im September 1997:

„Ich glaube, daß die Türkei in Luxemburg politisch vom Erweiterungsprozeß nicht ausgeschlossen wird. Frankreich und auch Italien haben schon entsprechende Vorschläge gemacht. Aber jeder weiß: Der Schlüssel liegt in Bonn. [Auf die Frage ob Helmut Kohl als Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei gelte, antwortete Yılmaz] Für uns stellt sich die Frage: Wird Deutschland seinen Einfluß für oder gegen seinen traditionellen Freund, die Türkei, ausspielen? Alles andere ist zweitrangig.“

Doch die Deutschen bewerteten den Wunsch der Türkei nach einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union deutlich zurückhaltender (vgl. Anderson 2010) als Ministerpräsident Mesut Yılmaz erwartete. Während Yılmaz nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl von einer Wende in Bezug auf die Beziehungen der Türkei zur EU sprach, erklärte Kohl lediglich, dass er nur eine spätere Mitgliedschaft der Türkei unterstützen könnte (vgl. Günsche 1997). Beim Treffen der EU-Außenminister im luxemburgischen Mondorf-Les-Bains war abzusehen, dass ein Beitritt der Türkei in immer weitere Ferne rücken würde. Für Bundesaußenminister Klaus Kinkel (1997) stand bereits fest, dass die Türkei *„...auf absehbare Zeit nicht in der EU dabei sein wird.“*

Am 12. Dezember trafen sich die EU-Staats- und Regierungschefs in Luxemburg, um über die Osterweiterung der Union zu entscheiden. Zehn mittel- und osteuropäische Länder hatten sich beworben, Zypern hatte bereits eine feste Zusage erhalten. In Luxemburg sollte entschieden werden, mit welchen Kandidaten die Beitrittsverhandlungen im April 1998 beginnen würden. In Bezug auf den Beitrittswunsch der Türkei in die EU fehlte die Unterstützung Deutschlands und der Antrag der Türkei wurde abgelehnt. Obwohl die Türkei schon vor langer Zeit einen Antrag auf Vollmitgliedschaft gemacht hatte, wurde sie nicht als Kandidat ernannt (vgl. Özer 2010: 563). Die Ablehnung der Türkei aber äußerte der Europäische Rat sehr diplomatisch. Im 31. Artikel der Schlussfolgerungen des Europäischen Rats am 12. – 13. Dezember 1997 in Luxemburg hieß es:

„Der Europäische Rat bekräftigt, daß die Türkei für einen Beitritt zur Europäischen Union in Frage kommt. Das Beitrittsersuchen der Türkei wird auf der Grundlage derselben Kriterien untersucht wie im Falle anderer Bewerberstaaten. Obwohl die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, aufgrund deren Beitrittsverhandlungen in Betracht gezogen werden könnten, nicht gegeben sind, hält es der Europäische Rat für wichtig, eine Strategie zur Vorbereitung der Türkei auf den Beitritt festzulegen, und zwar durch eine Annäherung an die Europäische Union in allen Bereichen.“ (Europäischer Rat 1997)

Nach der Ablehnung beim Luxemburger-Gipfel 1997 beschuldigten türkische Politiker Deutschland die Hauptverantwortung für die Weigerung der EU, die Türkei als EU-Beitrittskandidat zu betrachten (vgl. Plattner 1999: 141). Die Reaktion der Türkei war harsch, der Dialog mit der EU wurde abgebrochen. Mesut Yılmaz sagte sogar das geplante Abendessen mit den 15 Staats- und Regierungschefs ab. Die Türkei machte Bundeskanzler Helmut Kohl für den EU-Beschluss verantwortlich, das politische Klima zwischen Bonn und Ankara wurde immer eisiger (vgl. Blome 1997).

Nach dem Luxemburger Gipfel 1997 hatte die türkische Regierung eine Mitteilung veröffentlicht, in dem die Urteile des Luxemburger Gipfeltreffens als nicht akzeptabel

befunden wurden. Demnach wurde die Türkei gegenüber den sonstigen Kandidatenländern nicht gleich behandelt, die vorgeführten Hindernisse waren keine Neuigkeiten, die Bewertungen der inneren Situation, Zypern und der türkischen Außenpolitik war einseitig, von Vorurteilen geprägt und übertrieben (vgl. Cem 2009: 66).

Nach Blome (vgl. 1998) war die Türkei in der NATO und Zollunion erwünscht, in der EU allerdings nicht. Jahrelang wurde türkischen Delegationen in den europäischen Hauptstädten versichert, dass die Bemühungen um eine EU-Mitgliedschaft unterstützt würden, es folgten aber keine Taten. Vor allem von Deutschland fühlte sich Ankara verraten. Damit war in der Türkei die Meinung verbreitet, dass der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl endgültig seine Maske fallen ließ (vgl. Ekşi 1997). In der Süddeutschen Zeitung (1997) stand es:

“Vielleicht werden künftige Historiker den Dezember 1997 als Datum der Dummheit festhalten – als die EU der Türkei ohne Not die europäische Tür zuschlug und das Land in jene Isolation abdrängte, wo weder Vernunft noch kaltblütiges Kalkül das Regiment führen. Daß die Türken inzwischen wutentbrannt Kooperationsprojekte absagen und Ultimaten stellen, läßt ahnen, wohin die Reise gehen könnte, wenn die Europäer nicht aufhören, mit kleinster Münze große Strategie zu betreiben.“

Zur Verschlechterung der Beziehungen sagte Bundesaußenminister Klaus Kinkel, dass die Situation in der Türkei ihn besorgt und Deeskalation und Beruhigung notwendig sei. Außerdem müsse der Türkei klargemacht werden dass sie immer noch Kandidat sei (vgl. Die Welt 1997). Nur belegten interne Papiere der Bundesregierung, dass Deutschland heftiger als andere EU-Staaten gegen eine schnelle Aufnahme der Türkei plädiert hatte. Vier Tage vor dem Luxemburger Gipfel war bereits klar, dass ein EU-Beitritt der Türkei kurz- oder mittelfristig nicht möglich sei (vgl. Pörtner 1997). So glaubte die deutsche Regierung, dass die EU-Mitgliedschaft der Türkei im Prinzip möglich, der Zeitpunkt hierfür aber noch nicht gekommen sei und bis dahin sollte ein Sonderverhältnis der EU mit der Türkei etabliert werden, das über die Zollunion hinausgehen sollte (vgl. Plattner 1999: 141). Der damalige CSU-Chef Stoiber (2002)

analysierte die Situation wie folgt:

„Helmut Kohl hat sich nie für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ausgesprochen. Aber es stimmt, dass die grundsätzliche Diskussion in den vergangenen Jahren nicht so intensiv wie nötig geführt wurde, auch von der Union nicht. Viele europäische Staatsmänner waren sich sicher, dass die Türkei nie auch nur in die Nähe einer Mitgliedschaft kommen würde.“

Die Zweigleisigkeit der deutschen Politik empörte die Türkei mehr als die Ablehnung selbst (vgl. Atikkan 1997). Europa hatte bisher immer Griechenland vorgeschoben, um der Türkei das Leben schwerzumachen. Bisher waren die deutschen ganz zufrieden, dass Griechenland die Türkei aufhielt, aber nunmehr stand Deutschland an vorderster Front (vgl. Birand 1997: 32). Leider wurden antitürkische Politiken zur öffentlichen Politik Deutschlands und Helmut Kohl, hatte sich die Mission auf die Fahnen geschrieben, die Türkei außerhalb der EU zu halten (vgl. Çulcu 2000: 36). Unter der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl waren die deutsch-türkischen Beziehungen besonders im Rahmen der EU auf einen historischen Tiefpunkt gesunken und drohte auf diesem zu vereisen (vgl. Rühl 1998). So gipfelten die Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen mit der Ablehnung der Türkei von der EU im Luxemburger Gipfeltreffen 1997.

3.9.2. Die Gründe der deutschen Ablehnung in der Ära Kohl

Menschenrechte und Demokratie

Die Gegner eines türkischen EU-Beitritts argumentierten, dass die Türkei wegen Menschenrechtsverletzungen und einer undemokratischen Rechtsgrundlage nicht in die EU aufgenommen werden sollte. An dieser Stelle muss aber gekontert werden dass die Menschenrechtsverletzungen als negative Begleiterscheinungen im Umfeld der Militärdiktaturen 1960, 1971 und 1980 passiert sind und besonders Deutschland im menschenrechtlichen Sinne nicht daran interessiert war, als das türkische Militär 1960 putschte und den Premier und zwei Minister hinrichtete, denn damals waren die deutschen Vorteile im Vordergrund. Sowohl bei der Ablehnung von Özals Antrag auf Vollmitgliedschaft 1987 und auch 10 Jahre später bei der Ablehnung von Luxemburg

wurden Menschenrechte und Demokratie hochgeachtet. Aber als dazwischen, 1995 die Türkei in die EU Zollunion eingenommen wurde waren die Werte nicht geachtet und Interessen standen im Vordergrund. Daher wurden die Kriterien Menschenrechte und Demokratie im Beitrittswunsch der Türkei in die EWG/EG/EU von Anfang an subjektiv behandelt, mal beachtet mal übersehen, aber auf keinen Fall der wahre Grund einer Ablehnung gewesen.

Historisch-Kulturelle Gründe

Historisch-kulturell betrachtet sei die Türkei ein Kosmos für sich und unterscheide sich grundsätzlich von Europa. Alexander Gauland (2001), Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung äußerte die Meinung der Mehrheit der Deutschen:

„Die Türkei gehört nicht zu Europa. Ich stelle nur fest, dass Aufklärung, Christentum und antikes Erbe die europäischen Staaten miteinander verbindet. Die Türkei kennt diese Traditionen nicht. Deshalb gehört sie nicht dazu. Sie ist ein Erbe des osmanischen Reiches. Viele seiner früheren Völkerschaften leben heute in der Türkei und haben einen völlig anderen kulturellen Hintergrund.“

Religiöse Gründe

Religiöse Unterschiede waren in den deutsch-türkischen Beziehungen weiterhin wirksam. Besonders in konservativen Kreisen war der Islam ein Faktor für die Ablehnung, weil die religiöse Grundlage Deutschlands und der Union auf dem Christentum basiere.

„Hier war die Rede von der Versammlung der christdemokratischen Parteien am 4. März in Brüssel, Auf der Verkündet Wurde: ‚Die Türkei hat eine andere Kultur und gehört nicht zu Europa.‘ Dazu wurden von verschiedenen Konferenzteilnehmern anschließend Erklärungen abgegeben. So hieß es beispielsweise, hier gehe es um die Auseinandersetzung zwischen Islam und Christentum. Einige haben das ganz offen erklärt. Es gab Kritik an dieser Auffassung. Ich denke etwa an den Artikel von Theo Sommer in der ‚Zeit‘. Es wurde auch klargestellt, der deutsche Bundeskanzler habe

sich in diesem Sinne nicht geäußert. Aber von Helmut Kohl selbst habe ich kein entsprechendes Dementi gelesen.“ (Öymen 1997: 56)

Diese unglückliche Erklärung, die die religiöse Andersartigkeit der Türkei betonte, war eigentlich als ein interner Beschluss formuliert worden, der nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Dass es doch dazu kam, lag nur daran, dass Herr Martensen, der damalige Premierminister Belgiens, vor der Presse in eine Sackgasse geriet und den Beschluss preisgeben musste (vgl. Özülker 1999: 98). Dieser deutliche Unterschied machte es für die Deutschen schwierig, die Türkei in der EU zu akzeptieren (vgl. Bilici 1997). Andreas Middel (1997) beschreibt den Blick der Deutschen treffend:

„Mit der Türkei würde erstmals ein muslimisch geprägtes Land Aufnahme nach Europa finden. Als die Vorsitzenden der christlich-demokratischen Parteien Europas dies als einen der Hauptgründe für ihre Ablehnung einer türkischen EU-Mitgliedschaft nannten, war die Entrüstung groß. Doch in Wahrheit sind die Einwände nicht von der Hand zu weisen. Denn die bisherige Erweiterungsbewegung der EU, ob nach Süden oder Norden, folgte immer den Vorstellungen eines christlich und demokratisch geprägten Europas. So gesehen, kann man sogar die Frage stellen, inwieweit die Türkei überhaupt zur europäischen Familie gehört.“

In einem Interview im Spiegel über die Zurückweisung seines Landes durch die EU und seine besonderen Erwartungen an die Deutschen sagte der stellvertretende türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit (1997): *„Zumindest im Unterbewußtsein der Europäer gibt es eine kulturell begründete Abneigung gegen die Aufnahme der Türkei. [...] Unterschwellig ist diese herabsetzende Haltung gegenüber der islamischen Türkei dennoch spürbar.“*

Politische Gründe

Die Türkei war der Meinung, dass die politischen Einwände, die gegen den Beitritt der Türkei erhoben wurden, eher Vorwände als wirkliche Gründe waren. Türkmen (1997: 10) sagte dazu:

„Das Zypernproblem? Die Gibraltar-Frage war auch nicht gelöst, als Spanien beitrat, und das Irlandproblem hinderte Großbritannien nicht daran, der Europäischen Union beizutreten. Das Zypernproblem bestand ebenfalls bereits, als Griechenland aufgenommen wurde.“

Die öffentliche Meinung in der Türkei hatte genug von den immer neuen Bedingungen, die gestellt wurden. Solange die Sowjetunion noch existierte, hatte man die Türkei anders gesehen. Aber seit 1990 wurde die Liste der Beitrittsbedingungen plötzlich immer länger (vgl. Birand 1997: 32).

Grundsätzlich aber waren politische Gründe für die deutsche Ablehnung entscheidend. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion hatte Deutschland von der Entwicklung im Osten profitiert und wurde mit der Wiedervereinigung das mächtigste Land der EU. Nach dem Umbruch in den 90er Jahren hatte sich aber auch die geopolitische Achse für die Türkei verschoben, der postimperiale Nationalstaat Türkei stand ein Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands in zentraler Lage zwischen dem Westen und dem Osten. Die Türkei war somit nicht nur ein schwieriger Partner, sondern würde in absehbarer Zukunft immer mehr eine historische Herausforderung darstellen, die sich zuerst an Deutschland richtete (vgl. Rühl 1997-b). Die Veränderung der strategischen Bedeutung der Türkei nach dem Kalten Krieg hatte auch den Blick der Türkei zum EU-Beitrittswunsch verändert. Das Verringern der strategischen Bewertung der Türkei und die Lücken in Mittel- und Osteuropa, die zum Vorteil Deutschlands aufgekommen waren, führten dazu, dass Deutschland diesen Länder in der Bewerbung für die EU-Mitgliedschaft den Vorrang gab (vgl. Davutoğlu 2000: 194).

Der wichtigste Grund war in den Machtverhältnissen verborgen. Plattner (1999: 213) sagte: *„Durch die Aufnahme der Türkei in die EU würden Einfluss und Gewicht Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens relativiert werden. Längerfristig gesehen könnte die Türkei im Kaukasus und in Zentralasien die Rolle spielen, die Deutschland in Osteuropa zukommt.“* Özülker (vgl. 1997: 101) kam zu dem Ergebnis, dass Europa die Türkei als Vollmitglied innerlich noch nicht akzeptieren könne und dass Deutschland die Türkei in der Peripherie halten wollte. Denn schon 1997 hätte

Ankara bei einer Vollmitgliedschaft 10 Stimmen im EU-Ministerrat und 91 Sitze im Europäischen Parlament erhalten. Was die Bevölkerungsdichte betraf, so war Deutschland zwar mit rund 80 Mio. Einwohnern der Türkei mit rund 63 Mio. Einwohnern überlegen, aber die Balance in der Gemeinschaft wäre nachhaltig gestört, wenn es auf Grund der fast doppelt so hohen Geburtenrate in der Türkei bald genauso viele Türken wie Deutsche gäbe und die Türkei gleichberechtigt mit Deutschland in den EU-Institutionen säße (vgl. Koch 1999). Dass wiederum würde bei einer Mitgliedschaft der Türkei zu einer Änderung der bisherigen Strukturen in der Europäischen Union von Grund auf führen. Ischinger (1999: 92) war der gleichen Meinung:

“Die Türkei spielt – ich widerhole es – in einer anderen Liga, jedenfalls als die große Mehrheit der jetzt anstehenden mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten. In einer anderen Liga selbst als Polen. Was würde es bedeuten, wenn wir die türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union jetzt oder in den nächsten Jahren Vollziehen würden, beispielsweise für das Europäische Parlament? Es ist im Grunde völlig egal für die Macht- und Einflussverhältnisse in der Europäischen Union, ob Ungarn oder die Tschechische Republik oder Slowenien oder Estland Mitglied werden. Das fällt mit anderen Worten kaum auf. Die Türkei stellt aber mit ihrer Mitgliedschaft die macht und Einflussfrage. Wenn die Türkei Mitglied der Europäischen Union wäre, hätte sie nach der gegenwärtigen Berechnungsgrundlage mehr Mitglieder im Europäischen Parlament als alle anderen Mitglieder außer Deutschland.”

3.10. Schröders Spiel ohne Gegner

In den Jahren von 1990 bis 2010 waren die deutsch-türkischen Interessen meistens gegeneinander gerichtet, eine bedingte Abweichung von diesem Kurs brachte die rot-grüne Regierung unter der Führung von Gerhard Schröder. Ob das aus parteipolitischen Gründen geschah oder die Weiterführung einer Staatspolitik bedeutete, wird in diesem Unterkapitel diskutiert.

3.10.1. Kleine Änderungen in der deutschen Türkei-Politik

Die rot-grüne Bundesregierung hatte kurz nach ihrem Amtsantritt unter Gerhard Schröder im November 1998 eine vorsichtige Korrektur der deutschen Türkei-Politik eingeleitet (vgl. Dietrich 1999). Der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder betonte in einer außenpolitischen Grundsatzerklärung, dass der Regierungswechsel in Bonn nicht einen Wechsel in der deutschen Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik nach sich ziehen würde. Trotzdem wollte er das unter Helmut Kohl zunehmend gespannte Verhältnis zur Türkei auf eine neue Basis stellen und betonte, dass der Türkei der Weg in die EU offensteht, sobald sie die dafür geltenden Voraussetzungen selber schaffen würde (vgl. Günsche 1998). Bundesaußenminister Joschka Fischer (1998) konstatierte im November 1998 in Brüssel, in Bezug auf den türkischen EU-Beitrittswunsch: *„Die Europäische Union ist für uns keine Religionsgemeinschaft, sondern eine Werte- und Interessengemeinschaft.“* Aber Staatssekretär Günter Verheugen (1998) sagte zur allgemeinen Positionierung Deutschlands und ob sich wirklich etwas grundsätzlich geändert hatte:

„Ja und nein. Wir wollen für die Türkei eine klare europäische Perspektive. Das wird deutlicher ausgedrückt als bisher. Aber es bleibt dabei, daß die Türkei für einen EU-Beitritt das institutionell sichtbare Wertesystem der Gemeinschaft übernehmen müßte. Die Türkei weiß ganz genau, daß es bei ihr Defizite im Bereich von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaat, aber auch bei den ökonomischen und sozialen Standards gibt. Und die Türkei hat Nachbarschaftskonflikte, die gelöst werden müssen. Insgesamt hat die Türkei noch einen sehr weiten Weg zurückzulegen. Insoweit gibt es keinen Unterschied zu den Positionen der früheren Regierung.“

Die Formulierung im Auswärtigen Amt lautete nun: „Die Türkei ist Beitrittskandidat.“ Allerdings würde sie für einen Beitritt die Kopenhager-Kriterien erfüllen müssen. In diplomatischen Kreisen wurde damals die Chance, dass die Türkei den Status als Beitrittskandidatin erreichen könnte als eher gering eingestuft, dennoch bemühte sich die Schröder-Regierung, die in den Zeiten von Kohl angespannten deutsch-türkischen Beziehungen zu verbessern (vgl. Dietrich 1999). Deutschland hatte keine Furcht davor,

dass die Türkei in kurzer Zeit EU-Mitglied werden könnte. Innerhalb von 20 Jahren war ein Beitritt nicht möglich. Auch die türkischen Koalitionsregierungen hatten den Weg verfolgt, die Türkei von der EU zu entfernen. Die türkischen Regierungen wechselten durchschnittlich alle acht Monate, Finanzkrisen, hohe Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und militärische Einmischungen zählten zum Alltag der Türkei. Grundsätzlich musste Schröder versuchen, die Türkei im Spiel zu halten damit sie ihre EU-Perspektive nicht verliere.

Der Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem türkischen Ministerpräsident Bülent Ecevit war in dem Sinne wichtig. Bestätigt wurde, dass die neue türkische Regierung weiterhin eine EU-Mitgliedschaft anstrebt und die Kopenhager-Kriterien akzeptiert (vgl. Schönbohm 1999). So kam nach zwei Jahren Eiszeit wieder Bewegung in der Diskussion über einen EU-Beitritt der Türkei. Als nächstes positives Signal wurde gewertet, dass der türkische Außenminister Ismail Cem zum Außenministertreffen der EU am 13. September 1999 eingeladen wurde (vgl. Middel 1999). Beim EU-Gipfel in Helsinki 1999 sollte die Entscheidung fallen, ob die Türkei als „Beitrittskandidat“ anerkannt werden sollte oder nicht.

Die ersten positiven Signale kamen schon sechs Monate nach der Luxemburger Ablehnung. Der Europäische Rat von Cardiff hatte ein paar Punkte erbracht, in denen das Verhältnis der Europäischen Union und der Türkei anders definiert wurde als in Luxemburg ein halbes Jahr vorher. Erster Punkt war, dass die Türkei anders als in Luxemburg jetzt noch klarer als Beitrittskandidat kategorisiert wurde. Der zweite Punkt war, dass der Europäische Rat beschlossen hatte, dass die Kommission regelmäßig Berichte über die von der Türkei errichteten Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt vorlegen sollte. Ein nächster Punkt war, dass der Europäische Rat die Vorschläge der Kommission hinsichtlich einer europäischen Strategie für die Türkei indossiert und Aufträge erteilt hatte, diese weiterzuentwickeln (vgl. Ischinger 1999: 88 f.).

Eigentlich hatte sich 1999 in der Türkei nicht viel verändert. Allerdings hatte sich das Land so weit von der EU entfernt, dass die Gefahr bestand, dass die Türkei kein Interesse mehr an Europa zeigte. Selbst im Europaparlament bekam Ankaras Regierung so viel Lob wie seit Jahren nicht. Gerhard Schröder äußerte bei seiner

Regierungserklärung im Bundestag, dass die Bundesregierung dafür sei, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zur EU zuzusprechen, denn man könne nicht einerseits die strategische Bedeutung der Türkei für Europa herausstreichen, ohne ihr andererseits eine klare europäische Perspektive zu eröffnen (vgl. Der Spiegel 1999). Damit stand Schröder vor Helsinki der Türkei näher als Kohl. Zumindest blockierte er nicht die Erklärung der Türkei zum Beitrittskandidaten und rat einigen negativ haltenden Ländern milder zu sein (vgl. Cem 2009: 99).

Die Lösung der Zypernfrage wurde zum Schlüssel für die Osterweiterung von 1999 und gleichzeitig für die Aufnahme der Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten. Bundeskanzler Schröder sah die Osterweiterung als Projekt zur Wiedervereinigung des europäischen Kontinents, welche vom Schicksal der Mittelmeerinsel abhinge. Zypern konnte aufgrund bestehender internationaler Verträge nicht Mitglied einer internationalen Organisation werden, wenn die Türkei und Griechenland dieser Organisation nicht angehörten oder zustimmten (vgl. Hetzel 1997). So musste die Türkei der Aufnahme des Zyperns in die EU zustimmen, Athen aber wollte nur einer türkischen Kandidatur zustimmen wenn die geteilte Insel Zypern in die EU aufgenommen würde. In dieser Situation war Schröder um Lösungen bemüht, weil Deutschland der EU-Osterweiterung einen großen Stellenwert beimaß.

Im Vorfeld des Außenministertreffens in Brüssel liefen vor allem mit der griechischen Regierung die Verhandlungen hinter den Kulissen auf Hochtouren, denn Griechenland war das einzige Land, das noch ernsthaft Widerstand gegen den Kandidatenstatus der Türkei leistete. Somit hatten die Griechen mit der Insel ein doppeltes Faustpfand in der Hand: Die griechische Regierung betonte immer wieder, dass sie eine Zustimmung zur Erweiterung verweigern werde, wenn Zypern nicht in die EU aufgenommen, bzw. die Türkei dazu nicht gezwungen würde (vgl. Bilges 2002).

Die Türkei stimmte für die Aufnahme des griechischen Teils der Insel Zypern in die EU und am 11. Dezember 1999 wurde sie in Helsinki offiziell als Beitrittskandidat anerkannt und nimmt seither am Beitrittsprozess teil (vgl. Europäische Kommission/Türkei). Außerdem musste die Türkei im Zusammenhang des Ägäis-Problems die 30-jährige These von Griechenland anerkennen, die die Türkei vorher

immer abgelehnt hatte. Diese war: wenn bis Ende 2004 die Parteien keine Lösung finden, werden sie das Problem im internationalen Gerichtshof lösen (vgl. Yenigün 2010: 71). Die Griechen feierten einen großen diplomatischen Erfolg und Deutschland hatte unter der Regie von Gerhard Schröder mit Unterstützung der Türkei, ihren ersten Erfolg erreicht und das im Spiel ohne einen bemerkenswerten Gegner auf türkischer Seite.

3.10.2. Schröder und der starke türkische Politiker Erdoğan

Nachdem die Türkei in Dezember 1999 in Helsinki den Kandidatenstatus erlangt hatte, musste sie ihre Reformfähigkeit unter Beweis stellen. Damit bekam die EU die Legitimation, die politische Entwicklung in der Türkei kritisch zu begleiten. Die konservativen Parteien in Deutschland blieben bei ihrer Haltung, die Unionsfraktion lehnte die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weiterhin strikt ab. Schröder stand alleine da, trotzdem sollte das Signal zu Beitrittsverhandlungen spätestens auf dem EU-Gipfel Kopenhagen 2002 gegeben werden (vgl. Leersch 2002).

In der Türkei herrschten allerdings wegen schwacher Koalitionsregierungen immer noch politische und ökonomische Krisen. Inzwischen standen aber Parlamentswahlen in der Türkei an, Meinungsumfragen zeigten, dass die neu gegründete Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) unter der Leitung von Recep Tayyip Erdoğan die Wahlen gewinnen könnte. Die AKP war für den Beitritt der Türkei in die EU, aber im türkischen Staatsapparat gab es auch EU-Gegner, die eine Integration mit der EU ablehnten und immer neue Hindernisse aufbrachten. Sie äußerten sich zwar westlich orientiert zu sein, versuchten aber positive Entwicklungen in Richtung Europa in eine andere Richtung zu lenken. Das beste Beispiel dafür war der Antrag beim türkischen Verfassungsgericht für ein Verbot der AKP unter Führung des früheren Oberbürgermeisters von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan. Weil Erdoğan wegen „Volksverhetzung“ verurteilt worden war, konnte er nicht Ministerpräsident werden, durfte keine Partei gründen, nicht Parteimitglied werden und kein

Abgeordnetenmandat wahrnehmen. Das hinderte ihn aber nicht daran, auf Wahlkundgebungen für seine Partei einzutreten (vgl. Güngör 2002), in der Zwischenzeit aber führte die AKP offiziell Abdullah Gül⁸, ein enger Freund von Erdoğan. Nach den Parlamentswahlen in der Türkei vom 3. November 2002 hatte die AKP 36% der Stimmen gewonnen (vgl. YSK 2002) und konnte die Regierung allein ohne Koalition stellen.

Wahlsieger Tayyip Erdoğan wollte den EU-Beitritt der Türkei vorantreiben. Er betonte, dass ihr Ziel klar sei, sie wolle Vollmitglied werden und erwartete dafür ein konkretes Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen (vgl. Fuller: 2011: 103 f.). Da es beim EU-Gipfel im November 2002 in Kopenhagen auch um den Mitgliedschaftsprozess der Türkei ging sollte der Kandidat offiziell eine Frist für den Beginn von Aufnahmeverhandlungen erhalten. Um für den EU-Beitritt der Türkei zu werben besuchte Tayyip Erdoğan nur zwei Wochen nach den türkischen Parlamentswahlen Bundeskanzler Gerhard Schröder in Deutschland. Schröder hatte jetzt einen starken Gegner. Nach einer kleinen Verzögerung beschloss man, gemeinsam weiter zu arbeiten, die Türkei sollte ihren Reformwillen beweisen und konkrete Resultate vorlegen um zu sehen, ob sie einen Platz in der EU finden könnte. Denn auch auf rot-grüner Seite herrschte Skepsis, ob die Türkei in zwei Jahren erfüllen würde, was auf dem jüngsten EU-Gipfel in Kopenhagen vereinbart worden war. Die Rede des Kanzlers im Bundestag wirkte zurückhaltend im Tonfall, dennoch betonte Schröder, dass ein möglicher EU-Beitritt der Türkei im deutschen und europäischen Interesse sei (vgl. Weiland 2002). So bekräftigte Schröder die Haltung der deutschen Regierung, der Türkei auf dem EU-Gipfel im Dezember 2002 in Kopenhagen eine Perspektive für die EU-Mitgliedschaft zu eröffnen. Voraussetzung dafür sollte sein, dass Fortschritte in der noch ungelösten Zypernfrage und mit dem Abkommen zwischen der EU und der NATO erzielt würden (vgl. Özer 2010: 564).

8 Später wurde Abdullah Gül Staatspräsident der Türkei.

So wie es Schröder vorgesehen hatte wurde beim EU-Gipfeltreffen in Helsinki beschlossen, der Türkei 2004 ein Datum für den Anfang der Beitrittsverhandlungen zu geben. Nachdem die Türkei 2002 in Helsinki ein Datum für Beitrittsverhandlungen bekommen hatte wurde im Mai 2003 eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft für die Türkei verabschiedet. Im Oktober 2004 folgte die Empfehlung der Kommission hinsichtlich der Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt und ein Dokument zu Fragen über die mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei wurde präsentiert (vgl. Europäische Kommission/Türkei).

Die Türkei hatte in den drei Jahren vor der Erdoğan-Regierung ein Drittel ihres Bruttosozialprodukts verloren und über eine Million Menschen waren arbeitslos geworden. Allein an Zinsen für Auslands- und Inlandsschulden musste die Türkei im ersten Jahr der AKP-Regierung 35 Mrd. Dollar zahlen (vgl. Öger 2002), aber im ersten Jahr der Regierung Erdoğan erholte sich die Wirtschaft. Viele Reformen, im Einklang mit den Kopenhager-Kriterien, wurden angegangen. Nicht umsonst zeigte sich der türkische Premierminister Erdoğan optimistisch, was die Aufnahme der Türkei in die EU anging. Er sagte bereits im September 2003, dass die Türkei faktisch schon mit einem Bein in der EU sei und betonte, dass die Türkei alle Integrationspakete und Reformen vorbereitet habe, die in den Kopenhager-Kriterien vorgesehen waren. Erdoğan bedankte sich auch für die positive Einstellung der rot-grünen Bundesregierung und für ihre Unterstützung der Türkei. Am zweiten Tag seines Deutschlandbesuchs im September 2003 traf der türkische Ministerpräsident mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand ein möglicher Beitritt der Türkei in die EU, Bundeskanzler Schröder sicherte seine Unterstützung zu, und äußerte, dass er großen Respekt vor den türkischen Fortschritten habe und sich sicher sei, dass dieser Weg außerordentlich hilfreich für eine türkische Mitgliedschaft sein werde (vgl. Die Welt 2003-a).

Angela Merkel von der CDU war allerdings gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Sie bestand auf der „privilegierten Partnerschaft“. Merkel reichte die Erfüllung der Kopenhager-Kriterien für einen EU-Beitritt nicht aus, es gehe auch um die Frage, ob die EU die Aufnahme der einwohnerstarken Türkei verkraften könnte. Die Union sehe eine

Überforderung der EU und betrachte daher eine Aufnahme der Türkei skeptisch (vgl. Die Welt 2003-b).

Die CSU machte die Türkei mit dem Motto „Freundschaft ja, Beitritt nein“ zum Thema im Europa-Wahlkampf. CSU-Generalsekretär Markus Söder kündigte an, dass die EU nach der Osterweiterung kein Geld mehr habe, um die enormen finanziellen Belastungen eines Türkei-Beitritts zu finanzieren. Mit einem Beitritt der Türkei wäre das Jahrhundertprojekt der europäischen Integration am Ende (vgl. Die Welt 2004-a).

Die deutsche Regierung unter Gerhard Schröder betrachtete einen EU-Beitritt der Türkei allerdings aus einer anderen Perspektive. Statt zukünftiger Berechnungen sollten beide Seiten jetzt und sofort gewinnen. Schröder (2004) sagte bei der Eröffnung der Deutsch-Türkischen Handelskammer 2004 in Köln:

„Es geht in erster Linie um Interessen, die Sie haben und die wir haben. Sie haben aus den Gründen, die Sie genannt haben, das Interesse, in einem sicher langwierigen Verhandlungsprozess Mitglied zu werden. Wir haben das wirtschaftliche, aber vor allen Dingen das sicherheitspolitische Interesse, dass das Experiment, für das Sie stehen, gelingt. Es wäre ein enormer Zuwachs an Sicherheit für Europa und damit auch für Deutschland.“

Damit bestätigte Schröder ausdrücklich gegenseitigen Interessen zu dienen. Er wolle seinen Beitrag zu einer Einheit in der Vielfalt leisten, damit es nicht zum Kampf der Kulturen käme. Er verlangte aber von den Muslimen in Deutschland ein Bekenntnis zur deutschen Rechtsordnung und demokratischen Spielregeln (vgl. Schröder 2004). Die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, argumentierte: *„Wir sind eine multikulturelle, multireligiöse Gesellschaft. [Das ist] keine Ideologie, kein grüner Spinnkram, sondern die Realität. Da kann man nicht so tun, als gäbe es das nicht.“* (Roth 2004)

Im Oktober 2004 kamen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac zusammen und sprachen sich für einen Beitritt der Türkei zur EU aus. Sie erwarteten, dass die europäischen Regierungschefs auf dem EU-

Gipfel im Dezember der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zustimmen würden (Der Spiegel 2004). Außenminister Joschka Fischer äußerte bei seiner Rede im Bundestag am 28. Oktober 2004, dass er für den Fall der Zurückweisung einer EU-Beitrittsperspektive für die Türkei sicherheitspolitisch und strategisch fatale Folgen für Deutschland und Europa sehe, betonte aber, dass es keinen Automatismus in Richtung Beitritt geben würde (vgl. Die Welt 2004-d).

Wie Schröder und Erdoğan es wünschten und erwarteten wurden im Dezember 2004 die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durch den Europäischen Rat positiv beurteilt (vgl. Europäische Kommission/Türkei). Die Verhandlungen gingen am ersten Tag des Gipfels recht zügig voran, der zweite Tag stand allerdings unter schlechten Vorzeichen. Auslöser war ein Ultimatum, welches der EU-Rat am Vorabend ausgesprochen hatte. Im Entwurf des Abschlussdokuments stand, die Türkei müsse vor dem Ende des Gipfels das Ankara-Protokoll paraphieren. Demnach sollte die seit 1996 bestehende Zollunion von Türkei und EU auf die zehn neuen Mitgliedsstaaten – darunter war der griechische Teil Zyperns – ausgedehnt werden. Das hätte indirekt die Anerkennung des griechischen Teil Zyperns bedeutet, dagegen hatte sich aber die türkische Regierung von Anfang an geweigert. Die Türkei wollte Zypern nur anerkennen, wenn auch das Embargo gegen die türkische Seite Zyperns aufgehoben würde. Da Erdoğan's Drohungen die Gespräche zu unterbrechen ernst zu nehmen waren, lenkte die EU ein um das Scheitern der Verhandlungen zu verhindern und strich diesen Passus aus der Abschlusserklärung. Im abgeschwächten Schlussdokument fehlte die Verpflichtung, das Ankara-Protokoll zu unterzeichnen, nur eine „Declaration of Good Will“ wurde eingefügt. Der EU-Rat begrüßte aber die Bereitschaft der Türkei, das Ankara-Protokoll vor dem Beginn der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 zu unterzeichnen, das Wort Zypern tauchte nicht auf (vgl. Volkery 2004). So war der Weg für EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geöffnet worden.

3.10.3. Fragezeichen der Ära Schröder

Grundsätzlich hatte Schröder die Regierung in einer Phase übernommen, in der die deutsche Außenpolitik gezwungen war, einen kleinen Wechsel bzw. Lockerung in der

Türkei-Politik einzuführen. Denn nach der ablehnenden Politik der CDU hatte sich die Türkei sehr weit von einer EU-Perspektive entfernt und eine Annäherung musste erfolgen. Genau das war mit der Schröder-Regierung eingetroffen. Dem gleich war auch der türkische Außenminister İsmail Cem (vgl. 2009: 100), der während der Kohl- und auch der Schröder-Regierung Außenminister der Türkei war, der Ansicht, dass sich nur in der Form und Äußerungsweise Unterschiede gab aber im Kern sich nicht viel verändert hatte.

Natürlich war auch die persönliche Wärme Gerhard Schröders und seiner Partei- und Koalitionskollegen nicht zu leugnen, aber die Schröder-Regierung hatte von 1998 bis 2002, bis zur AKP-Regierung unter Erdoğan ab 3. November 2002 keinen ernsthaften Gegenpart aus der Türkei. Daher war es für Schröder leicht in den EU-Türkei-Angelegenheiten zu handeln. Denn sogar ein möglicher EU-Beitritt der Türkei stand in absehbarer Zeit nicht zur Debatte. Gerhard Schröder hatte als erstes die Absicht die Türkei fest an die EU und die Europäischen Werte zu binden. Besonders nach der ablehnenden Türkei-Politik durch die CDU-Regierung unter der Führung von Helmut Kohl hatte sich die Türkei weit von einer EU-Perspektive entfernt. Dies erzeugte zu viele Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen. Wenn die Türkei sich vom europäischen Zug abkoppeln würde, würde dies den deutschen Interessen schaden. Da Interessen ein wichtiger Maßstab in der Außenpolitik sind, war Deutschland der Staat der den EU-Beitrittsprozess der Türkei am nächsten verfolgte (vgl. Cem 2009: 100).

Auch bekräftigen einige Kommentare und Äußerungen diese Skepsis. Hier kann man auf die Kommentare von Michael Stürmer (2002-b) verweisen: *„Wenn man zu alledem der Türkei einen Platz im europäischen Haus bieten will – oder muss –, dann ist es notwendig, das Grand Design zu überdenken.“* Weiter schrieb er (2002-a):

„Die Deutschen haben eine politische Chance, wie sie strategisch nur die Amerikaner haben: die Türken und damit indirekt die Türkei in Europa zu verankern. [...] Aber die westlich orientierte Elite weiß eines: Wenn Atatürks Erben scheitern an der Geschichte des Osmanischen Reiches, am Islam und an Borniertheit des Westens, dann droht Gefahr. Dann ist nicht

nur ihre eigene Führungsstellung dahin: dann wendet sich die Türkei nach Asien. Dann aber kommen für Europa, Amerika und Israel schwere Zeiten.“

Anders gesehen war eine EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht garantiert. Besonders betont wurde, dass das Ergebnis der Verhandlungen offen sei. Deutschland und die EU hatten die Möglichkeit, jederzeit die Notbremse zu ziehen, eine Ausstiegsklausel war vorhanden: Wenn ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten dafür wäre oder wenn der Reformprozess in der Türkei in den Kernbereichen Menschenrechte, Minderheitenschutz und Meinungsfreiheit ins Stocken geraten würde, könnten die Verhandlungen ausgesetzt werden. Ein weiteres Hindernis – oder eine Notbremse – würde die Ratifizierung des Beitrittsvertrages in allen EU-Mitgliedsländern per Parlamentsentscheid oder Referendum sein. Wenn nur ein Land dagegen sein würde, könnte der Beitritt nicht stattfinden (Die Welt 2004-e). Dirk Koch (1999) gab dazu wie folgt zu bedenken:

„Die EU-Kommission tut so, als habe die Türkei irgendwann eine reelle Chance auf Mitgliedschaft in der EU. Sie hat sie nicht. Im Schutz strenger Vertraulichkeit meinte Günter Verheugen in der Sitzung der EU-Kommission am vergangenen Mittwoch ein offenes Wort sagen zu können: Eigentlich gehöre die Türkei nicht in die Europäische Union. Gäbe es die Vorgeschichte nicht, jene über 30 Jahre immer wieder gebrochenen Versprechungen der EU für eine Aufnahme der Türkei in die Gemeinschaft, könnte man, so der deutsche Kommissar, offen über ‚eine ganz andere Strategie‘ nachdenken: Dann ließe sich gemeinsam mit Ankara ein neues Modell nachbarschaftlicher Assoziierung entwickeln. Und dieses Modell enger Partnerschaft könnte dann auch passen für die zukünftigen Beziehungen der EU zu Russland, zur Ukraine oder zu Staaten in Nordafrika.“

In einem Interview untermauerte EU-Kommissar Günter Verheugen (1999) diese Skepsis: *„Der Kandidatenstatus für die Türkei ist doch keine Wohltätigkeit seitens der EU, sondern eine politische Strategie, mit der wir unsere eigenen Interessen verfolgen.“*

Angesichts dieser Bedenken ist es nicht leicht zu sagen, dass die deutsche Unterstützung in der Ära Schröder rein aus freundschaftlichen Gründen zustande gekommen war. Im Vordergrund standen natürlich die nationalen Interessen (vgl. O. Bekar 2010), die Schröder gut zu verteidigen wusste.

3.11. Merkel sorgt für Spannungen

Mit den vorzeitigen Neuwahlen im Herbst 2005 wurde die Regierung von SPD und Grünen durch eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD abgelöst, aber die neue Regierung setzte die rot-grüne Reformpolitik mit nur geringen Akzentverschiebungen fort. In der Außenpolitik hingegen kehrten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Steinmeier zur Desorientierung früherer Bundesregierungen zurück und stellten sich damit wieder in die Kontinuität der alten Bundesrepublik (vgl. Görtemaker 2009: 182). So wurde die ablehnende Türkeipolitik Deutschlands nach der Wiedervereinigung nach einer kleinen und skeptischen Pause der Schröder-Regierung mit Angela Merkel weitergeführt (vgl. Aksoy 2011). Merkel lehnte bereits zu Oppositionszeiten einen EU-Beitritt der Türkei ab. Bei Erdoğans Besuch im August 2003 vertrat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Position, dass die ökonomische Situation der EU für den Beitritt der Türkei nicht gut genug sei (vgl. Milliyet 2003).

3.11.1. Merkels Vorschlag einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei

Die Christdemokraten suchten nach Gründen um einen EU-Beitritt der Türkei zu verhindern. Beim Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) am 04. Februar 2004 in Brüssel sagte Angela Merkel, dass es in den letzten 40 Jahren falsch gewesen sei, der Türkei falsche Versprechen zu geben, die man nicht halten könne, es sei klar, dass dieser Beitritt nie stattfinden würde. Der Präsident der (EVP) Wilfried Martens befürwortete „eine spezielle Beziehung“ mit der Türkei (vgl. Milliyet 2004). Am Ende kam die Vorstellung einer „privilegierten Partnerschaft“ zu Stande. Gemäß dieser Vorstellung sollte *„...eine Freihandelszone zwischen der EU und der Türkei, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Zusammenarbeit beim Kampf gegen den*

Terror...“ entstehen (Halusa 2004).

Nur existierte diese Art von Partnerschaft zwischen der Türkei und der EU schon längst: Weil sie seit 1996 Mitglied der Zollunion war, war der freie Warenaustausch zwischen der EU und der Türkei schon vorhanden. Als NATO-Mitglied war eine gemeinsame Sicherheitspolitik und eine enge Abstimmung in außenpolitischen Fragen schon seit über 50 Jahren selbstverständlich. Außerdem gehörte die Türkei zu den Ländern, die am entschiedensten gegen den Terrorismus kämpfen und somit erschien dieser Vorschlag unlogisch.

Die Europapolitikerin der FDP (Freie Demokratische Partei) Silvana Koch-Mehrin (2004) bezeichnete die Debatte um eine „privilegierte Partnerschaft“ als bedeutungslos: *„Das sind leere Worthülsen der CDU/CSU, um sich irgendwie aus der Affäre zu ziehen.“* Auch rechtlich fehlten die Grundlagen, zumal der Türkei in Helsinki der Kandidatenstatus zuerkannt worden war und die politischen Beitrittskriterien erfüllt worden waren.

Eine „privilegierte Partnerschaft“ schlug Angela Merkel dem türkischen Premierminister Erdoğan bei ihrem ersten Besuch im Februar 2004 vor. Sie betonte zwar, dass die EU kein Christenclub sei und niemand in Europa der Türkei das Tor verschließen wolle, aber gleichzeitig lehnte sie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei über eine EU-Vollmitgliedschaft zugunsten einer „privilegierten Partnerschaft“ ab. Merkel begründete ihre Haltung mit den ungünstigen Verhältnissen in der EU, die eine Erweiterung um 10 Länder zu verkraften habe (vgl. Süddeutsche Zeitung 2004-a). Es kam allerdings zu keinerlei Annäherung, Erdoğan (2004) lehnte eine „privilegierte Partnerschaft“ ab und betonte: *„Das war nicht in der Diskussion und wird nicht in die Diskussion reinkommen.“*

Monate später sprach sich die CDU-Chefin bei dem Treffen der konservativen EU-Regierungschefs im September 2004 erneut für eine „privilegierte Partnerschaft“ mit der Türkei aus und versuchte Widerstand gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei zu organisieren. Konservative Politiker gaben sich aber distanziert. Luxemburgs Regierungschef Juncker sagte, dass die Türkei bereits seit fünf Jahren den

Kandidatenstatus habe und es jetzt zu spät sei, eine „privilegierte Partnerschaft“ anzubieten (vgl. Die Welt 2004-b). In der Generalaussprache im Bundestag über den Haushalt im November 2004 erklärte Merkel, dass die Türkei auf gar keinen Fall den Eindruck haben dürfe, sie werde von Europa verstoßen. Es sei aber ein falscher Weg, jetzt Verhandlungen aufzunehmen, die nicht scheitern dürften, deshalb seien CDU/CSU für die „privilegierte Partnerschaft“ statt für eine Vollmitgliedschaft mit der Türkei (vgl. Stern 2004-b).

Mit ihrer Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei rannte Angela Merkel bei der großen Mehrheit der französischen Konservativen offene Türen ein. Schon im Mai 2004 hatte die Führung der französischen Präsidentenpartei UMP den EU-Ambitionen der Türkei eine klare Absage erteilt. Drahtzieher dieses Parteibeschlusses war der damalige Wirtschafts- und Finanzminister Nicolas Sarkozy. Damit stellte sich Sarkozy gegen Staatspräsident Jacques Chirac, der den Anfang der Verhandlungen mit der Türkei wünschte (Die Welt 2004-c) und unterstützte die Position von Merkel. So wurde eine Berlin-Paris Mauer vor der Türkei gebaut (vgl. Zengin 2010: 410). Das war bedeutsam, denn wenn Deutschland und Frankreich sich in irgendeiner Sache einig sind gibt es keine Macht in der EU, die sie von ihrem Beschluss abbringen könnte (vgl. Erhan 2010: 60).

Auch das deutliche französische „Nein“ zur ersten Verfassung der Europäischen Union spielte Merkel in die Hand. Formell hatten zwar die EU-Erweiterung und das Referendum nichts miteinander zu tun, aber Unsicherheiten über die Zukunft Europas könnte die Aufnahme weiterer Staaten erschweren. Der konservative, stellvertretende EU-Parlamentspräsident Ingo Friedrich erklärte umgehend, dass ein Türkei-Beitritt eventuell nicht mehr möglich wäre (vgl. Stern 2005-a).

Der türkische Außenminister Gül forderte Fairness und machte deutlich, dass der Beginn der Beitrittsverhandlungen nicht durch innenpolitische Diskussionen in den EU-Ländern beeinflusst werden dürfte (vgl. Süddeutsche Zeitung 2004-b). Dennoch wurde der EU-Beitritt der Türkei zum Wahlkampfthema in Deutschland. Im Falle eines Wahlsiegs bei der Bundestagswahl wollte Angela Merkel versuchen, einen EU-Beitritt der Türkei zu verhindern. Sie bekräftigte nochmals, dass sich die Union bei den

Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei für eine „privilegierte Partnerschaft“ statt einer Vollmitgliedschaft einsetzen würde (vgl. Stern 2004-d).

Der Bundestag entschied im Dezember 2004 gegen Angela Merkel, die wiederum vor einer Katastrophe warnte. Ein Antrag von CDU und CSU, in dem eine Vollmitgliedschaft der Türkei als schwerwiegender Fehler bezeichnet wurde, fand keine Unterstützung der Mehrheit (vgl. Stern 2004-e).

Nachdem Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde machte sie im Oktober 2006 einen Besuch in die Türkei, aber die Stimmung war deutlich schlechter als zu Zeiten von Schröder. Sie bekräftigte zwar, dass sie den Verträgen treu bleiben würde, wich aber nicht ab von der Idee einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei (vgl. Merkel 2006). Der Vorstand der CDU legte in der „Erfurter Erklärung“ Januar 2009 die Leitlinien für die kommenden zehn Jahre fest und dort die Vorbehalte der CDU gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU zu Gunsten einer „privilegierten Partnerschaft“ als richtige Lösung bekräftigt (vgl. Stern 2009).

3.11.2. Gründe für den Vorschlag einer „privilegierten Partnerschaft“

Die Wahrnehmung der EU als „christlicher Klub“ war noch immer wirksam. Gerhard Schröder vertrat die Position, dass die EU mit der Türkei noch vielseitiger und kreativer würde. Angela Merkel aber gewichtete die Homogenität stärker als die kulturelle Vielfalt, deshalb war sie gegen einen EU-Beitritt der Türkei und für eine „privilegierte Partnerschaft“ (vgl. Akyol 2006). Merkel bekräftigte unter großem Applaus ihr „Nein“ zu einer EU-Mitgliedschaft der Türkei. Sie betonte, dass die Aufnahme eines islamischen Landes die EU in ihrer Integrationsfähigkeit überfordern würde. Ein solcher Schritt würde den gesamten Charakter der EU verändern (vgl. Stern 2005-b). Auch der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber schloss den EU-Beitritt der Türkei aus, die EU müsse aufnahmebereit bleiben, aber das sei ein Schritt zu viel, die Türkei und Russland hätten eine andere Kultur die nicht in die EU passen würde, von gemeinsamen kulturellen Wurzeln könne keine Rede sein (vgl. Stern 2005-c).

Der Vorstandsvorsitzende des Verbandes türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa Eşref Ünsal sah den Hauptgrund für die ablehnende Haltung der Unionsparteien

zu einem EU-Beitritt der Türkei darin, dass mehr als 90% der türkischen Bevölkerung Muslime sind. Eine „privilegierte Partnerschaft“ wäre nichts anderes als eine „privilegierte Ausgrenzungspolitik“ gegenüber der Türkei (vgl. Stern 2004-a). Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hatte sich ebenfalls gegen den EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen. ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer verteidigte das von Merkel vorgeschlagene Modell und behauptete eine Aufnahme der Türkei würde die EU in ihrem kulturellen Selbstverständnis beschädigen (Die Welt 2004-c).

Neben kulturellen und religiösen Gründen fanden sich auch innenpolitische Aspekte, Eckhard Lohse (2010) meint dazu: „Angela Merkel weiß, dass es an der Heimatfront eine breite Skepsis gegenüber einem türkischen Beitritt gibt. Punkten lässt sich mit dem Thema nur, indem man dagegen ist.“ Auch der Direktor des Essener Zentrums für Türkeistudien Faruk Şen sieht innenpolitische Beweggründe, es gehe darum, Wählerstimmen zu gewinnen, zumal sich die Mehrheit der Deutschen in Umfragen gegen einen Beitritt der Türkei aussprachen (vgl. Stern 2004-c). In der Welt (2004-b) war zu lesen: „Die CDU-Vorsitzende will mit ihrem Vorschlag innenpolitisch punkten.“

Nur immer noch spielten Machtverhältnisse die wichtigste Rolle:

*„Angela Merkel hätte die Verhandlungen nicht verhindert, selbst wenn sie am 3. Oktober Kanzlerin gewesen wäre. Sie will nur zwei kleine Worte in einem großen Dokument: Privilegierte Partnerschaft und schon wäre die Türkei mit dem Virus infiziert, nicht wirklich dazuzugehören. In Wahrheit hat Frau Merkel nämlich Angst davor, dass nicht mehr die Christdemokraten, sondern die Türken Europa regieren könnten.“
(Kornelius 2005)*

Die „privilegierte Partnerschaft“ ist eine Formulierung dafür, dass man die Türkei nicht in der EU will, aber sie auch nicht außen stehen lässt. Ohne die Türkei geht es anscheinend nicht, aber eine Vollmitgliedschaft ist auch nicht erwünscht. Die Türkei sollte an die EU gebunden sein, aber kein Mitspracherecht haben, so dass das Gleichgewicht von Deutschland und Frankreich nicht angegriffen wäre (vgl. Taşgetiren 2006). Vor diesem Hintergrund bot sich für Angela Merkel ein Weg, auf Zeit zu spielen

(vgl. Lohse 2010). Zumal sie von Anfang an gegen einen EU-Beitritt der Türkei war, aber das Land binden will, vertritt sie die Möglichkeit einer „privilegierten Partnerschaft“. So würde man der Türkei keine falschen Hoffnungen machen aber auch nicht die Tür vor der Nase zuschlagen.

3.11.3. Merkel und die schwierigen EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei

Trotz Angela Merkels Ablehnung gingen die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU weiter, aber jedes Mal stellten sich neue Probleme. Am 3. Oktober 2005 waren die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und Kroatien eröffnet worden (vgl. EU/History), damit begann die analytische Prüfung des Besitzstands, das „Screening“. Im Juni 2006 wurden die Verhandlungen über die Wissenschaft und Forschung aufgenommen und als einziges Kapitel ordnungsgemäß und vorläufig abgeschlossen (vgl. Europäische Kommission/Türkei).

Da die Türkei die Schlussakte zum Abkommen von Ankara nicht auf Zypern angewandt hatte, beschloss der Rat im Dezember 2006, acht wichtige Kapitel nicht zu öffnen und vorläufig kein Kapitel zu schließen. Bei diesen Kapiteln handelte es sich um: Freier Warenverkehr, Recht auf Niederlassung und Dienstleistungsfreiheit, Finanzdienstleistungen, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Fischerei, Verkehrspolitik, Zollunion und Außenbeziehungen. Im März 2007 wurden die Kapitel Unternehmen und Industrie, im Juni die Finanzkontrolle und Statistik, im Dezember transeuropäische Netze, sowie Verbraucher- und Gesundheitsschutz und im Juni 2008 die zwei Kapitel: Rechte an geistigem Eigentum und Gesellschaftsrecht aufgenommen und verhandelt, im Februar 2008 wurde eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft für die Türkei verabschiedet (vgl. Europäische Kommission/Türkei).

2010 kamen die Beitrittsverhandlungen, wenn auch langsam, voran. Trotz der 2009 erzielten Fortschritte gab es Sorgen, dass der Beitrittsprozess der Türkei an Dynamik verlieren könnte. 2010 wurden Verhandlungen über zwei Kapitel, Umwelt und Lebensmittelsicherheit, aufgenommen. Damit wurden die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Türkei, die am 3. Oktober 2005 eingeleitet wurden, bisher über 13

von insgesamt 33 Kapiteln eröffnet; eines davon wurde bereits vorläufig abgeschlossen. Ansonsten wurden im Falle von acht Kapiteln Benchmarks für die Verhandlungseröffnung festgesetzt (vgl. Europäische Kommission 2010).

4. DAS ENDE DER SPANNUNGSZEITEN (2010)

Das letzte Kapitel behandelt die Frage inwiefern sich die Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen 2010 gelegt haben. Die Voraussetzungen wären gegeben, zumal sich die wirtschaftliche Lage in der Türkei verbessert und in der Eurozone verschlechtert hat, wodurch der EU-Beitrittswunsch der Türkei nicht mehr akut ist. Aufgrund der diversen Krisen sollte eine neue, gemeinsame Strategie überdacht werden. Besseren Beziehungen steht eigentlich nichts im Weg, sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre starre Haltung aufgegeben. Optimistisch stimmen jedenfalls die Aussagen des Bundespräsidenten Christian Wulf, der den Islam als Teil der deutschen Realität anerkennt und sich für eine Wende in den deutsch-türkischen Beziehungen eingesetzt hat.

4.1. Die Fortschritte auf türkischer Seite

4.1.1. Die attraktive türkische Außenpolitik

Zwar hatte das Schwarzmeer-Abkommen unter türkischer Ägide das Millennium überdauert, aber mit der türkischen Option im Kaukasus und in Zentralasien war es vorbei. Das Erwachen aus dem pantürkischen Traum Mitte der 90er Jahre beruhte auf den Schwächen in den wirtschaftlichen, politischen, ethnischen, sprachlichen, religiösen und kulturellen Bereichen. Auch auf dem Balkan waren die Handlungsmöglichkeiten der Türkei begrenzt. Mit dem Ende des Balkan-Krieges normalisierten sich auch die Beziehungen zu den Balkan-Ländern. Mit dem frühen Tod von Staatspräsident Turgut Özal im Jahre 1993 verlor die türkische Außenpolitik einen wichtigen Antrieb. Dies führte dazu, dass die Türkei von einem nicht verwirklichtbaren Traum erwachte und begann, auf den Boden der Realität zurückzukommen. Damit war der bedeckte Wunsch, wie Deutschland eine ethnisch orientierte Vereinigung zu erreichen um eine regionale Macht zu werden, vergangen. So verschwand ein wichtiger Faktor, der zu Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen geführt hatte, aus den Gedanken türkische Politiker.

Darüber hinaus war die neue AKP-Regierung eine kulturell konservative und marktwirtschaftlich orientierte Mittelstandsbewegung. Ihre Mitglieder wollten keinen islamistischen Umsturz und keine panturkische Versuche sondern die Integration ins System und den gesellschaftlichen Aufstieg (vgl. Polenz 2010: 57). Die türkische Regierung hat in den letzten Jahren eine aktive und multidimensionale Außenpolitik betrieben, nur -wie betont- auf dem Boden der realen Bedingungen. Auch ist es möglich zu sagen, dass die Türkei eine regionale Macht ist, die an der Schwelle zur globalen Macht steht (vgl. Yenigün 2010: 81). Jedenfalls ist klar, *„Die Türkei ist derzeit dabei, ihren Platz in der globalen Welt und ihre Rolle in der Region zwischen Europa, Zentralasien, Nahost, Schwarzmeer- und Mittelmeer neu zu definieren.“* (Senkyr 2010: 94) Der Aufstieg zu einem regional und international wichtigen Akteur hat wirtschaftliche, innenpolitische und außenpolitische Dimensionen, die sich auch auf die geopolitisch günstige Lage des Landes stützten. Eine außenpolitische Öffnung und Annäherung an die Länder der Mittel- und Nahostregion fand zwar bereits unter Ministerpräsident Özal in den 80er Jahren statt, aber eine gezielt regional und global ausgerichtete Außenpolitik, die sich auf ihre eigene Dynamik stützt, wurde erst durch die AKP-Regierung eingeleitet (vgl. Senkyr 2010: 94).

Der Professor für Politikwissenschaft Ahmet Davutoğlu ist der Architekt dieser neuen türkischen Außenpolitik. Seit Mai 2009 ist Davutoğlu Außenminister, zuvor war er von 2003 bis 2009 als außenpolitischer Berater von Ministerpräsident Erdoğan tätig (vgl. Zengin 2010: 82). Seine Strategie versteht Davutoğlu (2001) als Konzept der „strategischen Tiefe“ („Stratejik Derinlik“), sie verfolgt eine Veränderung von einer weitgehend passiven, eindimensionalen zu einer dynamischen und multidimensionalen Außenpolitik. Wie Özals Außenpolitik verfolgt auch das Konzept der „strategischen Tiefe“ das Ziel, die Türkei zu einem unverzichtbaren Akteur in der regionalen und internationalen Politik zu machen, sowie das Land als Wirtschafts- und Energiezentrum zu etablieren. Die AKP-Regierung verfolgt eine „Null-Problem-Politik“ und eine „Politik der maximalen Integration“ gegenüber ihren Nachbarn, wie Syrien, dem Irak, Iran, Armenien und Griechenland, die lange Jahre als feindlich betrachtet wurden (vgl. Gürbey 2010: 22). Außenpolitisch rückt die Türkei immer mehr zu einer Regionalmacht mit überregionalen Ambitionen auf. Das Land ist das einzig muslimisch geprägte

NATO-Mitglied und gleichzeitig EU-Beitrittskandidat, zudem hat Ankara einen Sitz in der G-20. Trotz ihrer Lage in einer der konfliktreichsten Regionen der Welt verfügt die Türkei über gute Verhältnisse zu fast allen Nachbarländern (vgl. Senkyr 2010: 84).

So hat die AKP-Regierung die Beziehungen mit Syrien ausgeweitet: In der letzten Zeit wurde eine Reihe von Verträgen zur militärstrategischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit beschlossen (vgl. Gürbey 2010: 23), die Visumspflicht wurde beidseitig aufgehoben, und das mit einem Staat mit dem man vor 10 Jahren fast Krieg geführt hatte (vgl. Erhan 2010: 159). Mit den Worten des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül ist Syrien das Tor der Türkei in den Mittlere Osten und die Türkei für Syrien das Tor nach Europa (vgl. Erhan 2010: 151).

In den vergangenen Jahren vermittelte die Türkei in den indirekten Friedensgesprächen zwischen Israel und Syrien und schickte Friedenssoldaten in den Libanon (vgl. Senkyr 2010: 84). Die Friedens- und Vermittlungsbemühungen der Türkei bewährten sich vor allem im Gazastreifen 2008 und 2009. Im Dezember 2008 startete die AKP-Regierung frühzeitig eine Pendeldiplomatie mit dem Ziel, die israelischen Angriffe zu stoppen und die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen (vgl. Gürbey 2010: 24).

Anfang 2009 verschlechterte sich allerdings das Verhältnis zwischen der Türkei und Israel. Im Januar 2010 kam es erneut zu diplomatischen Spannungen, und zwar nach dem Zwist des türkischen Botschafters mit dem israelischen Vizeaußenminister, so zog die Türkei ihren Botschafter aus Israel ab (vgl. Senkyr 2010: 96). Alles in allem aber kann von einer eigenständigen und aktiven Außenpolitik auch mit Israel die Rede sein. Die Türkei ist somit das einzige Land der Region, das Partner von den USA ist und gleichzeitig über friedliche Beziehungen mit Israel, den arabischen Ländern und dem Iran verfügt (vgl. Fuller 2011: 224).

Nach der BAAS- und Saddam-Regierung beschloss die Türkei mit dem Irak im Oktober 2009 zahlreiche Verträge und Vereinbarungen, die eine enge sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsehen. Auch gegenüber der autonomen kurdischen Region im Nordirak verfolgt die AKP-Regierung eine liberale Öffnungspolitik, die in dieser Form und Ausprägung neu und durch Dialog und Kooperation gekennzeichnet ist (vgl.

Gürbey 2010: 23).

Die Türkei hat positiv zur Stabilisierung von Regionen wie dem Südkaukasus und dem Nahen Osten beigetragen, auch die diplomatischen Bemühungen um die Normalisierung der Beziehungen zu Armenien sind erheblich vorangekommen (vgl. Europäische Kommission 2009). Nach dem Besuch des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül in Armenien, anlässlich eines armenisch-türkischen Fußballspiels, fand dort ein Treffen mit dem armenischen Staatspräsidenten Serj Sarkisyan statt (vgl. Erhan 2010: 227). Das wichtigste Ereignis in den türkische-armenischen Beziehungen war aber die Unterzeichnung der Protokolle 2009 in Zürich für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Öffnung der Grenze. Allerdings wurde über die Protokolle nicht in den Parlamenten abgestimmt (vgl. Erhan 2010: 231) und daher benötigt die Normalisierung der Beziehungen noch eine Weile Zeit.

Historisch bedingt waren die Beziehungen zu Griechenland bisher eine heikle Angelegenheit, aber auch hier konnten die Beziehungen normalisiert werden. Griechenland unterstützt sogar derzeit die EU-Mitgliedschaft der Türkei (vgl. Senkyr 2010: 96). Der Besuch von Erdoğan mit einer Begleitung von 320 Personen gleich nach dem Anfang der griechischen Finanzkrise war ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen. Es herrscht eine so freundliche Atmosphäre, wie schon seit Jahrhunderten nicht. Insgesamt wurden 22 Vereinbarungen getroffen, fast mehr als die vorherigen Vereinbarungen in der Geschichte beider Länder (vgl. Sabah 2010).

Im Norden hat die Türkei auch mit der Russischen Föderation in letzter Zeit gute Beziehungen gepflegt und zahlreiche Abkommen zur bilateralen Zusammenarbeit abgeschlossen, insbesondere im Energiebereich, im Tourismussektor, im Handel und in der militärischen Kooperation (vgl. Senkyr 2010: 98). Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat die geopolitische Lage der Türkei eine zentrale Bedeutung bekommen. Außerdem sind fast alle regionale Gefahren, von denen die Türkei herausgefordert wurde, entweder geschwächt oder verschwunden. Daher genießt Ankara mit Moskau eine intensive freundschaftliche Beziehung wie es sie in der Geschichte nicht gegeben hat (vgl. Fuller 2011: 159). Besonders wichtig sind auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland. Seit dem Beginn der AKP-Regierung 2002 sind sie stetig

gestiegen. Die Handelsbeziehungen sind zwischen 2002–2008 sogar fast um das Sechsfache gestiegen. 2004 stieg das Handelsvolumen mit der Russische Föderation auf 9 Milliarden Dollar. Damit setzte sie sich auf Platz zwei im Außenhandel der Türkei. Wenn auch Gas und Mineralöl dabei eine wichtige Rolle gespielt hat, wurde Russland mit 38 Mrd. Dollar 2008 der wichtigste Handelspartner der Türkei (vgl. İmanov 2010: 732 f.) und Deutschland wurde damit hinter China und Russland auf Platz drei gedrängt.

Die Beziehungen zu Georgien sind neben guter Nachbarschaft besonders durch Energielinien bestimmt. Die AKP-Regierung versucht, die Türkei in einen Energiekorridor umzuwandeln. So wurde 2006 die Baku-Tiflis-Ceyhan-Ölpipeline (BTC) in Betrieb genommen, auf diesem Weg wird das Rohöl von Ölfeldern in Aserbaidshan und Kasachstan am Kaspischen Meer über Georgien, zum türkischen Hafen Ceyhan am Mittelmeer geführt. Parallel dazu wurde die Baku-Tiflis-Erzurum-Erdgaspipeline (BTE) gelegt. Sie soll vor allem den Bedarf Georgiens und der Türkei decken und weiter über die „Turkey-Greece Interconnector Line“ nach Europa Energie liefern, 2006 wurde sie in Betrieb genommen. Ein weiteres, für die EU besonders wichtiges Projekt betrifft die Nabucco-Pipeline, mit der Erdgas aus dem kaspischen und zentralasiatischen Raum außerhalb des russischen Territoriums über Georgien und die Türkei nach Europa führen soll. Nach schwierigen Verhandlungen wurde im Juli 2009 der zwischenstaatliche Vertrag für den Bau der Nabucco-Gaspipeline von den Regierungschefs der fünf beteiligten Transitstaaten Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Türkei in Ankara unterzeichnet (vgl. Gürbey 2010: 24 f.).

Das Verhältnis der Türkei zum Iran hat sich besonders in den letzten Jahren verbessert. Probleme hinsichtlich des Terrors und den religiösen Einmischungen Irans haben abgenommen. Darüber hinaus sind die ökonomischen Verhältnisse besonders im Energiebereich weit fortgeschritten. Da keine Visumpflicht besteht kommen jährlich eine halbe Mio. iranische Touristen in die Türkei (vgl. T.C. Dışişleri Bakanlığı/ Außenministerium der Türkischen Republik). Beim Besuch Erdoğans in Teheran im Oktober 2009 wurden zahlreiche Verträge zur bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Energie, Investitionen und Handel unterzeichnet (vgl. Senkyr 2010: 97).

Außerhalb seiner Grenzen genießt die Türkei, als einziges muslimisches NATO-Land, in Afghanistan mehr Vertrauen als die anderen Staaten der westlichen Allianz und führte bereits zweimal das Kommando über die Region Kabul. Gegenwärtig sind 1.750 ISAF (International Security Assistance Force)-Soldaten stationiert und in der Londoner Konferenz ist der Bau von 68 Schulen durch die türkische Entwicklungsgesellschaft TİKA (Türk İşbirliği ve Kalkınma Ajansı/Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Aufschwung) zugesagt worden. Darüber hinaus hat Ankara in den letzten drei Jahren bereits vier türkisch-afghanisch-pakistanische Gipfeltreffen organisiert, um zwischen Kabul und Islamabad zu vermitteln. Die freundlichen Beziehungen der Türkei zu Afghanistan und Pakistan machen die Türkei zu einem natürlichen Vermittler (vgl. Fuller 2011: 235).

Auch die türkische Politik auf dem Balkan hat in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen. Die Türkei hat eine aktive Position im Balkan übernommen und ist bei zahlreichen Sicherheitsmissionen beteiligt. Der Einfluss der Türkei im Balkan hat außerdem mit den türkischen NGOs und den Tätigkeiten der türkischen Wirtschaftsleute und Organisationen deutlich zugenommen. Die Türkei übernahm sogar eine Vermittlerrolle zwischen den ehemaligen Feinden Serbien und Bosnien-Herzegowina und war dabei erfolgreich. Das Beispiel des Balkans ist auch deswegen wichtig um zu verstehen, dass die Türkei nicht nur im Mittleren Osten oder Russland aktiv ist (vgl. Yenigün 2010: 74 f.), sondern sich rundherum ausgedehnt hat.

Durch die aktive Außenpolitik der letzten Jahre hat die Türkei ihr Interesse an stabilen Nachbarn und allseits guten Beziehungen unter Beweis gestellt. Aber Davutoğlus außenpolitische Strategie und die Akzentuierung der türkischen Außenpolitik im regionalen Umfeld beinhaltet keine hegemoniale Rolle für die Türkei im Sinne der Bildung einer türkischen Hegemonie in der Region. Mit der Politik der „strategischen Tiefe“ hat auch kein substanzieller Wandel in der Außenpolitik der Türkei im Sinn einer Abkehr von ihrer traditionellen Westbindung stattgefunden. Es kam zu keinen Akzentverschiebungen außenpolitischer Prioritäten, sondern zur Akzentuierung der türkischen Außenpolitik im regionalen Umfeld. Vorrangige außenpolitische Aufgabe der Türkei ist nunmehr die Festigung ihrer Position als regionaler Akteur (vgl. Gürbey

2010: 26) mit realen Vorstellungen.

Meinungsumfragen zeigen, dass mit der Vergrößerung des Handlungsraums und dem wachsenden Wohlstand das Interesse der türkischen Bevölkerung an einer Mitgliedschaft in der EU deutlich sinkt (vgl. Wurzel, Labuhn 2011). Die Stimmung in der Türkei wird auch von ungünstigen Entwicklungen, wie den Finanzkrisen, und durch die von Frankreich und Deutschland geführte Debatte um eine „privilegierte Partnerschaft“ als Alternativangebot zum EU-Beitritt negativ beeinflusst (vgl. Senkyr 2010: 99). Zwar lässt der türkische Wille zu einem Beitritt in die EU nach, aber der Wille sich mit Europa allgemein zu verstehen, nimmt zu. Unabhängig vom Ausgang der EU-Beitrittsverhandlungen wird die Türkei weiterhin eng mit Europa zusammenarbeiten, aber mit noch günstigeren Bedingungen für sie.

„Der Aufstieg der Türkei zur neuen Mittelmacht ist aus der Sicht des Westens mit vielen Chancen, aber auch mit Herausforderungen verbunden. Gerade für Deutschland, dem Land mit der größten türkischen Gemeinde außerhalb der Türkei und einer langen Tradition bilateraler Beziehungen, ist die Entwicklung in diesem strategisch wichtigen Land von großer Bedeutung.“ (Senkyr 2010: 84 f.)

4.1.2. Die gewachsene Wirtschaftskraft der Türkei

Mit dem Machtantritt der AKP-Regierung im November 2002 begann für die türkische Wirtschaft eine neue Zeit. Die türkische Wirtschaft, die seit Jahren unter Finanz- und Wirtschafts-Krisen litt, verfügte zwar über großes Potential, konnte dieses aber nicht ausreichend ausnutzen. Mit der AKP-Regierung bekam sie die Möglichkeit, im Schutze politischer Stabilität förmlich zu explodieren. Die Inflation, die am Anfang des 21. Jhd. mehr als 150% betrug, sank Ende 2010 auf 6,4%. Seit langer Zeit ist die Währung, die türkische Lira, stabil. Die Regierung privatisierte viele Staatsfirmen, was Auslandsinvestoren anzog. Das Pro-Kopf-Einkommen der Türken hat sich seit der Machtübernahme der AKP 2002 nominal verdreifacht und lag Ende 2010 bei über 10.000 US Dollar im Jahr. Das Wirtschaftswachstum war rasant und die Türkei wurde die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft in Europa. Durchschnittlich wuchs sie in

den letzten acht Jahren ca. 7% und Ende 2010 waren es sogar 8,9%. Damit stand sie weltweit direkt hinter China. Die Türkei hat sich in den letzten Jahren zum „Hot-Spot“ für ausländische Direktinvestitionen entwickelt. Für den Zeitraum von 2008–2010 bescheinigte die UN der Türkei das 15.-beste Investitionsklima weltweit, so flossen 2010 insgesamt 8,9 Mrd. US-Dollar an Investitionen in die Türkei. Dank der guten Arbeit der Erdoğan-Regierung sanken die Staatsschulden von knapp 80% auf 42% der Wirtschaftsleistung. Neben den europäischen Märkten entdeckte die Türkei neue Märkte auf aller Welt, besonders aber die Nachbarregionen im Osten stellten einen wichtigen Absatzmarkt für türkische Produkte dar (vgl. Deutsch-Türkische Industrie und Handelskammer 2010: 48–53).

Auch die Deutschen waren sich bewusst, dass die türkische Wirtschaft sich verändert hatte. Schon im Jahre 2008 sagte Rainer Hermann (2008: 262): *„Vorbei sind die Zeiten, in denen die Türkei Agrarprodukte und Billigtextilien exportierte. Mit seiner diversifizierten Wirtschaft steht das Land auf Rang 20 der größten Lieferanten Deutschlands.“* Längst investieren die großen türkischen Unternehmer auch außerhalb des Landes. Sogar in Deutschland kaufte die Koç-Gruppe die Firma Grundig, ein Symbol des deutschen Wirtschaftswunders. Die Eczacıbaşı-Gruppe erwarb 2006 Villeroy & Boch, den feinsten deutschen Produzenten für Porzellan und Keramik. Auch die Sabancı-Gruppe, die längst zu den weltweit größten Produzenten von Kunstfasern gehört, produziert inzwischen in Deutschland (vgl. Hermann 2008: 262).

Die EU war sich ebenfalls über die Fortschritte der türkischen Wirtschaft bewusst. Im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission von 2007 stand: *„Die Türkei kann als funktionsfähige Marktwirtschaft angesehen werden.“* (Europäische Kommission 2007). 2010 wurde daraus: *„Die Türkei ist eine funktionierende Marktwirtschaft.“* (vgl. Europäische Kommission 2010) Das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich 2010 weiter. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wurde aufrechterhalten und der Zugang zu auswärtigem Kapital war für den öffentlichen und den privaten Sektor weiterhin unproblematisch. Neben der Handels- und Wirtschaftsintegration mit der EU, die auf hohem Niveau fortbestand, verstärkte die Türkei ihre Präsenz auch auf neuen Märkten. Sie unterzeichnete das Regierungsabkommen über die Nabucco-Pipeline und

so blieb die Türkei auf dem Gebiet der Energieversorgungssicherheit nach wie vor ein wichtiger Partner für die EU. Außerdem ebnete die Paraphierung des horizontalen Luftverkehrsabkommens im März 2010 den Weg für eine engere Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der EU im Luftverkehr. Auch wurden erhebliche Fortschritte im Hinblick auf den Abschluss der Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Türkei erzielt (vgl. Europäische Kommission 2010).

Die Türkei befindet sich unter den größten Volkswirtschaften der Welt momentan an 16. Stelle und ist Mitglied der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer G-20 (vgl. G-20). In Europa steht die Türkei an sechster Stelle gleich hinter Spanien (vgl. Hazine Müsteşarlığı).

Auch die globale Finanzkrise und die Krise in der Eurozone haben der Türkei als einem von wenigen Ländern kaum geschadet. Der Geschäftsführer der deutsch-türkischen Industrie- und Handelskammer in Istanbul, Marc Landau, ist sogar der Meinung, dass die Türkei aus der Krise gestärkt hervorgegangen ist (vgl. Strittmatter 19. Oktober 2010-a). Gegen Ende des Jahres 2010 wurde in der deutschen Presse auf das anatolische Wirtschaftswunder hingewiesen. Strittmatter fasst gut zusammen:

„Es ist ganz einfach: Die Türkei boomt. [...] Die alten Warnungen vor der Aufnahme einer armen, rückständigen Türkei in die EU, sie klingen von Jahr zu Jahr hohler. ‚Ehrlich gesagt‘, meint ein Istanbuler Geschäftsmann bei einem Glas Tee am Bosphorus, ‚muss man sich im Moment doch mehr Sorgen um die EU machen als um die Türkei.‘ [...] Auf der Liste der Hauptlieferländer sind Russland und China an Deutschland vorbeigezogen. Auch wenn der meiste Handel weiter mit EU- und OECD-Ländern betrieben werde, meint Landau: ‚Mit der Dominanz der Deutschen ist es vorbei.‘“ (Strittmatter 2010-a)

Hier ist auch die Analyse von Frank Stocker (2010) in seinem Artikel mit dem Titel „Wirtschaftswunder, Die Türkei ist glücklich – auch ohne die EU.“ sehr zutreffend:

„Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist höchst zufrieden. Ministerpräsident Erdogan hat es in den zehn Jahren, seit er an der Macht ist, geschafft, die Türkei in eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt zu verwandeln. [...] Die Staatsschulden betragen gerade einmal 35 Prozent der Wirtschaftskraft, halb so viel wie in Deutschland, vom Nachbarn Griechenland ganz zu schweigen. [...] Der Vergleich mit Griechenland ist auch deshalb interessant, weil der Nachbar Mitglied eben jenes Klubs ist, dem die Türkei seit Jahrzehnten ebenfalls beitreten will, der Europäischen Union. Doch angesichts der jüngsten Entwicklungen in EU und Euro-Raum macht sich bei vielen Türken heute der Eindruck breit, dass es vielleicht sogar besser ist, diesem Klub nicht anzugehören.“

Besonders symbolträchtig sind Aussagen wie: „Die Türkei boomt“, „Die Türkei ist glücklich – auch ohne die EU“ und „Mit der Dominanz der Deutschen ist es vorbei.“ Das hat auch Auswirkung auf die deutsch-türkischen Beziehungen, besonders im Rahmen der EU. Der geizige Wunsch der Türkei in die EU beizutreten öffnete den EU-Staaten, besonders aber Deutschland, Möglichkeiten mit der Türkei leicht zu spielen. Doch 2010 hat sich die Situation geändert. Die Türkei ist auch ohne die EU glücklich. Da auch die Dominanz der Deutschen am Ende scheint, ist die Möglichkeit gegeben, sich mit den Türken gut zu stellen, was auch die Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen mildert und zur Zusammenarbeit führt.

4.1.3. Die AKP-Regierung und der Erfolg im EU-Reformprozess

Von Beginn an war die AKP-Regierung fest entschlossen, die Türkei in die EU zu bringen und bemühte sich die notwendigen Reformen durchzuführen. Schon im ersten Regierungsjahr (2002–2003) erreichte die AKP sehr wichtige Fortschritte im von der EU geforderten Reformprozess.

Wie 2003 dem regelmäßigen Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zur EU zu entnehmen war hatte die Türkei in nur einem Jahr beeindruckende legislative Anstrengungen unternommen, die im Hinblick auf die Erfüllung der politischen

Kriterien von Kopenhagen einen bedeutenden Fortschritt ausmachten. So brachte die entscheidende Änderung der Aufgaben, Zuständigkeiten und Arbeitsweise des Nationalen Sicherheitsrates (NSR) den Rahmen der Beziehungen zwischen Zivilsphäre und Militär näher an die Praxis in den EU-Mitgliedstaaten. Der Aufgabenzuschnitt des Generalsekretärs des NSR wurde entkräftet und seine Exekutivbefugnisse wurden abgeschafft. Mit der Einrichtung eines neuen Systems der Familiengerichte wurde das Justizsystem gestärkt und die Urteilskompetenz von Militärgerichten über Zivilisten abgeschafft. Das Zivilrechtliche Übereinkommen über Korruption wurde ratifiziert, so dass die Türkei am 1. Januar 2004 der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats beitrug. Wichtige Übereinkommen wie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den Pakt über soziale und wirtschaftliche Rechte und das sechste Protokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention wurden ratifiziert. Gegen Menschenrechtsverletzungen und Misshandlungen wurde stärker vorgegangen und das türkische Rechtssystem hatte sich in dieser Hinsicht stärker an die europäischen Standards angenähert. Mit der Fortsetzung der Reform des Gefängnisystems wurden den Häftlingen umfangreichere Rechte zugestanden. Mehrere rechtliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit wurden aufgehoben. Merkliche Fortschritte wurden im Bereich der Demonstrationsfreiheit und des Rechts auf friedliche Versammlung erzielt, wo ebenfalls mehrere Beschränkungen aufgehoben wurden. Im Hinblick auf die Vereinigungsfreiheit wurden einige Einschränkungen gelockert und die Aufhebung des Ausnahmezustands im Südosten hat im Allgemeinen die Spannungen in der Bevölkerung gesenkt. Auch gegenüber Kulturveranstaltungen wurde größere Toleranz geübt (vgl. Europäische Kommission 2003).

Wichtige Reformen standen auch 2006 an: Im Zusammenhang mit der Ratifizierung von Menschenrechtsübereinkommen ist festzustellen, dass die Türkei im März 2006 das Zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe ratifiziert hat. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Korruption wurde im Juni 2006 in Kraft gesetzt (vgl. Europäische Kommission, 2006).

Weitere Reformen folgten 2007 und es wurden Fortschritte bei der Reform der

Rechtsvorschriften über die öffentliche Verwaltung und bei der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Justizwesens verzeichnet. Weiter wurden Schritte unternommen, um die Rechte der Frauen zu stärken (vgl. Europäische Kommission 2007). 2008 erzielte die Regierung, in Bezug auf die Meinungsfreiheit und die Stärkung der Eigentumsrechte nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften im Bereich der Gesetzgebung wichtige Fortschritte (vgl. Europäische Kommission 2008).

Hinsichtlich der kulturellen Rechte war 2009 die Eröffnung eines landesweiten öffentlichen Fernsehkanals, der rund um die Uhr auf Kurdisch sendet, ein sehr positiver Schritt nach vorne. Ferner hat die Regierung zur umfassenden Lösung der Kurdenfrage eine breit angelegte Initiative mit der Zivilgesellschaft und den politischen Parteien eingeleitet. Außerdem boten die Ermittlungen gegen das mutmaßlich kriminelle Netzwerk Ergenekon, die zur Erhebung schwerer strafrechtlicher Vorwürfe gegen Militäroffiziere und nationalistische Kreise geführt haben, der Türkei die Chance die rechtsstaatliche Ordnung zu stärken (vgl. Europäische Kommission 2009). Einer der wichtigsten und umfangreichsten Reformen wurde 2010 unternommen. Es handelt sich um eine Verfassungsreform in 26 Punkten:

„Mit dem am 12. September [2010] per Referendum gebilligten Verfassungspaket wurden die Voraussetzungen für Fortschritte in Bereichen wie Justiz, Grundrechte oder öffentliche Verwaltung geschaffen. Die Reformen führten zu folgenden Änderungen: Einschränkung der Zuständigkeit der Militärgerichte, Umstrukturierung des Verfassungsgerichts, Erweiterung der Zusammensetzung des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte, der nun die Justiz insgesamt besser repräsentiert, Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im öffentlichen Sektor, Schaffung der Grundlage für die Annahme besonderer Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Frauen und Kindern, Gewährleistung des Schutzes personenbezogener Daten und Einführung des Rechts auf Beschwerde bei einem Ombudsmann.“ (Europäische Kommission 2010)

In diesem wegweisenden Referendum haben die Türken mit ca. 58 Prozent der Stimmen

der umfassendsten Verfassungsreform in ihrem Land seit Jahrzehnten zugestimmt. Die insgesamt 26 Änderungen brachten den türkischen Bürgern mehr Rechte, zugleich wurde die zivile Kontrolle über die Armee gestärkt, Putschisten könnten erstmals vor Gericht gestellt werden.⁹ Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) sprach mit Hochachtung von einem weiteren wichtigen Schritt der Türkei auf dem Weg nach Europa (vgl. Stern 2010-a). All diese Reformen stärkten die Handlungsfähigkeit der Türkei im EU-Beitrittsprozess und schwächten die Hand Deutschlands nach Auswegen zu suchen, um die Türkei von der EU fern zu halten, was eines der wichtigsten Bestandteile der Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen dargestellt hatte.

4.2. Veränderungen auf deutscher Seite und die Annäherung der deutschen Führung

4.2.1. Die globale Finanzkrise von 2008

Auch nach 20 Jahren leidet Deutschland noch an den hohen Kosten der Wiedervereinigung, hohe Beträge werden an den Osten bezahlt. Allein in Betracht auf die Zahlungen, hat der Westen tatsächlich einen hohen Preis für die Einheit bezahlt, die Summe bis 2010 beläuft sich auf 1,4 Billionen Euro netto. "Netto" bedeutet, dass die Steuer- und Einnahmen aus den neuen Bundesländern vom Gesamtbetrag subtrahiert wurden. Rein fiskalisch betrachtet, hat der Westen über Transfers in den Osten den großen Teil der deutschen Einheit bezahlt (vgl. Ettel, Greive 2010). So war der ununterbrochene West-Ost-Transfer und die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Vereinigung zu etwa zwei Dritteln für die Wachstumsschwäche Deutschlands zu Beginn des 21. Jhd. verantwortlich (vgl. Betz 2005: 107).

Neben der finanziellen Last der Vereinigung litt Deutschland außerdem unter der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09. Mit der weltweiten Finanzkrise, die

⁹ Im Juni 2011 wurden die Generäle, die den Putsch vom 12. September 1980 durchführten, Kenan Evren, der 7. Staatspräsident der Türkei und Tahsin Şahinkaya, von einem Staatsanwalt verhört.

das Bankensystem erschütterte und staatliche Eingriffe in großem Umfang nötig machte, haben sich die Rahmendaten jedoch erneut geändert (vgl. Görtemaker 2009: 183). Der Exportweltmeister Deutschland wurde 2008 so schwer wie kein anderes Industrieland von den Folgen der Wirtschaftskrise getroffen: *„Der Einbruch der deutschen Industrie war total: Die Aufträge der deutschen Maschinen- und Autobauer sanken in den vergangenen Monaten um 30, 40 oder gar 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr,“* (Mahler 2009) So traf die Wirtschaftskrise Deutschland extrem hart, die sinkenden Steuereinnahmen trugen dazu bei, dass das Defizit von 2008 mit 3,3 Mrd. Euro doppelt so hoch ausfiel wie vorher prognostiziert worden war (vgl. Die Welt 2009).

2009 verbesserte sich die Situation ebenfalls nicht. Aus ökonomischer Sicht war es ein Jahr der Extreme: die schärfste Rezession, die höchste Staatsverschuldung, die spektakulärste Bankenrettung, das größte Konjunkturprogramm und der teuerste Wahlkampf. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Wirtschaft so stark eingebrochen wie im Jahre 2009 und noch nie gingen deutsche Politiker mit so gigantischen Summen um. Innerhalb eines Jahres versechsfachte sich das Defizit in den öffentlichen Haushalten: Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen gaben nahezu 100 Mrd. Euro mehr aus, als sie einnahmen. Die Staatsquote, der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, sprang von 44% vor der Finanzkrise auf knapp unter 50% (vgl. Siems 2009). Daher war die Weltwirtschaft nach der Krise eine andere: weniger schuldengetrieben, ausgewogener, aber auch nicht mehr so dynamisch. So könnte die deutsche Wirtschaft zu den Verlierern dieser Krise gezählt werden (vgl. Mahler 2009).

4.2.2. Die Wirtschaftskrise in der Euro-Zone

Mit der globalen Finanzkrise von 2008 hatte Deutschland zusammen mit den großen Wirtschaftsmächten der Welt starke Verluste erlitten. 2010 sollte sich die deutsche und die europäische Wirtschaft erholt haben, nun aber wurden Griechenland, Irland, Portugal und Spanien zu den Sorgenkindern Europas. Zuerst war Deutschland davon betroffen, denn das Land trug den Hauptanteil an den Krediten dieser Länder und war sehr interessiert daran, diese Länder zu retten, um sich selbst nicht zu gefährden.

Die erste Krise in der Eurozone brach in Griechenland aus. Schon im April 2010 wurde deutlich, dass aufgrund von Schulden, Korruption und Vetternwirtschaft Probleme auftreten würden. Der griechische Staat zählte zu den höchstverschuldeten Ländern der Welt. Die Verbindlichkeiten waren auf mehr als 273 Mrd. Euro angestiegen, was 115% der Wirtschaftsleistung entsprach (vgl. Kühnlenz, Schrörs 2010). Die Griechen waren kurz vor Pleite. Im Mai 2010 wurde ein Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 110 Mrd. Euro beschlossen um das Land zu stabilisieren. Die IWF trug 30 Mrd. und die Eurostaaten 80 Mrd. Euro, wovon der deutsche Anteil bei 22,4. Mrd. Euro lag. Sollte Griechenland nicht zurückzahlen, würde die Angelegenheit für die Eurostaaten und besonders für Deutschland teuer werden, da Deutschland das Darlehen in Höhe von 22,4 Mrd. Euro in diesem Fall hätte zurückzahlen müssen (vgl. Bild 2010). Aber Ende 2010 war klar, dass Europas größter Schuldensünder Griechenland schlechter dran war als bisher angenommen. Die Neuverschuldung lag 2009 bei 15,4% der Wirtschaftsleistung, das waren fast zwei Punkte höher als die bisher angegebenen 13,6%. Damit kletterte die gesamtstaatliche Verschuldung auf 126,8% des Bruttoinlandsprodukts und war weit höher als die bisher angegebenen 115,1% (vgl. Stern 2010-e).

Auch Irland stürzte in die Krise. Im November 2010 hatte der irische Premierminister Brian Cowen nach tagelangen Dementis zugegeben, dass sein Land allein nicht mehr weiter wisse und Geld bräuchte. Die Experten des IWF, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission trafen im irischen Finanzministerium ein, um zu überprüfen, wie viele Mrd. nötig sein würden, um den Inselstaat vor dem Bankrott zu retten. Die Verlierer waren die Hausbesitzer, die auf ihren Schulden saßen und die Banken, die die Kredite nicht zurückbekamen. Viele verloren ihre Arbeit, Renten wurden gekürzt und junge Menschen fingen an, nicht mehr an eine Zukunft in Irland zu glauben. Allein deutsche Banken hatten etwa 140 Mrd. Euro an Irland verliehen und mussten nun die Konsequenzen tragen (vgl. Stern 2010-e).

Die Krise in Portugal nahm schon 2010 ihren Lauf, zu lange vertraute die portugiesische Elite auf die boomende Niedriglohnindustrie. Bis 2008 war Portugal eine der größten europäischen Erfolgsgeschichten. Doch schaffte es das Land immer noch

nicht eine eigenständige Industrie aufzubauen. Da mit der EU-Erweiterung 2004 viele Produzenten nach Osteuropa und China abwanderten, verschuldete sich Portugal mit dem Bau neuer überflüssiger Autobahnen. Die Arbeitslosigkeit schoss 2010 mit 10,7% auf einen historischen Höchststand. Überall in Portugal schlossen Fabriken, pro Tag verschwanden rund 250 Arbeitsplätze. Die Banken wankten, weil sie in den Jahren zuvor Kredite geradezu verschleudert hatten. Fieberhaft präsentierte die Regierung Rettungspakete, beschloss drastische Sparmaßnahmen, die die größten Demonstrationen in der Geschichte des Landes bewirkten. Die in den vergangenen 30 Jahren aufgebaute portugiesische Industrie löste sich in Pleiten und Insolvenzen auf, das Land rückte immer mehr ins Zentrum einer Krise (vgl. Bauer 2010).

Der vierte Kandidat für eine Wirtschaftskrise war Spanien, obwohl sich dessen Finanzlage stark von Griechenland oder Irland unterschied. Das Niveau der Staatsverschuldung war mit 64,4% des BIP relativ niedrig, außerdem war bei den Haushaltsbilanzen nicht geschummelt worden und es musste im Gegensatz zu Irland keine Milliardenbeträge zur Rettung seiner Banken aufbringen. Grundsätzlich wies die spanische Wirtschaft aber zwei wichtige Schwachpunkte auf. Erstens war sie aufgrund relativ hoher Löhne und Preisen in vielen Bereichen international nicht konkurrenzfähig. Daher hat die Wirtschaft nur wenig Wachstumschancen und kaum Hoffnung, von der Arbeitslosenquote von 20%, der höchsten in Westeuropa, herunterzukommen. Zweitens platzte in Spanien, ebenso wie in Irland, eine Immobilienblase, zumal der Bauboom der vergangenen Jahre zu einem großen Teil mit Krediten von Sparkassen finanziert worden war (vgl. Hubert 2010).

Deutsche Banken gehören zu den größten Gläubigern in den Krisenländern, daher ist Deutschland von der Krise in der EU-Zone massiv betroffen und zwar aufgrund der Schuldiger- und Gläubigerproblematik. Auf der einen Seite stehen die europäischen Schuldnerländer wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, auf der anderen Seite Gläubigerländer wie Deutschland. Die Zahlungsunfähigkeit trifft folglich in erster Linie den deutschen Finanzsektor, der Wege finden müsste, Staatsbankrotte zu vermeiden. Berlin möchte derzeit private Anleger, Investmentfonds und Banken zur Sanierung der europäischen Krisenstaaten mobilisieren, damit Steuerzahler nicht die ganze Last tragen

müssen. Auf jeden Fall aber befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit in einer schwierigen Situation, aus der sie sich nicht herausziehen kann (vgl. Stern 2010-d).

Die Türkei wird ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner Deutschlands bleiben. Daher erscheint es besonders wichtig für Deutschland eine konsequente Strategie des Umgangs und der Gestaltung der Beziehungen mit der Türkei für die Zukunft zu entwickeln. So muss Deutschland nach Wegen suchen, „miteinander“ zu agieren und zu kooperieren, womit die Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen nicht mehr weitergeführt werden können.

4.2.3. Angela Merkels Friedenstaube und Erdoğan's Entgegnung

Die Türkeireise der deutschen Kanzlerin Angela Merkel am 29. – 30. März deutete auf eine Wende in den deutsch-türkischen Beziehungen hin, von Spannungen war beinahe nichts mehr zu spüren (vgl. Braun 2010). Eigentlich wurde die Friedenstaube des kleinen Mädchens aus Unna/Deutschland, die Angela Merkel dem türkische Ministerpräsidenten Erdoğan übergab, das Symbol der Verbesserung in den deutsch-türkischen Beziehungen (vgl. Milliyet 2010).



Abbildung 4.1. Merkels Friedentaube

(Quelle: <http://www.milliyet.com.tr/merkel-erdogan-a-guvercin-getirdi/siyaset/sondakikaarsiv/29.03.2010/1217907/default.htm>)

Der Außenpolitiker der SPD-Fraktion Johannes Kahrs konstatierte, dass die Kanzlerin von der deutschen Wirtschaft zurückgerufen wurde:

„Nicht nur Merkels Reisebegleitung mit den denn Vorständen von ThyssenKrupp, Telekom, RWE, EnBW und Rheinmetall, sondern auch die in der Türkei allgegenwärtige Werbung deutscher Firmen zeigten, dass ernste atmosphärische Störungen schnell teuer werden könnten.“ (Robin 2010)

Daher bemühte sich Kanzlerin Merkel, die deutsch-türkischen Verhältnisse zu verbessern. Die wirtschaftlich motivierte Annäherung Deutschlands an die Türkei schlug sich in den politischen Beziehungen nieder. Seit Jahren propagierten Merkel und die CDU eine "privilegierte Partnerschaft" für das vornehmlich muslimisch geprägte Land, was in der Türkei als Beleidigung aufgefasst wurde. In ihrer Türkeireise im März 2010 äußerte sich Merkel (2010-b) zum ersten Mal wie folgt: *„Ich habe jetzt verstanden, dass die privilegierte Partnerschaft in der Türkei keine gute Konnotation, keine gute Ausstrahlung hat.“* Auch Gerhard Schröder (vgl. 2010) begrüßte das Umdenken der Bundeskanzlerin und wünschte, dass der Begriff „privilegierte Partnerschaft“ aus der politischen Debatte verschwinde. Bezüglich einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU sprach sich Merkel (2010-a) für die Weiterführung der Verhandlungen aus:

„Ich weiß, dass die Frage des EU-Beitritts ein großes Thema bei Ihnen ist. Ich erinnere mich an meine letzte Reise, auf der wir uns auch schon kontrovers mit der Frage der Vollmitgliedschaft auseinander gesetzt haben. Ich glaube aber, wir sollten jetzt trotz dieser Differenzen erst einmal pragmatisch denken. Pragmatisch denken heißt, dass wir den Verhandlungsprozess fortsetzen.“

Auch in anderen Bereichen gab es Zugeständnisse. Angela Merkel zog türkische Gymnasien in Deutschland in Betracht, die helfen sollten, die türkische kulturelle Identität zu bewahren. Da auch Deutschland Schulen im Ausland habe, sei es nur richtig, wenn die Türkei in Deutschland die gleichen Möglichkeiten erhalte. Sie betonte,

dass die türkisch-stämmigen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland herzlich willkommen seien. Vereinbarungen gab es auch bezüglich der Eröffnung einer deutsch-türkischen Universität in Istanbul. Zu diesem Zweck hatte Erdoğan ein Grundstück am Bosphorus zugesagt (vgl. Merkel 2010-b).

Merkel deutete darauf hin, dass die deutsch-türkischen Beziehungen in vielen Bereichen engstes miteinander vernetzt seien und betonte, dass sie glaube sie müssten ganz zielgerichtet die bestehenden Hemmnisse, die es noch gibt, abbauen und dafür Sorge tragen, dass noch mehr Sicherheit und schnelleres Handeln in die Wirtschaftsbeziehungen kommt (vgl. Merkel 2010-a). Kanzlerin Angela Merkel:

„Deutschland hat in der Wirtschaftskrise einen Wirtschaftseinbruch von fünf Prozent erlebt. Das ist ein riesiges Loch, so etwas hatten wir noch nie in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik. Der schärfste Wirtschaftseinbruch vor dieser Krise betrug 0,9 Prozent, jetzt sitzen wir mit minus fünf Prozent da. Das heißt, wir haben ein hohes Interesse daran, dass wir auf der einen Seite exportieren können und dass wir auf der anderen Seite gute Waren kaufen können, dass also auch türkische Unternehmer zu uns einen Zugang haben.“ (Merkel 2010-a)

Weiter sagte sie, dass sie glaube, dass es so etwas wie strategische Sektoren, wie z.B. im Energiebereich das Projekt Nabucco, gäbe, über die sie gesprochen hätten. Sie hätte natürlich durchaus großes Interesse auch weltweit gemeinsam aufzutreten und sagte dass sie mit der Türkei eine sehr enge Zusammenarbeit im Rahmen des G-20-Prozesses pflege. Außerdem seien sie in der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei diejenigen, die die Motoren für mehr Finanzmarktregulierung darstellen. So war es auch für Frau Merkel wichtig zu betonen, dass der Bankensektor in der Türkei von der Finanzmarktkrise nicht allzu stark betroffen war. Schlechte Erfahrungen seien schon früher gemacht worden, aber daraus seien auch die richtigen Lehren gezogen worden.

Die Bundeskanzlerin Merkel (2010-a) beendete ihre Türkei-Reise mit den Worten:

„Ich fahre nach Hause und sage: Wir haben noch viel Gemeinsames vor, die Zukunft steht uns offen. Die Türkei und Deutschland haben vieles gemeinsam. Dieses Potential wollen wir nutzen, auch und gerade im Bereich der Wirtschaft. Dafür werde ich weiter arbeiten.“

Deutlich wurde, dass Deutschland und die Türkei nicht in allen Fragen der gleichen Meinung sind, aber begriffen haben, dass es wichtig ist für gemeinsame Ziele zu arbeiten (vgl. Braun 2010). Die Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen war anlässlich der Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel (2010-c) und dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan am 9. Oktober 2010 in Berlin deutlich erkennbar, wie Merkel unterstrich:

„Sie sehen, dass es eine Vielzahl von Begegnungen zwischen dem türkischen Ministerpräsidenten und mir gibt. Das zeigt, dass die deutsch-türkischen Beziehungen freundschaftlich sind, dass wir sehr eng verbunden sind und dass wir auch viele Probleme im internationalen Bereich gemeinsam sehr intensiv besprechen.“

2010 hatten sich die Ansichten von Angela Merkel grundsätzlich zwar nicht geändert, aber besonders aus wirtschaftlichen Gründen war sie gezwungen die Verhältnisse zur Türkei zu verbessern, was sich auch in den Aussagen Merkels widerspiegelte.

4.2.4. Ein neuer Standpunkt in der CDU am Beispiel von Ruprecht Polenz

Ruprecht Polenz, CDU-Abgeordneter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags stemmt sich in seinem neuen Buch „Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU“, das im Juni 2010 erschien, gegen die Mehrheitsmeinung seiner Partei. Trotz der Griechenland-Krise verweist Polenz auf die Möglichkeit, dass sowohl die Türkei als auch die EU im Falle eines Beitritts des Landes am Bosphorus nach innen und außen stärker sein würden. In einem Interview deutete Polenz (2011) auf die Notwendigkeit des EU-Beitritts der Türkei:

„Wir müssen auch daran denken, wie Europa in Zukunft neben den Riesen China, Indien und Nordamerika bestehen kann. Das wirtschaftliche Potential der Türkei und ihre Funktion als Brücke für unsere Energieversorgung aus Zentralasien und dem Nahen Osten sind dabei von entscheidender strategischer Bedeutung. [...] Wir müssen aber auch sehen, dass Europa von außen betrachtet als ein alternder, schrumpfender und undynamischer Kontinent erscheint. Mit dem Türkei-Beitritt wird sich das ändern.“

Die aktive Außenpolitik der Türkei findet Polenz im Hinblick auf den EU-Beitritt der Türkei grundsätzlich positiv. Ihm zufolge hat man auch von früheren Beitrittskandidaten stets erwartet, dass sie Konflikte, die sie mit Nachbarn haben, nicht mit in die EU bringen, sondern sie vorher lösen. So diene ein besseres Verhältnis der Türkei zu ihren Nachbarn auch den Zielen der EU, die ebenfalls eine friedliche Nachbarschaft um sich herum haben möchte. Weiter argumentiert er mit der Verbesserung der türkischen Wirtschaft und der Verschlechterung der deutschen Ökonomie, dass seit längerem mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei zurückkehren als von dort nach Deutschland zuwandern. Zur Integration der Türken in Deutschland sagt er, dass es in der Natur der Sache liegt, dass man eher wahrnimmt wo Integration noch nicht gelungen ist. Gelungene Integration fiele nicht auf. Dabei gebe es viele erfolgreiche Mesut Özils in Deutschland, die nur etwas anderes als Fußball gut können. Die Türkei müsse die Integration unterstützen, damit Integration in Deutschland besser gelingt. Auch betont er, dass – anders als die Vorgängerregierungen – die AKP-Regierung es erkannt habe, die in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger türkischer Abstammung dazu aufzurufen Deutsch zu lernen und sich in Deutschland einzubringen und für ihre neue Heimat einzusetzen (vgl. Polenz 2010: 28 ff.).

Über den Islam äußert sich Polenz (2011), dass jeder, der die deutschen Ziele und Werte teilt, in der Union mitarbeiten können sollte. *„Wir würden der Welt außerdem zeigen, dass Europa keinen Kampf der Kulturen will und unsere Vorstellungen von Rechtsstaat und Menschenrechten auch mit dem Islam kompatibel sind.“* So kamen Meinungen und

Äußerungen, die die deutsch-türkischen Beziehungen positiv beeinflussten, auch von Seiten der CDU.

4.2.5. Die Akzeptanz von Christian Wulff und Abdullah Güls Lob

Bei seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in Bremen am 3. Oktober 2010 äußerte sich der neue Bundespräsident Christian Wulff (2010-a) auch zu den Beziehungen mit dem Islam bzw. der türkischen Bevölkerung in Deutschland:

„Zu allererst brauchen wir aber eine klare Haltung. Ein Verständnis von Deutschland, das Zugehörigkeit nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt, sondern breiter angelegt ist. Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland. Vor fast 200 Jahren hat es Johann Wolfgang von Goethe in seinem West-östlichen Divan zum Ausdruck gebracht: ‚Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen‘.“

Christian Wulf zeigte mit dieser Haltung seinen guten Willen bezüglich der deutsch-türkischen Beziehungen. Auf die Verschlechterung nach der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 folgte 20 Jahre später ein positives Zeichen. Wulffs Äußerung, dass auch der Islam zu Deutschland gehöre, wurde von der Türkei wohlwollend aufgenommen (vgl. Aksoy 2011), zumal seit mehr als einem halben Jhd. Moslems in Deutschland leben. Weiter stellte sich Wulff gegen CSU-Chef Horst Seehofer und nahm die türkischen Zuwanderer in Schutz. Er legte nach und widersprach deutlich der Annahme von CSU-Chef Seehofer über die mangelnde Integrationsfähigkeit von der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Den Gedanken, eine ganze Gruppe könne und wolle sich nicht integrieren, halte er für falsch (vgl. Süddeutsche Zeitung 2010-b).

Kurz vor dem Türkei-Besuch von Bundespräsident Christian Wulff lobte der türkische Präsident Abdullah Gül die Aussage Wulffs, dass der Islam zur Realität Deutschlands gehöre. Ihm zufolge hatte Christian Wulff nur sagen wollen, dass es deutsche Bürger gibt, die Muslime seien. Auch deutete er darauf hin, dass es in keinem großen Land der

Welt nur eine einzige Kultur und Glauben gibt (vgl. Süddeutsche Zeitung 2010-a). Im Oktober 2010 war Wulff als erstes deutsches Staatsoberhaupt seit zehn Jahren in der Türkei zu Gast. Mit der Äußerung, auch der Islam sei ein Teil Deutschlands, hatte er im Voraus für gute Stimmung gesorgt.



**Abbildung 4.2. Bundespräsident Christian Wulff Seite an Seite
mit dem türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül.**

(Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/politik/staatsbesuch-in-der-tuerkei-wulff-seehofer-und-die-sarrazin-welle-1.1013407>)

Christian Wulff bekam bei diesem Besuch auch die Gelegenheit, als erster Bundespräsident vor der Großen Türkischen Nationalversammlung zu sprechen. Bei seiner Rede in der Großen Türkischen Nationalversammlung deutete Wulff auch darauf, dass er in seiner Amtszeit seinen dritten Staatsbesuch in die Türkei machte. Damit wies er auf den hohen Stellenwert der Beziehungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland hin. Betont wurden die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Völkern, Wulff rief dazu auf, bei allen Problemen nicht zu vergessen, dass das Verbindende größer als das Trennende sei. Weiter sagte er, dass er mit Respekt und großer Sympathie die Schritte, die die Türkei unternehme um die Beziehungen zu all ihren Nachbarn positiv zu gestalten, betrachte. Auch bedankte er sich den türkischen

"Gastarbeitern", die den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands entscheidend unterstützt hatten. Weiterhin führte er in seiner Rede aus, dass wie Deutschland auch die Türkei vor allem in den vergangenen Jahren große Veränderungen erfahren hat. Die Türkei habe wichtige Entscheidungen getroffen, um die Gesetzgebung und die Institutionen Ihres Landes zu modernisieren und besonders mit den jüngsten Verfassungsänderungen habe sich die Türkei erneut ein Stück weit den europäischen Standards genähert. Ihm nach sei eine im Westen verankerte Türkei, die eine stabilitätsorientierte Nachbarschaftspolitik im Osten betreibt, als Brücke zwischen Okzident und Orient ein Gewinn für Europa (vgl. Wulff 2010-b).

Bundespräsident Christian Wulff (2010-c) sagte am 21. Oktober 2010 beim Staatsbankett vom Präsidenten der Republik Türkei, Herrn Abdullah Gül, und Frau Hayrünnisa Gül, in Istanbul weiter:

„Was mich in der Türkei beeindruckt, ist die positive Dynamik, mit der Ihr Land seine Zukunft gestaltet. Sie sind ein selbstbewusster und bedeutender Partner Deutschlands. Aber natürlich können und müssen wir noch viel tun, um das gegenseitige Verständnis zu vertiefen. Es ist mein persönliches Anliegen und unsere gemeinsame Aufgabe, Brücken zu schlagen und den Dialog zu fördern [...] Die Türkei braucht Europa, so wie Europa auch umgekehrt die Türkei braucht. Ich bin überzeugt: Eine Türkei, die sich wirtschaftlich in beachtlichem Tempo entwickelt, die aktiv auf ihre Nachbarn zugeht und sich regionalpolitisch engagiert, ist ein Gewinn für Europa und die Stabilität in der Region. Wir können uns in vielen Bereichen gut ergänzen und gemeinsam an der Lösung von Konflikten arbeiten, sei es im Nahen Osten, im Kaukasus oder auf dem Balkan. [...] Die Türkei ist mit ihrem wachsenden Gewicht in der Welt für uns ein ganz wichtiger Partner auf vielen Feldern, sei es in der Klimapolitik, der Bekämpfung des Terrorismus oder der Regulierung der Finanzmärkte. Ich werde mich deshalb mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die deutsch-türkische Partnerschaft und Freundschaft mehr und mehr vertieft wird.“

Wulff beendete seine Rede mit den Worten: „Mein Aufenthalt in Ihrem schönen Lande

hat mir eindringlich vor Augen geführt, wie viel wir noch gemeinsam schaffen können, wenn wir zusammenarbeiten.“

Auch der türkische Staatspräsident Gül äußerte sich positiv: Er sagte bei der gemeinsamen Pressekonferenz, dass es in der Türkei natürlich auch christliche und jüdische Staatsbürger gebe und er auch deren Präsident sei. Abdullah Gül räumte ein, dass in der Vergangenheit bei der Integration auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien und forderte seine Landsleute in der Bundesrepublik auf, ein erfolgreicher Teil der deutschen Gesellschaft zu werden (vgl. Stern 2010-b). Den positiv verlaufenen Besuch von Christian Wulff fasst Kai Strittmatter (2010-b) wie folgt gut zusammen:

„Bundespräsident Christian Wulff zeigt in der Türkei Einfühlungsvermögen – ein Schritt zu besseren Beziehungen. Eine deutsch-türkische Woche der Harmonie – wann hat es das zum letzten Mal gegeben? Die Beziehung zwischen Deutschland und der Türkei ist schon lange verkorkst, beherrscht von Misstrauen, Furcht und der Neigung, im Zweifel dem anderen immer das schlimmere Motiv zu unterstellen. Diesmal war das anders.“

Die vorübergehenden Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen von 1990–2010 kann man aus der Perspektive betrachten, dass es auch unter den besten Freunden zu Meinungsunterschieden kommen kann. Damit hat zwar die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft eine große Wunde erlitten, aber das hat nicht das Ende der Beziehungen gebracht.

2010 wandelte sich die Spannung in den deutsch-türkischen Beziehungen allerdings wieder zu einem „Miteinander“. Die „Kälte“ in den Beziehungen wurde gewissermaßen beendet. Das heißt natürlich nicht, dass sich die deutsch-türkischen Beziehungen problemlos verlaufen und von Spannungen befreit sind. Allerdings wird deutlich, dass mit gutem Willen neue Wege beschritten werden können, die für beide Seiten tragbar sind. Weder kann Deutschland in irgendwelchen strategischen Punkten die Türkei vernachlässigen, noch kann die Türkei in globalen und regionalen Verhältnissen seine Beziehungen zu Deutschland übersehen. Die Türkei und Deutschland sind gezwungen ihre historischen Beziehungen genügend zu untersuchen und die daraus resultierenden

Ergebnisse zu beachten, um weder als Feinde noch als Freunde, sondern nur als zwei unabhängige Kräfte ihren regionalen und globalen Pflichten entgegenzukommen. Aus einer anderen Perspektive bedeutet dies auch die Verteilung der regionalen und globalen Risiken und Macht (vgl. Çulcu 2000: 37). Die Erfahrungen aus der politischen Geschichte im Zusammenhang mit dem geopolitischen und ökonomisch-politischen Gleichgewicht geben diesen konjunkturellen Einflüssen in den deutsch-türkischen Beziehungen eine besondere Bedeutung. In diesem Zusammenhang erzwingen tief liegende und gemeinsame Interessen die rationale Überwältigung der konjunkturellen Probleme in den Beziehungen.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Wie in den vorangehenden Ausführungen deutlich gemacht wurde, ist die Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen von einer „tiefen Freundschaft“ geprägt, die sich zwischen Preußen und dem Osmanischen Reich ab 1718 entwickelt hat. Als mit dem Berliner Kongress (1878) das Osmanische Reich seine letzten nicht-muslimischen Gebiete verloren hatte, beabsichtigten alle Großmächte Europas, außer dem Deutschen Reich, mit ihrer Außenpolitik, die Beendigung des Osmanischen Reichs. Deswegen wendete sich Abdülhamid II. für die Reorganisation des Heerwesens und die Finanzreform an das Deutsche Reich. Zum Zeitpunkt des zweiten Besuchs des deutschen Kaisers Wilhelm II. präsentierte sich der Kaiser als Beschützer aller Christen im Heiligen Land und gleichzeitig als Freund aller Muslime. Die Zusammenarbeit erreichte ihren Höhepunkt in der gemeinsamen Teilnahme am Ersten Weltkrieg. Obwohl dieser für beide Seiten schwere Folgen hatte, wurden die Beziehungen nicht allzu negativ beeinflusst und blieben im Bereich einer „brüderlichen Wärme“, denn beide Seiten waren sich bewusst, die Bundespflichten bis zum letzten Zeitpunkt, bis zur letzten Möglichkeit erfüllt und ehrenvoll unterlegen zu sein. So ist die historische Dimension der deutsch-türkischen Beziehungen mehr als friedlich und daher kamen auch Begriffe, wie „die deutsch-türkische Freundschaft und Waffenbrüderschaft“ zustande.

Als die Nachfolgestaaten des Deutschen und des Osmanischen Reichs, die Weimarer Republik und die Türkische Republik, gegründet wurden gab es keine bestimmten Probleme und daher pflegten die beiden Staaten ein freundlich geprägtes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Verhältnis zueinander. Trotz Hitler kam es nicht zu einem Krieg der Türkei mit Deutschland. Es wurde sogar ein Freundschaftsvertrag unterschrieben. Nachdem Hitler die Sowjetunion angegriffen hatte unterstützte die Türkei wegen der russischen Gefahr den Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion. Grundsätzlich hatte die Türkei keine feindlichen Absichten gegenüber Deutschland. Für die türkische Regierung war es wichtig eine eventuelle Gefahr abzuwehren, und zwar

im Bewusstsein, dass die Nationalsozialistische Regierung ein zeitlich begrenzter Extremfall war und sich in Deutschland wieder alles normalisieren würde.

Die goldenen Zeiten in den deutsch-türkischen Beziehungen zeichneten sich nach der Gründung der BRD (1949) ab. Beide Staaten befanden sich gemeinsam im Westblock und als 1959 die Türkei einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EWG stellte, war Deutschland das einzige EWG-Mitglied, das den türkischen Antrag unterstützte. Auf deutscher Seite meinte man, dass die Türkei zu Europa gehöre. Sogar die Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer in Europa war damals erwünscht, ja geradezu von deutscher Seite gefordert. Dank der Einwanderer wurde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt. Seitdem bilden die türkischen Gastarbeiter den wichtigsten Bestandteil der deutsch-türkischen Beziehungen, sowohl im sozialen als auch im ökonomischen Bereich.

Als die UdSSR/Russland einen Großteil ihrer Macht verlor und nach dem Kalten Krieg die bipolar strukturierte Hierarchie der internationalen Beziehungen zerbrach bekamen Wirtschaftsmächte wie Deutschland und Japan neue Spielräume. Eines der wichtigsten Ereignisse nach dem Kalten Krieg war die Vereinigung beider deutschen Staaten. In diesem Kontext veränderte sich die deutsche sicherheits- und außenpolitische Strategie und Deutschland fing an, sogar im Mittleren Osten und in Zentralasien eine aktivere Politik zu verfolgen. So waren auch die Handlungen Deutschlands in Osteuropa und auf dem Balkan dynamischer als zuvor. Allerdings gab es einen Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen Stärke und dem internationalen Status Deutschlands. Deutschland, das in den letzten Jahren des Kalten Krieges eines der drei bedeutendsten Wirtschaftsmächte der Welt war, litt in seinen politischen Beziehungen noch immer an den Embargos des Zweiten Weltkriegs. Als mit dem Untergang der UdSSR eine Gefahr für Deutschland wegfiel wurde es in Europa zur wichtigsten Macht. So hatte sich das Land zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg in der internationalen Politik bemerkbar gemacht.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und der Wegfall der Systemgrenze hatten nicht nur für Deutschland und seine Nachbarn die Welt und ihre künftigen Perspektiven grundlegend verändert, sondern auch der Türkei eine neue Rolle als Kreuzungspunkt

der Region gegeben. Die Transformation des globalen und regionalen Machtgleichgewichts, die neuen politischen Orientierungen in Europa, das Entstehen neuer Staaten in Turkestan, der Rückgang der politischen und militärischen Macht Russlands, sowie die Entwicklungen im Nahen Osten seit dem Golfkrieg steigerten die strategische Bedeutung der Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Auf den ersten Blick schien es zwar erfreulich, dass die Türkei ihren Wert in der Region erhöht hatte, aber andere Staaten, die ebenfalls Interessen in den gleichen Gebieten hatten, wurden von diesen Veränderungen erschreckt und sahen die Türkei als eine politische Gefahr. So könnte man Deutschland und die Türkei wegen ihrer Bedeutung nach dem Zerfall des Ostblocks als die “führenden Länder” Eurasiens begreifen.

Der Niedergang der bipolaren Struktur sorgte für Veränderungen in der deutschen Außenpolitik. Während des Kalten Krieges hatte die NATO aufgrund der Sowjet-Gefahr gegen Mittel- und Osteuropa eine regulierende Funktion, weswegen die Türkei für Deutschland ein unverzichtbarer strategischer Partner war. Doch nach dem Wegfall der Sowjet-Gefahr sank das strategische Gewicht der Türkei in der deutschen Außenpolitik. So beeinflusste die nach dem Ende des kalten Krieges hervorgekommene Konjunktur die Grundparameter der deutsch-türkischen Beziehungen. Dies ist die primäre geopolitische Ursache für die in dieser Arbeit als „kalte 20 Jahre“ bezeichnete Übergangsphase, in der vielleicht zum ersten Mal eine von gegenseitiger Vorsicht und Misstrauen geprägte diplomatische Atmosphäre entstand. Damit waren Deutschland und die Türkei zwar Ende des 20. Jahrhunderts aufsteigende Mächte, doch als sie ihre historisch tiefen Beziehungen ins 21. Jahrhundert tragen und ihre Interessen definieren und erweitern mussten, kamen zwischen den beiden Ländern Spannungen auf.

Die Nacht vom 9. –10. November 1989 ging als jene Nacht in die deutsche Geschichte ein, in der die Grenzen zwischen den Staaten und politischen Systemen aufgehoben wurden. Trotz der Sorgen und Zweifel bezüglich eines vereinigten Deutschlands schritt dieser Prozess unglaublich schnell voran. Das vereinigte Deutschland war das bevölkerungsreichste europäische Land und damit im Europäischen Parlament (seit 1994) mit den meisten Abgeordneten vertreten. Die Deutsche Mark wurde zur führenden Währung Europas. Rein wirtschaftlich gesehen war Deutschland zusammen

mit den USA und Japan eine der drei führenden Mächte in der Weltwirtschaft. So ging Deutschland aus dem Ende der doppelten Teilung als „Zentralmacht Europas“ hervor.

Als ein Land im Herzen Europas hatte Deutschland großes Interesse an der Überwindung des wirtschaftlichen West-Ost-Gefälles in Europa. Daher konzentrierte sich die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung auf die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses durch die Erweiterung der EG nach Osten. Somit kehrte Deutschland aus einer Randlage im Ost-West-Konflikt in seine traditionelle Mittellage in Europa zurück und schickte sich an, dessen Neuordnung wesentlich zu beeinflussen. Dies waren Anzeichen dafür, dass Deutschland die Rolle eines „Global Player“ übernehmen wollte, was die Beziehungen zu seinen traditionellen Partnern, wie der Türkei, in den zweiten Rang gedrängt hätte. So verringerte der weltpolitische Umbruch die Bedeutung der Türkei für die BRD, was den Weg für Spannungen in den Beziehungen ebnete.

Eine innenpolitische Ursache der Kälte in den Beziehungen lässt sich in den Folgen der deutschen Vereinigung ausmachen. Besonders im finanziellen und wirtschaftlichen Bereich war die Vereinigung nicht erfolgreich. Der grundsätzliche Fehler des Vereinigungsprozess bestand darin, dass Bundeskanzler Helmut Kohl statt einer langsamen, organischen, leichter finanzierbaren Vereinigung eine rasche, aber teure Vereinigung bevorzugte. Die Wirtschaft im Osten wies eine wesentlich geringere Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit auf. Es gab enorme Mängel in der Produktion und Bereitstellung von Konsumgütern und Dienstleistungen. Außerdem führten das Ende des dynamischen Wachstums, die Dogmen der Marktwirtschaft, die Fehler der Währungsunion, der Verlust des osteuropäischen Marktes für die DDR und der Misserfolg in der Treuhandpolitik zu wirtschaftlichen Problemen. Außerdem führten die Transfers für Ostdeutschland zu einer hohen Staatsverschuldung. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen muss das Resümee eindeutig dahingehend ausfallen, dass die Einheit ökonomisch misslungen war.

Auch in sozialer Hinsicht hatte die Vereinigung problematische Folgen. Es kam zu Massenentlassungen, die in keiner Weise von den Ostdeutschen vorhergesehen und erwartet wurden. Durch die Arbeitslosigkeit verringerte sich nicht nur das Einkommen,

sondern auch die Lebensqualität. Die deutsche Vereinigung hatte Menschen in einem Staat zusammengebracht, die in ganz unterschiedlicher Weise sozialisiert worden waren und dementsprechend unterschiedliche Wertvorstellungen herausgebildet hatten. So war die Berliner Mauer zwar gefallen, aber dafür war eine Mauer in den Köpfen entstanden und in jüngster Zeit nahm daher die „Ostalgie“ selbstbewusstere Züge an. Damit war die Verwestlichung der DDR an ihre Grenzen gestoßen, finanziell wie psychologisch, und war doch nicht mehr zu korrigieren. Die Belastungen wuchsen zunehmend und die erhofften positiven ökonomischen Resultate ließen auf sich warten. In diesem Kontext kam es zu einem Anstieg der Ausländerfeindlichkeit, die ihren Höhepunkt mit Mölln und Solingen erreichten. Dies führte zu Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen, auch auf Regierungsebene. Angesichts der rassistischen und ausländerfeindlichen Entwicklungen Anfang der 90er Jahre wurde es immer schwieriger, von der viel zitierten „deutsch-türkischen Freundschaft“ zu sprechen.

Der Untergang des Ostblocks öffnete auch in der türkischen Außenpolitik neue Horizonte. Nach jahrelangen Unruhen musste Moskau in der zweiten Jahreshälfte 1991 die Turkrepubliken in die formale Unabhängigkeit entlassen. So zogen diese Staaten durch ihren Rohstoffreichtum die Aufmerksamkeit der umliegenden Staaten und anderer Mächte auf sich. Man erhoffte sich neben einem großen Absatzmarkt auch den Transit von Erdöl und Erdgas über Anatolien und dem Schwarzen Meer. Dieser neue Großraum war geprägt durch ethnische und sprachliche Verwandtschaft, nämlich durch das Türkische. Auch spielte die gemeinsame Geschichte, Kultur und Religion mit der Türkei eine wichtige Rolle.

Auf Wunsch der türkischen Bevölkerung und mit der Unterstützung der USA reagierte die türkische Außenpolitik rasch auf die weltpolitischen Veränderungen. So sah die türkische Politik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion neue Möglichkeiten für eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Durchdringung der turkophonen Region. Dies hatte in der Türkei die Erwartung hervorgebracht „das Jahrhundert der Türken“ sei gekommen. Deutschland, dessen Interessen sich in Zentralasien, auf dem Balkan und im Mittleren Osten mit denen der Türkei berührten, fürchtete die Ausbreitung und Verwirklichung einer pantürkischen oder panislamischen Politik in Asien, was eine

weitere Ursache für die Spannungen in den Beziehungen war.

Mit dem Entwurf einer Schwarzmeer-Wirtschaftsregion hatte Özal richtig erkannt, dass sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eine völlig neue Lage ergeben hatte, die für die Türkei wirtschaftliche Möglichkeiten mit sich bringen würde. Die Türkei erhoffte durch die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit in dieser großen Region eine politische Führungsrolle zu spielen. Deutschland und die EU aber zeigten kein Interesse daran, diese Pläne politisch oder sogar finanziell zu unterstützen. Deutschland beabsichtigte eine unumstrittene wirtschaftliche Führungsrolle in Osteuropa, auf dem Balkan und in Russland. Dies war allerdings mit den Interessen der Türkei nicht vereinbar und war somit eine weitere Ursache der „Kälte“ in den deutsch-türkischen Beziehungen.

Auf dem Balkan trafen die gegensätzlichen deutsch-türkischen Interessen ebenfalls aufeinander. Im Jugoslawienkrieg erkannte Deutschland im Alleingang, ohne Abstimmung mit der EG, Slowenien und Kroatien schon früh an. Hinter dieser Politik Deutschlands lag das strategische Kalkül einen Zugang zum Adriatischen Meer bzw. zum Mittelmeer über Österreich, Slowenien und Kroatien zu bekommen. Da ein Teil der türkischen Bevölkerung ursprünglich vom Balkan stammt hatte die Türkei zu den dortigen Völkern starke historische und kulturelle Bande und war daher nachhaltig am Balkan interessiert. Trotz aller Zurückhaltung der türkischen Regierung fielen in Proklamationen von Politikern, Kommentaren der Presse und auf Druck der türkischen Öffentlichkeit wiederholt Worte wie „Schutzmacht und Mitspracherecht“. Auch die balkanischen Muslime sahen mit historisch-religiösem Hintergrund im Kampf gegen die christlich-orthodoxen Balkankräften die Türkei lange Zeit als eine Schutzmacht an.

Deutschland war in erster Linie für die Ausbreitung des Jugoslawienkriegs verantwortlich und nachdem es die territoriale Sicherheit Sloweniens und Kroatiens sichergestellt hatte, versuchte es sich nun von den Problemen im Balkan fernzuhalten. Diese Zurückhaltung trug dazu bei, den Bürgerkrieg zu verlängern, weil ein Ende nur von außen erzwungen werden konnte. Dagegen konzentrierte sich die türkische Balkan-Politik im Kern darauf dem serbischen Imperialismus mit Gewalt durch Eingreifen der NATO zu begegnen. Die Türkei war zu jeder Art von militärischer Beteiligung im

Balkan bereit. Deutschland aber war gegen einen NATO-Einsatz im bosnischen Konflikt und sah die endgültige Lösung der Probleme in den Mechanismen der EU und das, obwohl im Falle von Slowenien und Kroatien Deutschland eine von der EG unabhängige Politik verfolgt hatte.

Auch der Kurdenkonflikt verursachte Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen. In Deutschland war die Ansicht, dass die Kurden ein völkerrechtlich zu respektierendes Recht auf Autonomie haben, welches ihnen von den Türken mit Gewalt bestritten wird, weit verbreitet. Asylbewerber gaben einen Teil ihrer Sozialhilfe an kurdische Vereine weiter, was somit indirekt die PKK zu finanzieren half. Auch nutzten kurdische Vereine das politische System um Einfluss auf die deutsche Außenpolitik zu nehmen, was die deutschen Beziehungen zur Türkei schwer beschädigte. Die Türkei warf Deutschland unter der Regierung von Helmut Kohl vor, Terroristen Zuflucht zu gewähren, Deutschland konterte, dass bei der Bekämpfung des Terrors Menschenrechte verletzt und unschuldige Menschen in Mitleidenschaft gezogen würden. So war auch das deutsche Waffenembargo und als Reaktion der Boykott deutscher Waren in der Türkei eine Folge des Kurdenproblems. Die Kohl-Regierung spielte das Problem als „schmutzige Karte“ aus, um die Türkei von der EU fernzuhalten. So wurden neben den Handelsbeziehungen auch die politischen und militärischen Beziehungen beschädigt und in der Türkei antideutsche und in Deutschland antitürkische Ressentiments erzeugt.

Die Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen gipfelten mit der Ablehnung der Türkei durch die EU beim Luxemburger Gipfeltreffen 1997. Hier fehlte die Unterstützung Deutschlands und daher wurde der Antrag der Türkei auf einen Beitritt abgelehnt. Die Reaktion der Türkei war harsch, sie brach den Dialog mit der EU ab. Die Türkei machte Bundeskanzler Kohl für den EU-Beschluss verantwortlich, das politische Klima zwischen Bonn und Ankara wurde immer eisiger. Antitürkische Politik wurden zur öffentlichen Politik Deutschlands und Helmut Kohl hatte sich die Mission erworben die Türkei außerhalb der EU zu halten. Des Weiteren waren religiöse Unterschiede in den deutsch-türkischen Beziehungen wirksam. Besonders in konservativen Kreisen, in denen argumentiert wurde, dass die religiöse Grundlage Deutschlands und der Union auf dem Christentum basiere, war der Islam ein Faktor für die Ablehnung.

Allerdings waren politische Gründe, in Form von Machtverhältnissen, ausschlaggebend. Wenn die Türkei Mitglied der EU werden würde, hätte sie nach der gegenwärtigen Berechnungsgrundlage mehr Mitglieder im Europäischen Parlament, als alle anderen Mitglieder außer Deutschland. So würden Einfluss und Gewicht Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens relativiert werden und längerfristig könnte die Türkei sogar im Kaukasus und in Zentralasien die Rolle spielen, die Deutschland in Osteuropa zukommt. Daher wollte Deutschland die Türkei in der Peripherie halten. So waren unter der Regierung von Bundeskanzler Kohl die deutsch-türkischen Beziehungen besonders im Rahmen der EU auf einen historischen Tiefpunkt gesunken und drohten auf diesem zu vereisen.

Die rot-grüne Bundesregierung leitete kurz nach dem Amtsantritt von Gerhard Schröder im November 1998 eine vorsichtige Korrektur der deutschen Türkei-Politik ein. Damit stand Schröder vor Helsinki der Türkei näher als Kohl. Er blockierte die Erklärung der Türkei zum Beitrittskandidaten nicht und rät einigen negativ eingestellten Ländern milder zu sein. Schröder hatte die Regierung in einer Phase übernommen, in der sich die Türkei sehr weit von der EU entfernt hatte und eine Annäherung folgen musste. Andererseits hatte die Schröder-Regierung von 1998 bis 2002, also bis zur AKP-Regierung unter Erdoğan ab 3. November 2002 keinen ernsthaften Gegenpart in der Türkei. Daher war es für Schröder leicht in den EU-Angelegenheiten mit der Türkei zu handeln. Des Weiteren stand ein möglicher EU-Beitritt der Türkei auch in absehbarer Zeit nicht zur Debatte.

Die ablehnende Türkeipolitik Deutschlands nach der Vereinigung Deutschlands wurde nach dem Intermezzo der Schröder-Regierung mit Angela Merkel weitergeführt. Merkel lehnte bereits zu Oppositionszeiten einen EU-Beitritt der Türkei ab und bei ihrem ersten Besuch in die Türkei als Bundeskanzlerin bekräftigte sie zwar, dass sie den Verträgen treu bleiben würde, wich aber nicht von der Idee einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei ab. Erdoğan war noch immer gegen eine „privilegierte Partnerschaft“ mit der EU, er argumentierte, dass man nicht mitten im Spiel die Regeln ändern dürfe. Merkel fürchtete sich davor, dass die Türkei zum wichtigsten EU-Mitglied werden würde. Die „privilegierte Partnerschaft“ war eine Formulierung dafür, dass man die Türkei weder in

der EU wollte, noch außen stehen lassen würde. Die Türkei sollte an die EU gebunden sein, aber kein Mitspracherecht haben, so dass das Gleichgewicht von Deutschland und Frankreich nicht angegriffen wäre. Diese Sichtweise Deutschlands spielte eine wichtige Rolle in der Verschlechterung der Beziehungen.

Nachdem die deutsch-türkischen Beziehungen eine „Kältephase“ erlebten kam es 2010 zu einer „Erwärmung“. Sozio-ökonomische und außenpolitische Fortschritte der Türkei und besonders wirtschaftliche Probleme in Deutschland führten zu einem gewissen Gleichgewicht in den Beziehungen. Das Schwarzmeer-Abkommen unter türkischer Ägide hatte zwar im Gegensatz zu der türkischen Option im Kaukasus und in Zentralasien das Millennium überdauert, aber wichtige Fortschritte wurden nicht verzeichnet. Auch auf dem Balkan waren die Handlungsmöglichkeiten der Türkei begrenzt, mit dem Ende des Balkan-Krieges normalisierten sich auch die Beziehungen zu diesen Ländern. Dies führte dazu dass die Türkei begann, auf den Boden der Realität zurückzukehren. Der bedeckte türkische Wunsch durch eine ethnisch orientierte Vereinigung eine regionale Macht zu werden war beendet. Darüber hinaus war die pragmatische AKP, die die türkische Außenpolitik ab 2002 bestimmte, eine kulturell konservative und marktwirtschaftlich orientierte Mittelstandsbewegung. Ihre Mitglieder wollten keinen islamistischen Umsturz und keine pantürkische Versuche. Damit verschwand ein Faktor, der zu Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen geführt hatte.

Die türkische AKP-Regierung betrieb in den letzten Jahren eine aktive und multidimensionale Außenpolitik. Sie verfolgte eine „Null-Problem-Politik“ und eine „Politik der maximalen Integration“ gegenüber ihren Nachbarn, wie Syrien, den Irak, Iran, Armenien und Griechenland, die lange Jahre als feindlich betrachtet worden waren. Außerdem begann im November 2002, im Schutze der politischen Stabilität, ein wirtschaftlicher Aufschwung in der Türkei. Die Inflation sank, die Währung wurde stabilisiert und Staatsfirmen privatisiert. Das Wirtschaftswachstum war rasant und die das Niveau der Staatsschulden ging zurück. Auch die globale Finanzkrise und die Krise in der Eurozone konnten der Türkei wenig schaden. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung waren auch die politischen Reformen der AKP-Regierung von ihrem

ersten Regierungsjahr (2002–2003) an bedeutsam. Meinungsumfragen zeigen, dass diese Entwicklungen auf Seiten türkischer Bevölkerung zu einem Nachlassen des Interesses an einer Mitgliedschaft in der EU geführt haben. Damit wurden die Parameter der EU-Politik gegenüber der Türkei verändert, was die Hand der Türkei im EU-Beitrittsprozess verstärkte.

Auf deutscher Seite kam es ebenfalls zu Veränderungen. Neben der andauernden finanziellen Last der Vereinigung litt Deutschland auch unter der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09. Gegen Ende 2010 sollte sich die deutsche, bzw. europäische Wirtschaft erholt haben, nun aber wurden Griechenland, Irland, Portugal und Spanien zu den Sorgenkindern Europas. Die Zahlungsunfähigkeit im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise traf in erster Linie den deutschen Finanzsektor, der Wege finden musste Staatsbankrotte zu vermeiden. Die Arbeitslosenzahl blieb weiterhin sehr hoch, so geriet die deutsche Wirtschaft in eine prekäre Position.

Die Türkeireise der deutschen Kanzlerin Angela Merkel am 29. – 30. März 2010 deutete auf eine Wende in den deutsch-türkischen Beziehungen, von Spannungen war beinahe nichts mehr zu spüren. Die Friedenstaube, die Angela Merkel dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan übergab, wurde zum Symbol der Verbesserung in den Beziehungen. Merkel äußerte sich in ihrer Türkeireise dahingehend, dass sie verstanden habe, dass die „privilegierte Partnerschaft“ in der Türkei keine gute Konnotation hat. Im Laufe des Jahres betonte Merkel, dass die deutsch-türkischen Beziehungen freundschaftlich und eng miteinander verbunden seien. Merkels Ansichten hatten sich zwar nicht grundsätzlich geändert, aber die Kanzlerin wurde von der deutschen Wirtschaft zurückgerufen, weil ernste atmosphärische Störungen für die Wirtschaft schnell teuer werden könnten. Dies spielte eine Rolle in der Verbesserung der Verhältnisse zur Türkei.

Sogar innerhalb der CDU kamen pro-Türkei-Stimmen auf. Ruprecht Polenz, CDU-Abgeordneter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags stemmte sich gegen die Mehrheitsmeinung seiner Partei. Ihm zufolge müsse man auch darüber nachdenken, wie Europa in Zukunft neben den Riesen China, Indien und Nordamerika bestehen kann. Es müsse gesehen werden, dass Europa von außen

betrachtet als ein alternder, schrumpfender und undynamischer Kontinent erscheine, was sich mit dem Türkei-Beitritt ändern würde.

Als letztes waren die Christian Wulffs Akzeptanz des Islam und Abdullah Güls Lob weitere Meilensteine der Verbesserung in den Beziehungen. Bei seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in Bremen am 3. Oktober 2010 betonte der neue Bundespräsident Christian Wulff, dass auch der Islam zu Deutschland gehöre. Dies wurde wohlwollend aufgenommen. Im Oktober 2010 rief Wulff, der als erstes deutsches Staatsoberhaupt seit zehn Jahren in der Türkei zu Gast war, dazu auf bei allen Problemen nicht zu vergessen, dass das Verbindende mehr als das Trennende sei.

Die vorübergehenden Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen von 1990–2010 kann man dahingehend verstehen, dass es auch unter den besten Freunden zu Meinungsunterschieden kommen kann. Damit wurde die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft zwar beschädigt, aber das hat nicht zum Ende der Beziehungen geführt. Ab 2010 wandelte sich die Spannung in den deutsch-türkischen Beziehungen wieder zu einem „Miteinander“. Das heißt natürlich nicht, dass die deutsch-türkischen Beziehungen problemlos verlaufen und von Spannungen befreit sind. Weder kann Deutschland in irgendwelchen strategischen Punkten die Türkei vernachlässigen, noch kann die Türkei in globalen und regionalen Verhältnissen seine Beziehungen zu Deutschland vernachlässigen. Die Türkei und Deutschland sind gezwungen weder als Gegner noch als Freunde, sondern nur als zwei unabhängige Kräfte ihre regionalen- und globalen Pflichten zu erfüllen. Dies bedeutet auch, dass die regionalen und globalen Risiken und Macht zwischen den Ländern angemessen verteilt werden müssen. In diesem Zusammenhang erzwingen tief liegende und gemeinsame Interessen die rationale Bewältigung der konjunkturellen Probleme in den Beziehungen.

6. LITERATURVERZEICHNIS

Bücher und Gedrucktes

Akkaya, Çigdem/ Özbek, Yasemin/ Şen, Faruk 1998: *Länderbericht Türkei*, Darmstadt: Primus Verlag.

Aknur, Müge 2010: TSK'nın Dış Politika Üzerindeki Etkisi (Der Einfluss der türkischen Armee auf die Außenpolitik), in: Efegil, Ertan/Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye'nin Değişen Dış Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik)*, Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.

Aksoy, Metin 2007: *Die Türkei auf dem Weg in die EU. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union – insbesondere von 1990 bis Ende 2004*, Frankfurt am Main: Peter Lang.

Aksu, Yusuf Ziya/ Bahadır, Şefik Alp 2000: in: Yazar, Erhan (Hrsg.) et al. 2000: „Çıkarlar, Çatışmalar, Çözümler“ *Tarihten Geleceğe Türk-Alman İlişkileri (,,Interessen, Konflikte, Lösungen“ Geschichte und Zukunft der deutsch-türkischen Beziehungen)*, Ankara: Türk Strateji ve Güvenlik Çalışmaları Grubu.

Akyol, Taha 04. Dezember 2006: „Hristiyan Kulübü“ olarak AB (Die EU als ein Christenclub), *Milliyet* (Türkische Tageszeitung).

Alkan, Necmettin 2003: *Die deutsche Weltpolitik und die Konkurrenz der Mächte um das osmanische Erbe, Die deutsch-osmanischen Beziehungen in der deutschen Presse 1890–1909*, Münster: Lit Verlag.

Andersen, Uwe 1996: Finanzierung der Einheit, in: Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) 1996: *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/ New York: Universität Campus Verlag.

Atikkan, Zeynep 14. Dezember 1997: Ve son perde (Das letzte Spiel), *Hürriyet* (Türkische Tageszeitung).

Ayata, Ali 2010: Türkiye'nin Orta Asya Politikası (Die türkische Zentralasien-Politik), in: Efegil, Ertan/ Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye'nin Değişen Dış*

Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik), Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.

Bahrmann, Hannes/ Links, Christoph (Hrsg.) 2005: *Am Ziel vorbei, Die deutsche Einheit - Eine Zwischenbilanz*, Berlin: Ch. Links Verlag.

Bal, İdris 2010: Türk Dış Politikasında Süreklilik Ve Değişim (Kontinuität und Wandel in der türkischen Außenpolitik), in: Efegil, Ertan/ Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye'nin Değişen Dış Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik)*, Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.

Başçeri, Esin Yılmaz 1996: in: Sönmezoğlu, Faruk 1996 (Hrsg.) at all: *Değişen Dünya ve Türkiye (Die sich ändernde Welt und die Türkei)*, Bağlam.

Betz, Thomas G. 2005: Die Eigentumsfrage. Das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ und seine Folgen, in: Bahrmann, Hannes/ Links, Christoph (Hrsg.) 2005: *Am Ziel vorbei, Die deutsche Einheit - Eine Zwischenbilanz*, Berlin: Ch. Links Verlag.

Bilici, Abdullah 20. Dezember 1997: *Aksiyon* (Türkische Wochenzeitschrift).

Birand, Mehmet Ali 1997: in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.

Boratav, Korkut 1987: *Die türkische Wirtschaft im 20. Jahrhundert: 1908–1980*, ?, Dağyeli Verlag.

Bozkurt, Mahmut 1995 *Die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union*, Frankfurt am Main, Wien: Leng Verlag.

Brauburger, Stefan 1999: Zwei-plus-Vier, in: Glaser, Hermann (Hrsg.) 1999: *Die Mauer Fiel die Mauer Steht. Ein deutsches Lesebuch 1989–1999*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Brie, Andre 2005: Deutsch-deutsche Fremdheit, Mentale Unterschiede und ihre sozialen Ursachen, in: Bahrmann, Hannes/ Links, Christoph (Hrsg.) 2005: *Am Ziel vorbei, Die deutsche Einheit - Eine Zwischenbilanz*, Berlin: Ch. Links Verlag.

- Busch, Ulrich/ Kühn, Wolfgang/ Steinitz, Klaus 2009:** *Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland, Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit*, Hamburg: VSA Verlag.
- Canbolat, İbrahim S. 2003:** *Almanya ve Dış Politikası. Ulusal Çıkar Ulusal Birlik ve Kamuoyu Tercihi Açısından İnceleme (Deutschland und seine Außenpolitik. Eine Untersuchung im Rahmen des Nationalen Interesse, der Nationalen Einheit und der Prioritäten der Öffentlichkeit)*, Istanbul: Alfa Yayınevi.
- Cem, İsmail 2009:** *Türkiye, Avrupa, Avrasya, Avrupa'nın Birliği ve Türkiye (Türkei, Europa, Eurasien, die Union Europas und die Türkei)*, İstanbul: Türkiye İş Bankası Kültür Yayınları.
- Chamidulin, Raschid 1997:** in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Çulcu, Murat 1993:** *Neonazizmin Suçüstü Tutanakları (Die Dokumente der neonazistischen Straftaten)*, Istanbul: Eti Kitapları.
- Çulcu, Murat 2000 in: Yarar, Erhan (Hrsg.) et al. 2000:** „Çıkarlar, Çatışmalar, Çözümler“ *Tarihten Geleceğe Türk-Alman İlişkileri („Interessen, Konflikte, Lösungen“ Geschichte und Zukunft der deutsch-türkischen Beziehungen)*, Ankara: Türk Strateji ve Güvenlik Çalışmaları Grubu.
- Dartan, Muzaffer 2002:** Die Auswirkungen der Ersparnisse der in Deutschland lebenden Türken auf die türkische Wirtschaft in: Dartan, Muzaffer/ Eliş, Ali/ Lichtenberg, Hagen (Hrsg.) 2002: *Das Deutsch-Türkische Verhältnis Auswirkungen auf den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union*, Universität Bremen.
- Davutoğlu, Ahmet 2000 in: Yarar, Erhan (Hrsg.) et al. 2000:** „Çıkarlar, Çatışmalar, Çözümler“ *Tarihten Geleceğe Türk-Alman İlişkileri („Interessen, Konflikte, Lösungen“ Geschichte und Zukunft der deutsch-türkischen Beziehungen)*, Ankara: Türk Strateji ve Güvenlik Çalışmaları Grubu.
- Davutoğlu, Ahmet 2001:** *Stratejik Derinlik, Türkiye'nin Uluslararası Konumu (Strategische Tiefe, die internationale Lage der Türkei)*, 3. Basım, İstanbul: Küre Yayınları.

Deutsch-türkisches Symposium 1998 (1999) ed. : *Grenzfall Europa, Avrupa'nın İnce Eşiğinde*, Hamburg: Körber Stiftung.

Ekşi, Oktay 16. Dezember 1997: *Hürriyet* (Türkische Tageszeitung).

Erhan, Çağrı 2010: *Türk Dış Politikası'nın Güncel Sorunları (Aktuelle Probleme der türkischen Außenpolitik)*, Ankara: İmaj Yayınevi.

Fritsch-Bournazel, Renata 1991: *Europa und die deutsche Einheit*, Stuttgart, München, Landsberg: Verlag Bonn Aktuell.

Fritze, Lothar 1997: *Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende*, Weimar, Köln, Wien: Böhlau Verlag.

Fuller, Graham E. 1997 in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.

Fuller, Graham E. 2011: *Yükselen Bölgesel Aktör. Yeni Türkiye Cumhuriyeti (Der aufsteigende regionale Akteur. Die neue Türkische Republik)*, İstanbul: Timaş Yayınları.

Fürstenberg, Friedrich 1995: Deutschlands Wirtschaft nach der Wende, in: Lenz, Karl/ Hettlage, Robert 1995: *Deutschland nach der Wende, Eine Zwischenbilanz*, München: C.H. Beck.

Glaser, Hermann (Hrsg.) 1999: *Die Mauer Fiel die Mauer Steht. Ein deutsches Lesebuch 1989–1999*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Gavanaugh, Carey 1997: in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.

Gürbey, Gülistan 2010: *Südosteuropa Mitteilungen 02/2010*, Konrad Adenauer Stiftung, München: Südosteuropa Gesellschaft e.V.

Goldberg, Andreas/ Halm, Dirk/ Şen, Faruk 2004: *Die deutschen Türken*, Münster: Lit Verlag.

- Görtemaker, Manfred 2009:** *Die Berliner Republik, Wiedervereinigung und Neuorientierung*, Berlin-Brandenburg: be.bra Verlag.
- Gözen, Ramazan 2010:** Türk Dış Politikasında Değişim Var Mı? (Gibt es eine Veränderung in der türkischen Außenpolitik?), in: Efegil, Ertan/ Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye'nin Değişen Dış Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik)*, Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.
- Grewe, Wilhelm, et al. 1993:** *Deutschland im weltpolitischen Umbruch* Berlin: Duncker & Humblot.
- Gros, Jürgen 1996:** Wirtschaft, in: Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) 1996: *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/ New York: Universität Campus Verlag.
- Gün, Tathcan 2006:** *Business mit der Türkei. Ein Ratgeber für Einsteiger*, Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Halder Franz 1962 f.:** *Kriegstagesbuch, Band 1–3*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Hanning, Josef 1996:** Europäische Integration, in: Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) 1996: *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/ New York: Universität Campus Verlag.
- Hartwig, Karl-Hans/ Pies, Ingo 1994:** Die Finanzierung der deutschen Einheit, in: Gutmann, Gernot/ Wagner, Ulrich 1994: *Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung - Eine Zwischenbilanz*, Stuttgart, Jena, New York: Gustav Fischer Verlag.
- Hermann, Rainer 2008:** *Wohin geht die Türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Hinze, Albrecht/ Kahiweit, Cathrin/ Schmid, Wilhelm 1999:** in: *Die Mauer fiel, die Mauer Steht*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Holborn, Hajo 1926:** *Deutschland und die Türkei 1878–1889*, Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.
- İmanov, Vügar 2010:** Türk-Rus İlişkilerinde Yakınlaşma Dönemleri (Annäherungsperioden in den türkisch-russischen Beziehungen), in: Efegil,

Ertan/ Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye'nin Değişen Dış Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik)*, Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.

Ischinger, Wolfgang 1999: in Deutsch-türkisches Symposium 1998 (1999): *Grenzfall Europa, Avrupa'nın İnce Eşiğinde*, Hamburg: Körber Stiftung.

Jamin, Mathilde 1999: Fremde Heimat, Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei in: Motte, Jan/ von Oswald, Rainer Anne (Hrsg.) (1999): *50 Jahre Bundesrepublik - 50 Jahre Einwanderung Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte* Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Jaraus, Konrad H. 1995: *Die unverhoffte Einheit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Jäschke, Gotthard 1931: *Die Türkei seit dem Weltkriege, Geschichtskalender für 1930*, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Islamkunde.

Jäschke, Gotthard 1941: *Die Türkei*, Berlin: Junker und Dünhaupt Verlag.

Jäschke, Gotthard 1943: *Die Türkei in den Jahren 1935–1941, Geschichtskalender mit Personen und Sachregister*, Leipzig: Otto Harrassowitz Verlag.

Jäschke, Gotthard 1955: *Die Türkei in den Jahren 1942–1951, Geschichtskalender mit Namen und Sachregister*, Wiesbaden: Otto Harrassowitz Verlag.

Jäschke, Gotthard/ Pritsch, Erich 1929: *Die Türkei seit dem Weltkriege, Geschichtskalender 1918–1928*, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Islamkunde.

Kaiser, Karl 1993: *Deutschlands Vereinigung. Die Internationalen Aspekte mit den wichtigsten Dokumenten*, Bergisch Gladbach: Lübbe Verlag.

Kampen, Wilhelm 1968: *Studien zur Deutschen Türkeipolitik in der Zeit Wilhelms II.*, Diss.: Universität zu Kiel.

Keskin, Hakkı 1981: *Die Türkei, Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat - Werdegang einer Unterentwicklung*, Berlin: Olle und Wolter Verlag.

Keskin, Hakkı 2005: *Deutschland als neue Heimat: Eine Bilanz der Integrationspolitik*, Wiesbaden: Vs. Verlag.

- Kleinert, Claudia 1995:** *Die Revision der Historiographie des Osmanischen Reiches am Beispiel von Abdülhamid II, Das späte Osmanische Reich im Urteil türkischer Autoren der Gegenwart (1930–1990)*, Berlin: Klaus Schwarz Verlag.
- Klose, Hans-Ulrich 1997 in:** Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Koçak, Cemil 1991:** *Türk-Alman İlişkileri (1923–1939) İki Dünya Savaşı Arası Dönemde Siyasal, Kültürel, Askeri ve Ekonomik İlişkiler (Die deutsch-türkischen Beziehungen (1923–1939), Die politischen-, kulturellen-, militärischen-, und ökonomischen Beziehungen zwischen den zwei Weltkriegen)*, Ankara: Türk Tarih Kurumu Basımevi.
- Kollmorgen, Raj 2005:** *Ostdeutschland Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Koloğlu, Orhan 1987:** *Abdülhamit Gerceği. Ne Kizil Sultan - Ne Ulu Hakan (Die Wahrheit über Abdülhamid: Weder roter Sultan noch großer Hakan)*, 2. Auflage, Istanbul: ?.
- Korger, Dieter 1999:** Die DDR wird zu Grabe getragen, in: Glaser, Hermann (Hrsg.) 1999: *Die Mauer Fiel die Mauer Steht. Ein deutsches Lesebuch 1989–1999*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Kramer, Heinz 1997:** in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Krecker, Lohtar 1964:** *Deutschland und die Türkei im zweiten Weltkrieg*, Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann Verlag.
- Landau, Marc 2002:** Deutsche Investitionen in der Türkei, in: Dartan, Muzaffer/ Eliş, Ali/ Lichtenberg, Hagen (Hrsg.) 2002: *Das Deutsch-Türkische Verhältnis Auswirkungen auf den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union*, Universität Bremen.
- Lehmkuhl, Ursula 2001:** *Theorien Internationaler Politik*, 3. Auflage, München: R. Oldenburg Verlag.

Lenz, Karl/ Hettlage, Robert 1995: *Deutschland nach der Wende, Eine Zwischenbilanz*, München: C.H. Beck.

Lill, Dagmar 2002: Die Bedeutung türkischer Selbständiger in Deutschland für die deutsche Wirtschaft, in: Dartan, Muzaffer/ Eliş, Ali/ Lichtenberg, Hagen (Hrsg.) 2002: *Das Deutsch-Türkische Verhältnis Auswirkungen auf den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union*, Universität Bremen.

Lillig, Thomas 1996: Extremismus, in: Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) 1996: *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/ New York: Universität Campus Verlag.

Meissner, Boris, et al., 1993: *Deutschland im weltpolitischen Umbruch* Berlin: Duncker & Humblot Verlag.

Menzel, Ulrich/ Varga, Katharina 1999: *Theorie und Geschichte der Lehre von den Internationalen Beziehungen*, Hamburg: Schriften des deutschen Übersee-Instituts.

Milliyet (Türkische Tageszeitung) 4. September 2003.

Milliyet (Türkische Tageszeitung) 5. Februar 2004.

Milliyet (Türkische Tageszeitung) 29. März 2010.

Moser, Brigitte/ Michael W. Weithmann 2002: *Die Türkei, Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten*, Regensburg: Friedrich Pustet Verlag.

Nadolny, Rudolf 1955: *Mein Beitrag*, Wiesbaden: Limes Verlag.

Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf 2005: *Lexikon der Politikwissenschaft Theorien, Methoden, Begriffe*, Band z: N–Z, Wien: C.H. Beck Verlag.

Ökçün, A. Gündüz/ Ökçün, Ahmet R. 1974: *Türk Antlaşmaları Rehberi (Handbuch der türkischen Staatsverträge)*, Ankara: SBF.

Onaran, Özlem 2008: Was sind die Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse? In: Ataç, Ilker/ Küçük, Bülent/ Şener Ulaş (Hrsg.): *Perspektiven auf die Türkei - Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung*, Münster: Westfälisches Dampfboot Verlag.

- Önder, Zehra 1977:** *Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg*, München: R. Oldenbourg.
- Önsoy, Rifat 1972:** *Die Handelsbeziehungen zwischen den süddeutschen Staaten und dem Osmanischen Reich von 1815 bis 1871*, Dissertation: Julius-Maximilians-Universität zu Würzburg.
- Ortaylı, İlber 1998:** *Osmanlı İmparatorluğu'nda Alman Nüfuzu (Der deutsche Einfluss im Osmanischen Reich)*, İstanbul: İletişim.
- Öymen, Altan 1997:** in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Özer, Yonca 2010:** Kıbrıs Meselesinin Türkiye-Avrupa Birliği İlişkisindeki Rolü (Die Rolle der Zypernfrage in den EU-Türkei Beziehungen), in: Efegil, Ertan/ Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye'nin Değişen Dış Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik)*, Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.
- Özülker, Uluç 1999 ed.:** in Deutsch-türkisches Symposium 1998 (1999): *Grenzfall Europa, Avrupa'nın İnce Eşiğinde*, Hamburg: Körber Stiftung.
- Plattner, Hans 1999:** *Die Türkei, Eine Herausforderung für Europa*, München: Herbig Verlag.
- Polenz, Ruprecht 2010:** *Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU*, Körber Stiftung.
- Raddatz, Hans-Peter 2004:** *Die türkische Gefahr? Risiken und Chancen*, München: Herbig Verlag.
- Ramoğlu, Kemal 1994:** *Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Beziehungen zwischen der EG und der Türkei seit den 60er Jahren bis 1992*, Ankara: Nur.
- Reinowski, Eva/ Schultz, Birgit 2005:** Langzeitarbeitslosigkeit als Massenphänomen in: Bahrmann, Hannes/ Links, Christoph (Hrsg.) 2005: *Am Ziel vorbei, Die deutsche Einheit - Eine Zwischenbilanz*, Berlin: Ch. Links Verlag.

- Rink, Dieter 1999:** Tertiäre Krise, in: Glaser, Hermann (Hrsg.) 1999: *Die Mauer Fiel die Mauer Steht. Ein deutsches Lesebuch 1989–1999*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Robins, Philip 1997:** in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Roesler, Jörg 2004:** Hauptsache privatisiert, in: Stefan Bollinger (Hrsg.): *Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe*, Berlin.
- Roesler, Jörg 2005:** Die Treuhandpolitik in: Bahrmann, Hannes/ Links, Christoph (Hrsg.) 2005: *Am Ziel vorbei, Die deutsche Einheit - Eine Zwischenbilanz*, Berlin: Ch. Links Verlag.
- Rühl, Lothar 1997-a:** in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Sabah 15. Mai 2010:** İste Tarihi 22 İmza (Die 22 historischen Unterschriften), *Sabah* (Türkische Tageszeitung).
- Sancak, Ercan 2010:** Türkiye’de Terör Sorunu: Kaynağı ve Çözüm Önerileri (Das Terrorproblem in der Türkei: Ursachen und Lösungsvorschläge), in: Efeğil, Ertan/ Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye’nin Değişen Dış Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik)*, Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.
- Schmidt, Christian 1997:** in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Schröder, Richard 1999:** Keine Alternative zum Zusammenwachsen, in: Glaser, Hermann (Hrsg.) 1999: *Die Mauer Fiel die Mauer Steht. Ein deutsches Lesebuch 1989–1999*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Schultz, Martin 1996:** Deutschland-Daten in: Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) 1996: *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/New York: Universität Campus Verlag.

Schwaabe, Christian 2010: *Politische Theorie 1 Von Platon bis Locke.*

Senkyr, Jan 2010 ed. in: *Die Türkei auf dem Weg zur regionalen Mittelmacht, KAS Auslandsinformationen:* Berlin: Konrad Adenauer Stiftung.

Segert, Dieter 2008: *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR,* Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.

Şen, Faruk 1994: *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch.* Opladen: Leske + Budrich.

Sommer, Theo 2/1999: *Türken in Deutschland. Ihre Sorgen, ihre Erfolge, ihre Zukunft,* Zeitmagazin.

Sönmezoğlu, Faruk 1996 (Hrsg.) et al.: *Değişen Dünya ve Türkiye (Die sich ändernde Welt und die Türkei),* Bağlam.

Steinbach, Udo 1996: *Die Türkei im 20. Jahrhundert,* Bergisch Gladbach: Lübbe.

Steinbach, Udo 2000: *Geschichte der Türkei,* München: Wissen Verlag.

Taşgetiren, Ahmet 11. Dezember 2006: „Türkiye’siz Avrupa“yi düşündürtmek („Ein Europa ohne die Türkei“ denken lassen), *Aksiyon* (Türkische Wochenzeitschrift).

Türkmen, İlter 1997: in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt,* Hamburg: Körber-Stiftung.

Utkin, Anatoli I. 1997: in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt,* Hamburg: Körber-Stiftung.

Üstündağ, 13. November 2006: *Aksiyon* (Türkische Wochenzeitschrift), Sayı 623.

Voswinckel, Ulrich 1997: in: Bergedorfer Gesprächskreis et al. 1997: *Im Kreuzpunkt der Kräfte - Die Türkei in seiner veränderten politischen Umwelt,* Hamburg: Körber-Stiftung.

- Wagner, Peter M./ Weidenfeld, Werner 1999:** Finanzhilfe, in: Glaser, Hermann (Hrsg.) *Die Mauer Fiel die Mauer Steht. Ein deutsches Lesebuch 1989–1999*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) 1996:** *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/New York: Universität Campus Verlag.
- Wiesenthal, Helmut 1996:** *Einheit als Privileg, Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Wopper, Thomas 1999:** Treuhand in: Glaser, Hermann (Hrsg.) 1999: *Die Mauer Fiel die Mauer Steht. Ein deutsches Lesebuch 1989–1999*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Yarar, Erhan (Hrsg.) et al. 2000:** „Çıkarlar, Çatışmalar, Çözümler“ Tarihten Geleceğe Türk-Alman İlişkileri („Interessen, Konflikte, Lösungen“ Geschichte und Zukunft der deutsch-türkischen Beziehungen), Ankara: Türk Strateji ve Güvenlik Çalışmaları Grubu.
- Yenigün, Cüneyt 2010:** Türk Dış Politikasında Üçüncü Dalga (Die dritte Welle in der türkischen Außenpolitik), in: Efegil, Ertan/ Yenigün Cüneyt (Hrsg.) 2010: *Türkiye'nin Değişen Dış Politikası (Die sich ändernde türkische Außenpolitik)*, Ankara: Nobel Yayın Dağıtım.
- Zaman 6. Dezember 1995:** Türkische Tageszeitung.
- Zengin, Gürkan 2010:** Hoca. Türk Dış Politikasında „Davutoğlu Etkisi“ (Der Lektor, Das „Davutoğlu-Effekt“ in der Türkischen Außenpolitik), Istanbul: İnkilap Kitapevi.
- Ziemke, Kurt 1930:** *Die neue Türkei. Politische Entwicklung 1914–1924*, Stuttgart, Berlin und Leipzig: Deutsche Verlags= Unstalt.
- Zuleeg, Manfred 2002:** Aspekte des Warenverkehrs, in: Dartan, Muzaffer/ Eliş, Ali/ Lichtenberg, Hagen (Hrsg.) 2002: *Das Deutsch-Türkische Verhältnis Auswirkungen auf den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union*, Universität Bremen.

Interviews

Aksoy, Metin 2011: Dr., Lektor an der Universität Selçuk, Fakultät für Internationale Beziehungen, in Konya/Türkei, Gespräch geführt in Wien, Café Mensa Universität Wien 20. Juli 2011, 14:30 Uhr.

Anderson, Jeffrey 2010: Graf Goltz Professor and Director, BMW Center for German and European Studies, Edmund A. Walsh School of Foreign Service, Georgetown University, ICC-501 Washington DC, Gespräch geführt im Zimmer suite ICC-501 BMW Center for German and European Studies Washington DC, USA, 14. Februar 2010, 14:00 Uhr.

Bekar, Nurgül 2011: (Freundschaftsgespräch) Mag. in Politikwissenschaft, Gespräch geführt in Wien, Motiv Kafe Wien, 10. April 2011, 14:30 Uhr.

Bekar, Olgan 2010: Türkischer Diplomat, Gespräch geführt in Wien, Motiv Café Wien, 15. September 2010, 13:00 Uhr.

Şahingöz, Hasan 2011: (Freundschaftsgespräch) Mag. in Politikwissenschaft, Gespräch geführt in Wien, Café Mensa, 15. Juni 2011, 14:00 Uhr.

Öffentliche Webseiten

Auswärtiges Amt: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Startseite.html> [2009.02.22].

Deutsch-Türkische Industrie und Handelskammer: Jahresbericht 2010, [Online], http://www.dtr-ihk.de/fileadmin/ahk_tuerkei/veroeffentlichungen/Jahresbericht_2010_FINAL.pdf [12.01.2012].

EU/History: *Europäische Union* [online], http://europa.eu/abc/history/1960-1969/1964/index_de.htm [09.09.2011].

EU/History1990-1996: *Europäische Union* [online], http://europa.eu/abc/history/1990-1999/1996/index_de.htm [12.03.2010].

Europäische Kommission 2003: Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, [online], http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2003/rr_tk_final_de.pdf [07.09.2011].

Europäische Kommission 2006: Türkei Fortschrittsbericht 2006, [online], http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/Nov/tr_sec_1390_de.pdf [07.09.2011].

Europäische Kommission 2007: Türkei Fortschrittsbericht, MEMO/07/447, Wichtigste Ergebnisse der Fortschrittsberichte über die Kandidatenländer Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/447&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> [09.09.2011].

Europäische Kommission 2008: Türkei Fortschrittsbericht, MEMO/08/675 Brüssel, den 5. November 2008 Wichtigste Ergebnisse der Fortschrittsberichte über die Kandidatenländer Kroatien, Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/675&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> [09.09.2011].

Europäische Kommission 14. Oktober 2009: Türkei Fortschrittsbericht, MEMO/09/449 Brüssel, 14. Oktober 2009 Wichtigste Erkenntnisse aus den Fortschrittsberichten über die Kandidatenländer: Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/449&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> [09.09.2010].

Europäische Kommission 9. November 2010: Wichtigste Ergebnisse des Fortschrittsberichts 2010 über die Türkei, Reference: MEMO/10/562, [online], <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/562&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> [07.09.2011].

Europäische Kommission/Türkei: [online] http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/turkey/relation/index_de.htm [04.09.2011].

Europäischer Rat 13. Dezember 1997: Tagung in Luxemburg, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, [online]
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00400.D7.htm [08.09.2011].

G-20: [online], http://www.g20.org/about_what_is_g20.aspx [07.09.2011].

Hazine Müsteşarlığı (Schatzamt der Türkischen Republik): [online],
http://www.hazine.gov.tr/irj/go/km/docs/documents/Treasury%20Web/Statistics/Economic%20Indicators/egosterge/Sunumlar/Ekonomi_Sunumu_ENG.pdf
 [07.09.2011].

HDG (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland)/Die Deutsche Einheit: <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/> [05.10.2010].
<http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~EB06BF8D35817435DB901789E0342B9FF~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
 [08.04.2010].

Merkel, Angela 2006: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des deutsch-türkischen Wirtschaftsforums in Istanbul, *Die Bundesregierung* [Online]
<http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2006/10/2006-10-06-dt-tuerkisches-wirtschaftsforum.html> [08.01.2012].

Merkel, Angela 29. März 2010-a: Pressekonferenz der Bundeskanzlerin mit Ministerpräsident Erdogan in Ankara, *Die Bundesregierung* [online],
<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/03/2010-03-29-pk-merkel-erdogan.html?nn=74446> [09.01.2010].

Merkel, Angela 30. März 2010-b: Rede der Bundeskanzlerin beim Deutsch-Türkischen Wirtschaftsforum in Istanbul, *Die Bundesregierung* [Online],
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/03/2010-03-30-merkel-istanbul-deutsch-t%C3%BCrkisches-wirtschaftsforum.html?nn=430032>
 [10.01.2012].

Merkel, Angela 9. Oktober 2010-c: Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan, in Berlin, *Die Bundeskanzlerin*, [online],

<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/10/2010-10-09-pk-bk-erdogan.html> [07.08.2011].

Schröder 27. April 2004: Rede Bundeskanzler Schröder zur Eröffnung der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer, *Die Bundesregierung* [online], <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/46/643446/multi.htm> [06.09.2011].

T. C. Disisleri Bakanligi (Außenministerium der Türkischen Republik): URL: <http://www.mfa.gov.tr/default.tr.mfa> [09.09.2011].

Wulff, Christian 3. Oktober 2010-a: Die Rede von Christian Wulff, [online], http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html [07.09.2011].

Wulff, Christian 19. Oktober 2010-b: Rede von Bundespräsident Christian Wulff vor der Großen Nationalversammlung der Türkei in Ankara, *Der Bundespräsident* [Online], http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101019_Rede.html [10.01.2012].

Wulff, Christian 21. Oktober 2010-c: Bundespräsident Christian Wulff beim Staatsbankett, gegeben vom Präsidenten der Republik Türkei, Herrn Abdullah Gül, und Frau Hayrünnisa Gül in Istanbul, *Der Bundespräsident* [online] http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101021_Rede.html [10.01.2012].

YSK 2002: *Yüksek Seçim Kurulu (Hoher Rat für Wahlanlegenheiten)*, [online], <http://www.ysk.gov.tr/ysk/docs/2002MilletvekiliSecimi/turkiye/milletvekilisayisigrafik.pdf> [07.09.2011].

Sonstige Webseiten

Augstein, Rudolf 21. November 1994: Der Schnupperstaat, *Der Spiegel* [online], <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685230.html> [10.06.2010].

- Bauer, Wolfgang 22. November 2010:** Schuldenkrise: Portugal steht vor dem Kollaps, *Tagesspiegel* [online], <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/portugal-steht-vor-dem-kollaps/3089158.html> [07.09.2011].
- Bednarz, Dieter/ Pörtner, Rainer 07. April 1997:** Wir werden zur Zielscheibe, *Der Spiegel* [online], <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8693693.html>), [17. August 2011].
- Bild 16. Juni 2011:** Was kostet Deutschland die Griechenland-Krise? [online], <http://www.bild.de/politik/ausland/griechenland-krise/was-kostet-deutschland-die-griechenland-krise-18387638.bild.html> [07.09.2011].
- Bilges, Hans-Erich 6. Dezember 2002:** Doch, die EU braucht die Türkei, *Die Welt* [online] http://www.welt.de/print-welt/article288585/Doch_die_EU_braucht_die_Tuerkei.html [06.09.2011].
- Blome, Nikolaus 20. Dezember 1997:** Türkei und EU auf Tiefpunkt, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article645647/Tuerkei_und_EU_auf_Tiefpunkt.html [07.09.2011].
- Blome, Nikolaus 09. März 1998:** Liebesentzug auf Türkisch, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article596331/Liebesentzug_auf_tuerkisch.html [07.09.2011].
- Braun, Stefan 30. März 2010:** Türkeiibesuch der Kanzlerin, Gemeinsam lächeln, *Süddeutsche Zeitung* [online], <http://www.sueddeutsche.de/tt412/politik/267/507426/text/> [09.09.2011].
- Der Spiegel 6. April 1992:** Türkei Schmutz und Sünde, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687862.html> [15.10.2010].
- Der Spiegel 28. März 1994:** Die Saat der Gewehre, [online], <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686684.html>, [15.09.2010].
- Der Spiegel 3. Dezember 1999:** Auf nach Europa Schröder will die Türkei integrieren, [online], <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,55030,00.html> [06.09.2011].

Der Spiegel 16. September 2004: EU-Beitritt, Merkel schmiedet europäische Anti-Türkei-Koalition, [online], <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,318313,00.html> [07.09.2011].

Die Welt 22. Dezember 1997: "Das Ansehen Deutschlands entwickelt sich positiv", [online], http://www.welt.de/print-welt/article645718/Das_Ansehen_Deutschlands_entwickelt_sich_positiv.html [07.09.2011].

Die Welt 3. September 2003-a: "Schon mit einem Bein in der EU", [online], http://www.welt.de/print-welt/article257283/Schon_mit_einem_Bein_in_der_EU.html [06.09.2011].

Die Welt 4. September 2003-b: Nach dem Erdogan-Besuch: Union sagt weiter "Nein" zum türkischen EU-Beitritt, [online] http://www.welt.de/print-welt/article257497/Nach_dem_Erdogan_Besuch_Union_sagt_weiter_Nein_zum_tuerkischen_EU_Beitritt.html [06.09.2003].

Die Welt 9. Mai 2004-a: "Freundschaft Ja, Beitritt Nein" [online], http://www.welt.de/print-wams/article110178/Freundschaft_Ja_Beitritt_Nein.html [06.09.2011].

Die Welt 16. September 2004-b: Merkel wirbt um Verbündete gegen EU-Beitritt der Türkei, [online], http://www.welt.de/politik/article340930/Merkel_wirbt_um_Verbuendete_gegen_EU_Beitritt_der_Tuerkei.html [07.09.2011].

Die Welt 18. September 2004-c: Merkels Türkei-Initiative spaltet die Union, [online], http://www.welt.de/print-welt/article341232/Merkels_Tuerkei_Initiative_spaltet_die_Union.html [07.09.2011].

Die Welt 28. Oktober 2004-d: Streit um türkischen EU-Beitritt im Bundestag, [online], http://www.welt.de/politik/article349083/Streit_um_tuerkischen_EU_Beitritt_im_Bundestag.html [06.09.1011].

Die Welt 16. Dezember 2004-e: Die wichtigsten Fragen zum Beitritt, [online], http://www.welt.de/print-elt/article358878/Die_wichtigsten_Fragen_zum_Beitritt.html [06.09.2011].

- Die Welt 26. Februar 2009:** Deutschland trifft die Wirtschaftskrise extrem hart, [online], <http://www.welt.de/wirtschaft/article3275685/Deutschland-trifft-die-Wirtschaftskrise-extrem-hart.html> [07.09.2011].
- Dietrich, Alexander 29. Juni 1999:** Die Türkei sucht nach einem neuen Weg in Richtung Europa, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article575276/Die_Tuerkei_sucht_nach_einem_neuen_Weg_in_Richtung_Europa.html [06.09.2011].
- Ecevit, Bülent 29. Dezember 1997:** Europa hat uns betrogen, Der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Ecevit im Gespräch über die Zurückweisung seines Landes durch die EU und seine besonderen Erwartungen an die Deutschen, *Der Spiegel* [online], <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13944702.html> [06.09.2011].
- Erdoğan, Recep Tayyip 17. Februar 2004:** EU-Beitritt der Türkei: Angelas dritter Weg, *Stern* [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/eu-beitritt-der-tuerkei-angelas-dritter-weg-520304.html> [09.04.2010].
- Ettel, Anja/ Greive, Martin 3. Oktober 2010:** Die Gewinner der Einheit, *Die Welt* [online], <http://www.welt.de/die-welt/wirtschaft/article10038862/Die-Gewinner-der-Einheit.html> [07.09.2010].
- Fischer, Michael 2006:** Merkel in der Türkei: Patt am Bosphorus – Politik, *Stern* [online], <http://www.stern.de/politik/ausland/merkel-in-der-tuerkei-patt-am-bosporus-573285.html> [09.09.2011].
- Fischer, Joschka 10. November 1998:** Wandel in der deutschen Politik, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article628000/Fischer_Tuerkei_ist_EU_Kandidat.html [06.09.2011].
- Gauland, Alexander 30. August 2001:** Wohin gehört die Türkei? *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article471063/Wohin_gehoert_die_Tuerkei.html [30.07.2010].
- Güngör, Baha 27. Oktober 2002:** Ankara erschwert seinen EU-Beitritt, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article296232/Ankara_erschwert_seinen_EU_Beitritt.html [06.09.2011].

- Günsche, Karl-Ludwig 1. Oktober 1997:** Yilmaz sieht Wende im Verhältnis zur EU
1. Oktober 1997, *Die Welt* [online] http://www.welt.de/print-welt/article642329/Yilmaz_sieht_Wende_im_Verhaeltnis_zur_EU.html
[06.09.2010].
- Günsche, Karl-Ludwig 24. November 1998:** Schröder für Sozial- und Umweltunion,
Der Kanzler stellt Ziele der deutschen EU-Präsidentschaft vor, *Die Welt*
[online], http://www.welt.de/print-welt/article631349/Schroeder_fuer_Sozial_und_Umweltunion.html
[06.09.2011].
- Halusa, Martin 17. September 2004:** „Sehr viele teurer“, *Die Welt* [online],
http://www.welt.de/print-welt/article341052/Sehr_viel_teurer.html
- Hetzel, Helmut 27. Oktober 1997:** "Die Türkei ist für den Westen sehr wichtig", *Die Welt*
[online], http://www.welt.de/print-welt/article643519/Die_Tuerkei_ist_fuer_den_Westen_sehr_wichtig.html
[06.09.2011].
- Hubert, Kahl 29. November 2010:** Krise in der Eurozone, Spanien ein Irland in XXL
Format, *Stern* [online], <http://www.stern.de/wirtschaft/news/krise-in-der-eurozone-spanien-ein-irland-in-xxl-format-1629115.html> [07.09.2011].
- Kinkel, Klaus 27. Oktober 1997:** Ein Nein Kinkels für Ankara, *Die Welt* [online],
http://www.welt.de/print-welt/article643518/Ein_Nein_Kinkels_fuer_Ankara.html [05.09.2010].
- Koch, Dirk 18. Oktober 1999:** Tückische Brücke, *Der Spiegel* [online],
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14937248.html> [06.09.2011].
- Koch-Mehrin, Silvana 15. Dezember 2004:** in: Türkei: Auch ein "Nein" zur EU
möglich – Politik, *Stern* [online] <http://www.stern.de/politik/ausland/tuerkei-auch-ein-nein-zur-eu-moeglich-533681.html> [09.09.2011].
- Köksal, Mehmet 23. Februar 2004:** Die Türkei ist noch nicht reif für eine EU-
Mitgliedschaft, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article295291/Die_Tuerkei_ist_noch_nicht_reif_fuer_eine_EU_Mitgliedsc haft.html [23. 07. 2010].

Kornelius, Stefan (Heft 45/2005): CDU & Türkei - Kriegserklärung - *Süddeutsche Zeitung* Magazin, [online], <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/719> [09.09.2011].

Kühnlenz, André/ Schrörs, Mark 26 April 2010: Alle Fakten zum drohenden Staatsbankrott. Warum muss Deutschland für Griechenland zahlen? Financial Times Deutschland, *Stern* [online], <http://www.stern.de/wirtschaft/news/3-alle-fakten-zum-drohenden-staatsbankrott-warum-muss-deutschland-fuer-griechenland-zahlen-1561675.html> [07.09.2011].

Leersch, Hans-Jürgen 25. Oktober 2002: Union warnt vor EU-Beitritt der Türkei, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article418148/Union_warnt_vor_EU_Beitritt_der_Tuerkei.html [06.09.2011].

Lohse, Eckart 4. April 2010: Türkei-Beitritt Ein verdruckstes Jein, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* [online], <http://www.faz.net/aktuell/politik/tuerkei-beitritt-ein-verdruckstes-jein-1969916.html> [30.01.2012].

Mahler, Armin 9. Juli 2009: Folgen der Krise Warum Deutschland seine Industrie neu erfinden muss, *Der Spiegel* [online], <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,635229,00.html> [07.09.2011].

Middel, Andreas 30. Oktober 1997: Europa und die Türkei, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article643653/Europa_und_die_Tuerkei.html [06.09.2011].

Middel, Andreas 6. September 1999: Anbindung der Türkei an EU geplant, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article582929/Anbindung_der_Tuerkei_an_EU_geplant.html [06.09.2011].

Öger, Vural 10. November 2002: "Gebt der Türkei eine Chance", *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-wams/article122309/Gebt_der_Tuerkei_eine_Chance.html [07.09.2011].

Polenz, Ruprecht 2011: Buchtitel: „Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* [online], <http://www.faz.net/artikel/C31147/gespraech-mit-ruprecht-polenz-unsere-werte-sind-mit-dem-islam-kompatibel-30072484.html> [07.09.2011].

Pörtner, Rainer 29. Dezember 1997: Bonns harte Linie, *Der Spiegel* [online], <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13944488.html> [07.09.2011].

Robin, Alexander 30. März 2010: Tag zwei der Türkeireise, Kanzlerin Merkel zielt aufs deutsche Publikum, *Die Welt* [online], <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6990759/Kanzlerin-Merkel-zielt-aufs-deutsche-Publikum.html> [07.09.2011].

Roth, Claudia 21. November 2004: Bundeskanzler will Dialog der Kulturen, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/politik/article353788/Bundeskanzler_will_Dialog_der_Kulturen.html [06.09.2011].

Rühl, Lothar 3. April 1997-b: Partner Türkei, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article635751/Partner_Tuerkei.html [06.09.2011].

Rühl, Lothar 27. April 1998: Ankaras spektakulärer Rückzug von einer alten Freundschaft, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article622233/Ankaras_spektakulaerer_Rueckzug_von_einer_alten_Freundschaft.html [06.09.2011].

Schönbohm, Wulf 4. August 1999: Natürlich gehört die Türkei in die EU, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article579392/Natuerlich_gehoert_die_Tuerkei_in_die_EU.html [06.09.2011].

Schröder, Gerhard 31. März 2010: Alt Bundeskanzler Schröder für mehr türkische Schulen in Deutschland, *Bild*, [online], <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/03/31/alt-bundeskanzler-schroeder/fuer-mehr-tuerkische-schulen-in-deutschland.html> [07.09.2010].

Siems, Dorothea 29. Dezember 2009: Folgen der Krise Autor, 2010 muss der Staat sich selbst retten, *Die Welt* [online], <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5669386/2010-muss-der-Staat-sich-selbst-retten.html> [07.09.2010].

- Stern 16. September 2004-a:** Merkels Türkei-Pläne: "Privilegierte Nachhilfe", [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/merkels-tuerkei-plaene-privilegierte-nachhilfe-529926.html> [09.09.2011].
- Stern 15. Oktober 2004-b:** Unterschriftenaktion: Türkische Gemeinde diskutiert Wahlboykott, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/unterschriftenaktion-tuerkische-gemeinde-diskutiert-wahlboykott-531142.html> [09.09.2011].
- Stern 24. November 2004-c:** Haushaltsdebatte: Deutschland sucht den Superpatrioten, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/haushaltsdebatte-deutschland-sucht-den-superpatrioten-532735.html> [06.09.2011].
- Stern 12. Dezember 2004-d:** EU-Beitritt: Erdoğan und Stoiber gehen aufeinander los – Politik, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/eu-beitritt-erdogan-und-stoiber-gehen-aufeinander-los-533555.html> [08.09.2011].
- Stern 13. Dezember 2004-e:** CDU: EU-Beitritt der Türkei wird Wahlkampfthema, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/cdu-eu-beitritt-der-tuerkei-wird-wahlkampfthema-533583.html> [08.09.2011].
- Stern 16. Dezember 2004-f:** Türkei-Beitritt: Bundestag stimmt für Verhandlungen, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/tuerkei-beitritt-bundestag-stimmt-fuer-verhandlungen-533768.html> [09.09.2011].
- Stern 30. Mai 2005-a:** EU-Verfassung: Wie es nach Frankreichs "Non" weitergeht [online], <http://www.stern.de/politik/ausland/eu-verfassung-wie-es-nach-frankreichs-non-weitergeht-540993.html> [09.09.2011].
- Stern 28. August 2005-b:** CDU-Parteitag: Angie für alle, alle für Angie, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/cdu-parteitag-angie-fuer-alle-alle-fuer-angie-544845.html> [09.09.2011].
- Stern 03. September 2005-c:** CSU-Parteitag: Kleiner Dämpfer für Stoiber – Politik, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/csu-parteitag-kleiner-daempfer-fuer-stoiber-545449.html> [08.09.2011].

- Stern 10. Januar 2009:** "Erfurter Erklärung": Der Staat, die Banken und die CDU – Politik, [online], <http://www.stern.de/politik/deutschland/erfurter-erklaerung-der-staat-die-banken-und-die-cdu-651146.html> [09.09.2011].
- Stern 13. September 2010-a:** Verfassungsreform: Türkei stärkt die Demokratie, [online], <http://www.stern.de/politik/ausland/verfassungsreform-tuerkei-staerkt-die-demokratie-1602932.html> [07.09.2011].
- Stern 19. Oktober 2010-b:** Staatsbesuch in der Türkei: Wulff betont Gemeinsamkeiten, [online], <http://www.stern.de/politik/ausland/staatsbesuch-in-der-tuerkei-wulff-betont-gemeinsamkeiten-1614950.html> [07.09.2011].
- Stern 15. November 2010-c:** EU Länder in der Krise Griechenlands Schuldenberg grösser als gedacht, [online], <http://www.stern.de/politik/ausland/eu-laender-in-der-krise-griechenlands-schuldenberg-groesser-als-gedacht-1624104.html> [07.09.2011].
- Stern 16. November 2010-d:** Irland: Schuldenkrise: Irland - Europas neues Sorgenkind, [online], <http://www.stern.de/politik/ausland/schuldenkrise-irland-europas-neues-sorgenkind-1624556.html> [07.09.2011].
- Stern 22. November 2010-e:** Irland stürzt immer tiefer in die Krise. Krisenstimmung in Irland: Zauberland ist abgebrannt, [online], <http://www.stern.de/politik/ausland/krisenstimmung-in-irland-zauberland-ist-abgebrannt-1626396.html> [07.09.2011].
- Stocker, Frank 21. Mai 2011:** Wirtschaftswunder, Die Türkei ist glücklich- Auch ohne die EU, *Die Welt* [Online], <http://www.welt.de/wirtschaft/article13385933/Die-Tuerkei-ist-gluecklich-auch-ohne-die-EU.html> [07.09.2011].
- Stoiber, Edmund 12. Dezember 2002:** Der Beitritt übersteigt die Kraft Europas, CSU-Chef Stoiber erläutert, warum die Türkei nicht EU-Mitglied werden soll, *Die Welt* [online] http://www.welt.de/print-welt/article297351/Der_Beitritt_uebersteigt_die_Kraft_Europas.html [06.09.2011].

- Strittmatter, Kai 19. Oktober 2010-a:** Zum Besuch des Bundespräsidenten Das anatolische Wunder, *Süddeutsche Zeitung* [online], <http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-zum-besuch-des-bundespraesidenten-das-anatolische-wunder-1.1013343> [07.09.2011].
- Strittmatter, Kai 22. Oktober 2010-b:** Bundespräsident Wulff in der Türkei Ansätze guten Willens, *Süddeutsche Zeitung* [online], <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundespraesident-wulff-in-der-tuerkei-ansaezte-guten-willens-1.1015181> [07.09.2011].
- Stürmer, Michael 26. Juni 2002-a:** Unsere Türken, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article396474/Unsere_Tuerken.html [06.09.2011].
- Stürmer, Michael 7. November 2002-b:** Die Schlüsselrolle der Türkei, *Die Welt* [online], http://www.welt.de/print-welt/article420244/Die_Schluesselrolle_der_Tuerkei.html [06.09.2011].
- Süddeutsche Zeitung 18. Dezember 1997:** Wo bleiben die Bonner Entspannungsexperten? [online], http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A6014519_OGTPOGOTTCOWOHGRWWTHGHHCWEGAPORSOT [07.06.2011].
- Süddeutsche Zeitung 16. Februar 2004-a:** Angela Merkel stößt bei Besuch auf Skepsis Türkei lehnt "privilegierte Partnerschaft" mit EU ab, *Süddeutsche Zeitung* [online], <http://www.sueddeutsche.de/politik/247/361070/text/> [09.09.2011].
- Süddeutsche Zeitung 18. Oktober 2004-b:** Außenminister Gül fordert baldige EU-Beitrittsgespräche Türkei will sich nicht mehr vertrösten lassen, [online], <http://www.sueddeutsche.de/politik/653/355482/text/> [09.09.2011].
- Süddeutsche Zeitung, 16. Oktober 2010-a:** Interview mit Abdullah Gül, [online], http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A48209459_EGTPOGWPOPOPOAGRHWOOOCR [08.01.2012].
- Süddeutsche Zeitung 19. Oktober 2010-b:** Staatsbesuch in der Türkei Wulff Seehofer und die Sarrazin welle, [online], <http://www.sueddeutsche.de/politik/staatsbesuch-in-der-tuerkei-wulff-seehofer-und-die-sarrazin-welle-1.1013407-2> [07.09.2011].

Verheugen, Günther 21. November 1998: Rußland steht vor einem Hungerwinter, *Die Welt* [online], [http://www.welt.de/print-welt/article628650/Russland steht vor einem Hungerwinter.html](http://www.welt.de/print-welt/article628650/Russland%20steht%20vor%20einem%20Hungerwinter.html) [06.09.2011].

Verheugen, Günther 9. Dezember 1999: "Die Türkei hat auch nicht ewig Zeit", *Die Welt* [online], [http://www.welt.de/print-welt/article561597/Die Tuerkei hat auch nicht ewig Zeit.html](http://www.welt.de/print-welt/article561597/Die%20Tuerkei%20hat%20auch%20nicht%20ewig%20Zeit.html) [06.09.2011].

Volkery, Carsten 17. Dezember 2004: EU-Gipfel zur Türkei Erdogans Rache, *Der Spiegel* [online], <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,333402,00.html> [06.09.2011].

Weidenfeld, Lord 18. Dezember 1999: Europa braucht die Türkei, *Die Welt* [online], [http://www.welt.de/print-welt/article593292/Europa braucht die Tuerkei.html](http://www.welt.de/print-welt/article593292/Europa%20braucht%20die%20Tuerkei.html) [06.09.2011].

Weiland, Severin 19. November 2002: EU-Beitritt der Türkei, Schröders schwieriger Gast, *Der Spiegel* [online], <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,223359,00.html> [06.09.2011].

Wurzel, Steffen/ Labuhn, Wolfgang 7. Januar 2011: Istanbul mit Brücke über den Bosphorus. Tigerstaat am Bosphorus. Die Türkei zwischen Regionalmacht und EU-Bewerber, *Deutschlandradio* [online], <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1359977/> [07.09.2011].

Yakış, Yaşar 11. November 2002: Danke, Deutschland! Gastkommentar. *Die Welt* [Online], [http://www.welt.de/print-welt/article295194/Danke Deutschland.html](http://www.welt.de/print-welt/article295194/Danke_Deutschland.html) [23.09.2011].

Yılmaz, Mesut 13. May 1996: Der Kanzler ist mein Vorbild, *Der Spiegel*, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8923972.html> [18.10.2010].

Yılmaz, Mesut 22. September 1997: Der Schlüssel liegt in Bonn, *Der Spiegel*, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8781958.html> [17.08.2011].

Abstract

Wenn man die deutsch-türkischen Beziehungen im Lichte der Theorie des politischen Realismus betrachtet stellt man fest, dass sie schon in den Zeiten des Osmanischen Reichs und Preußens eine freundschaftliche Natur besitzen. Dies kulminiert in den goldenen Zeiten mit der Unterstützung Deutschlands für den Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der EWG von 1959 und mit dem positiven Beitrag der türkischen Gastarbeiter für die deutsche Wirtschaft. Allerdings änderte sich die Natur der Beziehungen mit dem Ende des Kalten Krieges. Mit der Wiedervereinigung erfüllte Deutschland sein größtes Ideal und wuchs zur Führungskraft Europas mit weltweiten Vorstellungen. Andererseits bekam auch die Türkei mit der Unabhängigkeit der Staaten in Turkestan, im Schwarzmeer-Raum und im Balkan die Chance ein führender regionaler Akteur zu werden. Da die Interessen der beiden Staaten im Rest des Ostblocks teilweise entgegengesetzt waren, kam es zu Spannungen in den Beziehungen. Darüber hinaus befürchtete Deutschland mit einem türkischen EU-Beitritt die Veränderung der Machtbalance zu Gunsten der Türkei. So verwendete besonders Helmut Kohl jede Möglichkeit, die Türkei von der EWG/EU fernzuhalten. Als sich die deutsch-türkischen Beziehungen auf eine eiserne „Kälte“ hinzubewegen drohten, führte Deutschland unter der Regierung von Gerhard Schröder leichte Änderungen in der Türkeipolitik ein. Diese Entwicklung wurde allerdings rückgängig gemacht, als nach der Annäherung der Türkei unter der Erdoğan-Regierung an die EU, Angela Merkel ihren Vorschlag einer „privilegierten Partnerschaft“ propagierte. Erst als mit der weltweiten und europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008-2010 die deutsche Wirtschaft in eine prekäre Situation geriet und die türkische Wirtschaft- und Politik in den letzten Jahren erstaunliche Verbesserung aufzeigte, kam ein gewisses Gleichgewicht in die Beziehungen, was die Spannungen milderte. Der Anfang der „Wärmephase“ in den Beziehungen wurde mit der Friedenstaube Merkels, die sie Erdoğan übergab, und der Haltung des neuen Bundespräsidenten Christian Wulff gegenüber den türkischstämmigen Bürgern in Deutschland symbolisiert. In dieser Studie wird versucht grundsätzlich mit qualitativer Inhaltsanalyse die vorübergehende „Spannungsphase“ der deutsch-türkischen Beziehungen nach dem Zerfall des Ostblocks darzustellen und sie der Diskussion der Politikwissenschaft zu öffnen.

Lebenslauf

Name	Kâşif Kaya
Geburtsjahr	1971
Geburtsort	Çarşamba/ Samsun/ Türkei
Staatsbürgerschaft	Türkisch
Ausbildung	Doktoratsstudium an der Universität Wien, Studienrichtung Politikwissenschaft
2008–2012	
2007	Masterstudium an der Universität Selçuk, Konya/ Türkei Institut für Internationale Beziehungen
1990–1997	Studium an der Universität Ankara, Fakultät für Politikwissenschaft
Sprachkenntnisse	
Türkisch	Muttersprache
Deutsch	Sehr gut
Englisch	Gut
Stipendien	
2008–2011	Stipendium der Türkischen Republik für ein Doktoratsstudium an der Universität Wien
Studienreise	
2010	USA (United Nations, International Monetary Fund, World Bank, Columbia University, Georgetown University)
Beruflicher Werdegang	
seit 1999	Beeidigter Dolmetscher (Deutsch-Türkisch)
Vortrag	
1991	Vortrag an der Universität Ankara, Fakultät für Politikwissenschaft: „Die Probleme der türkischen Gastarbeiter in der BRD“
Publikation	„Die deutsche Außenpolitik von 1990–2000“ (Masterprojekt)

